

Handelsblatt



EU-Kommission
Ursula von der Leyen hat ein Frauenproblem. ▶ 13

Migrationsdebatte
Deutsche Asylpolitik und die Folgen – der Faktencheck. ▶ 6

IWH-Chef Reint Gropp
„Der Osten ist nicht ungewöhnlich. Ungewöhnlich ist der Westen.“ ▶ 8

Geldanlage
Vier aus 600: Aktien, bei denen Dividende und Kurs steigen. ▶ 28

Lufthansa baut radikal um

Deutschlands größte Fluggesellschaft kostet den Konzern mehr, als sie einfliegt. Das Management reagiert mit einem Turnaround-Programm.

Die Marke Lufthansa Airlines ist auf dem Weg zu einem reinen Anbieter von Fernstrecken. Wegen der hohen Verluste der Kernmarke im ersten Halbjahr von 442 Millionen Euro wächst der Druck auf das Lufthansa-Management um Vorstandschef Carsten Spohr, die größte Fluggesellschaft des Konzerns radikal neu auszurichten. „Lufthansa Airlines wird sich auf die lukrativen Langstreckenverbindungen konzentrieren müssen“, heißt es im Umfeld des Lufthansa-Aufsichtsrats. Eine andere Möglichkeit gebe es nicht. Der „Turnaround-Plan“ von Jens Ritter, dem Chef von Lufthansa Airlines, sieht bereits vor, mehr Kurzstreckenverkehr zu verlagern. 40 Prozent der Jets, die die Großraumflugzeuge an den Drehkreuzen füllen, sollen bis 2028 von anderen Fluggesellschaften des Konzerns und von Partnern

„Wir brauchen Klarheit, wie die Marke neu ausgerichtet werden soll.“

Ein Lufthansa-Aufsichtsrat

betrieben werden. Das sagte Ritter am Dienstagabend vor Journalisten in Frankfurt. Doch im Aufsichtsrat ist man skeptisch, ob das reicht. Am 17. und 18. September wird in Brüssel die jährliche Strategietagung von Kontrollgremium und Vorstand stattfinden. Ein Aufseher formuliert seine Erwartung so: „Wir brauchen Klarheit, wie die Marke neu ausgerichtet werden soll.“ Konzernchef Spohr selbst hat das Szenario eines reinen Langstreckenanbieters immer wieder ins Spiel gebracht, um den Gewerkschaften Zugeständnisse abzurufen. Mittlerweile ist es mehr als eine Drohung. Interims-Finanzchef Michael Niggemann sagte bereits Ende Juli, es sei theoretisch vorstellbar, dass sich die Marke Lufthansa in ferner Zukunft auf Langstreckenflüge beschränken werde. ▶ Fortsetzung auf Seite 4

Großbritannien will Neustart in Europa

Nach dem Regierungswechsel in Großbritannien vor rund zwei Monaten will Deutschland seine Beziehung zu dem Königreich auf eine neue Grundlage stellen. Dazu soll Anfang nächsten Jahres ein umfassendes Abkommen zu allen Bereichen der Zusammenarbeit unterzeichnet werden, wie Bundeskanzler Olaf Scholz und Premierminister Keir Starmer beim Antrittsbesuch des britischen Regierungschefs ankündigten. Inhaltlich soll die Vereinbarung viele Themen umfassen – von sicherheitspolitischen Fragen bis zu wirtschaftlicher Zusammenarbeit. ▶ 7



Thyssen-Krupp bricht mit Stahlchef

Konzern- und Spartenvorstand streiten über Strategie – mit personellen Folgen.

Im Ringen um die Zukunft von Thyssen-Krupps Stahlsparte könnte es nun personelle Folgen geben. Thyssen-Krupp-Chef Miguel López will nach monatelangem Streit offenbar den Vorstand der Stahlsparte ablösen. Drei von fünf Vorständen der Konzerntochter seien Vereinbarungen für eine vorzeitige Vertragsaufhebung unterbreitet worden, erfuhr das Handelsblatt aus Kreisen des Industriekonzerne. Darunter befindet sich auch der

Vorstandsvorsitzende von Thyssen-Krupp Steel, Bernhard Osburg. Neben dem Stahlchef sollen auch Personalvorstand Markus Grolms und Produktionsvorständin Heike Dennecke-Arnold von der möglichen personellen Veränderung betroffen sein. Wie der Aufsichtsrat der Stahltochter und vor allem die Arbeitnehmervertreter in dem Gremium auf diesen Schritt reagieren, ist noch offen. López will bei der Stahlsparte einen schärferen Um-

bau durchsetzen, den die Führung des Bereichs aber als nicht umsetzbar abgelehnt hat. Mit der Ablösung von Osburg schaffe er den Raum, um stärker durchgreifen zu können, hieß es in Konzernkreisen. Thyssen-Krupp will sich von der defizitären Stahltochter trennen und hat ein Fünftel der Anteile an den tschechischen Milliardär Daniel Kreťinsky verkauft. Im Gespräch ist eine Verkleinerung der Sparte. ▶ 18



Märkte

- Dax**
18.825 Pkt. +0,77 %
- MDax**
25.233 Pkt. -0,19 %
- TecDax**
3.366 Pkt. +0,54 %
- E-Stoxx 50**
4.924 Pkt. +0,51 %
- Dow Jones**
41.309 Pkt. +0,14 %
- Nasdaq**
17.555 Pkt. -1,13 %

- S&P 500**
5.611 Pkt. -0,27 %
- Nikkei**
38.372 Pkt. +0,22 %
- Euro/Dollar**
1,1127 US\$ -0,51 %
- Gold**
2.506,67 US\$ -0,71 %
- Öl**
82,63 US\$ +1,95 %

Dax Gewinner

- 1 Covestro**
+3,71 %
55,84 €
- 2 Symrise**
+2,99 %
117,10 €
- 3 Munich Re**
+2,01 %
491,20 €

Verlierer

- 1 Zalando**
-2,56 %
24,00 €
- 2 BMW**
-0,99 %
83,94 €
- 3 Porsche H. Vz.**
-0,47 %
40,58 €

Stand: 17:00 Uhr

Autoindustrie

BYD vor Übernahme von Vertriebspartner

Der chinesische Autobauer BYD will seine Vertriebsstruktur in Deutschland neu organisieren und steht in diesem Zusammenhang kurz vor dem Durchbruch eines wichtigen Deals. Wie das Handelsblatt aus Verhandlungskreisen erfuhr, plant BYD Deutschland, das Geschäft seines Generalimporteurs Hedin hierzulande zu übernehmen. Ein Insider erwartet die entscheidenden Unterschriften in den nächsten Tagen. BYD ist seit Kurzem Marktführer in China, dem größten Automobilmarkt der Welt. In Deutschland hat die Marke zwischen Januar und Juli 1458 Autos verkauft, weniger als in kleineren Märkten wie Österreich oder Holland. ▶ 20

Netzentgelte

Firmen fürchten um Strom-Privilegien

Ein Papier der Bundesnetzagentur sorgt für Ängste bei stromintensiven Unternehmen. Es handelt sich um einen frühen und unverbindlichen Entwurf. Trotzdem warnte der Wirtschaftsrat der CDU in einem Brief an Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck und Bundesnetzagentur-Chef Klaus Müller bereits vor einem „verheerenden Signal für den Wirtschaftsstandort Deutschland“. Der Grund: Künftig sollen Stromverbraucher belohnt werden, die ihren Verbrauch an die Verfügbarkeit von Wind- und Solarstrom anpassen können. Dazu sehen sich viele nicht imstande. ▶ 22

Immobilieninvestor

Krise erfasst Gröner Group

Die Krise im Immobilienreich des prominenten Bauunternehmers Christoph Gröner hat nun offiziell auch die Spitze der Firmengruppe erreicht. Eine Krankenkasse hat offenbar wegen der vergleichsweise kleinen Forderung von 25.000 Euro ein Insolvenzverfahren beantragt. Das Amtsgericht in Leipzig setzte daraufhin einen vorläufigen Insolvenzverwalter ein. Ein Anwalt der Gruppe teilte mit, die Gröner Group sei „uneingeschränkt zahlungsfähig“. Es sei „sicher davon auszugehen“, dass das Verfahren binnen Tagen eingestellt werde. ▶ 24

Belgien, Luxemburg, Niederlande u. Österreich 3,70 € / 4,50 € Frankreich 4,20 € / 4,50 € Großbritannien 4,00 GBP / 5,00 GBP Schweiz 5,50 CHF / 6,50 CHF Polen 23,00 PLN / 27,00 PLN

Christoph Soeder/dpa, REUTERS

Monatsabonnententel: 0211 987 3602
Handelsblatt GmbH Kundenservice
Tel. 0211 987 3602
kundenservice@handelsblatt.com
www.handelsblatt.com/angebot

Handelsblatt GmbH Kundenservice
Tel. 0211 987 3602
kundenservice@handelsblatt.com
www.handelsblatt.com/angebot

4 190253 103507

PREIS 3,50 €

G 02531

Handelsblatt

Thema des Tages

Lufthansa Deutschlands größte Fluggesellschaft kostet den Konzern mehr, als sie einfliegt. Das Management reagiert mit einem „Turnaround-Programm“. ▶ 4

Streik Der Arbeitskampf bei Lufthansa-Discover führt bislang nur zu wenigen Ausfällen. Das macht eine Einigung nicht einfacher. ▶ 5

Politik

Migration Kanzler Scholz fühlt sich beim Thema Asylpolitik wie Sisyphos – dabei zeigt ein Blick auf die Realität, dass sich in Deutschland etwas bewegt. ▶ 6

Großbritannien Keir Starmer schließt bei seinem Besuch in Berlin eine Rückkehr in die EU aus, möchte aber mit Deutschland ein Abkommen schließen. ▶ 7

Arbeitsmarkt Die meisten OECD-Länder werben mit finanziellen Vorteilen um qualifizierte Einwanderer. Der Erfolg ist oft bescheiden. ▶ 10

Unternehmen

Bertelsmann Das US-Geschäft wird für das Familienunternehmen immer wichtiger. Investitionen in Deutschland will der Konzernchef aber nicht zurückfahren. ▶ 19

Elektroautos Noch verkauft BYD in Deutschland viel zu wenig Autos. Der chinesische Konzern will deshalb direkten Zugriff auf die Händler bekommen. ▶ 20

Thyssen-Krupp Monatlang haben CEO Miguel López und Stahlchef Bernhard Osburg über die Zukunft gestritten – jetzt könnte es zu Konsequenzen kommen. ▶ 18

Robotik Swiss-Mile hat einen Roboterhund weiterentwickelt. Nun steigen Jeff Bezos und Amazon bei dem Start-up aus Zürich ein. ▶ 24

Unternehmer-Initiative Der Chef von Staffbase wirbt mit „Fairplay Sachsen“ für Fairness im Wahlkampf. Viele Firmen haben sich angeschlossen. ▶ 25

Werhahn Der Familienkonzern ordnet seine Führung neu. Die aktuellen Zahlen zeigen, dass wohl auch die Strategie überdacht werden muss. ▶ 26

Flatexdegiro Oliver Behrens übernimmt den Chefposten beim Frankfurter SDax-Unternehmen. Er folgt damit auf Frank Niehage. ▶ 27



DigitalVision/Getty Images

10

Arbeitsmarkt Wie andere Länder Fachkräfte mit Steueranreizen anwerben.

20

Elektroautos BYD ist mit dem Umbau des Vertriebs fast am Ziel.



picture alliance / AA



IMAGO/Zoomar

Immobilien So sollen Familien zur Sanierung alter Häuser animiert werden.

36

Finanzen

Geldanlage Beständig höhere Ausschüttungen und Kurse – das schaffen nur wenige Aktien. Zwei davon legten in zehn Jahren um über 1000 Prozent zu. ▶ 28

Börse Daten der EZB zeigen, dass die Geldmenge in Europa und den USA auffällig langsam wächst. Fehlt Aktien damit ein Treiber, um die Rekordjagd fortzusetzen? ▶ 30

Hauskauf Mit einem neuen Förderprogramm will die Bundesregierung junge Familien zur Sanierung alter Häuser animieren. Das Konzept birgt jedoch Risiken. ▶ 36

Immobilien Die Immobilienkrise hat die Pfandbriefbanken getroffen. Nun gibt es Grund für Optimismus: Vor allem in einem Bereich steigen derzeit die Darlehenszusagen. ▶ 37

Ölpreis Nachfragesorgen auf der einen, geopolitische Risiken auf der anderen Seite. Anleger sollten beim Ölpreis auf drei Faktoren achten. ▶ 38

Märkte Insight Neue Stars, neue Rekorde – der Aufschwung an den Weltbörsen geht weiter, allerdings mit neuen Favoriten. Dieser Wechsel hat auch Auswirkungen auf den deutschen Aktienmarkt. ▶ 40

Meinung & Analyse

Ampel-Krise Von der Regierung ist nichts mehr zu erwarten. Aber die Umsetzung des Wachstumspakets ist dringend. ▶ 14

Energiewende Ein Streit über die Stromversorgung der Industrie zeigt, wie absurd politische Debatten sein können. ▶ 15

Versicherungen Die Bafin droht Lebensversicherern, ihren Vorständen die Eigenschaft zu entziehen. Im Sinne der Verbraucher. ▶ 15

Gastkommentar Im Ukrainekrieg ist ein Deal „Land gegen Land“ möglich. Wenn sich auch China dafür starkmacht. ▶ 16

In dieser Ausgabe

Namensindex

Abbas, Mahmud	9
Aegerter, Daniel	24
Alemanno, Alberto	13
Beckham, David	11
Behrens, Oliver	27
Beißel, Jörg	4
Bezos, Jeff	24
Bijlsma, Michiel	10
Bjelonic, Marko	24
Böhringer, Martin	25
Boldyreff, Alexander	26
Bouchouev, Ilija	39
Breton, Christian	13
Bruch, Christian	7
Christiansen, Niels	27
Chuanfu Wang	20
Costa, António	11
Dale, Spencer	39
Dell'Antonio, Paolo	26
Denecke-Arnold, Heike	18
Dombrovskis, Valdis	13
Draghi, Mario	13
Dulger, Rainer	11
Enders, Tom	4
Faeser, Nancy	6
Foremny, Dirk	11

Förtisch, Bernd	27
Franke, Monika	18
Fritsch, Carsten	39
Gather, Ursula	19
Gernandt, Karl	4
Grant, Charles	7
Grindemann, Jan	20
Grolms, Markus	18
Gröner, Christoph	24
Gropp, Reint	8
Groß, Thomas	37
Große Entrup, Wolfgang	22
Güllner, Manfred	12
Habeck, Robert	11, 12, 15, 22
Hackländer, Philipp	24
Heil, Hubertus	11
Hoekstra, Wopke	13
Holm, Leif-Erik	25
Hutter, Marco	24
Ingenlath, Thomas	18
Janos, Benon	27
Johansson, Ylva	13
Kallas, Kaja	13
Katz, Israel	9
Kerner, Jürgen	19
Koenig, Hanns	22
König, Andreas	26
Korbmacher, Martin	27
Kranz, Stephan	26
Kretinsky, Daniel	18

Krüger, Harald	4
Kühne, Klaus-Michael	4
Lambrecht, Barbara	38
Larsson, Marcus	20
Li Stella	20
Lindner, Christian	11, 12
Lohscheller, Michael	18
López, Miguel	18
Mayer, Thomas	30
Meloni, Giorgia	11
Merz, Friedrich	6, 12
Messi, Lionel	11
Müller, Klaus	22
Niehage, Frank	27
Niggemann, Michael	1, 4, 5
Obereder, Andreas	29
Oettinger, Günther	24
Osburg, Bernhard	18
Pappperger, Armin	7
Pauly, Lars	20
Pofalla, Ronald	24
Rabe, Thomas	19
Reis, Pedro	11
Ritter, Jens	1, 4, 5
Rüsen, Tom	26
Russwurm, Siegfried	19
Schiffers, Erich	26
Schlegel, Rainer	12
Schmid, Nils	7
Schneider, Gerrit	26

Scholz, Olaf	6, 7, 11, 12
Schröder, Gerhard	12, 24
Sefcovic, Maros	13
Shoshani, Nadav	9
Simmang, Stephan	27
Spohr, Carsten	1, 4
Starmer, Keir	6, 7
Tolckmitt, Jens	37
Vahland, Winfried	18
Varhelyi, Oliver	13
Vassiliadis, Michael	11
Vestager, Margrethe	13
von der Leyen, Ursula	7, 13
von Rohr, Karl	27
Waas, Franz	27
Woidke, Dietmar	12
Zheng Xu	23

Unternehmensindex

Abcfinance	26
Aleph Alpha	28
Ele.me	23
Fiberle	26
Fiberlean Technologies	26
Fielmann	40
Flatexdegiro	27
Flossbach von Storch	30
Arvato	19
General Atlantic	29
Gocanvas	29
Bank11	26

Bechtle	28
Bertelsmann	19
BMG	19
Bogner	26
BP	39
Brenntag	28
British Airways	4
Brussels Airlines	4
BYD	20
Carsten Coesfeld	19
Daimler	18
Dekabank	27
Delivery Hero	40
Deutsche Bank	30
Deutsche Börse	29
Discover	4, 5
Disney	19
DWS	27, 30
Education Group	19
Ele.me	23
Fiberle	26
Fiberlean Technologies	26
Fielmann	40
Flatexdegiro	27
Flossbach von Storch	30
Fuchs	28
General Atlantic	29
Gocanvas	29
Google	28

Gröner Group	24
Haniel	26
Hasbro	27
Hedin	20
Helaba	37
Hongshan	24
IBM	28
ING	30
Intel	8
ISS	29
Lego	27
Lufthansa	1, 4, 5
Majorel	19
Mattel	27
Meituan	23
Microsoft	28
Mitsubishi	18
Morgan Stanley	27
Nemetschek	29
Netflix	19
Nikola	18
Oddo BHF	30
Opel	18
Packwise	25
Penguin Random House	19
Pimco	30
Polestar	18
Rheinmetal	7
RTL-Gruppe	19

SAP	28
Schäffer	27
Senger	20
Siemens Energy	7
Simcorp	29
Staffbase	25
Stellantis	18
Stern Auto	25
Sunfire	20
Swiss	4
Swiss-Mile	24
Symrise	28
Tencent	23
Tesla	18
Thomas Coesfeld	19
Thyssen-Krupp	18, 25
TSMC	8
T-Systems	25
Tui	5
Vinfast	18
Volkswagen	18, 20
Wandelbots	25
Wechat	23
Weibo	23
Werhahn	26
Zwilling	26

NEUE LÖSUNGEN? Schaffen wir gemeinsam

Seit 5 Jahren gestalten wir mit führenden Unternehmen und Start-Ups gemeinsam Lösungen für eine nachhaltige Zukunft!

Dafür sagen wir Danke!

THE MISSION



5 Jahre
THE MISSION

100
Industriepartner

93
geförderte
Start-ups

adapa

METRO

B&O
BAU

Montan-Stiftung-Saar

B&O
SERVICE

Nestlé



BYLDIS



DUSSMANN
GROUP

SCHÜCO

e:fs
TechHub GmbH

SIEMENS
energy

MENSHEN

THALES
Building a future we can all trust

GOLDBECK

TRANSGOURMET

HubOne®

VONOVIA

IGEPA group

weber

Landeshauptstadt
München

WISAG

mainova

WSL
Patent
Marke
Design

FUTURY

BAIN
& COMPANY

SCHWARZ
L&L K SCHWARZ PRODUKTION G&R SCHWARZ DIGITS

Handelsblatt
MEDIA GROUP
SOLUTIONS

Weitere Informationen finden Sie unter: <https://www.handelsblatt.com/adv/the-mission/>

Lufthansa baut radikal um

► Fortsetzung von Seite 1

Einen ersten Eindruck, wie die Zukunft ihrer Fluggesellschaft aussehen könnte, bekommen die Piloten der Kernmarke Lufthansa an manchen Tagen am Flughafen in München. Während ihre Flugzeuge weit hinten auf dem Vorfeld parken müssten, würden die der neuen Lufthansa City Airlines an der Flugzeugbrücke parken, berichten Flugzeugführer dem Handelsblatt.

Die Hauptmarke des Lufthansa-Konzerns steht enorm unter Druck. „Wir müssen das Kernschiff der Lufthansa wieder in Schwung bringen“, hatte Konzernchef Spohr Anfang Juni beim internen Townhall-Meeting in Frankfurt gesagt. Es brauche etwa 50 Flüge, um eine Boeing 747 oder einen Airbus A380 zu füllen, rechnete der Manager vor. Noch würden davon viele von Lufthansa Airlines selbst durchgeführt. „Wie viele das in Zukunft sein werden, hängt von der Kostenposition ab“, machte der CEO deutlich: „Ich möchte

Ein Problem sind fehlende Flugzeuge. Zum einen müssen ältere Flugzeuge länger fliegen, die wartungsintensiver und auch teurer im Verbrauch sind. 23 Airbus A340 und Boeing 747-400, die eigentlich ausgemustert werden sollen, bleiben vorerst in der Luft.

Zum anderen bringt der Lieferengpass die Piloten-Planung durcheinander. So will Lufthansa Airlines in Frankfurt mit Boeing 787 (Dreamliner) auf die Langstrecke gehen. Zu Jahresbeginn hatte das Management mit 15 der neuen Jets gerechnet und die Piloten dafür ausgebildet. Nun kommen die Dreamliner erst im kommenden Jahr, und die Flugzeugführer müssen wieder auf bestehendem Gerät geschult werden. Sie können deshalb nicht eingesetzt werden, auch nicht ihre Ausbilder.

Dazu kommen interne Baustellen. Zwar hat Lufthansa Tausende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eingestellt, um die in der Pandemie gerissenen Lücken zu füllen. Aber immer noch fehlt es an Personal. Zum Beispiel in der Wartung.



nicht wie British Airways enden, wo man fast nur noch Langstrecke fliegt. 2026 sind neue Tarifverhandlungen, dann werden wir darüber reden müssen, welche Zukunft die Kurzstrecken bei Lufthansa Airlines haben werden.“

Doch ob die Zeit bis 2026 reicht, ist die Frage. Im Aufsichtsrat wächst der Unmut, wie aus dem Umfeld der Kontrolleure zu hören ist. Immer drängender würden die Fragen der Kapitalvertreter, etwa von Karl Gernandt, dem Vertreter von Großaktionär Klaus-Michael Kühne, dem früheren BMW-Chef Harald Krüger und Ex-Airbus-Chef Tom Enders.

Zwar ist für die Hauptmarke mit dem Namen Lufthansa seit einiger Zeit ein eigenes Management rund um den Airlinechef Ritter verantwortlich. Jahrzehntlang war die Fluggesellschaft Teil des Konzerns und wurde als einzige Marke in der Gruppe auch von dort gesteuert. Doch vor einigen Jahren wurde sie herausgelöst und ist nun wie Swiss, Austrian Airlines und Brussels Airlines eigenständig.

Die Kontrolleure wollen Konzernchef Spohr und das fast auf allen Positionen neu besetzte Vorstandsteam deshalb aber nicht aus der Verantwortung entlassen. Zu wichtig ist die Premiummarke, zu groß sind auch die Baustellen dort.

„Lufthansa muss sogar lukrative Strecken streichen, weil die Flugzeuge nicht rechtzeitig aus der Routinewartung kommen“, berichtet eine Führungskraft.

Piloten und Kabinenmitarbeiter können nicht effizient eingesetzt werden, weil es an anderer Stelle hakt, etwa bei der Verladung des Gepäcks. Immer wieder kommen auch die Crews selbst zu spät zum Flugzeug, weil es Probleme im Ablauf gibt. Es gebe zu viele Ineffizienzen, beklagte Personalvorstand und Interims-Finanzchef Niggemann Ende Juli.

Airlinechef Ritter wird deutlicher. „Wir müssen die Komplexität reduzieren, es gibt viel zu viele Regularien“, sagte er am Dienstagabend. Über 1000 interne Vorgaben soll es laut Lufthansa-Kennern geben. Sie behindern den flexiblen Einsatz des Personals.

Das bekommen die Passagiere zu spüren. Ein Beispiel von vielen: „Lufthansa, Du hast mir den schlimmsten Trip meines Lebens beschert. Und der Albtraum ist noch nicht vorbei“, schrieb Hanrun H. vor eineinhalb Wochen auf LinkedIn und beschrieb seine Odyssee von Berlin nach Montpellier und wieder zurück.

Zwar erreicht die Fluggesellschaft aktuell immerhin eine Pünktlichkeit von 70 Prozent, weil



Lufthansa-Chef Spohr (li.), Passagiere am Flughafen Düsseldorf: 70 Prozent der Flüge der Airline sind derzeit pünktlich.

es keine Sondereffekte wie Blockaden durch Klimaaktivisten, Wetterausnahmen oder IT-Ausfälle gibt. Dennoch ist die Zahl der Unregelmäßigkeiten noch viel zu hoch. Jörg Beißel, der Finanzchef von Lufthansa Airlines, beziffert das Einsparpotenzial allein hier auf einen dreistelligen Millionenbetrag. Wenn pünktlich und verlässlich geflogen wird, muss auch weniger Entschädigung gezahlt werden.

Und dann gibt es die externen Kosten: Die Gebühren und Abgaben sind im Heimatmarkt drastisch gestiegen. „Ein Drittel unserer Flüge hat eine Kostensteigerung um 80 Prozent“, nennt Beißel eine konkrete Zahl. Ab dem kommenden Jahr müssen die Airlines in Europa zudem ihrem Kerosin den teuren synthetischen Treibstoff SAF beimischen. All diese Mehraufwendungen addieren sich mit den hohen internen Kosten der Premiummarke.

„Bei der Strategietagung in Brüssel wird es um Kosten, Kosten und Kosten gehen“, wird in Aufsichtsratskreisen berichtet. Für die Anteilseigner stehe fest: Früher oder später würden Lufthansa City Airlines und Discover alle Zubringer- und nicht lukrativen Langstreckenflüge von Lufthansa übernehmen. Die Begründung lieferte Interims-CFO Niggemann Ende Juli: Bei Discover und City Airlines seien die Kosten zwischen 30 und 40 Prozent niedriger.

Doch die Verlagerung der Kapazitäten ist eine gewaltige Herausforderung. Die Arbeitnehmervertreter müssen mitziehen. Gerade ist die Stimmung wegen der Situation bei Discover aber emotional aufgeheizt. Das Management hat für die Piloten und die Kabinencrews einen Tarifvertrag mit Verdi geschlossen. Die beiden Spartenvertretungen Vereinigung Cockpit und UFO fühlen sich übergangen und reagieren mit Streiks.

Auch ist das Versprechen von Airlinechef Ritter, die Premiumqualität trotz der ausgelagerten Flüge zu halten, mutig. Eine Discover ist bisher bei der Servicequalität nicht mit der Kernmarke zu vergleichen. Immerhin sollen die Jets ab 2027

”

Ein Drittel unserer Flüge hat eine Kostensteigerung um 80 Prozent.

Jörg Beißel
Finanzchef von
Lufthansa Airlines



Piloten und Kabinenpersonal Streik bei Discover entfaltet kaum Wirkung

Größere Ausfälle verursacht der Arbeitskampf bisher nicht. Das macht eine Einigung aber nicht einfacher.

Frankfurt. Der Lufthansa-Ferienflieger Discover bekommt die Folgen des viertägigen Streiks bisher recht gut in den Griff. An den ersten beiden Tagen fielen nur vereinzelt Verbindungen aus. Am Dienstag waren sieben von 55 Flügen betroffen, am Mittwoch waren es neun.

Möglich ist das, weil zum Teil andere Gesellschaften der Lufthansa-Gruppe einspringen. Auch steigen Manager, die eine passende Pilotenlizenz haben, aushilfsweise ins Cockpit. Doch dieser Puffer dürfte schrumpfen. Denn Piloten müssen Ruhezeiten einhalten, können also nicht vier Tage in Folge fliegen. Deshalb ist nicht auszuschließen, dass die Zahl der Flugabsagen am Donnerstag und Freitag steigen wird. Bei Discover selbst spricht man von einem Kraftakt, den der Arbeitskampf erfordere.

Hintergrund ist ein Konflikt zwischen dem Management und den beiden Sparten-Gewerkschaften Vereinigung Cockpit (Piloten) und UFO (Kabine). Beide haben monatelang mit der Discover-Führung über den ersten Tarifvertrag der 2021 gegründeten Fluggesellschaft verhandelt – bis dato ohne Ergebnis.

Nun hat Discover mit Verdi, mit denen seit Jahresbeginn gesprochen wurde, sowohl für die Piloten als auch das Kabinenpersonal Tarifverträge ausgehandelt. UFO und VC beanspruchen aber für sich, solche Verträge zu verhandeln. Zusammen haben die zwei Gewerkschaften nach eigenen Angaben mehr als 1000 Mitglieder unter den insgesamt 1900 Beschäftigten an Bord der Jets von Discover. Deshalb wollen sie nun mit Arbeitskämpfen eigene und bessere Tarifverträge erzwingen.

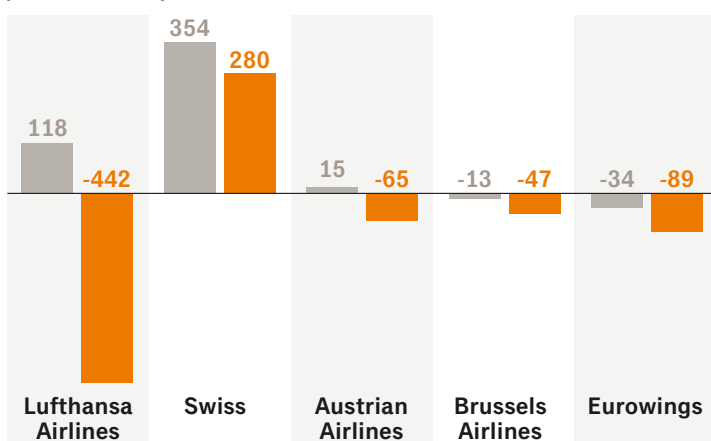
Trotz der wenigen Flugausfälle sei man zufrieden, heißt es bei UFO. Entscheidend sei der Aufwand, den die Airline betreiben müsse, um Ersatz für die betroffenen Flüge zu finden.



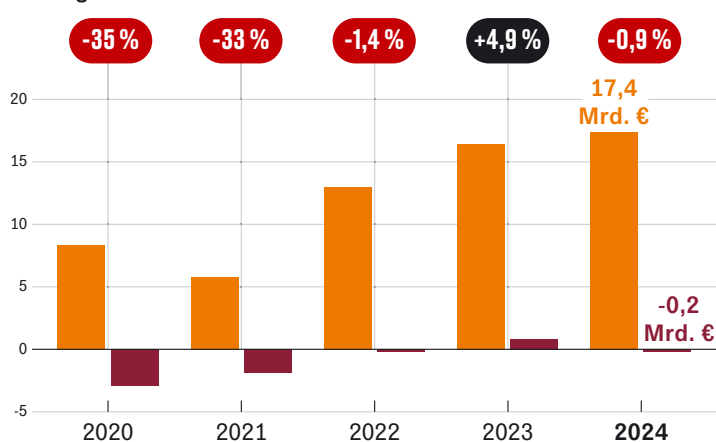
Streik bei Discover: Verdi-Tarifvertrag umstritten.

So geht es der Lufthansa-Gruppe

Betriebsergebnis¹ der Lufthansa-Fluggesellschaften
jeweils 1. Halbjahr, in Mio. Euro ■ 2023 ■ 2024



Kennzahlen der Lufthansa-Gruppe jeweils 1. Halbjahr
■ Umsatz ■ Bereinigtes Betriebsergebnis in Mrd. Euro
● Marge in Prozent



HANDELSBLATT • 1) Operatives Ergebnis vor Zinsen und Steuern
Quelle: Zwischenbericht Lufthansa

mit neuem Gestühl und einer aufgewerteten Businessclass ausgerüstet werden. Beim neuen Zubringer Lufthansa City Airlines soll es wiederum Probleme geben, wenn man Flüge von der Lufthansa-Kernmarke umbuchen will – selbst bei einem teuren Business-Flex-Tarif.

Andererseits ist der Druck, die Premiummarke neu auszurichten, gewaltig. Denn das Geschäftsmodell wandelt sich. Traditionell ist Lufthansa Airlines stark auf Geschäftsreisende ausgerichtet, die das ganze Jahr unterwegs sind. Doch mittlerweile ist klar, dass die nicht wieder in dem Umfang wie 2019 zurückkommen werden. Nun treiben Privatreisende die Nachfrage. Die buchen saisonaler. „Wir brauchen im Sommer 25 Flugzeuge mehr als im Winter“, sagte Ritter am Dienstagabend. Künftig soll die Winter-Nachfrage weitgehend aus eigener Kraft abgedeckt werden. Die Kapazität für die Spitzen im Sommer will man zukaufen. Ein ähnliches Konzept hat seit einiger Zeit auch Tuifly, die deutsche Airline des Reisekonzerns Tui.

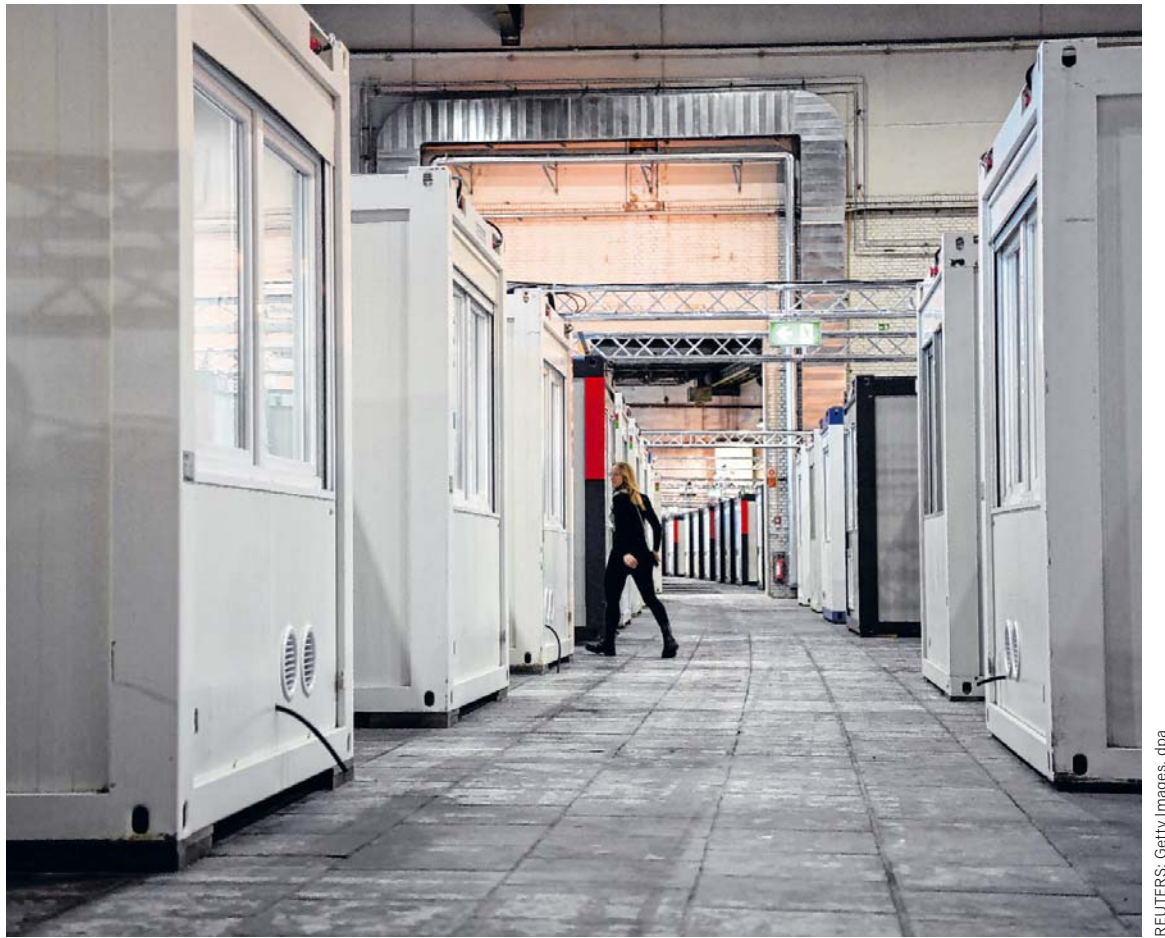
Auch wächst der Wettbewerb. Die staatlichen chinesischen Fluggesellschaften schicken gerade sehr viel Kapazität nach Europa. Während Lufthansa wegen des Ukrainekriegs große und teure Umwege um Russland fliegen muss, reisen die Jets aus China auf direktem Weg nach Europa – und das zu deutlich niedrigeren Preisen. In Nordamerika wiederum fliegen immer mehr Anbieter nicht mehr nur zu den großen Drehkreuzen in Europa, sondern auch direkt zu den Zielen in der Fläche. Damit fehlen Lufthansa Umsteiger.

Es ist ein perfekter Sturm, der auf die Kernmarke zurollt. Dabei soll Europas größter Airlinekonzern 2026 glänzen. Lufthansa will den 100. Geburtstag groß feiern. Eigens dafür wird derzeit neben der Lufthansa-Zentrale am Frankfurter Flughafen an einem neuen Konferenz- und Besucherzentrum gebaut.

Ein Aufsichtsrat bleibt trotz all der Probleme zuversichtlich: „Ich bin mir sicher, die Führung wird alles dafür machen, dass Lufthansa 2026 gut dasteht.“ Jens Koenen



Flüchtlinge aus Afghanistan (o.), Politiker in Solingen (u.), Flüchtlingsunterkunft in Berlin (r.): Die Migrationsdebatte lebt wieder auf.



REUTERS; Getty Images; dpa

Migration

Sisyphos oder nicht? Fakten zur Migrationsdebatte

Kanzler Scholz fühlt sich beim Thema Asylpolitik wie Sisyphos – dabei zeigt ein Blick auf die Realität, dass sich in Deutschland durchaus etwas bewegt. Was bleibt, ist ein Grundproblem.

Moritz Koch, Olga Scheer, Frank Specht, Daniel Delhaes Brüssel, Berlin

Als der Kanzler am Dienstagabend seine Asylpolitik verteidigen möchte, macht er es nicht unbedingt besser: „Das ist so ein bisschen Sisyphos“, sagt Olaf Scholz bei einem Wahlkampftermin in Sachsen. In der griechischen Mythologie ist Sisyphos ein Königssohn, der auf ewig einen Felsbrocken einen Berg hinaufwälzen muss, der dann wieder zurück ins Tal rollt. So sehr er sich auch müht, so sinnlos ist seine Anstrengung.

Seit dem Terrorattentat von Solingen wird Scholz immer nachdrücklicher gefragt: Wann sinkt denn die Zahl der Asylbewerber nachhaltig? Wann funktionieren die Abschiebungen wie versprochen? Der Sisyphos-Vergleich würde bedeuten: nie.

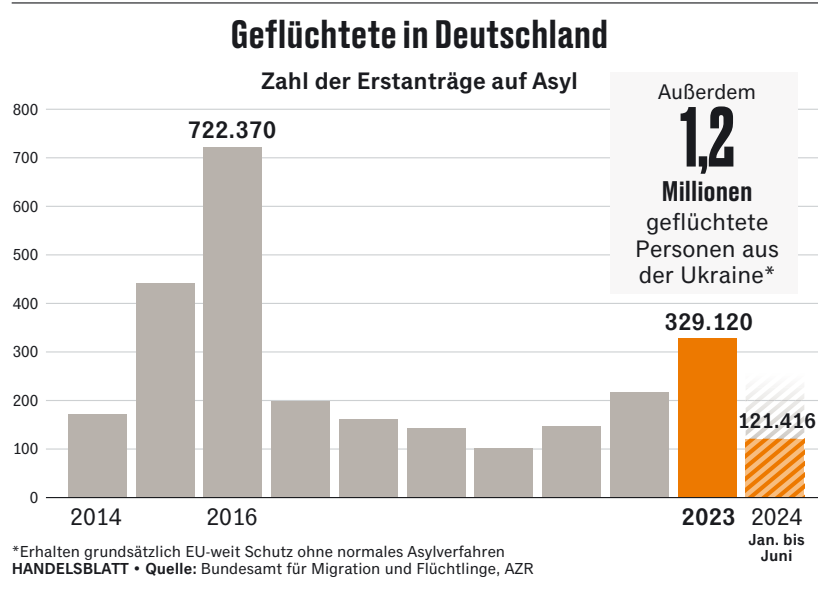
Doch braucht Scholz dringend Ergebnisse. Am Mittwoch kündigte er an, „sehr zügig“ Gespräche mit der Opposition und den Ländern anzusetzen. Bundesinnenministerin Nancy Faeser werde „jeweils einen Vertreter des Vorsitzes und Co-Vorsitzes der Ministerpräsidentenkonferenz, Vertreter der größten Oppositionspartei und involvierte Bundesressorts zu vertraulichen und zielgerichteten Gesprächen über diese Frage einladen“, sagte er nach einem Treffen mit dem britischen Premierminister Keir Starmer in Berlin.

Oppositionschef Friedrich Merz hatte Scholz am Dienstag zu Gesprächen gedrängt und zugleich hart mit der Ampelkoalition abgerechnet.

„Dem Kanzler entgleitet das eigene Land“, warnte der CDU-Chef. Dabei hat sich, trotz Scholz' Sisyphos-Vergleich, in den vergangenen Monaten in der Migrationspolitik einiges bewegt. Ein Überblick:

Wie entwickeln sich die Asylanträge?

Die Zahl der Asylbewerber ist rückläufig. Im ersten Halbjahr stellten dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) zufolge 121.416 Geflüchtete in Deutschland einen Erstantrag auf



Asyl – das waren 28.750 weniger als im Vorjahreszeitraum. Der Rückgang der Asylbewerberzahlen hat auch mit politischen Maßnahmen zu tun.

Schon seit Oktober 2023 kontrolliert die Bundespolizei an den deutschen Grenzen zu Polen, Tschechien und der Schweiz die Einreisen. Im Zuge der Fußball-Europameisterschaft in Deutschland und auch während der Olympischen Spiele und Paralympics in Frankreich wurden die Kontrollen vorübergehend deutlich ausgeweitet.

Allein im Zeitraum vom 7. Juni bis zum 15. Juli registrierte die Bundespolizei laut Bundesinnenministerium etwa 8300 unerlaubte Einreisen. Wie viele der an den Grenzen festgestellten Geflüchteten allerdings die Situation nutzten und einen Asylantrag stellten, konnte die Ministeriumssprecherin nicht sagen.

Wie steht es um die Abschiebungen?

Bei der Rückführung von Asylbewerbern, die in Deutschland kein Bleiberecht haben, sieht die Regierung Fortschritte. „Wir sehen eine Steigerung um 30 Prozent in diesem Jahr“, sagte Bundeskanzler Scholz Anfang der Woche bei seinem Besuch in Solingen. Wenn man das Jahr 2022 zum Vergleich nehme, betrage der Rückgang sogar zwei Drittel.

Einen weiteren Anstieg der Zahlen will die Bundesregierung mit dem neuen Rückführungsverbesserungsgesetz erreichen, das im Februar in Kraft getreten ist. Es erweitert die Kompetenzen der Behörden und erlaubt es, abgelehnte Asylbe-

werber länger in Gewahrsam zu nehmen, damit diese nicht untertauchen können. So kann die Polizei jetzt in Sammelunterkünften nicht nur das Zimmer des abzuschließenden Ausländers betreten, sondern auch andere Räume. Beim sogenannten Ausreisegewahrsam wurde die Höchstdauer von zehn auf 28 Tage verlängert.

Und die Rücküberstellungen?

Die Überstellung in andere EU-Mitgliedstaaten, die eigentlich für das Asylverfahren zuständig wären, bleibt schwierig. Im vergangenen Jahr gab es 5053 Rücküberstellungen, in der ersten Hälfte dieses Jahres waren es 3043. Das entspricht aber nicht einmal einem Zehntel der knapp 37.000 Übernahmeersuchen Deutschlands an andere EU-Mitgliedstaaten.

Das sogenannte Dublin-System, das bisher die Verteilung von Migrantinnen und Migranten in der EU regelt, ist dysfunktional. Die Regeln sehen vor, dass derjenige EU-Staat, in dem Migranten erstmals europäischen Boden betreten, für das Asylverfahren zuständig ist. In der Regel sind das Länder wie Italien, Griechenland und Bulgarien. Die dortigen Behörden fühlen sich mit der Situation jedoch überfordert, weshalb sie viele Migranten einfach passieren lassen. Vielfach deren Ziel: Deutschland.

Was sieht der EU-Migrationspakt vor?

Der wenige Monate alte EU-Asylkompromiss sieht vor, dass die Asylanträge bereits an den Außengrenzen der Union bearbeitet werden und die Abschiebeentscheidung gleichzeitig mit dem negativen Asylbescheid einhergeht. Dafür durchlaufen Asylbewerber an den EU-Außengrenzen ein Schnellverfahren. Sie sollen binnen zwölf Wochen eine Entscheidung über ihr Asylgesuch erhalten und die Wartezeit in besonderen Aufnahmезentren verbringen.

Die zweite wesentliche Neuerung ist der Solidaritätsmechanismus zwischen den Mitgliedstaaten. Damit ist eine gerechtere Verteilung der Migrationslasten gemeint: Alle Mitgliedstaaten sind künftig verpflichtet, entweder Flüchtlingskontingente aufzunehmen oder Ausgleichszahlungen an die Ersteinreiseländer zu leisten. Noch sind die neuen Regeln aber nicht in Kraft. Es läuft eine Übergangsfrist von zwei Jahren, ehe die neuen EU-Verordnungen in nationales Recht umgesetzt sein müssen.

Die EU und die Mitgliedstaaten wollen derweil weitere Abkommen mit Herkunftsländern schließen, damit diese abgelehnte Asylbewerber zurücknehmen. Mit der Türkei, Tunesien, Ägypten und dem Libanon hat die EU sogar vereinbart, dass diese Länder Flüchtlinge zurücknehmen, die eigentlich aus anderen Staaten stammen. Im Gegenzug zahlt die EU Milliardenbeträge an die betreffenden Regierungen. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen will solche Deals nun auf den ganzen Mittelmeerraum ausweiten.

Gleichzeitig will die EU mehr legale Wege zur Einwanderung anbieten, um das Geschäftsmodell der Schlepper zu beschädigen, sowie die EU-Grenzschutzbehörde Frontex deutlich stärken. Künftig soll ein EU-Kommissar nur mit diesen Fragen befasst sein.

Lassen sich die Grenzen schließen?

CDU-Chef Friedrich Merz drängt auf schnelle Lösungen: Die Bundesregierung müsse bereit sein, im Zweifel eine „nationale Notlage“ zu erklären und Migranten daran zu hindern, aus anderen EU-Staaten nach Deutschland zu gelangen. Die wirtschaftlichen Folgen einer deutschen Selbstabschottung wären allerdings gravierend.

Am Dienstagabend telefonierte Merz mit seiner Parteifreundin von der Leyen und tauschte sich mit ihr über seine Vorschläge aus. Aus Brüsseler Sicht ist klar: Grenzkontrollen sind riskant, der Ausruf eines nationalen Notstands würde zum Stresstest für die EU werden. Allerdings sind Zwischenschritte möglich. Die Binnengrenzkontrollen, die Deutschland an den Grenzen zu Polen, Tschechien oder der Schweiz eingerichtet hat, sind mit EU-Recht vereinbar.

Politische Beziehungen

Großbritanniens Neustart in Europa

Keir Starmer schließt bei seinem Besuch in Berlin eine Rückkehr in die EU aus, möchte aber mit Deutschland ein Abkommen schließen.

Torsten Riecke London

Deutschland und Großbritannien wollen nach dem Regierungswechsel in London enger zusammenarbeiten und bis zum Jahresende einen umfangreichen Kooperationsvertrag abschließen. Darauf haben sich Bundeskanzler Olaf Scholz und der neue britische Premierminister Keir Starmer am Mittwoch bei dessen Antrittsbesuch in Berlin geeinigt. Die Labour-Regierung in London hat die Wiederannäherung Großbritanniens an seine europäischen Nachbarn zur Priorität ihrer Außenpolitik gemacht. „Wir haben die einmalige Chance, unsere Beziehungen zu Europa neu zu gestalten“, sagte Starmer in Berlin, „wir müssen den Brexit hinter uns lassen und die zerrütteten Beziehungen wieder in Ordnung bringen.“

Bis zum Herbst wollen Berlin und London einen bilateralen Sicherheitspakt abschließen, der die Zusammenarbeit im militärischen Bereich neu regelt und zugleich das „Herzstück“ eines umfangreicheren Abkommens zwischen beiden Ländern sein soll. „Dieser wird die ganze Bandbreite unserer Beziehungen regeln“, kündigte Scholz an. Zudem werde es mit der Regierung in London fortan regelmäßige Konsultationen geben.

Das neue Abkommen soll sich am sogenannten „Lancaster-House-Vertrag“ orientieren, mit dem Großbritannien und Frankreich ihre Sicherheitspartnerschaft 2010 zementiert hatten. Bis zum Jahresende will Starmer es unter Dach und Fach bringen. „Dabei wird es auch um Wirtschaft, Technologie, Migrationsfragen und Kultur gehen“, sagte der britische Regierungschef und kündigte einen gemeinsamen Aktionsplan an, um durch bessere Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden die illegale Migration zu begrenzen.

Beim Abbau von Handelshürden geht es Starmer dem Vernehmen nach insbesondere um einen besseren Marktzugang britischer Firmen sowie eine Anerkennung von beruflichen Qualifikationen. Engere Wirtschaftsbeziehungen seien „entscheidend“, um mehr Wachstum zu erreichen, sagte der Premierminister, „und mehr Wachstum ist das wichtigste Ziel meiner Regierung.“ Starmer hatte bereits zuvor angekündigt, mit der EU Erleichterungen für den Handel mit Agrarprodukten auszuhandeln.

Welche Schwierigkeiten es beim Abbau der Brexit-Hürden zu überwinden gibt, zeigt jedoch die neue „industrielle Verteidigungsstrategie“, mit der die EU kürzlich alle Mitgliedsländer ver-

pflichtet hat, ihre Rüstungsgüter vorwiegend aus der EU zu beschaffen. Das würde britische Firmen, die an zahlreichen Joint Ventures mit europäischen Partnern beteiligt sind, benachteiligen. Starmer traf bei seinem Berlin-Besuch auch mit Siemens-Energy-Chef Christian Bruch und Armin Papperger, dem Chef des Rüstungskonzerns Rheinmetall, zusammen.

Darüber hinaus wollen beide Länder auch beim Klimaschutz, in der Energiesicherheit und bei neuen Technologien enger kooperieren. „Der Vertrag mit Deutschland ist Teil unseres Neustarts nach dem Brexit“, betonte Starmer. Das bedeute jedoch nicht, dass man den Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU rückgängig machen werde. Großbritannien werde nicht in die Zollunion oder den europäischen Binnenmarkt zurückkehren, auch habe man keine Pläne für ein Jugend-Mobilitätsabkommen.

Hier zeigte sich ein deutlicher Unterschied zu Scholz, der zuvor „mehr Begegnungen“ zwischen den Bürgern beider Länder ausdrücklich befürwortet hatte. Die EU hatte kürzlich vorgeschlagen, die Visa-Pflicht für die Altersgruppe der 18- bis 30-Jährigen für bis zu vier Jahre aufzuheben, um den Jugendaustausch mit Großbritannien wieder in Gang zu bringen. Berlin möchte zudem, dass die Briten in das europäische Studentenaustauschprogramm Erasmus plus zurückkehren. „Das steht ganz oben auf unserer Wunschliste“, sagte Nils Schmid, außenpolitischer Sprecher der SPD, der BBC.

Beides lehnt die Labour-Regierung in London bislang ab, obwohl eine Mehrheit der Briten nach einer aktuellen Umfrage dem Jugendaustausch positiv gegenübersteht. Starmer befürchtet jedoch, dass eine größere Freizügigkeit die alten Brexit-Wunden wieder aufreißt. Denn das Ende der Personenfreizügigkeit war einer der wichtigsten Gründe für den Austritt der Briten aus der EU.

Londons „rote Linien“ begrenzen zugleich den Spielraum für das neue Abkommen mit Berlin. Insbesondere in Handelsfragen, die für alle EU-Mitglieder von Brüssel aus geregelt werden, kann und will die Bundesregierung keinen Alleingang riskieren, hieß es aus Regierungskreisen. „Wenn man Themen wie Klima, Energie, Künstliche Intelligenz und Migration unter den Sicherheitsbegriff subsumiert, kann es rechtliche Probleme mit Vereinbarungen geben, die im Brexit-Vertrag geregelt sind“, warnte kürzlich Charles Grant, Direktor der Denkfabrik Centre for European Reform in London.



Wir müssen den Brexit hinter uns lassen und die zerrütteten Beziehungen wieder in Ordnung bringen.

Keir Starmer
Großbritannien
Premier



Keir Starmer in Berlin: Der britische Premier will wieder näher an die EU rücken, lehnt aber mehr Freizügigkeit ab.



Reint Gropp

„Der Osten ist nicht ungewöhnlich. Ungewöhnlich ist der Westen“

Der Ökonom Reint Gropp erklärt, warum viele Ostdeutsche populistische Parteien wählen, die Wahrnehmung der wirtschaftlichen Lage von der Realität abweicht und welche Ängste es gibt.

Herr Gropp, im Osten ließen sich zuletzt viele Konzerne nieder, die Arbeitslosigkeit ist gering, die Löhne steigen. Warum wollen trotzdem so viele Bürgerinnen und Bürger BSW oder AfD wählen?

Die Lage ist sogar noch besser, als Sie beschreiben. Im Osten herrscht Vollbeschäftigung. Die größte Sorge der Unternehmer ist auch im Osten, genügend Mitarbeiter zu finden. Wenn die Ostdeutschen ihre wirtschaftliche Lage von heute mit der von vor 20 Jahren vergleichen, müssten sie von der Politik begeistert sein, keiner dürfte Populisten wählen.

Die These, viele Ostdeutsche würden rechts wählen, weil sie wirtschaftlich abgehängt sind, ist also falsch?

Absolut. Wir können das auch durch Studien belegen. Wir haben untersucht, wie der Zusammenhang in Europa zwischen dem „China-Schock“ – also der Verlagerung von Produktionsstätten in die Volksrepublik – und dem Stimmenanteil von Populisten ist. Von den 35 Prozent Stimmenanteil für Populisten lassen sich nur zwei bis drei Prozentpunkte durch den „China-Schock“ erklären. Das gilt auch für Ostdeutschland.

Warum wollen dann in Thüringen 50 Prozent AfD oder BSW wählen?

Wenn Sie die Bürger fragen, wie es ihnen wirtschaftlich geht, sagen die: „ganz gut“. Wenn Sie dieselben Bürger fragen: „Wie geht es der Wirtschaft?“, sagen sie: „Die geht vor die Hunde.“ Es gibt eine starke Asymmetrie zwischen Wahrnehmung und Realität.

Woran liegt das?

Eine zentrale Rolle spielt Medienkonsum. Viele Menschen beziehen ihre Informationen nur von Tiktok oder Facebook. Wenn wir uns dort immer wieder erzählen, die Erde ist eine Scheibe, glauben wir das irgendwann. So ein Geraune gab es schon früher an jedem Stammtisch. Aber da haben sich das halt nur fünf Leute am Tresen erzählt. Heute bekommt jeder durch soziale Medien das Gefühl, Millionen andere sehen das ganz genauso.



Vita

Der Ökonom
Reint Gropp ist Volkswirt und hat für den Internationalen Währungsfonds (IWF) und die Europäische Zentralbank (EZB) gearbeitet. Heute ist Gropp Professor für Volkswirtschaftslehre an der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg. Seine Forschungsschwerpunkte sind Finanz- und Makroökonomik sowie Unternehmensfinanzierung.

Der Institutspräsident
Der gebürtige Bottroper ist seit 2014 Präsident des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH), eines der sieben großen Leibniz-Wirtschaftsinstitute.

Aber das ist doch kein ostdeutsches Phänomen.

Absolut nicht. Ostdeutschland ist nicht ungewöhnlich. Das gleiche Phänomen gibt es in Frankreich, den Niederlanden, den USA. Ungewöhnlich ist Westdeutschland. Dort ist der Stimmenanteil von Populisten geringer als im Rest Europas.

Der Autor des Buchs „Die kürzeste Geschichte Deutschlands“ behauptet, die protestantischen Ostdeutschen hätten immer schon stärker der Obrigkeit nachgehungen, früher als der katholische Westen Hitler gewählt. Ist dieser Zusammenhang Unfug?

Historische Persistenzen spielen eine wichtige Rolle beim Wahlverhalten. Donald Trump holt etwa in den USA Staaten mehr Wähler, in denen Sklaverei früher erlaubt war. Was mich aber an der These stört, ist der reine Blick auf Deutschland. Wählen Polen, Ungarn oder Italien heute rechts, weil das dort Tradition hat?

Die Löhne im Osten sind geringer, Ostdeutsche haben eine schmalere Rente und weniger Vermögen als Westdeutsche. In einer Krise sind Rücklagen schnell aufgezehrt. Spielen diese Gründe wirklich keine Rolle für das Erstarken extremer Parteien im Osten?

Die Lohnschere von 20 Prozent wird sich irgendwann schließen. Anders ist es bei den Vermögen. Westdeutsche besitzen fast das Fünffache an Vermögen wie Ostdeutsche, die ihr Geld zudem konservativer anlegen. Das heißt, die Vermögensschere zwischen Ost und West wird weiter auseinandergehen. Und das hat Folgen: Wer weniger Vermögen hat, gründet seltener ein Unternehmen, worunter die ostdeutsche Wirtschaft leidet. Dafür kommt der Osten besser durch Krisen.

Das müssen Sie erklären.

Der Staatsanteil im Osten ist höher und der privatwirtschaftliche Teil kleiner. Und in Krisen schrumpft der Staat nicht, sondern er wächst, um die Krise abzufedern.



Bau einer Chipfabrik in Dresden (oben), TSMC-Chef C. C. Wei (unten 2. v. r.) beim Baustart: Symbolischer Spatenstich für das Gemeinschaftsvorhaben des taiwanesischen Halbleiterkonzerns mit den Firmen Bosch, Infineon und NXP Semiconductor.

Der Soziologe Andreas Reckwitz macht „Verlustängste“ für die Polarisierung mitverantwortlich. Sind Verlustängste im Osten besonders ausgeprägt?

Ostdeutsche sind risikoaverser als Westdeutsche, ja. Das hängt mit der Wende zusammen. Von heute auf morgen war alles anders. Man dachte, diese Erfahrungen würden irgendwann keine Rolle mehr spielen. Schließlich waren die heute 40-Jährigen beim Mauerfall zehn Jahre alt. Aber Ängste werden über Generationen weitergegeben.

Der Osten hat keine eigenen Konzerne. Ist es ein Problem, dass sich die Ostdeutschen als verlängerte Werkbank des Westens fühlen?

Ganz sicher. Und die jüngsten Ansiedlungen von Tesla, TSMC oder Intel sind dafür gute Beispiele und eben keine Gamechanger.

Aber mit ihnen kommt doch Hochtechnologie in den Osten?

Das Problem ist, dass gerade nicht Hauptverwaltungen oder Forschungsabteilungen in Grünheide, Dresden und Magdeburg angesiedelt werden, sondern reine Produktionsstätten, die schnell wieder geschlossen werden können. Die Milliarden an Subventionen,

mit denen die Politik die Unternehmen in den Osten gelockt hat, wären in Bildung, Forschung sowie der Förderung von Start-ups viel besser angelegt.

Ähnlich wie bei den Unternehmen ist die Politik insgesamt seit der Wende beim Aufbau Ost vorgegangen, Billionen flossen von West nach Ost. War das Geld auch in großen Teilen sinnlos?

Das würde ich so pauschal nicht sagen. Ich verstehe, was die Politik vor 30 Jahren wollte. Und halten Sie es als Politiker in der Nachwendzeit bei der hohen Arbeitslosigkeit mal durch, nicht Produktionsstätten zu retten. Hinterher sind wir alle schlauer. Man hätte sicher vieles anders machen können.

Was konkret?

Ein Beispiel: Buna hat zu DDR-Zeiten Plastik aus Kohle produziert, weil es kein Öl gab. Mit der Wendezeit war das Verfahren obsolet. Die Politik gab viel Geld aus, um wenigstens 3000 der 30.000 Arbeitsplätze zu retten, eine Million pro Mitarbeiter. Um die Forschungsabteilung von Buna, wo hochgradig qualifizierte Mitarbeiter arbeiteten, die aus Dreck Gold machten, hat sich die Politik nicht gekümmert. Die waren dann auch blitzschnell weg.

Die Politik hätte also weniger auf die Rettung von Produktion und auch hier mehr auf die Förderung von Forschung setzen sollen?

Auch Westdeutschland befand sich damals in einem Transformationsprozess, weg von Produktion hin zu einer Dienstleistungsgesellschaft. Und dann hat die Politik gegen diesen allgemeinen Trend noch versucht, marode Produktionsstätten der DDR zu retten. Hätte man die vielen Milliarden für Start-ups ausgegeben, hätten wir heute sicher ein Dax-Unternehmen aus dem Osten.

Wird der Osten wirtschaftlich je Westniveau erreichen?

In der Fläche: nein. Ostdeutschland leidet unter seiner Geografie, ist ländlicher als der Westen. Aber die urbanen Zentren rund um Berlin, Dresden und Leipzig werden sich angleichen. Leipzig war in den vergangenen 15 Jahren mit Abstand die am schnellsten wachsende Stadt Deutschlands.

Laut einer Umfrage glauben 43 Prozent der Ostdeutschen, der Sozialismus ist eine gute Idee, die nur schlecht umgesetzt wurde. Wie erklären Sie sich das, wenn es wirtschaftlich ganz gut läuft?

Sicher will man die eigene Vergangenheit ein Stück weit schönreden. Aber was man sich schwer erklären kann, warum die Ostdeutschen dann AfD wählen und nicht nur BSW oder die Linke. Die AfD will vielleicht die Demokratie abschaffen, aber nicht den Kapitalismus.

Was würde eine Regierungsbeteiligung der Wagenknecht-Partei für die Wirtschaft bedeuten?

Das ist schwierig zu sagen, da alles sehr vage ist. Das BSW-Programm ist eine Projektionsfläche für alle Unzufriedenen. Und dann ist die Frage, welche Politik am Ende dabei rauskommen würde. Bodo Ramelow hat in Thüringen eine pragmatische Wirtschaftspolitik gemacht, die nichts mit dem Programm der Linkspartei zu tun hatte.

Was für Folgen hätte es für den Wirtschaftsstandort, wenn in Thüringen AfD und BSW auf 50 Prozent kämen?

Die anderen 50 Prozent der Wähler würden das sicher als dramatisch schlechtes Signal für ihr Bundesland sehen und sich fragen, ob sie bleiben wollen, wenn sie vielleicht etwas anders aussehen als diejenigen, die Rechtspopulisten als deutsch empfinden. Und nach außen wäre ein solches Votum ein klares Signal gegen Einwanderung. Schon im Vorjahr sind erstmals seit 2017 wieder mehr Menschen aus dem Osten in den Westen gezogen als umgekehrt. Dabei weiß jeder Unternehmer, der investieren will: Ohne Einwanderung wird es nicht gehen. Und selbst wenn es nicht 50 Prozent für AfD und BSW werden, richten die Parteien schon jetzt großen Schaden an.

Wie?

Die Populisten haben negativen Einfluss auf die anderen Parteien. Wir sehen das gerade in den USA, wo Kamala Harris ernsthaft Preiskontrollen für Lebensmittel vorschlägt. Und auch manch ostdeutscher Ministerpräsident rennt AfD und BSW leider hinterher.

Herr Gropp, vielen Dank für das Gespräch.

Die Fragen stellten Martin Greive und Julian Olk.

Nahost-Krieg

Großoffensive im Westjordanland

Das israelische Militär geht im besetzten Gebiet massiv gegen militante Palästinenser vor.

Inga Rogg Jerusalem

Nach monatelangen Razzien und Zusammenstößen mit palästinensischen Kämpfern sind israelische Truppen am Mittwoch in zwei Städte und ein Flüchtlingslager im besetzten Westjordanland einmarschiert. „Wir befinden uns in der Anfangsphase dieser Operation“, sagte Oberstleutnant Nadav Shoshani, ein Sprecher der israelischen Streitkräfte. Die Militäroperation konzentrierte sich auf die Städte Jenin und Tulkarem sowie das Flüchtlingslager al-Fara'a in der Nähe von Tubas. Aufnahmen zeigen, wie israelische Soldaten in Militärfahrzeugen in Tulkarem einrollen, sie werden begleitet von Bulldozern. Unterstützt wurden die Bodentruppen von Luftangriffen.

Nach Angaben der Armee wurden neun „Terroristen“ getötet, sieben von ihnen durch Drohnenangriffe. Mehrere Palästinenser seien festgenommen worden. In den letzten knapp zwanzig Jahren gab es im Westjordanland keine Luftangriffe. Doch seit dem Überfall der Hamas auf Israel und dem Krieg im Gazastreifen setzte die Armee mehrfach Drohnen gegen die Kämpfer in Jenin ein.

Nach israelischen Angaben wurden in Jenin und Tulkarem mehrfach Terroranschläge in israelischen Städten geplant und verübt. Ein Selbstmordattentäter, der einen Anschlag in Tel Aviv verüben wollte, soll ebenfalls aus dem nördlichen Westjordanland stammen. Der Sprengstoff explodierte frühzeitig, sodass nur der Täter getötet und ein Passant leicht verletzt worden war. Von Kämpfern aus den beiden Orten seien 150 Anschläge mit Schusswaffen und Sprengsätzen auf Israelis verübt worden, sagte Shoshani.

Israel beschuldigt die Machthaber in Teheran

In jüngster Zeit sollen die Militanten verstärkt Unterstützung durch den Iran erhalten haben. Der Iran wolle in Judäa und Samaria, wie Israel das Westjordanland nennt, eine „östliche Terrorfront“ aufbauen, erklärte Israels Außenminister Israel Katz. Das Regime finanziere daher „Terroristen“ und rüste sie mit modernen Waffen auf. Diese würden über Jordanien ins Westjordanland geschmuggelt. Jordanien hatte diesen Vorwurf vor Kurzem scharf zurückgewiesen.

Katz forderte die vorübergehende Evakuierung der Palästinenser in den betroffenen Gebieten. Israel müsse gegen den Terror im Westjordanland genauso vorgehen wie gegen den Terror im Gazastreifen, schrieb Katz auf der Onlineplattform X. Dazu zähle die „vorübergehende Evakuierung der palästinensischen Zivilisten“. Die Militäroperation sei „in jeder Hinsicht ein Krieg“, so Katz. Armeesprecher Shoshani gab indes an, von solchen Plänen nichts zu wissen.

Mahmud Abbas, der Präsident der Palästinensischen Autonomiebehörde, die Teile des Westjordanlands regiert, brach eine Reise nach Saudi-Arabien ab. Israelischen und palästinensischen Medien zufolge umstellten die Soldaten in Jenin, Tulkarem und Fara'a auch Krankenhäuser und hinderten Krankenwagen an der Zufahrt. Die Zugänge zu sämtlichen Spitälern seien abge-



Israelische Soldaten in Tulkarem: Die Dauer der Operation ist unklar.

riegelt, erklärte der palästinensische Ministerpräsident Mohammed Mustafa. Er rief die internationale Gemeinschaft auf, zu „intervenieren und die israelische Aggression im Gazastreifen

und im Westjordanland“ zu stoppen. Die Militäroperation könnte nach Informationen der „Times of Israel“ noch länger dauern. Sie sei auf mehrere Tage angelegt, wie aus der Armee verlautete.

Die Lage im besetzten Westjordanland ist seit dem Massaker der Hamas und dem Krieg in Gaza extrem angespannt. Die Frustration insbesondere unter Jugendlichen ist groß, dass Abbas und die Autonomiebehörde der israelischen Regierung nichts entgegenzusetzen haben und die Armee scheinbar nach Gutdünken in Städte und Dörfer einmarschieren kann. Nach Angaben des Gesundheitsministeriums in Ramallah haben israelische Militäreinsätze und bewaffnete Auseinandersetzungen seit dem Oktober mehr als 630 Tote aufseiten der Palästinenser gefordert.

Anzeige

19.09. 2024
Drachenfels bei Bonn

Hauptpartner
Google **celonis**

CENTILLIONSUMMIT

FUTURE SCENARIOS & NEW REALITIES

Penicillin, Teflon und Sekundenkleber – Zufallsentdeckungen, die die Welt veränderten. Die Welt ist jedoch komplexer geworden und wir können uns auf solche Innovationszufälle nicht mehr verlassen.

Beim Centillion Summit 2024 nutzen wir die geballte Schwarmintelligenz und gestalten die Zukunft von (über-)morgen - technologisch, wirtschaftlich, menschlich.

Gemeinsam entwickeln wir Zukunftsszenarien zu vier hochaktuellen Schwerpunktthemen: Geschwindigkeit von Tech-Innovation, Augmented Workforce, Tech & Trust sowie Longevity und Human Enhancement


Auch Sie sind gefragt: Wie stellen Sie sich das Übermorgen vor? Reichen Sie uns Ihre Zukunftsvision über den Link im QR-Code ein.



Horst von Buttler
Chefredakteur,
WirtschaftsWoche



Charlotte Haunhorst
Mitglied der Chefredaktion
& Head of Digital,
Handelsblatt



Khadija Ben Hammada
Chief Human
Resources Officer,
Merck Group



Natalia Oropeza
CSIO & Chief Diversity,
Inclusion & Equity Officer,
Siemens AG



Nina Michahelles
Director,
Google



Rudy Kuhn
Lead Evangelist,
Celonis



Dr. Michael Förtsch
CEO,
Q.ANT



Markus Witte
Founder und Supervisor
Board Chairperson,
Babbel

Jetzt einreichen unter: 

Initiatoren
Handelsblatt **WirtschaftsWoche**

FUTURE
SCENARIOS &
NEW REALITIES



Arbeitsmarkt

Steueranreize für Einwanderer: So machen es andere Länder

Die meisten OECD-Länder werben mit finanziellen Vorteilen um qualifizierte Einwanderer. Der Erfolg ist oft bescheiden. Eine Studie aus den Niederlanden kommt zu erstaunlichen Ergebnissen.

Internationales Team: Experten sehen einen Steuerrabatt von 30 Prozent als positiv an, um ausländische Fachkräfte anzulocken – allerdings nur für das einzelne Land.

**Gerd Höhler, Sandra Louven,
Helmut Steuer, Gregor Waschinski**
Athen, Düsseldorf, Stockholm, Paris

Während Deutschland darüber diskutiert, ob es gerecht ist, begehrte ausländische Fachkräfte mit Steuererleichterungen anzulocken, ist das in den meisten Industrieländern seit Jahren gelebte Praxis. Eine Studie der OECD vom Juni dieses Jahres kommt zu dem Schluss, dass 24 ihrer 38 Mitgliedsländer qualifizierten Einwanderern finanzielle Anreize anbieten.

Die meisten Staaten haben dazu entweder eine Einkommensteuer-Flattrate oder befreien – so wie es in Deutschland gerade diskutiert wird – einen Teil des Gehalts von der Einkommensteuer. 30 Prozent sind dabei eher die untere Grenze, vielfach gibt es mehr.

Aus deutscher Sicht interessant ist das Beispiel der Niederlande, die den Erfolg ihrer Steueranreize gerade untersucht haben. Hochqualifizierte Einwanderer mit einem Gehalt von mindestens 70.000 Euro konnten dort bislang 30 Prozent ihres Einkommens fünf Jahre lang unbesteuert beziehen. Die neue rechte Regierung will die Sätze ab kommendem Jahr nach 20 Monaten auf 20 Prozent und dann nach weiteren 20 Monaten auf zehn Prozent senken.

Das ist dem Modell sehr ähnlich, das in der Bundesregierung diskutiert wird: Sie will im ersten Jahr der Arbeitsaufnahme anfangs 30 Prozent des Bruttolohns von der Steuer ausnehmen, im zweiten Jahr 20 Prozent und im dritten Jahr zehn Prozent.

Welche Effekte solche Steueranreize haben, zeigt nun die niederländische Studie: Das von der Regierung in Den Haag beauftragte Forschungsinstitut SEO Amsterdam Economics kommt zu dem Schluss, dass sich die Steuerbefreiung von 30 Prozent positiv auswirkt, weil sie hochqualifizierte

Steuererleichterungen für Einwanderer

OECD-Länder, die Einwanderern einen Teil der Einkommensteuer erlassen, Stand 2022

Land	Befreiung	Zielgruppe
Einführungsjahr	Max. Dauer	
Italien 2010 ¹	90 % 6 oder 8 Jahre ²	Forscher oder Professoren (ausländisch oder italienisch)
Italien 2016 ¹	70 % / 90 % 50 % ab 2024 5 Jahre ²	Qualifizierte Fachkräfte (ausländisch oder italienisch)
Griechenland 2020	50 % 7 Jahre	Ausländische Arbeiter und Freiberufler
Südkorea 2003	50 % / 70 % ³ 10 Jahre	Ausländische Techniker und Ingenieure
Polen 2023	Bis zu 18.480 €, zusätzlich 50 % ⁴ 4 Jahre	Personen, die mind. drei Jahre im Ausland gelebt/ gearbeitet haben ⁵
Österreich 2016	30 % 5 Jahre	Forscher, Professoren
Frankreich 2016 ¹	30 %- Prämie 8 Jahre	Mitarbeiter, die nach Frankreich entsandt oder dort eingestellt wurden
Irland 2012 ¹	30 % ⁶ 5 Jahre	Mitarbeiter, die aus dem Ausland nach Irland entsandt wurden
Niederlande 1985 ¹	30 % steuer- freier Freibetrag ⁷ 5 Jahre	Hochqualifizierte ausländische Arbeitnehmer
Island 2017	25 % 3 Jahre	Ausländische Experten
Schweden 2001 ¹	25 % 5 Jahre	Hochverdienende oder wichtige ausländische Experten und Forscher

1) Später geändert; 2) Erneuerbar; 3) Für drei Jahre in einigen Sektoren bis 2022;
4) Im ersten Jahr; 50 % der Vorjahressteuer in den Jahren 2 bis 4;
5) Einschließlich: Staatsangehörige und EU/EWR-Staatsangehörige, Inhaber der
„Polnischen Karte“, frühere Steueransässige in der EU oder OECD-Ländern und
Personen, die zuvor mindestens fünf Jahre in Polen steuerlich ansässig waren;
6) Befreiung von der Einkommensteuer zwischen 70.000 und 1.000.000 Euro;
7) Ab 2024 30 %/20 %/10 % schrittweise Reduzierung alle 20 Monate;
HANDELSBLATT • Quelle: OECD

Ausländer anzieht und als Nebeneffekt auch das allgemeine Geschäftsklima verbessert. Schließlich können Unternehmen ihre freien Stellen besetzen. Zudem waren die Einnahmen für den Staatshaushalt im Studienzeitraum zwischen 2016 und 2022 höher als die Kosten des Programms.

Zwar wären einige Migranten auch ohne Anreize gekommen, andere aber hätten sich gerade wegen der Steuerbefreiung für die Niederlande entschieden, heißt es in der Studie. Die Autoren beziffern die Netto-Steuererinnahmen auf jährlich 128,5 Millionen Euro. Laut OECD gab es bislang kaum Studien, die die „konkreten Auswirkungen dieser Steueranreize auf die Migrationsströme und ihre fiskalischen und wirtschaftlichen Nettoauswirkungen“ untersuchen. Die niederländische Studie ist eine der wenigen Ausnahmen.

Niederlande: Einwanderer sind oft jung und gut qualifiziert

Sie hat auch untersucht, wer die Steueranreize nutzt: In den Niederlanden sind solche Zuwanderer im Vergleich zum Bevölkerungsdurchschnitt oft höher qualifiziert, haben einen Dokortitel, sind jünger als 35 Jahre, kinderlos und männlich. Es ist zudem wahrscheinlicher, dass sie ein hohes Einkommen und eine unbefristete Vollzeitstelle haben. Den Effekt ihrer Kaufkraft auf die niederländische Wirtschaft hat die Studie nicht untersucht. „Wir haben die Wirksamkeit der 30-prozentigen Steuerbefreiung anhand der Daten aller Nutzer untersucht und 7000 von ihnen befragt, zum Beispiel zu ihren Motiven, in den Niederlanden zu arbeiten“, sagt Michiel Bijlsma, einer der Autoren der Studie. Insgesamt lebten 2022 in den Niederlanden rund 110.000 Ausländer, die die Steuerbefreiung in Anspruch nahmen.

Die Autoren warnen vor der geplanten Reduzierung der Steueranreize: „Wir erwarten, dass durch die Reduzie-

rung der Prozentsätze (30–20–10) rund zehn bis 15 Prozent weniger hochqualifizierte Einwanderer kommen und 40 Prozent, wenn die 30-Prozent-Maßnahme ganz abgeschafft wird“, schreiben sie. Die Folgen einer Reduzierung der Anreize haben sich in der Vergangenheit bereits gezeigt: Als die Regierung 2019 die Dauer der Steueranreize von acht auf fünf Jahre senkte, kamen weniger Migranten. Die, die bereits im Land waren, gingen wieder, als die Anreize endeten.

”

Regierungen sollten sich schon fragen, ob andere Anreize nicht nachhaltiger wären – wie ein Abbau der Bürokratie.

Dirk Foremny

Experte für öffentliche Finanzen und Steuersysteme von der Universität Barcelona

Auch in den Niederlanden gibt es eine Debatte darüber, ob die Anreize ungerecht gegenüber inländischen Beschäftigten sind. „Ein wichtiger Aspekt der Fairness, auf den sich die Diskussion konzentriert, sind die Auswirkungen der steigenden Zahl hochqualifizierter Migranten auf Mieten und Wohnungspreise“, sagt Bijlsma. Die Studie zeige jedoch, dass die Folgen für den Immobilienmarkt zu vernachlässigen sind – abgesehen von geringen Steigerungen in der Hauptstadt Amsterdam, wo viele Unternehmen ihren Sitz haben.

Kritik an der Praxis übt aber auch die Steuerbeobachtungsstelle der EU. „Aus der Sicht eines einzelnen Landes kann diese Strategie die Steuererhebung verbessern und die inländische



Giorgia Meloni: Die italienische Ministerpräsidentin hat einige, aber nicht alle Steuererleichterungen zurückgenommen.

Wirtschaftstätigkeit ankurbeln“, heißt es in ihrem aktuellen Bericht zur weltweiten Steuerflucht. „Global gesehen ist diese Politik jedoch negativ: Steuerzahler, die von einem Land angezogen werden, verringern die Steuerbemessungsgrundlage in einem anderen Land um denselben Betrag, und die Steuereinnahmen sinken weltweit.“ Zudem schafften sie Ungleichheiten im Vergleich zu Inländern und höhlten die Progressivität der Steuersysteme aus.

„Bei der Frage nach der Gerechtigkeit geht es nicht so sehr darum, wie viele Leute betroffen sind, sondern dass starke Schiefen entstehen können“, sagt Dirk Foremny, Experte für öffentliche Finanzen und Steuersysteme von der Universität Barcelona. „So kann es Fälle geben, in denen ein Inländer mehr Steuern zahlt als ein aus dem Ausland angeworbener Arbeitnehmer, obwohl er weniger verdient – das kann man einer Gesellschaft kaum vermitteln.“ Studien zeigten zudem, dass die per se meist sehr mobilen Hochverdiener nach Ablauf der Steueranreize das Land wieder verlassen. „Regierungen sollten sich da schon fragen, ob andere Anreize nicht nachhaltiger wären, wie ein Abbau der Bürokratie oder mehr Initiativen für eine bessere gesellschaftliche Einbindung ausländischer Fachkräfte“, rät Foremny.

Trotzdem sind steuerliche Anreize für Fachkräfte in Europa weit verbreitet. In Frankreich können sich aus dem Ausland zugezogene Spitzenkräfte bis zu 30 Prozent ihres Gehalts von der Steuer befreien lassen, außerdem müssen bestimmte ausländische Kapitaleinkünfte nicht versteuert werden.

Vor einigen Jahren erlangte die Nische im Steuerrecht durch den Wechsel des argentinischen Fußballprofis Lionel Messi zum französischen Topklub Paris Saint-Germain Bekanntheit: Auch Messi kam bei seinem Millionen Gehalt als ausländische „Fachkraft“ in den Genuss der Steuererleichterungen – was längst nicht alle Franzosen als gerecht empfanden.

In Spanien heißt das entsprechende Gesetz sogar inoffiziell „Ley Beckham“: Der Fußballer David Beckham war der Erste, der in den Genuss des fixen Steuersatzes von 24 Prozent kam. Den gewährt Spanien zehn Jahre lang Hochqualifizierten für maximal 600.000 Euro Jahreseinkommen, die aus beruflichen Gründen nach Spanien wechseln und in den fünf Jahren zuvor in einem anderen Land gelebt haben. Der reguläre Spitzensteuersatz in Spanien liegt je nach Region bei rund 50 Prozent.

Spanien hat die Steuerreduktion sogar ausgeweitet: Bis 2023 galt die Flatrate nur unter strengen Bedingungen. Seit dem vergangenen Jahr ist aber ein Start-up-Gesetz in Kraft, mit dem die Regierung Gründer, Investoren, Hochqualifizierte und Digitalnomaden anziehen will. Sie alle können nun ebenfalls die Flatrate nutzen. Schweden folgte kürzlich erst dem Trend: Seit dem 1. Januar 2024 müssen Wissenschaftler, Experten und andere Migranten in „Schlüsselpositionen“ sieben Jahre lang nur 75 Prozent ihres Gehalts versteuern, wenn ihr Bruttomonatsgehalt mindestens 114.600 Kronen (circa 9700 Euro) beträgt.

Nur zehn Prozent Einkommensteuer in Italien

Am aggressivsten bei den Anreizen ist Italien: Bis zu diesem Jahr konnten Rückkehrer 70 Prozent ihres Gehalts fünf Jahre lang von der Steuer befreien – wer in die ärmeren Regionen des Südens zog, musste sogar nur zehn Prozent seines Gehalts versteuern. Ministerpräsidentin Giorgia Meloni reduzierte den Satz dieses Jahr jedoch auf 50 Prozent für Einkommen bis 600.000 Euro. Ausnahme sind die im Land dringend benötigten Forscher und Lehrer, die weiterhin nur zehn Prozent ihres Gehalts versteuern müssen.

Auch Griechenland setzt Anreize wie eine 50-prozentige Steuererleichterung für sieben Jahre. Allerdings gilt sie nur für Menschen, die einen neu geschaffenen Arbeitsplatz einnehmen. Die Betonung liegt auf „neu“, damit Zuwanderer nicht mit Steuervorteilen bestehende Arbeitsplätze wegschnappen. Zudem müssen sich die Zuwanderer verpflichten, mindestens zwei Jahre in Griechenland zu bleiben.

In Portugal wollte eine linke Regierung eine zehnjährige Steuer-Flatrate von 20 Prozent abschaffen. Sie sei „steuerlich ungerecht“ und trage zur Explosion von Mieten und Hauspreisen bei, erklärte der damalige Ministerpräsident António Costa. Die neue konservative Regierung sieht das jedoch anders und will sie am Leben halten. „Wir überdenken diese Regelung, weil wir Talente anziehen wollen, die für das Land von großer strategischer Bedeutung sind und einen Mehrwert für unsere Wirtschaft darstellen“, sagte Wirtschaftsminister Pedro Reis vor einigen Wochen. Ausgenommen sein sollen von der Flatrate aber Dividenden, Kapitalerträge und Renten.

Wachstumspaket

Deutsche Pläne für Steuerrabatt vor dem Aus

Mit steuerlichen Vorteilen wollte auch die Bundesregierung um Fachkräfte werben. Nun zeichnet sich ab, dass das Vorhaben nicht umgesetzt wird – aus einem Grund.

Jan Hildebrand, Julian Olk, Frank Specht Berlin

Die von der Ampelkoalition geplanten Steueranreize für ausländische Fachkräfte werden sehr wahrscheinlich doch nicht kommen. Vor allem Christian Lindner (FDP) hat sich für die Maßnahme starkgemacht. Doch mittlerweile nimmt man im Bundesfinanzministerium Abstand von dieser Idee, wie das Handelsblatt aus Regierungskreisen erfuhr. Die Maßnahme sei „nur ein marginaler Baustein“ des von der Regierung geplanten Wachstumspakets, hieß es. Insofern sei der Vorschlag „verzichtbar, wenn er nicht von der Wirtschaft aktiv gewünscht wird“.

Kanzler Olaf Scholz (SPD), Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) und Lindner hatten in ihrem Papier zur „Wachstumsinitiative“ Steueranreize für ausländische Fachkräfte vereinbart. In den ersten drei Jahren einer Arbeitsaufnahme in Deutschland sollen anfangs 30 Prozent des Bruttolohns steuerfrei gestellt werden. Im zweiten Jahr wären es 20 Prozent und im dritten Jahr zehn Prozent.

Lindner hatte allerdings betont, dass man zunächst noch mit Wirtschaftsverbänden und Gewerkschaften über die Umsetzung sprechen werde. Es liefen Gespräche, hieß es in Regierungskreisen. Dabei warte man auch auf Rückmeldungen von Partnerverbänden aus dem europäischen Ausland, die ähnliche Regelungen hätten. Eine endgültige Entscheidung über ein Aus ist deshalb noch nicht gefallen. Allerdings zeichnet es sich bereits ab.

Denn Wirtschaftsverbände und Gewerkschaften hatten die Idee schon direkt nach Bekanntwerden deutlich kritisiert. Der Präsident des Arbeitgeberverbands BDA, Rainer Dulger, sagte: „Der Vorschlag widerspricht der Steuergerechtigkeit und sendet ein falsches innenpolitisches Signal. Auch dürfte es vielerorts zu Unruhe im Betriebsfrieden führen.“ Er forderte Entlastungen für alle Arbeitnehmer. Der Vorsitzende der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE),

Michael Vassiliadis, äußerte sich ebenfalls ablehnend: „Das ist eine vorsätzliche Ungleichbehandlung von aus- und inländischen Beschäftigten im Gewand von Anreizen.“

Ihre Skepsis haben viele Verbände geäußert, auch wenn es offenbar noch keine schriftlichen Stellungnahmen an das Finanzministerium gab. Das sei wohl auch nicht nötig, heißt es bei einem Verband. Man gehe davon aus, dass die Politik den Plan selbst wieder zurückziehe. Angesichts dieser Reaktion will man sich im Bundesfinanzministerium nicht für das Vorhaben aufreihen. Aus der FDP-Bundestagsfraktion heißt es ebenfalls, es sei gut möglich, dass man auf die Maßnahme verzichte.

Bei Verkündung des Wachstumspakets hatten viele FDP-Politiker den Plan noch verteidigt. Sie verweisen darauf, dass es auch in anderen Ländern entsprechende Anreize gebe. So müssen gut verdienende Ausländer mit beehrten Qualifikationen in den Niederlanden in den ersten 20 Monaten 30 Prozent ihres Einkommens nicht versteuern, danach sinkt der Rabatt auf 20 und dann auf zehn Prozent. In Dänemark, Schweden oder Spanien zahlen Expats für einen gewissen Zeitraum eine niedrigere Einkommensteuer.

SPD hatte von Beginn an Bedenken

Auch Wirtschaftsminister Habeck hatte deshalb das Vorhaben unterstützt. „Wir sehen, dass andere europäische Länder solche Steuervergünstigungen für Fachkräfte gewähren, wenn sie in das Land kommen.“ Bei Firmenbesuchen werde ihm berichtet, dass Fachkräfte deshalb teilweise andere Länder bevorzugen würden. Habeck: „Das mal zu probieren, die Leute dadurch nach Deutschland zu holen, ist den Versuch wert.“

Die SPD hatte hingegen von Beginn an Bedenken angemeldet, etwa Arbeitsminister Hubertus Heil. „Das gehört zu den Vorschlägen, die man sich genau auf dem Papier angucken muss“, sagte der SPD-Politiker. „Wenn es nach mir gegangen wäre, wäre es auch gar nicht drin gewesen.“ Er warte auf die konkreten Umsetzungsvorschläge vom „zuständigen Kollegen Finanzminister“, hatte Heil damals erklärt.

Dass noch ein Gesetzentwurf aus dem Finanzministerium kommt, ist unwahrscheinlich. In der Bundesregierung halten es einige aber nicht für ausgeschlossen. Möglicherweise werde das Vorhaben zunächst weiterverfolgt, um es später als Verhandlungsmasse im Bundesrat nutzen zu können, heißt es in Regierungskreisen.

Die Länder müssen einigen Vorschlägen aus der Wachstumsinitiative zustimmen, gerade im Steuerbereich. Schon das letzte Wachstumspaket hing monatelang im Bundesrat fest. Die Länder wehrten sich gegen Maßnahmen, die auch bei ihnen zu Mindereinnahmen führen. Als Kompromiss wurde das damalige Paket deutlich verkleinert.



Ulrich Baumgarten/Getty Images

Elektriker: 30 Prozent des Bruttolohns hätten drei Jahre steuerfrei sein sollen.



picture alliance / ZB

Arbeitssuchende im Jobcenter Leipzig: Mehr als vier Millionen Menschen bezogen in der ersten Jahreshälfte Bürgergeld – der höchste Stand seit 2018.

Jan Hildebrand, Frank Specht Berlin

Sozialreform

Das Bürgergeld bremst die SPD

Es ist noch nicht lange her, dass die SPD das Bürgergeld als „größte Sozialreform seit 20 Jahren“ feierte. Nun könnte das Projekt die Partei im Osten viele Stimmen kosten.

Auf Dietmar Woidke liegen die Hoffnungen der Sozialdemokraten. Während die SPD in Sachsen und Thüringen fürchten muss, aus dem Landtag zu fliegen, soll dem amtierenden Ministerpräsidenten in Brandenburg ein Achtungserfolg gelingen: Ziel ist, die SPD erneut zur stärksten Kraft zu machen, auch wenn sie in Umfragen derzeit noch hinter der AfD liegt. Helfen soll Woidke dabei seine Popularität, die er sich in elf Jahren als Regierungschef erworben hat. Doch seine Partei macht es ihm nicht leicht. Das liegt nicht nur am Dauerstreit der Ampel in Berlin. Zum Problem könnte für Woidke auch ein Thema werden, das für die SPD einmal eine Herzensangelegenheit war: das Bürgergeld.

Mit der Sozialreform wollte die SPD endlich das verhasste Hartz IV hinter sich lassen, das dem wegen seiner Nähe zu Russland inzwischen in Ungnade gefallenen SPD-Kanzler Gerhard Schröder 2005 noch die Wiederwahl gekostet hatte. Auch Woidke wurde damals im Landtagswahlkampf angefeindet und mit Eiern beworfen wegen der Hartz-Reformen, wie er sich kürzlich im Handelsblatt-Interview erinnerte. „Armut per Gesetz“ habe man ihm vorgehalten.

Mit dem Anfang 2023 in Kraft getretenen Bürgergeld wollten die Sozialdemokraten alles anders machen. Leistungsempfänger sollten dem Sozialstaat künftig „auf Augenhöhe“ begegnen können. Statt den erstbesten Job annehmen zu müssen, wurden ihnen mehr Fortbildungen versprochen. Vorhandenes Vermögen und die eigene Wohnung sollten deutlich später angetastet und Sanktionen auf ein Minimum reduziert werden. Für SPD-Arbeitsminister Hubertus Heil war es die „größte Sozialreform seit 20 Jahren“.

Doch die hohen Ansprüche scheiterten nicht zuletzt am russischen Angriffskrieg in der Ukraine. Fast einzig durch ukrainische Flüchtlinge und andere Zuwanderer getrieben, stieg die Zahl der Empfänger der Grundsicherung für Arbeitsuchende stark an.

In der ersten Jahreshälfte bezogen im Durchschnitt mehr als vier Millionen erwerbsfähige Leistungsberechtigte Bürgergeld – der höchste Stand in der Grundsicherung für Arbeitsuchende seit 2018. Und für die AfD im Wahlkampf ein willkommenes Anzeichen, Stimmung gegen ukrainische Geflüchtete zu machen.

Und das in Zeiten, wo die Unternehmen händeringend nach Arbeitskräften suchen. Unter dem Eindruck der zeitweise sehr hohen Inflationsra-

ten änderte die Bundesregierung mit Zustimmung der Union dann auch noch das Berechnungsverfahren für den Regelsatz, sodass Bürgergeldbezieher zwei Jahre in Folge jeweils zwölf Prozent mehr Geld erhielten.

Kritiker rechneten vor, dass Erwerbstätige, die jeden Tag zur Arbeit gehen und den Mindestlohn verdienen, am Ende kaum mehr Geld haben als Bürgergeldempfänger, denen der Staat auch die Wohnung finanziert. CDU-Chef Friedrich Merz warf der Bundesregierung vor, mit dem Bürgergeld „falsche Anreize“ zu setzen. Falls die Union die nächste Bundestagswahl gewinne, werde es wieder abgeschafft.

Zumal auch die Kosten aus dem Ruder laufen. Allein in diesem Jahr musste die Ampelkoalition im Nachtragshaushalt noch mal 3,7 Milliarden Euro drauflegen. Insgesamt sind nun

für 2024 rund 41 Milliarden Euro für das Bürgergeld und die Übernahme von Unterkunftskosten vorgesehen.

All das kommt bei den Wählern nicht gut an. Schon im Frühjahr waren nach einer Forsa-Umfrage selbst unter den SPD-Anhängern 71 Prozent für Verschärfungen beim Bürgergeld. Das Thema werde zwar nicht immer mit dem nötigen Abstand diskutiert, sondern es sei viel Populismus im Spiel, sagt der frühere Präsident des Bundessozialgerichts, Rainer Schlegel. „Aber natürlich macht es etwas mit den Menschen, wenn das Bürgergeld in zwei Jahren um fast ein Viertel steigt und damit viel schneller als die Löhne“, sagt Schlegel. Oder wenn die Zahl der Bürgergeldbezieher wachse, aber die Kneipe mehr Ruhetage einlegen müsse, weil kein Personal da sei.

Jobcenter Eisenach: Die Ampelkoalition will die Sanktionen wieder verschärfen.



image images/Olaf Döring

Auch Brandenburgs Ministerpräsident Woidke sieht es mittlerweile als Fehler an, dass das bewährte Prinzip des „Förderns und Forderns“ mit dem Bürgergeld geschwächt worden sei. Dieser Fehler sei aber „mittlerweile wieder korrigiert“ worden. Denn unter dem Eindruck der öffentlichen Debatte will die Ampelkoalition – wenn auch spät und widerwillig – Teile der Reform zurücknehmen. So soll es unter anderem wieder härtere Sanktionen geben, wenn Leistungsbezieher sich Arbeitsangeboten verweigern. Auch das eigene Vermögen soll wieder schneller angetastet werden dürfen.

So haben es Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD), Vizeminister Robert Habeck (Grüne) und FDP-Chef Christian Lindner in ihrer Wachstumsinitiative beschlossen, die aber erst noch Gesetz werden muss. Auch hat die Regierung einen „Jobturbo“ ins Leben gerufen, damit die Jobcenter gerade ukrainische Geflüchtete rascher in Arbeit vermitteln – bisher mit mäßigem Erfolg.

Mit den Reformen, so erwartet Arbeitsminister Heil, werde die Zahl der Leistungsbezieher sinken – und damit auch die Kosten. Im Entwurf für den Bundeshaushalt 2025 sind nur noch 36 Milliarden Euro für Bürgergeldleistungen vorgesehen. Hier regiert aber vor allem das Prinzip Hoffnung.

Die Kritik hält jedenfalls trotz bereits beschlossener und angekündigter Nachjustierungen bis heute an. Im August ergab eine Forsa-Umfrage für den „Stern“, dass eine Mehrheit der Bürger weiter für noch härtere Sanktionen bei Arbeitsverweigerern plädiert. Besonders groß ist die Zustimmung bei Ostdeutschen (62 Prozent) und Arbeitern (73 Prozent). Bei den SPD-Anhängern sprechen sich in der Umfrage 58 Prozent gegen eine Komplettstreichung der Leistungen für Arbeitsverweigerer aus. Aber: Bei denen, die angaben, bei der Bundestagswahl 2021 SPD gewählt, sich aber mittlerweile von der Partei abgewendet zu haben, ist eine Mehrheit von 57 Prozent für die Komplettstreichung.

Hat die SPD mit dem Bürgergeld also einen Teil ihrer Wähler vergrault? Forsa-Chef Manfred Güllner sieht das so: „Die arbeitende Mitte fühlt sich von der SPD verraten.“ Die SPD habe noch nie eine Bundestagswahl mit Verteilungspolitik gewonnen.

Die Mindestloohnerhöhung sei in Ordnung, aber mit der Bürgergeld-Reform habe sich die Partei „keinen Gefallen getan“. Die Funktionäre seien offenbar zu weit weg von den Wählern, meint Güllner. Für Wahlkämpfer wie Dietmar Woidke in Brandenburg ist das kein gutes Omen.

Ursula von der Leyen

Das Paritätsproblem der EU-Kommissionschefin

Die Mitgliedsländer schlagen kaum Frauen für Posten der EU-Kommission vor – und untergraben damit ein Vorhaben von Ursula von der Leyen. Es droht eine Machtprobe.

Olga Scheer Brüssel

Bevor Ursula von der Leyen in Brüssel in die Sommerpause ging, gab sie ein Versprechen ab: Die Chefin der europäischen Kommission sagte, sie wolle ein „geschlechtergerechtes Kommissarskollegium“ schaffen, also die Spitzenjobs in Brüssel gleichmäßig unter Frauen und Männern verteilen.

Weil jedes Mitgliedsland einen Kommissar oder eine Kommissarin benennen darf, bat von der Leyen die Regierungen, jeweils einen Mann und eine Frau vorzuschlagen. Aus diesem Angebot wollte sie wählen.

Nun ist die Sommerpause vorbei, und von der Leyen hat ein Problem: Die Mitgliedstaaten ignorierten ihren Appell, sie wollen in großer Mehrheit Männer nach Brüssel schicken. Nur vier Länder – Kroatien, Finnland, Schweden und Spanien – haben bislang eine Frau als neue EU-Kommissarin vorgeschlagen.

Damit kommt die Kommissionschefin allerdings gerade mal auf sechs Frauen unter den 27 Toppositionen – in dieser Rechnung wären sie selbst und die neue EU-Außenbeauftragte Kaja Kallas bereits enthalten. Es wäre also ein eklatantes Ungleichgewicht.

Von der Leyen befinde sich in einer unmöglichen Lage, kommentiert der Politikwissenschaftler Alberto Alemanno. Das Verhalten der Regierungen zeige ein „nie da gewesenes Maß an Respektlosigkeit“ gegenüber der gewählten Kommissionschefin.

Verhalten kratzt an von der Leyens Autorität

Die Mitgliedsländer können noch bis Freitag Kandidatinnen nominieren. Doch kaum jemand in Brüssel rechnet damit, dass sich das Problem bis dahin löst. Noch bevor die EU-Kommission überhaupt ihre Arbeit aufnimmt, wird die Personaldebatte zum Test für das Machtverhältnis zwischen Brüssel und den Hauptstädten – und könnte damit von der Leyens zweite Amtszeit prägen. Dass die Mitgliedstaaten die Kommissionschefin auflaufen lassen, kratzt an von der Leyens Autorität.

Doch von der Leyen könnte mit einem Kniff den Männern einen Streich spielen. Es waren insbesondere Frauen, die die EU-Politik der vergangenen Jahre gestaltet haben. Margrethe Vestager zum Beispiel, die Dänen, die den Internet-Plattformkonzernen den Kampf ansagte. Oder die Schwedin Ylva Johansson, der es gelang, nach einer zehnjährigen Debatte unter den EU-Staaten einen Asylkompromiss auszuhandeln. Doch beide scheiden aus.

Und dann ist da noch von der Leyen selbst. Die EU-Kommissionschefin wurde mit einer großen Mehrheit wiedergewählt, mit Stimmen der Sozialdemokraten, der Liberalen, der Grünen und ihrer eigenen konservativen EVP-Fraktion. Ihre erste Amtszeit war geprägt von der Pandemie, dem Kampf gegen den Klimawandel



Getty Images

und dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Auch für ihre zweite Amtszeit hat sich von der Leyen viel vorgenommen. Im Wahlkampf stellte sie klar: In den kommenden Jahren gehe es vor allem darum, die europäische Wirtschaft wieder voranzubringen.

Der ehemalige italienische Ministerpräsident Mario Draghi wird im September seinen Bericht zur Wettbewerbsfähigkeit der EU vorstellen. Innerhalb der ersten 100 Tage will von der Leyen dann den „Clean Industrial Deal“ lancieren. Auch das Verbrenner-Aus soll gelockert werden.

Um im Wettlauf um Clean Tech mit den USA und China mithalten zu können, muss die EU alles daran setzen, möglichst attraktiv für Unternehmen zu werden, und sich von alter Bürokratielast befreien – davon jedenfalls ist von der Leyen überzeugt.

Ursula von der Leyen
Der EU-Kommissionspräsidentin droht ein Machtkampf um gleichberechtigte Postenvergabe.

Die Gelegenheit für eine Aufholjagd ist günstig. Analysen zeigen, dass einige Projekte unter dem Inflation Reduction Act (IRA) in den USA derzeit ins Stocken geraten sind. Und auch in China wachsen die ökonomischen Probleme. Bei der EU-Abgeordneten Andrea Wechsler (CDU) stößt das Verhalten der Mitgliedsländer auf Unverständnis. Die EU könne sich angesichts der angespannten geopolitischen Zeiten und den Präsidentschaftswahlen in den USA keine Verzögerung bei der Bildung der Kommission leisten, sagte sie. Von der Leyen habe klar gemacht, dass sie Wert auf Qualifikation und Eignung der Kandidaten lege. Auch die Gender Balance der EU-Kommission sei dabei ein wichtiger Faktor.

Das EU-Parlament muss die EU-Kommission bestätigen. In der Vergangenheit haben sie nach den Anhö-

rungen auch schon Kandidaten abgelehnt. Wechsler sagt, dass auch sie bei den Anhörungen sowohl auf Kompetenz, Erfahrung, Eignung als auch die Gender Balance großen Wert legen wird. In den kommenden Tagen wird die Kommissionschefin die Bewerbungen prüfen und erste Gespräche führen. Dort wird sie die Kandidaten und Kandidatinnen auch daraufhin prüfen, ob sie den Anhörungen im EU-Parlament standhalten können.

Da die Regierungen nicht dem Wunsch von der Leyens entgegengekommen sind, je eine Frau und einen Mann zu nominieren, könnte es für sie von Vorteil sein, dass ein Konkurrenzkampf um die prestigereichen Wirtschaftsressorts entstanden ist.

EU-Kommission

Besetzung des Gremiums nach Geschlecht

Kommission 2014 bis 2019 unter Jean-Claude Juncker

10 Frauen 20 Männer

Kommission 2019 bis 2024 unter Ursula von der Leyen

12 13

Mögliche Kommission ab 2024 unter Ursula von der Leyen

6 16

Stand: 28.8.2024
HANDELSBLATT Quellen: EU-Kommission, Politico

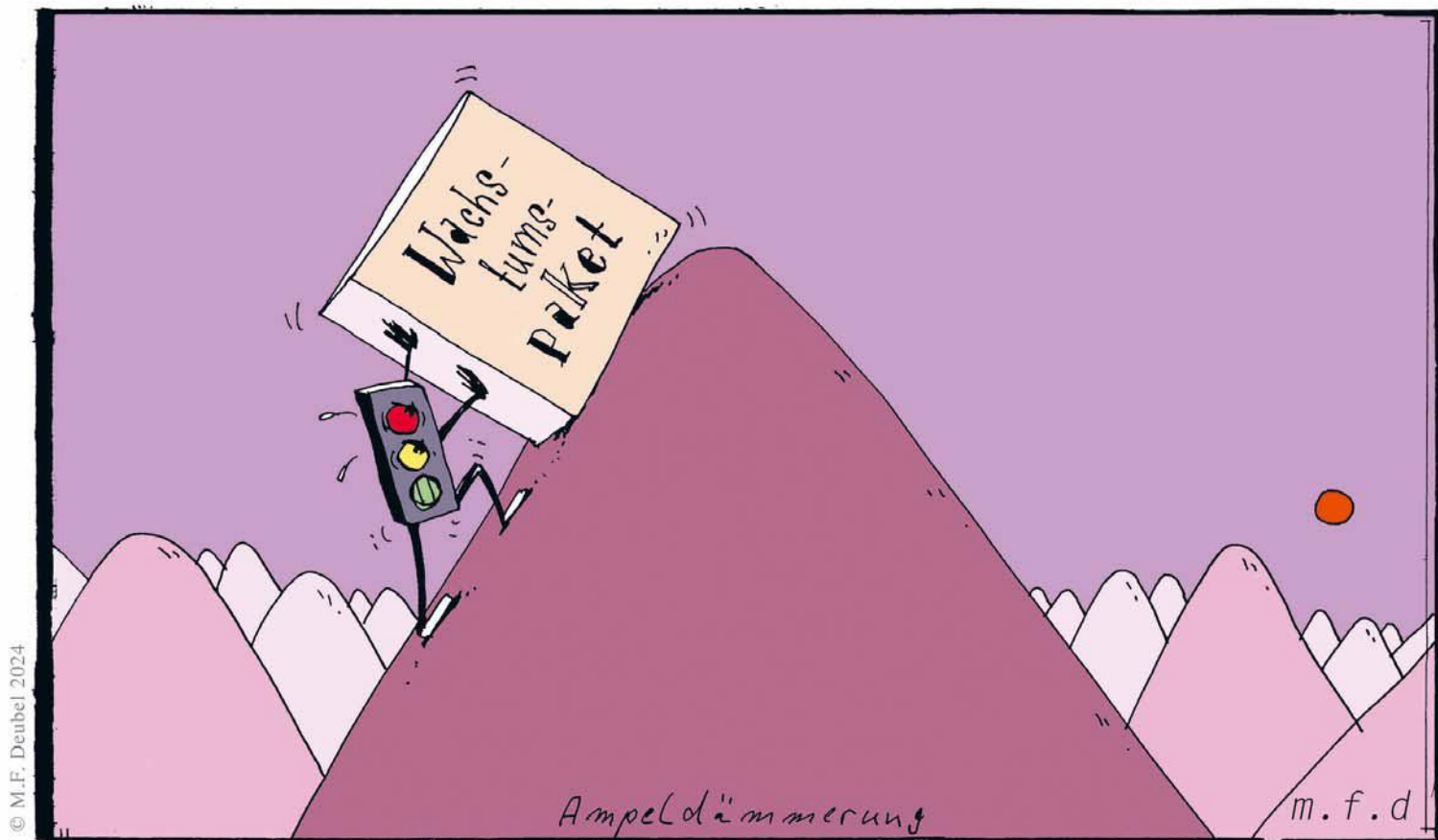
Die Zahl dieser Jobs ist begrenzt, deshalb könnte von der Leyen einige Männer abweisen und um Nachnominierungen von Frauen bitten. Außerdem könnte sie kleinere Mitgliedsländer dazu ermuntern, sich mit Kandidatinnen auf die begehrten Portfolios zu bewerben, und ihnen dann Vorrang gegenüber Männern aus großen Ländern gewähren.

Bislang gibt es sechs Kernressorts: Wirtschaft, Wettbewerb, Handel, Binnenmarkt, Haushalt und Finanzdienstleistungen. Einige Portfolios werden voraussichtlich neu zugeschnitten, daher könnte es noch andere Posten mit Wirtschaftsbezug geben.

Angekündigt hat von der Leyen bereits zwei neue Ressorts: eines für Rüstungsindustrie und eines für Wohnungsbau. Fünf Männer dürften jedoch bereits gesetzt sein, da ihre Regierungen sie erneut nominieren.

Dazu gehörten der Franzose Thierry Breton, der Niederländer Wopke Hoekstra, der Slowake Maros Sefcovic, der Lette Valdis Dombrovskis und der Ungar Oliver Varhelyi. Mindestens drei von ihnen wollen einen Topjob mit Wirtschaftsbezug. Das Rennen wird also eng.

Und das Versprechen eines „geschlechtergerechten Kommissarskollegiums“ wird schwer zu halten sein.



Ampel

Noch einen Ehrentreffer, bitte!

Von der Bundesregierung ist nichts mehr zu erwarten. Aber die Umsetzung des Wachstumspakets ist dringend.

Ergebniskosmetik nennen Fußballer es, wenn ein Team bei hohem Rückstand zumindest den Ehrentreffer erzielt. So heillos zerstritten, wie die Bundesregierung dasteht, scheint der Rückstand so groß, dass kaum noch ein kosmetischer Eingriff hilft. Doch SPD, Grüne und FDP täten gut daran, wenn sie ihre letzte Chance nutzen würden: die Umsetzung der „Wachstumsinitiative“. Auf die 49 Maßnahmen einigten sich Kanzler Olaf Scholz, Wirtschaftsminister Robert Habeck und Finanzminister Christian Lindner Anfang Juli, um die Dauerschwäche der deutschen Wirtschaft endlich zu überwinden.

Klingt nach viel. Doch „Viel hilft viel“ schien anfangs nicht zu gelten. Die meisten Expertinnen und Experten hatten nach Vorstellung des Pakets behauptet, dass kein merklicher Wachstumseffekt daraus entstehen dürfte. Doch eine Gruppe von Ökonomen hat nun im Detail nachgerechnet. Und das Ergebnis zeigt: Die Wachstumsinitiative könnte das Bruttoinlandsprodukt 2025 um 0,4 Prozentpunkte und bis 2028 um 0,9 Prozentpunkte erhöhen – auch wenn im Vorfeld unter Ökonomen behauptet wurde, der Impuls durch die Initiative dürfte geringer ausfallen. Das ist weiterhin gut möglich. Doch angesichts der dramatisch schwachen Lage der deutschen Wirtschaft und der sich immer weiter verschlechternden Rahmenbedingungen – im zweiten Quartal ist sie schon wieder nicht gewachsen, sondern um 0,1 Prozent geschrumpft – hilft jedes Zehntel.

Bloß ist der zerstrittenen Ampelkoalition zuzutrauen, dass sie es schafft, selbst dieses Paket wieder zu zerpfücken – obwohl es Scholz, Habeck und Lindner schon über Monate ausgehandelt haben. Es ist kein Zufall, dass vor allem Habeck derzeit jede Gelegenheit nutzt, die zügige Umsetzung des Pakets zu fordern. Noch aber bleibt die Hoffnung, dass das Wachstumspaket halbwegs unbeschadet diese erste von drei Hürden nimmt. Sie speist sich unter anderem dadurch, dass bislang wohl nur die geplanten Steuerrabatte für ausländische Fach-



Julian Olk ist Korrespondent in Berlin.
Sie erreichen ihn unter:
olk@handelsblatt.com

kräfte von der Liste gestrichen werden. Die Rabatte wären eine gute Maßnahme gegen den grassierenden Fachkräftemangel. Viele andere Länder haben positive Erfahrungen gemacht. Taktisch wäre es auch klug, die Rabatte nicht gleich zu beerdigen, sondern als Verhandlungsmasse mitzunehmen.

Im besten Fall bleibt es bei dieser Streichliste. Allein die Maßnahmen für mehr Beschäftigung könnten die Hälfte des Wachstumsimpulses ausmachen – sofern die SPD nicht wie schon zu Beginn 2024 beim Jahreswirtschaftsbericht alle Ideen für Beschäftigungsausweitung blockiert. Die Ideen für finanzielle Anreize, um mehr Senioren über das Renteneintrittsalter hinaus zum Arbeiten anzuregen, oder eine Anschubprämie für Langzeitarbeitslose lagen schon damals auf dem Regierungstisch.

Sollte die Ampel sich auf weite Teile der Wachstumsinitiative einigen können, was für ihre Verhältnisse schon ein Kunststück wäre, lauern die nächsten Gefahren. Vor allem die vergünstigten Steuerabschreibungen für Unternehmen dürften die Bundesländer aufbegehren lassen, weil sie einen Teil der Einnahmeausfälle tragen müssen. Dafür sollte sich die Bundesregierung schon jetzt einen Plan zurechtlegen. Vor gut einem Jahr haben die Länder über den Bundesrat schon einmal ähnliche Maßnahmen der Ampel aufgehalten. Mit schnöden Appellen à la „Tut es doch für die Wirtschaft“ werden die

Länder nicht zu überzeugen sein. Auch für sie zählt nur Hartwährung, sie müssen also finanziell kompensiert werden. Selbst wenn es Berlin gelingt, die formalen Hürden zu überspringen, ist ein merklicher Wachstumseffekt noch nicht sicher. Die schwache Konjunktur hängt derzeit nicht zuletzt mit der großen Verunsicherung zusammen. Sie hält die Unternehmen vom Investieren und die Bürgerinnen und Bürger vom Konsumieren ab.

Die entscheidende Hürde wird es sein, dass die Ampel trotz Dauerstreit eine gemeinsame Kommunikation findet, damit die Leute an die Chance auf den Wachstumsbooster glauben. Angesichts der Erfahrungen der vergangenen Monate weicht spätestens an dieser Stelle allerdings die Hoffnung, dass das gelingt. Zu groß ist der Reiz, auch die Wachstumsinitiative als Instrument der Selbstprofilierung zu verheizen. Zu persönlich scheint der Streit inzwischen vor allem zwischen Scholz und Lindner geworden zu sein, sodass das Reflexartige das Kluge zu verdrängen droht.

Es bleibt mit Blick auf die Bundestagswahl bloß der Versuch eines Appells: Wenn Scholz, Habeck und Lindner 2025 kein Desaster erleben wollen, ist ein wirtschaftlicher Aufschwung die notwendige Bedingung für alle drei. Zumindest ein kleiner Aufschwung ist bis dahin durchaus möglich, wenn sich alle Beteiligten noch einmal zusammenreißen.

Manifestiert sich die wirtschaftliche Schwäche weiter, mischt sich das mit der nach dem Solingen-Anschlag grassierenden Migrationsdebatte weiter zu einem Giftcocktail, der am Ende bloß den Populisten mundet. Dabei dürfte die Wahrscheinlichkeitsrechnung für die Koalitionäre nicht so schwierig sein: 0,4 Prozentpunkte zusätzliches Wachstum dürften allen drei Ampelpartnern mehr an der Wahlurne bringen als das Vorgehen, manche Maßnahmen aus der Wachstumsinitiative zu tilgen, die der eigenen Klientel nicht passen könnten.

► Bericht Seite 11

Industrie

Ohne Anpassung keine Energiewende

Ein Streit über Industriestrom zeigt, wie absurd politische Debatten sein können.

Ein Streit über einen aktuellen Behördenvorschlag zu Deutschlands künftigem Stromverbrauch zeigt die ganze Absurdität politischer Debatten. Worum geht es? Die Bundesnetzagentur hat in einem Eckpunktepapier angekündigt, dass das Anreizsystem zum Stromverbrauch in Deutschland verändert werden soll. Der Hintergrund des Vorschlags ist einfach zu erklären.

Aktuell bekommen Unternehmen Subventionen beim Stromnetzentgelt, wenn sie möglichst konstant viel Strom verbrauchen. Das soll sich angesichts der Energiewende ändern. In Zukunft soll es genau andersherum sein: Es soll für jene günstiger werden, die ihren Stromverbrauch flexibel an die Verfügbarkeit von Wind- und Solarstrom anpassen können.

Der Wirtschaftsrat der CDU verfasste daraufhin einen Brief an Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) und warnte vor einem „verheerenden Signal für den Wirtschaftsstandort Deutschland“. Er kritisierte außerdem, dass der Vorschlag, um den es geht, in der Som-



Catiana Krapp ist Reporterin für Energiethematiken. Sie erreichen sie unter: krapp@handelsblatt.com

merpause erschienen ist, obwohl die Einbeziehung der Betroffenen so wichtig sei.

Die Reaktion des Wirtschaftsrats wird dem Dokument der Netzagentur, das die Aufregung ausgelöst hat, nicht gerecht. Dass die großen Stromverbraucher hier Einwände haben, ist verständlich. Immerhin könnten sie milliardenschwere Privilegien verlieren. Der Vorwurf aber, es handele sich um ein verheerendes Signal für den Wirtschaftsstandort Deutschland, wirkt schräg. Zum einen besteht der Wirtschaftsstandort Deutschland nun mal auch aus flexibleren Stromverbrauchern – und für die könnte es künftig attraktiver werden. Zweitens kann kein Land zukunftsfähig sein, das dauerhaft die

Augen vor den Notwendigkeiten der Energiewende verschließt. Noch unpassender ist die Aussage, die Betroffenen würden nicht richtig einbezogen. Bei dem Eckpunktepapier handelt es sich um einen ersten Entwurf. Weitere werden folgen, die alle noch diskutiert werden können, bevor irgendeine konkrete Änderung beschlossen wird.

Und nicht nur das: Das Papier will den neuen Anreizmechanismus ausdrücklich „von den technischen Möglichkeiten der Industrie“ abhängig machen. Umsichtiger kann ein Vorstoß kaum formuliert und geplant sein.

Ja, die Veränderungen, die für den Wirtschaftsstandort Deutschland anstehen, sind einschneidend und fordernd. Aber wenn es nicht einmal mehr möglich ist, mit mehreren Jahren Vorlauf Informationen einzuholen, um über ein zukunftsfähiges Konzept für die Stromversorgung nachzudenken, ohne dafür sofort politisch an den Pranger gestellt zu werden, dann muss die Wirtschaft hierzulande wirklich um ihre Zukunft fürchten.

► Bericht Seite 22

Außenansichten



Zum Antrittsbesuch des neuen britischen Premierministers Keir Starmer in Berlin heißt es im Londoner „Independent“:

Verhandlungen mit dem einflussreichsten und mächtigsten Mitgliedstaat der EU sind der erste Schritt zur Neujustierung der britischen Abkommen mit der EU in einer Reihe von Bereichen wie etwa dem Handel und einer grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Der Premier hat sein Team angewiesen, einen bilateralen deutsch-britischen Vertrag in den nächsten sechs Monaten auszuhandeln. Es wird erwartet, dass das ehrgeizige Abkommen die Bereiche Wissenschaft, Innovation und Technologie, saubere Energie, den Handel über die Nordsee, die Widerstandsfähigkeit der Lieferketten, eine grüne Transformation sowie den Umweltschutz umfassen wird. Keir Starmer war mit dem Versprechen in den Wahlkampf gezogen, er werde den Brexit zum Erfolg führen, indem er das mangelhafte Abkommen, das Boris Johnson und die Tories mit der EU vereinbart hatten, neu verhandeln werde. Zugleich hat er das Land darauf eingestimmt, dass er harte Entscheidungen treffen muss, um den von den Tories angerichteten Schaden zu beheben.

LA VANGUARDIA

Die spanische Zeitung „La Vanguardia“ kommentiert den Messerangriff von Solingen:

Nach dem Anschlag (...) hat sich die Debatte zwischen der Drei-Parteien-Regierung und der Opposition über bessere Maßnahmen zur Verhinderung von Terrorismus und zur Kontrolle der Einwanderung verschärft. Das geschieht kurz vor den Wahlen in den östlichen Bundesländern Sachsen und Thüringen, bei denen die rechtsextreme Alternative für Deutschland (AfD) der große Favorit ist. Die Attacke hat ihr weitere fremdenfeindliche und populistische Munition geliefert. (...) Der Anschlag von Solingen hat die Regierungskoalition weiter geschwächt (...) und den von der AfD geschürten Eindruck verstärkt, dass der Staat völlig überfordert sei. (...) Diese Debatte wird die Regionalwahlen am Sonntag beeinflussen, bei denen die AfD zum ersten Mal in ihrer Geschichte die meisten Stimmen erhalten könnte. Die Einwanderung, der Krieg in der Ukraine und die Inflation führen dazu, dass sich Ostdeutschland immer mehr von den traditionellen Parteien abwendet.

la Repubblica

Die italienische Tageszeitung „La Repubblica“ vertritt die Meinung, dass sich Europa vor der US-Präsidentenwahl entscheiden muss:

Eine Rückkehr von Donald Trump ins Weiße Haus würde zwangsläufig zu Problemen in den transatlantischen Beziehungen führen. Kamala Harris stünde in Kontinuität zu (dem heutigen Präsidenten) Joe Biden. Sie sollte als Präsidentin für Verständnis und Zusammenarbeit mit den europäischen Verbündeten sorgen. (...) Im aktuellen Stadium der Ungewissheit über den Ausgang der Wahl ist es ausgemachte Sache, dass die europäischen Regierungen davon absehen werden, Präferenzen zu äußern. Aber eine korrekte Wahrnehmung ihrer Interessen sollte sie dazu veranlassen, die demokratische Kandidatin Trump vorzuziehen, der destabilisierend und unberechenbar ist. Selbst wenn die Rückkehr eines Präsidenten, der so wenig an den Beziehungen zu den Europäern interessiert ist, das Wunder vollbringen könnte, das ehrgeizige Projekt einer strategischen Autonomie für Europa wiederzubeleben.

Versicherungen

Eine längst überfällige Warnung

Bafin droht Lebensversicherern, die Eignung ihrer Vorstände infrage zu stellen.

Mehmet Göker ist ein Name, den unter Versicherern niemand mehr hören möchte. Vor 15 Jahren verdiente der Versicherungsvertreter viele Millionen Euro, bis sein Strukturvertrieb zusammenbrach, weil seine Kunden sich falsch beraten fühlten und ihre Policen kündigten. Die gesamte Branche, darunter Axa, Allianz und Alte Leipziger, die mit Göker zusammengearbeitet hatten, gab sich geläutert.

Der Wille des Wandels währte nicht lange. Auch wenn beide Sachverhalte nichts direkt miteinander zu tun haben. In dieser Woche gab es von der höchsten Versicherungsaufsicht des Landes erneut Kritik wegen hoher Provisionen und mutmaßlicher Falschberatung: Julia Wiens warnt mit drastischen Worten vor mangelndem Verbraucherschutz. Den Vorständen droht die Bafin damit, ihre Eignung gemäß Versicherungsaufsichtsgesetz infrage zu stellen. Eine längst überfällige Warnung, die ihre Vorgänger, darunter Ex-Bafin-Präsident Felix Hufeld, ein ehemaliger Versicherungsmanager, sträflich ignoriert hatten. Der Fall ist offensichtlich: Versiche-



Ozan Demircan ist Versicherungsredakteur in Frankfurt. Sie erreichen ihn unter: demircan@handelsblatt.com

rungskonzerne verdienen Milliarden. Doch die Kunden, die das Geld dafür investieren, spüren davon kaum etwas.

Ein Blick in die Bilanzen bestätigt diesen Eindruck. Einzelne Lebensversicherer berechnen allein für die Verwaltung der Verträge rund zehn Prozent der eingenommenen Beiträge. Hinzu kommen Abschlusskosten, zu denen auch Provisionen zählen. Die Ergo-Versicherung, Teil des Dax-Konzerns Munich Re, berechnete 2023 für 1,53 Milliarden Euro an Bruttobeiträgen rund 86 Millionen Euro an Aufwendungen. Damit fließen 5,7 Prozent der Versichererbeiträge in die Verwaltung. Bei sogenannten Indexpolicen, bei denen die klassische Lebensversiche-

rung mit Aktieninvestments kombiniert wird, hatte bereits die Zeitschrift „Finanztest“ ein vernichtendes Urteil gefällt. Keine der zwölf getesteten Policen hatte aus Sicht der Tester eine zufriedenstellende Rendite. Beim Produkt des Marktführers Allianz lag die Rendite im Schnitt bei 1,64 Prozent und damit unter der aktuellen Inflation. Wenn Versicherer allen Ernstes glauben, solche Produkte mit gutem Gewissen verkaufen zu können, dann kommt Wiens' Warnung gerade rechtzeitig.

Die Branche scheint aus ihren Fehlern der Vergangenheit nichts gelernt zu haben. Die Gier, das Geld über einen offensiven Vertrieb erst einmal einzunehmen und dann nur tröpfchenweise an die Kunden auszuzahlen, muss ein Ende haben. Jetzt müssen sich die Managerinnen und Manager der Branche überlegen, wie sie wirklich zur privaten Vorsorge der Menschen beitragen wollen. Erst mit diesem Bewusstsein sind Versicherungsvorstände für ihren Job geeignet – so schreibt es auch das Versicherungsaufsichtsgesetz vor, auf das sich die Bafin-Aufsicht bezieht.



Ortsschild mit der Aufschrift „Kursk 108 km“: Je länger die Ukraine ihre Gebiete in Russland halten kann, desto größer wird der Druck auf Wladimir Putin.

Evgeniy Maloletka/AP/dpa

Handelsblatt
— Gastkommentar —

Kursk-Offensive: Jetzt wäre der Moment für Verhandlungen

Nach der Besetzung russischer Gebiete durch ukrainische Soldaten ist ein Abkommen „Land gegen Land“ möglich. Wenn Länder wie China sich dafür starkmachen. Von **Andreas Umland**.

Das bisher unerwartet erfolgreiche und tiefe Eindringen der Ukraine in russisches Staatsgebiet seit dem 6. August 2024 hat die Diskussion über den russisch-ukrainischen Krieg verändert. Die wichtigste internationale Auswirkung dürfte diese Offensive auf die Haltung der offiziell neutralen Länder haben, einschließlich China.

Während der Westen die Ukraine unabhängig von der Kursk-Operation und ihrem Ausgang unterstützt, sorgt eine anhaltende ukrainische Besetzung russischen Staatsgebiets für eine neue Dimension der nicht westlichen Interpretation des Kriegs. Sollte Moskau die ukrainische Offensive nicht schnell und vollständig zurückschlagen, verändert sie die ukrainische Verhandlungsposition und die Druckmittel in hypothetischen Verhandlungen.

Bislang musste sich Kiew in der Kommunikation mit Moskau und seinen verschiedenen ausländischen Partnern auf moralische, normative und rechtliche Argumente berufen. Die bezogen sich auf die regelbasierte Weltordnung, die seit 1945 hauptsächlich vom Westen geprägt wurde. Jetzt hingegen ist ein „Land gegen Land“-Deal zwischen Russland und der Ukraine theoretisch möglich geworden.

Die neue ukrainische Strategie könnte nun nicht nur den gemäßigeren Stimmen in der russischen Führung, sondern auch nicht bellizistischen Partnern Russlands auf der internationalen Bühne breitere Einflussmöglichkeiten eröffnen.

Sie können nun argumentieren, dass die russischen Annexionen in der Ukraine im Gegenzug für die Wiederherstellung der territorialen Integrität Russlands rückgängig gemacht werden sollten.

Je länger die Ukraine ihre Gebiete in Russland halten kann, desto größer wird der Druck auf Wladimir Putin sein, das eroberte Land wieder unter Moskaus Kontrolle zu bringen – sei es mit militärischen oder diplomatischen Mitteln.

Wenn Russland den ukrainischen Überfall nicht mit konventionellen Waffen abwehren kann, könnte es zwar versuchen, dies durch den Einsatz von Atom- oder anderen Massenvernichtungswaffen zu tun. Eine solche Entwicklung würde jedoch in der gesamten internationalen Gemeinschaft Widerhall finden und die Dimension des Kriegs grundlegend verändern.

Der Ausgang der „militärischen Spezialoperation“ im Jahr 2022 würde damit nicht nur für die Ukraine, sondern auch für Russland unvorhersehbar werden. Selbst russische Partner wie China und Indien würden sich gegenüber einem unberechenbar eskalierenden Moskau neu positionieren – eine Veränderung, die für die russische Wirtschaft eine Katastrophe bedeuten könnte.

Sowohl eine fortgesetzte Demütigung als auch eine gefährliche Eskalation sind für das russische Regime riskant. Sie werden womöglich auch in Peking und anderen nicht westlichen Hauptstädten als nachteilig empfunden werden.

Wenn die Ukraine weiterhin russische Gebiete besetzt hält, dürfte eine diplomatische „Land gegen Land“-Lösung nicht nur für Teile der russischen Elite, sondern auch für viele ausländische Regierungen immer mehr zum bevorzugten Ergebnis werden – allen voran China. Seit Jahren plädieren die Volksrepublik, Brasilien und andere nicht westliche Nationen für sofort-

tige und bedingungslose Verhandlungen zwischen Moskau und Kiew.

Bislang implizierten diese Vorschläge eine mehr oder weniger weitreichende ukrainische Befriedigung des russischen territorialen und politischen Appetits. Seit Anfang August dieses Jahres hat die Ukraine mit ihrer Einnahme russischen Staatsgebiets die Grundlage für ein transaktionales Friedensabkommen und nicht für einen ungerechten Frieden zwischen den beiden Staaten geliefert. Die Millionen-Dollar-Frage ist nun, ob und wie offiziell friedens- und verhandlungsfreundliche nicht westliche Länder, wie die chinesische Führung unter Parteichef Xi Jinping, auf diese neuartige Situation reagieren werden.

Freilich haben Wladimir Putin und andere Vertreter des russischen Regimes verkündet, dass der Einmarsch der Ukraine in Russland Verhandlungen unmöglich gemacht habe. Moskau ist bislang nur bereit, den Krieg durch einen militärischen oder diplomatischen Sieg über Kiew zu beenden, und nicht durch eine für beide Seiten akzeptable Lösung. Russland ist allerdings wirtschaftlich und technologisch in hohem Maße auf ausländische Unterstützung angewiesen. Einige dieser für Russland ökonomisch oder politisch wichtigen Länder wie China, Indien oder Brasilien könnten innen- und außenpolitische Interessen haben, die einen möglichst baldigen Frieden begünstigen.

Die kommenden Wochen werden zeigen, wie stark diese Interessen sind und ob Peking oder andere Hauptstädte willens und in der Lage sein werden, die Gelegenheit zu ergreifen, um Moskau zu einem Waffenstillstand und an den Verhandlungstisch zu zwingen.



Der Autor

Andreas Umland
ist Analyst am Stockholmer Zentrum für Osteuropastudien (SCEEUS) des Schwedischen Instituts für Internationale Angelegenheiten (UI). Er sitzt in Kiew.



In der Reihe Global Challenges schreiben Expertinnen und Experten aus aller Welt über aktuelle politische und wirtschaftliche Fragen. Sie erscheint jeden Donnerstag im Handelsblatt und im „Tagesspiegel“.

Handelsblatt-Debatte unter Leserinnen und Lesern

Wie wählen Thüringen und Sachsen am Sonntag?

Am kommenden Sonntag finden in Thüringen und Sachsen Landtagswahlen statt. Aktuellen Umfragen zufolge würden neben der CDU auch die AfD und das Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) auf die meisten Stimmen kommen.

Wir haben die Leserschaft gefragt, wie sie auf die Landtagswahlen blickt.

Viele Leserinnen und Leser melden uns zurück, dass sie weniger auf den Wahlausgang und viel mehr auf die Phase nach der Wahl gespannt sind. Denn: Welche Parteien gut abschneiden werden, da ist sich die Leserschaft einig und sicher.

Interessant werde es, wenn die Parteien im Anschluss versuchen würden, eine Regierung zu bilden. Neben CDU, AfD und BSW, denen ein Leser jeweils „um die 30 Prozent“ zurechnet, würden die übrigen Parteien zu „Kleinstparteien“ werden, wie es der Leser ausdrückt, oder gar „in die Bedeutungslosigkeit“ abrutschen, wie ein anderer Leser schreibt.

Da die drei potenziellen Gewinnerparteien schon im Vorhinein verschiedene Konstellationen untereinander ausgeschlossen haben, werde es mit dem Erreichen einer regierungsfähigen Mehrheit schwierig, und „verloren hat in jedem Fall die Demokratie“, weil sich in jedem Fall die Mehrheit der Wähler nicht wiederfinden werde, prophezeit ein Leser.

Einige Leserinnen und Leser wünschen sich daher, dass die führenden Politikerinnen und Politiker sich selbst fragen, warum ihre Politik nicht den Bedürfnissen der Menschen in Sachsen und Thüringen entspricht und warum sie davon nicht eine „echte Politikänderung“ ableiten, wie es ein Leser ausdrückt.

Für die aktuelle Ausgabe unseres Leserforums haben wir aus den unterschiedlichen Zuschriften eine Auswahl für Sie zusammengestellt. Wenn auch Sie sich im Forum zu Wort melden möchten, schreiben Sie uns per E-Mail an forum@handelsblatt.com oder auf Instagram unter [@handelsblatt](https://www.instagram.com/handelsblatt).

Negativer Ausgang der Wahl ist sicher

„Über den Ausgang der Wahlen in Sachsen und Thüringen kann man spekulieren, aber der negative Ausgang ist sicher.“

Haben wir uns oder sich unsere Parteien die Frage gestellt, warum das so ist?

Es liegt an der immer schlechter werdenden Bildungspolitik, denn gebildete Menschen wären in der Lage, diesen Trend zu hinterfragen und somit zu stoppen.“

Ronaldo Brüning

Bitte mehr moderates Mittelmaß!

„Ob Insa, Forsa und Co um ein paar Prozentpunkte danebenliegen oder nicht ... Als klare Gewinnerinnen aus der Wahl werden die CDU, AfD und BSW gehen, das ist schon klar.“

Wirklich spannend wird es danach: Wie wird sich die neue Landesregierung zusammensetzen?

Werden sich neue Brandmauern auftun? Und wie werden die Ampelparteien damit umgehen, dass sie, und das ist ja ganz offensichtlich, die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger in diesen Bundesländern nicht wahrnehmen und befriedigen können?

Mir bleibt nur zu hoffen, dass sich die politische Stimmung in Deutschland nicht immer mehr in die Nähe der extremen Ränder bewegt.

Egal wobei im Leben, es gilt doch eigentlich immer: Mit moderatem Mittelmaß fährt man gut.“

Talisa Reinhardt

Mit Mut und Vertrauen gegen Angst und Hetze

„Egal wie diese Wahl ausgeht, Ministerpräsident Michael Kretschmer hat in den letzten Jahren alles



Jan Woitas/dpa

Frau mit Stimmzettel an der Wahlurne:

Die Leserschaft ist sich beim Ausgang der Wahl sicher, aber nicht bei der Regierungsbildung.



Als klare Gewinnerinnen aus der Wahl werden die CDU, AfD und BSW gehen, das ist schon klar.

Talisa Reinhardt

AfD liegt in den Umfragen vorne

Umfragen zu Landtagswahlen, Ergebnis in Prozent

	Thüringen ¹	Sachsen ²
AfD	30 %	32 %
Union	21 %	30 %
BSW	20 %	15 %
Linke	14 %	4 %
SPD	6 %	6 %
Grüne	3 %	5 %
Andere	3 %	5 %

HANDELSBLATT 1) FDP: 3 %; 2) Freie Wähler: 3 % • Stand: 24.8.2024 • Quelle: INSA

getan, um den Menschen in Sachsen zu vermitteln, dass er sich für ihre Belange einsetzt.

Dennoch wird es ein Kopf-an-Kopf-Rennen mit der AfD geben, was die Regierungsbildung erschwert. Es bleibt zu hoffen, dass die anderen 70 Prozent der Sachsen sich durchsetzen.

Die neue Landesregierung muss ihre Versprechungen in reale Lösungen umsetzen, sodass für den Bürger nachvollziehbare Veränderungen eintreten.

Mut und Vertrauen müssen Angst und Hetze ersetzen.“

Hans-Martin Schürg

Der Schlangenmensch und die Macht-Domina

„Nachdem sich die Wahlforscher auch auf die (statistisch) unzuverlässige Ostwählerschaft kalibriert haben, ist eigentlich wenig Spannung über den Wahlausgang drin.“

Spannend wird es eigentlich erst ab Montag, wenn ‚sondiert‘ wird und die Verlierer sich erklären (müssen).

Es steht zu erwarten, dass auch dieser Wahlausgang am Kanzler abprallt und die SPD ihren langen Marsch in die Bedeutungslosigkeit unbeirrt fortsetzt.

Und man darf gespannt sein, wie sich Schlangenmensch Merz zwischen Brandmauern und ideologischen Gräben hindurchwindet, um die CDU irgendwie relevant zu halten, und wie Sahra Wagenknecht sich hier als Macht-Domina inszeniert.

Nicht zu erwarten ist leider, dass die ‚Altparteien‘ echte Lehren ziehen und diesen Zeitenwandel begreifen und echte Politikänderungen davon ableiten.

Warum auch, war ja nur eine Regionalwahl bei den ‚Unbelehrbaren‘.“

Werner Pissar

Die Demokratie verliert so oder so

„Bei den Wahlen werden wohl drei Parteien mit um die 30 Prozent in den jeweiligen Landtag einziehen.“

Dazu kommen vielleicht noch ein paar Kleinparteien (SPD, Grüne, PDS).

Wenn sich zwei von den Großen einig werden, regieren diese dann mit einer satten Mehrheit. Vielleicht muss auch noch einer von den Kleinen mitspielen.

Das wäre eine stabile Regierung. Wenn sich aber unter den drei großen Parteien die besagten zwei nicht finden lassen, wird es spannend.

Verloren hat in jedem Fall die Demokratie, weil die Mehrheit der Wähler sich nicht wiederfindet. Wobei die Nichtwähler selbst dran schuld sind, weil sie nicht wählen gegangen sind.

Dass sie nicht wählen gegangen sind, ist aber Schuld der Politiker, die es immer wieder schaffen, Volkes Meinung zu ignorieren.“

Ulrich Harms

Distanz zwischen dem Westen und dem Osten Deutschlands

„Gerade auch nach dem Messeranschlag in Solingen ist zu befürchten, dass der Zuspruch für die AfD und das BSW noch zunehmen wird.“

Diese beiden Parteien schlachten das schreckliche Ereignis von Solingen brutal für sich aus und heizen die Ängste der Menschen noch zusätzlich an.

Die Menschen im Westen der Bundesrepublik verstehen zunehmend nicht mehr die Argumente der Bevölkerung in den neuen Bundesländern, die sowohl der AfD, als auch dem BSW ihre Stimme geben wollen. Ich befürchte dadurch eine zunehmende Entfremdung zwischen dem westlichen und östlichen Teil der Bundesrepublik Deutschland.“

Friedrich Wilhelm Krummenerl

Elektroauto

Lohscheller wird Polestar-Chef

Der Ex-Opel-Chef soll den schwedischen E-Auto-Hersteller Polestar profitabel machen.

Düsseldorf. Das Elektroauto-Start-up Polestar bekommt einen neuen Chef. Wie das Unternehmen aus Göteborg am frühen Mittwoch mitteilte, wird der Ex-Opel-Chef Michael Lohscheller zum 1. Oktober die operative Führung der schwedischen Elektroautomarke übernehmen. Am Mittwochvormittag lief am Polestar-Stammsitz in Göteborg ein internes Townhall-Meeting mit dem deutschen Manager, bei dem Lohscheller als neuer CEO vorgestellt wurde.

Der 55-Jährige gilt als erfahrener Automotive-Manager. Begonnen hat Lohscheller seine Karriere bei Daimler, es folgten Stationen bei Mitsubishi und im Volkswagen-Konzern. Bekannt wurde er als Opel-Chef, wo er den Turnaround der in die Krise geratenen Marke zwischen 2017 und 2021 managte, ein umfassendes Sparprogramm auflegte und Opel in den PSA-Konzern, später Stellantis, integrierte. Lohscheller hat auch die Arbeit in Start-ups wie dem Hybrid-Lkw-Bauer Nikola oder Vinfast aus Vietnam kennengelernt.



Michael Lohscheller: Der Manager soll Polestar aus der Krise führen.

Diese Mischung aus traditioneller Industrieerfahrung und Skalierung dürfte für Polestar interessant sein. Offiziell heißt es in der Mitteilung, Polestar wolle unter Lohscheller „seine globale Präsenz und seine Position als führendes Unternehmen im Markt der Premium-Elektrofahrzeuge ehrgeizig ausbauen“.

In einer internen Mitteilung an die Mitarbeiter schrieb Aufsichtsratschef Vahland, Lohscheller sei der Richtige, um Polestar „in die nächste Phase des Wachstums“ zu führen und „die Unabhängigkeit des Unternehmens sicherzustellen“. Mit seiner Erfahrung habe er das „richtige Verständnis für die Relevanz einer Marke“.

Die Schweden stehen vor Herausforderungen: Noch-Chef Thomas Ingenlath musste seine Absatzziele zuletzt mehrfach nach unten korrigieren. 2023 lieferte Polestar gerade einmal 55.000 Autos aus, nur minimal mehr als 2022. Auch finanziell steht das Unternehmen unter Druck. Ende Februar sprang ein Bankenkonsortium mit knapp einer Milliarde US-Dollar ein.

Kommendes Jahr will Polestar endlich positive Cashflows generieren. Analysten bleiben skeptisch und datieren den Break-even auf etwa ein Jahr später. Lazar Backovic

Thyssen-Krupp-Zentrale in Essen: Es ist offen, ob der Aufsichtsrat der Stahltochter die personellen Konsequenzen mitträgt.



ThyssenKrupp

Thyssen-Krupp

Stahlsparte vor Führungswechsel

Lange haben Thyssen-Krupp-CEO Miguel López und Stahlchef Bernhard Osburg gestritten – jetzt könnte es zu personellen Konsequenzen kommen.

Isabelle Wermke, Martin Murphy
Düsseldorf, Berlin

Thyssen-Krupp-Chef Miguel López will nach monatelangem Streit mit der Stahltochter offenbar deren Vorstand ablösen. Drei von fünf Vorständen der Gesellschaft seien Vereinbarungen für eine vorzeitige Vertragsaufhebung unterbreitet worden, erfuhr das Handelsblatt aus Kreisen des Industriekonzerns. Darunter sei auch Stahlchef Bernhard Osburg. Thyssen-Krupp Steel wollte sich zu dem Vorgang auf Anfrage nicht äußern. Der Mutterkonzern Thyssen-Krupp erklärte dazu, dass man sich zu Personalspekulationen grundsätzlich nicht öffentlich äußere. Noch ist offen, wie der Aufsichtsrat der Stahltochter und vor allem die Arbeitnehmervertreter in dem Gremium auf den Schritt reagieren. Das Gremium trifft sich am Donnerstag.

Neben dem Stahlchef Osburg sollen auch Personalvorstand Markus Grolms und Produktionsvorständin Heike Denecke-Arnold betroffen sein. Vor allem Letzteres können Konzerninsider nicht nachvollziehen. Denecke-Arnold ist seit zwei Jahren Vorstandsmitglied der Stahlsparte. Laut Insidern habe die Vorständin die Performance verbessert. Betrieben werde der personelle Umbau von Konzernchef Miguel López, der mit den Planungen für eine Neuaufstellung des Stahlgeschäfts unzufrieden sei, berichten Konzerninsider. Die Muttergesellschaft will sich von der seit Jahren defizitären Tochter trennen und hat bereits ein Fünftel an den tschechischen Milliardär Daniel Kretinsky verkauft.

Der Streit über die Neuausrichtung der angeschlagenen Stahltochter hatte sich in den vergangenen Wochen immer weiter zugespitzt. Die Gewerkschaft IG Metall gab vor wenigen Tagen



Bernhard Osburg: Der Chef der Stahlsparte könnte vor der Ablösung stehen.



Miguel López: Der CEO greift nun im monatelangen Streit durch.

bekannt, um 10.000 Arbeitsplätze bei Thyssen-Krupp Steel zu bangen, wenig später sprachen auch die Anteilseigner des Mutterkonzerns eine Warnung aus. Die Arbeitnehmer hatten in den vergangenen Wochen mehrmals lautstark gegen die Konzernspitze in Essen protestiert.

Der bevorstehende Vorstandsumbau sowie der Streit über die Neuaufstellung der Stahlsparte stellt für langjährige Führungskräfte den größten Konflikt in der jüngeren Firmengeschichte dar. „Nie hatten wir so eine Krise“, sagten mehrere mit den Vorgängen vertraute Personen. Dabei habe es seit der Fusion von Krupp und Thyssen vor 24 Jahren mehrfach abrupte Chefwechsel gegeben, und mehr als einmal habe das Unternehmen vor dem Aus gestanden. „Die Eskalation jetzt ist eine neue Stufe, da keine Lösung der Krise erkennbar ist“, sagte ein Insider.

Der Streit dreht sich um die Frage, wie die Stahlsparte aus dem Konzern gelöst wird. Die Mannschaft um Osburg hatte ein Konzept erarbeitet, mit dem die Stahlsparte dauerhaft stabil aufgestellt werden sollte. Dieses habe López jedoch abgelehnt, weil ihm die geplanten Einschnitte nicht weit genug gingen, berichten mit dem Vorgang vertraute Personen. Seitdem herrscht ein offener Konflikt zwischen den beiden Gesellschaften.

López kritisierte Osburg zuletzt öffentlich scharf. Dieser müsse endlich einen langfristig tragfähigen, soliden und finanzierbaren Businessplan für die Neuausrichtung des Stahlbereichs vorlegen, erklärte der Vorstandsvorsitzende in einer Pressemitteilung Anfang August. Während sich Osburg auf die Rückendeckung der Arbeitnehmer verlassen konnte, stellte sich die Arbeitgeberseite demonstrativ hinter López. Die Vertreter der Anteilseigner im Aufsichtsrat unterstützten den Vorstand um López „voll und ganz“,

erklärte das Gremium am Dienstag in einem Schreiben. Unterzeichner sind dabei unter anderem Aufsichtsratschef Siegfried Russwurm und Ursula Gather als Vertreterin der Krupp-Stiftung, der größten Aktionärin der Thyssen-Krupp AG.

Die Aufhebungsverträge mit Osburg und den beiden weiteren Vorständen könnten noch in dieser Woche unterzeichnet werden. Für den Donnerstag ist eine Aufsichtsratsitzung von Thyssen-Krupp Steel geplant. Laut Konzerninsidern wollen López und andere Konzernvorstände an der Sitzung nur per Video teilnehmen, weil sie Sorge um ihre Sicherheit haben. Mehrere Führungskräfte nannten diese Furcht „überzogen“. In der Vergangenheit sei es schon ruppiger zugegangen, nie sei aber ein Manager körperlich angegangen worden, hieß es.

„Ungeheuerlich ist es, ‚Gefahren für die Sicherheit von Menschen und Anlagen‘ herbeizufantazieren“, erklärte auch Jürgen Kerner, zweiter Vorsitzender der IG Metall und stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender von Thyssen-Krupp, in einer Pressemitteilung der IG Metall. „Wer der eigenen Belegschaft solch ein Vorgehen unterstellt, der agiert völlig verantwortungslos. Es ist bezeichnend, wenn die Eigentümer ihre eigenen Angestellten als potenzielle Angreifer darstellen.“

Die Fronten zwischen López und den Arbeitnehmern sind seit Beginn der Verhandlungen mit dem tschechischen Unternehmer Kretinsky verhärtet. Die Arbeitnehmervertreter werfen dem Konzernchef vor, die Konzernmitbestimmung zu umgehen und ohne die nötige Transparenz den Teilverkauf der Sparte verhandelt zu haben.

Wer hat das Sagen in der Stahlsparte?

Auf der Tagesordnung für die Aufsichtsratsitzung stehen dem Vernehmen nach die künftige Finanzierung, Kostensteigerungen und eine Mitgift an die Stahltochter. Kritisch wird aus Sicht des Konzerns vor allem eine Kostensteigerung beim Bau der neuen Direktreduktionsanlage gesehen. Damit will Thyssen-Krupp ab 2029 emissionsfrei Stahl produzieren. Die Mehrkosten sollen im niedrigen dreistelligen Millionenbetrag liegen, erklärten mit dem Vorgang vertraute Personen.

Der Unmut darüber ist groß, allerdings nicht der Grund für die geplante Trennung. Im Kern geht es um die Frage, wer das Sagen bei der Stahlsparte hat. Osburg und seine Vorstand hätten zu frei und mit Rückendeckung der Gewerkschaft IG Metall agiert, die traditionell bei dem Montanunternehmen eine starke Position hat. Dieser Widerstand solle nun gebrochen werden, hieß es in Konzernkreisen.

López soll von dem Spartenvorstand vor Monaten gefordert haben, höhere Preise und Versandmengen anzugeben als in Osburgs neuen Businessplänen erarbeitet. Damit solle die Stahltochter als möglichst rentabel präsentiert werden. „Das hat mit der Realität aber nichts zu tun“, berichtet ein Insider. In die geforderten Änderungen willigte Stahlvorstand Osburg daher nicht ein.

Wie hoch letztlich Preise und Mengen angesetzt werden, bestimmt auch die Höhe der Mitgift für den Verkauf der Stahlsparte. Während López bei der Abspaltung kein Geld geben will, wäre bei der Umsetzung von Osburgs Konzept ein Betrag von rund zwei Milliarden Euro nötig gewesen, den der Mutterkonzern an den Stahlbereich hätte transferieren müssen. Diese Summe ist vor allem zur Deckung der milliardenschweren Pensionskassen sowie überfällige Investitionen nötig.

Die Anteilseigner des Konzerns sähen eine Mitgift in der Höhe allerdings als „Enteignung“ an, berichten Konzerninsider – und seien lediglich dazu bereit, einen Bruchteil der Summe zu zahlen. Sollte der Vorstand um Osburg die Tochter tatsächlich verlassen, befürchten Insider für die Stahlsparte nichts Gutes. Im Konzern sorgt man sich davor, dass López Einfluss nehmen könnte auf die Entscheidung um einen neuen Vorstand – und die Position mit jemandem besetzen könnte, der die vom Mutterkonzern vorgegebenen Ziele übernimmt. In Duisburg werden López' Vorstellungen als nicht realistisch angesehen.

RTL-Mutterkonzern

Bertelsmann verdient mehr in den USA als in Deutschland

Das US-Geschäft wird für das Familienunternehmen immer wichtiger. Investitionen in Deutschland will Konzernchef Rabe aber nicht zurückfahren.



REUTERS

US-Countrysängerin Lainey Wilson: Hohe Investitionen in das Musikgeschäft von BMG.

Michael Scheppe Düsseldorf

Erstmals in der Firmengeschichte hat der deutsche Medienriese Bertelsmann in den USA mehr Umsatz erzielt als im Heimatmarkt. Der Umsatzanteil dort stieg auf 28,4 Prozent. Deutschland liegt mit 28,2 Prozent knapp dahinter. 2011 noch erzielte Bertelsmann nicht einmal 14 Prozent seiner Erlöse in den USA. Das teilte das Familienunternehmen aus Gütersloh bei der Bekanntgabe der Halbjahreszahlen am Mittwochmorgen mit.

„Dass wir in den USA so schnell Tempo gewinnen konnten, ist erfreulich“, sagte Konzernchef Thomas Rabe im Gespräch mit dem Handelsblatt. Die USA seien der größte Markt für Medien und Dienstleistungen, das mache das Geschäft dort attraktiv und überdurchschnittlich profitabel. Amerika habe auch wegen der Demografie fundamental bessere Wachstumsperspektiven als Europa.

Rabe ist seit 2012 Chef von Bertelsmann und hat das Unternehmen der Eigentümerfamilie Mohn international, digitaler und außerhalb Europas breiter aufgestellt. Rabe will damit die Abhängigkeit des Konzerns vom konjunkturell schwankenden Werbegeschäft der RTL-Gruppe reduzieren.

Dass die USA für Bertelsmann nun der wichtigste Markt sind, liege auch an den Investitionen der vergangenen zehn Jahre. „Die Hälfte unserer investierten Mittel fließen in die USA“, sagte Rabe. Die meisten Gelder davon gehen

in das wachsende Musikgeschäft von BMG, die Buchtochter Penguin Random House, den Dienstleister Arvato und das Education Group genannte Bildungsgeschäft, die alle in den USA besonders stark vertreten sind. Rabe hat in den USA vor allem in den Bereich digitale Gesundheit investiert, weil er dort weltweit ein starkes Wachstum erwartet. Bertelsmann will Mitarbeitern im Gesundheitswesen mit digitalen Angeboten dabei helfen, schneller ihre Verwaltungsaufgaben zu erledigen. „Dass Amerika nun der größte Markt ist, heißt aber nicht, dass wir nicht mehr in Deutschland investieren wollen“, betonte Rabe.

Bertelsmann hat bislang über 700 Millionen Euro in die Entwicklung seines Streamingdienstes RTL+ samt Technik und Personal investiert. So will Rabe internationalen Konkurrenten wie Disney und Netflix auf nationaler Ebene Paroli bieten. RTL+ schreibt allerdings seit Jahren Verluste, bis 2026 soll der Dienst profitabel sein.

Der Umsatz des Gütersloher Familienunternehmens ist im ersten Halbjahr im Vergleich zum Vorjahr um 7,5 Prozent auf neun Milliarden Euro gesunken. Der Grund: Im vergangenen Herbst hatte Bertelsmann seine Callcenter-Sparte Majorel verkauft, die für rund eine Milliarde Euro Umsatz stand. Aus eigener Kraft stieg der Umsatz indes um 3,7 Prozent. Der operative Gewinn (Ebitda) ist im ersten Halbjahr um rund zwei Prozent auf 1,2 Milliarden Euro gesunken – bereinigt um den Majorel-Verkauf erhöhte er sich um 14 Prozent. Für das Gesamt-

jahr erwartet Rabe insgesamt ein organisches Umsatzplus von vier Prozent, „vielleicht sogar noch ein bisschen höher“, sagte er dem Handelsblatt. Beim operativen Ergebnis rechnet er damit, den Wert von 14 Prozent halten zu können. Traditionell macht Bertelsmann im zweiten Halbjahr stärkere Geschäfte, etwa weil Werbeeinnahmen und Buchverkäufe vor Weihnachten anziehen.

Rabe kündigte im Gespräch an, die Investitionen in Zukunftsgeschäfte weiter erhöhen zu wollen. Im Rahmen der Zukunftsstrategie plant Bertelsmann zwischen 2021 und 2025 Investitionen von fünf bis sieben Milliarden Euro in Wachstumsgeschäfte.

Bislang habe man 4,8 Milliarden Euro für das Investitionsprogramm in die Hand genommen – allein im ersten Halbjahr des Jahres war es über eine Milliarde Euro. „Wir werden sicher am oberen Ende der Bandbreite rauskommen“, sagte Rabe. „Wenn wir Möglichkeiten sehen, wollen wir sie auch nutzen.“ Davon dürften wieder überproportional die Geschäftsbereiche Arvato, BMG und das Bildungsgeschäft profitieren. Alle drei Bereiche konnten ihr Ergebnis im ersten Halbjahr zweistelligen Prozentbereich steigern.

EM drückt Gewinn bei RTL

Bei der wichtigsten Bertelsmann-Tochter, dem Fernsehkonzern RTL, hatte die Übertragung einiger Spiele der Fußball-Europameisterschaft den Gewinn leicht auf 372 Millionen Euro gedrückt. RTL konnte seinen Umsatz um knapp zwei Prozent steigern, weil die Fernsehwerbeumsätze um fast fünf Prozent gestiegen sind. Rabe, der in Personalunion auch Chef der RTL Group ist, erwartet in Deutschland aber nur eine leichte Erholung des Werbemarkts von zwei Prozent. „Wir liegen immer noch deutlich zweistellig unter dem Niveau von 2019. Es ist unrealistisch, dass wir dieses Level wieder erreichen werden“, so Rabe. Angesichts der wirtschaftlichen Unsicherheiten sind Unternehmen mit ihren Werbeausgaben zurückhaltend.

Rabe hatte Anfang März angekündigt, seinen bis Ende 2026 laufenden Vertrag nicht verlängern zu wollen. Er wolle sich dann anderen Aufgaben zuwenden. Der Zeitplan stehe unverändert, so Rabe, er fokussiere sich weiter voll auf die Geschäfte, um den Konzern bestmöglich zu übergeben. „Über die Nachfolge entscheidet der Aufsichtsrat.“ Als seine Nachfolger werden intern vor allem zwei Namen gehandelt: Thomas und Carsten Coesfeld, 37 und 34 Jahre alt – beide Enkel des 2009 verstorbenen Firmenpatriarchen Reinhard Mohn. Seit Jahresbeginn sitzt Carsten Coesfeld im Vorstand und verantwortet das neu geschaffene Ressort Investments und Financial Solutions. Sein Bruder Thomas Coesfeld rückte im Juli in die Konzernspitze vor. Er wird dort weiter das Musikgeschäft BMG leiten.

Lazar Backovic Düsseldorf

Es war eine Ansage an den deutschen Automarkt: Der chinesische Hersteller BYD wurde zum offiziellen Mobilitätssponsor der Fußball-EM – und verdrängte an dieser Stelle Deutschlands Marktführer Volkswagen. Der Konzern aus Shenzhen, im Heimatmarkt China nach Verkaufszahlen bereits an den Wolfsburgern vorbeigezogen, wollte mit dem Popularitätsschub auch in Europa angreifen. Doch das Sommermärchen ist beim Angstgegner der deutschen Anbieter ausgeblieben. 230 BYD-Autos wurden laut Kraftfahrt-Bundesamt im EM-Monat Juli in Deutschland zugelassen: ein Marktanteil von 0,1 Prozent. Für den August sehe es nicht viel besser aus, ist aus Händlerkreisen zu hören.

Um künftig präsenter im wichtigsten Automobilmarkt Europas zu sein, plant BYD eine Neuausrichtung seines Vertriebs. Und diese kommt offenbar zügiger voran als bislang bekannt, wie das Handelsblatt aus Verhandlungskreisen erfuhr.

BYD will Generalimporteur Hedins übernehmen

Demnach plant BYD hierzulande die Einrichtung einer eigenen nationalen Vertriebsgesellschaft. Bis zu den entscheidenden Unterschriften sei es „eher eine Frage von Tagen statt von Wochen“, kommentiert ein Insider den Stand des Prozesses. Zurzeit stecke der Deal in der Risikoprüfung. Zuerst hatte das „Manager Magazin“ über die Pläne für eine Neuausrichtung des hiesigen BYD-Vertriebs berichtet.

Bislang operiert die schwedische Hedini-Gruppe mit einem lokalen Team von circa 30 Mitarbeitern als Generalimporteur von BYD in Deutschland. Laut dem Insider könnte BYD Deutschland die GmbH samt Führungspersonal übernehmen, zudem das Verkaufsteam von Hedini in Deutschland und künftig anstelle des Generalimporteurs direkt mit den hiesigen Händlern in Kontakt treten.

Den Kauf müssten die Kartellbehörden noch genehmigen. Über den Preis für die Transaktion schweigt man sich in Verhandlungskreisen aus. Im Raum steht nach Handelsblatt-Informationen jedoch ein niedriger zweistelliger Millionenbetrag, den Hedini im Zuge des Deals noch von BYD als Außenstände einfordern würde. Dazu kommt das Know-how, das sich die Schweden bezahlen lassen dürften. Weder BYD noch Hedini wollten die Informationen auf Handelsblatt-Anfrage kommentieren.

In Deutschland verkaufen aktuell rund 30 Autohäuser BYDs, die sich den deutschen Markt über exklusive Vertriebsgebiete mehr oder weniger untereinander aufgeteilt haben. Zu den ersten Vertriebspartnern zählen Namen wie Senger im Kölner Raum oder Stern Auto mit Verwaltungssitz in Potsdam.

Ansprechpartner für die Händler in Deutschland ist derzeit noch Hedini als Generalimporteur. Diese Zwischenebene will BYD offenbar künftig herausnehmen und die Autos direkt an die Händler verkaufen. Ähnlich operiert BYD bereits in anderen wichtigen Märkten in Europa wie Großbritannien oder Frankreich, wo es besser läuft als in Deutschland.

BYD hat große Pläne. Im Februar legte der unternehmenseigene Autofrachter „Explorer No. 1“ in Bremerhaven mit rund 3000 E-Autos des Herstellers an. Allerdings parken viele der Fahrzeuge weiter auf dem Hafengelände,



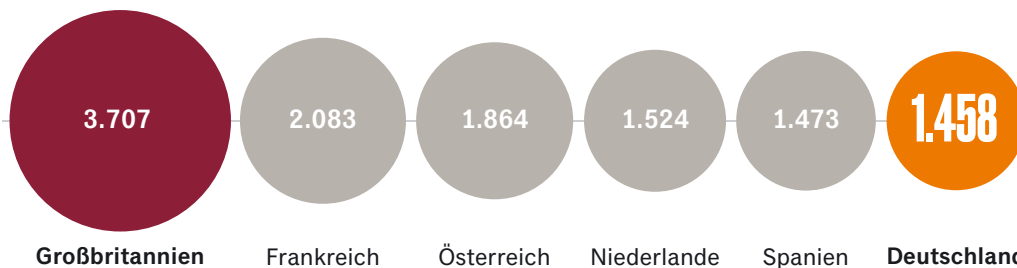
Elektroautos

Angstgegner BYD baut Vertrieb um

Noch verkauft der chinesische Hersteller in Deutschland viel zu wenige Autos. BYD will deshalb direkten Zugriff auf die Händler bekommen. Die neue Strategie ist nun fast fertig.

BYD hat ein Deutschland-Problem

Zulassungszahlen von BYD in ausgewählten europäischen Märkten
Januar bis Juli 2024



Europa gesamt: **21.409** Fahrzeuge

HANDELSBLATT

Quelle: Dataforce 2024



BYD-Showroom in Berlin: Der chinesische Hersteller will seine Autos direkt an die Händler vertreiben.

de, weil die Nachfrage nicht da ist. Zudem hatten vor Monaten noch einzelne Fahrzeuge mit Qualitätsproblemen wie Schimmel zu kämpfen, wie das Handelsblatt im Mai berichtete.

Insgesamt hat BYD in diesem Jahr gut 21.000 Autos in Europa zugelassen. Das ist zwar eine deutliche Steigerung im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Im gesamteuropäischen Markt kommt BYD damit aber auf nicht einmal ein Prozent Marktanteil. Besonders zäh läuft das Geschäft in Deutschland. Laut Branchendienst Dataforce hat BYD in den ersten sieben Monaten 2024 hierzulande weniger als 1500 Neuwagen ausgeliefert. Selbst in kleineren Automärkten wie den Niederlanden oder Österreich verkaufte BYD in diesem Jahr bislang mehr. Dass BYD mit der derzeitigen Performance in Deutschland unzufrieden ist, gilt als offenes Geheimnis in Kreisen des Unternehmens.

Als reiner E-Auto-Hersteller leidet BYD derzeit aber auch stärker als traditionelle Autobauer unter der Nachfrageflaute bei Elektroautos in ganz Europa. In Deutschland verhinderte zudem der Wegfall der staatlichen Förderung, dass BYD sich hierzulande etabliert. Deutsche Autokäufer sind deutlich preisbewusster und konservativer als in anderen Ländern, der Wettbewerb ist dadurch härter – gerade für Neulinge.

Zu alledem geht die EU-Kommission wegen des Verdachts unfairer Wettbewerbspraktiken gegen chinesische Autobauer vor. Die Brüsseler Behörde hatte deshalb bereits Strafzölle gegen einzelne Hersteller angekündigt. Für BYD gilt ein Zoll von 17 Prozent, zusätzlich zu den jetzt schon geltenden zehn Prozent Basiszoll. Damit steht das Unternehmen zwar besser da als viele seiner chinesischen Konkurrenten, eine Verkaufshilfe ist das dennoch nicht.

BYD versucht das Problem zu umgehen, indem der Konzern den Bau eigener Autowerke in Ungarn und der Türkei forciert und so den Lokalisierungsgrad seiner Fahrzeuge erhöht. Die Verantwortung für die heikle Mission Europa hat das Unternehmen vor Kurzem einer der wichtigsten Personen im Konzern übertragen: Stella Li. Li gilt bei BYD als Nummer zwei im Konzern direkt nach Gründer Wang Chuanfu. Auch das sensible Amerikageschäft untersteht ihr.

Die wichtige Managerin hatte bereits öffentlich angekündigt, das Vertriebsnetz auszubauen, allerdings ohne Details zu den Plänen zu nennen. Im Gespräch mit der Fachpublikation „Autohaus“ erklärte Li, bis Ende des Jahres die Zahl der Händler in Großbritannien von derzeit gut 30 auf 80 zu erhöhen, 2025 sollen es mehr als 120 sein. Das Gleiche passiere in Märkten wie Deutschland, sagte Li. Nur offenbar künftig ohne Generalimporteur.

Auch für Hedini war und ist die Deutschlandmission heikel. Die Schweden kommen aus dem klassischen Autohandel, das vergangene Jahr war für das Unternehmen in Deutschland turbulent. Im Herbst 2023 musste Hedins damaliger Deutschlandchef Lars Pauly die Organisation verlassen – wegen „verschiedener Ansichten zur künftigen Strategie“, wie es in einem offiziellen Statement hieß.

Anfang dieser Woche hat COO Jan Grindemann den Chefposten von Pauly Interimsnachfolger Marcus Larsson übernommen, wie im Handelsregister nachzulesen ist. Der 41-jährige Vertriebsexperte dürfte nun erst einmal damit beschäftigt sein, den Übergang in die neuen Strukturen zu managen.

BYD: Bloomberg/Getty Images



Gefunden: Ihr Schlüssel zum Glück.

Glauben Sie an Liebe auf den ersten Blick? Wir auch – und machen die Entscheidung für A-Klasse, B-Klasse, CLA Coupé, GLA, T-Klasse oder V-Klasse mit ganz besonderen Leasing- oder Finanzierungsbedingungen jetzt noch attraktiver. Ihr kurzfristig verfügbarer Neuwagen wartet schon auf Sie!



Ab 233 €/Monat* leasen



Mercedes-Benz

*Ein freibleibendes Leasingbeispiel der Mercedes-Benz Leasing Deutschland GmbH, Siemensstraße 7, 70469 Stuttgart, für Privatkunden für eine A-Klasse 180 Kompaktlimousine^[1], Hubraum: 1.332 cm³, 100 kW + bis zu 10 kW, Kraftstoff: Super. Fahrzeugpreis 48.141,45 €, Leasing-Sonderzahlung 9.628,29 €, Laufzeit 36 Monate, Gesamtleistung 45.000 km, 36 mtl. Leasingraten à 233 €.

Stand Juli 2024. Unverbindliche Preisempfehlung des Herstellers zzgl. lokaler Überführungskosten. Solange der Vorrat reicht. Andere Motorisierungs- und Ausstattungsvarianten gegen Aufpreis möglich. Das abgebildete Fahrzeug enthält Sonderausstattungen.

^[1] Mercedes-Benz A 180 Kompaktlimousine | Energieverbrauch kombiniert: 6,5–5,9 l/100 km | CO₂-Emissionen kombiniert: 148–134 g/km | CO₂-Klassen: E-D

Catiana Krapp Düsseldorf

Es ist bislang nur ein Eckpunktepapier der Bundesnetzagentur, aber das allein reicht schon aus, um Empörung auszulösen: Es geht um eine Änderung der Stromnetzentgelte, die maßgeblich bestimmen, wie günstig oder teuer Strom in Deutschland künftig für die Industrie sein wird. Sie sind eine Art Gebühr, die Stromverbraucher an die Stromnetzbetreiber bezahlen, damit diese den Strom zu ihnen transportieren. Die Stromnetzentgelte sind Teil des Strompreises und können – je nach Kunde – erheblich ins Gewicht fallen.

Auch wenn es sich bislang um einen frühen Entwurf handelt, auf den noch mehrere weitere Entwürfe folgen dürften, die jeweils von den Betroffenen diskutiert werden können, lösen die Inhalte bei einigen Unternehmen bereits Befürchtungen aus. So warnt der Wirtschaftsrat der CDU in einem Brief an Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) und Bundesnetzagenturchef Klaus Müller schon mal vorsorglich vor einem „verheerenden Signal für den Wirtschaftsstandort Deutschland“.

Dass manche Unternehmen in großer Sorge sind, ist nachvollziehbar, denn es geht um sehr viel Geld: Aktuell gibt es beim Strompreis Privilegien für Unternehmen, die eine sogenannte Bandlast – also konstant große Mengen Strom – nachfragen. Hanns Koenig, Analyst bei der Energiemarktberatung Aurora Energy Research, erklärt: „Aktuell erhalten Stromgroßverbraucher in Deutschland hohe Rabatte auf ihre Netzentgelte. Die Regelung stammt noch aus einer Zeit, in der Strom hauptsächlich aus zentralen Kraftwerken stammte und man die Netzauslastung möglichst konstant halten wollte.“ Durch die Sondernetzentgelte werden Unternehmen laut Bundesnetzagentur in diesem Jahr um mehr als eine Milliarde Euro entlastet.

Flexibilität könnte belohnt werden

Jetzt aber ist der Rabatt für konstante Großverbraucher bedroht. Denn durch die Energiewende verändert sich die Auslastung in den Stromnetzen. Idealerweise sollte Strom immer dann verbraucht werden, wenn viel Solar- oder Windstrom entsteht. Statt konstanten Stromverbrauchs soll künftig also flexibler Stromverbrauch belohnt werden.

Die Bundesnetzagentur schreibt deshalb in ihrem Eckpunktepapier, dass die „aktuelle, ineffektive Anreizsetzung nicht aufrechterhalten bleiben“ kann. Ein neues Sondernetzentgelt solle künftig „systemdienliches Verhalten unterstützen“. Ein Privileg soll es also in Zukunft für Unternehmen geben, die ihren Stromverbrauch im Vergleich zu ihrem eigenen Jahresdurchschnitt erhöhen, wenn viel Strom verfügbar ist, und senken, wenn wenig Strom verfügbar ist. Also vereinfacht gesagt für alle die Unternehmen, die ihren Stromverbrauch ans Wetter anpassen können.

Aurora-Analyst Koenig sagt: „Die aktuelle Regel führt zu absurden Flexibilisierungshemmnissen. Unternehmen versuchen künstlich, ihre Stromnachfrage zu verstetigen, um den Rabatt auf die Netzentgelte zu bekommen. Das ist total systemwidrig.“ Dieser Aussage stimmen Teile der betroffenen Industrie sogar zu. Im Brief des Wirtschaftsrats der CDU steht, man begrüße die Anreize zur Flexibilität, die für manche Unternehmen mit wirtschaftlichen Vorteilen verbunden sein könnten. Und der Verband der Chemischen Industrie (VCI)



Energie

Unternehmen fürchten um Industriestrom-Privilegien

Wer den Stromverbrauch ans Wetter anpasst, könnte künftig Geld sparen. Dafür dürften aber andere Firmen milliardenschwere Subventionen verlieren.

sagt: „Wo Flexibilität möglich ist, darf sie zugleich nicht regulatorisch verhindert werden. Die bisherige Netzentgelt-systematik verhindert ungeplante Leistungsspitzen und damit Flexibilität.“

Dennoch sorgt die sich abzeichnende Veränderung bei betroffenen Unternehmen für Ängste. Der VCI-Hauptgeschäftsführer Wolfgang Große Entrup sagte dem Handelsblatt: „Die Flexibilitätpotenziale unserer Branche sind sehr begrenzt. Produktionsanlagen in der Industrie laufen nicht aus Jux und Tollerei rund um die Uhr.“

Viele Unternehmen empfinden den Strom in Deutschland im Vergleich zu anderen Ländern ohnehin schon als zu teuer. Bemühungen um einen günstigen Industriestrompreis, für den teilweise vier Cent pro Kilowattstunde im Gespräch waren, sind politisch gescheitert. Allein die Stromnetzentgelte für Industriekunden in Deutschland betragen laut Bundesnetzagentur im Jahr 2022 bei einer Abnahme von 24 Gigawattstunden pro Jahr zwischen 1,2 und 3,7 Cent pro Kilowattstunde. Dazu kommt noch der reine Strompreis.

Der Wirtschaftsrat der CDU be-

Strommasten: Wie flexibel sind die Unternehmen mit ihrem Stromverbrauch?

fürchtet, dass sich die aktuelle Subventionierung der Netzentgelte für Großverbraucher künftig zu deren Schaden ändert. Sie schreiben in ihrem Brief an Habeck, in keinem anderen Industrieland würden die Unternehmen mit fluktuierender, unplanbarer Stromversorgung konfrontiert.

Allerdings dürfte langfristig auch in den anderen Ländern kein Weg an ähnlichen Regelungen vorbeiführen. Die Bundesnetzagentur verweist in ihrem Papier auf eine Verordnung über den Elektrizitätsbinnenmarkt der Europäischen Union, laut der die Netzentgelt-systematik sogar Anreize für Flexibilität setzen muss.

Analyst Koenig sagt zudem, in den Niederlanden sei das Bandrabattsystem bereits im vergangenen Jahr abgeschafft worden, und zwar von einem Tag auf den anderen – ohne eine Ersatzregelung oder eine ausführliche Konsultation mit betroffenen Unternehmen.

Das Vorhaben der Bundesnetzagentur ist indes auf einen langen Zeitraum angelegt. Das Eckpunktepapier ist ein erster Entwurf, in dem die Unternehmen aufgerufen werden,

mitzuteilen, was sie realistisch in den kommenden fünf bis zehn Jahren leisten können. In dem Papier heißt es: „Die genaue Austarierung eines Anreizmechanismus hängt insbesondere von den technischen Möglichkeiten der Industrie ab, Mengen- und Preisentwicklungen zu prognostizieren und flexibel darauf zu reagieren.“ Um diese Möglichkeiten einschätzen zu können, bittet die Bundesnetzagentur die Unternehmen darum, ihr mitzuteilen, welche Maßnahmen erforderlich sind, damit sie flexibler Strom abnehmen können, welche Kosten mit diesen Maßnahmen verbunden sind und wie viel Zeit sie für die Umstellung brauchen.

Im Entwurf ist von „hinreichenden Übergangsfristen“ die Rede. Eines wollte die Behörde offenbar klarstellen – auch wenn das zumindest in der Wahrnehmung der Betroffenen bereits gescheitert zu sein scheint: Im Papier steht ausdrücklich, es solle „keine Überforderung der Letztverbraucher erfolgen, sondern das tatsächlich vorhandene und künftig erreichbare Flexibilitätpotenzial realisiert werden“.

Asia Techonomics

Die Schattenseiten des Service-Wunderlands

Der Film „Upstream“ wirft ein Schlaglicht auf die ausbeuterischen Verhältnisse in Chinas Lieferbranche und im Niedriglohnsektor.

Es ist eine Filmszene, die die chinesische Gesellschaft aufrüttelt: Ein Lieferant humpelt in ein Restaurant in Shanghai, er blutet. In seinen Händen hält er eine Tüte mit der Lieferung, für die der arme Mann im Straßenverkehr der Ostküstenmetropole buchstäblich sein Leben aufs Spiel gesetzt hat – Inhalt: Fleischspieße. Triumphierend übergibt er sie dem Mann, der sie bestellt hat, als sei die lapidare Lieferung aus dem Supermarkt nichts Geringeres als die olympische Flamme.

Die Szene aus dem Film „Upstream“ des Regisseurs Xu Zheng beschreibt den alltäglichen Wahnsinn im chinesischen Niedriglohnsektor. In den sozialen Medien sorgt der Film für Diskussionen, weil er einmal mehr ein Schlaglicht auf die prekäre Zustellbranche in China wirft, in der Menschen, getrieben von Algorithmen und schier unerfüllbaren Zeitplänen, um ihr finanzielles Überleben kämpfen.

”

China ist Weltmarktführer im E-Commerce, nirgendwo wird mehr bestellt, nirgendwo sausen mehr Lieferfahrer auf ihren Elektrorollern durch die Städte.

China ist Weltmarktführer im E-Commerce, nirgendwo wird mehr bestellt, nirgendwo sausen mehr Lieferfahrer auf ihren Elektrorollern durch die Städte. Laut mehreren Posts in sozialen Medien verdienen Fahrer, die zehn Stunden am Tag arbeiten und kaum einen Tag frei haben, nicht mehr als 7000 Yuan im Monat – umgerechnet 880 Euro.

Hauptfigur ist der Lieferfahrer Gao Zhilei, ein Mann mittleren Alters, der seinen Job in der Computerbranche verloren hat – und dann auch noch sein Erspartes, weil er die Arztrechnungen für seinen kranken Vater bezahlen muss. In seiner Not verdingt er sich als Fahrer bei einem der Lieferdienste, die das Straßenbild der chinesischen Großstädte prägen.

Es ist ein Heer von bunt gekleideten Lieferanten, oft schwer bepackt mit Kisten und Tüten, bei Regen und Schnee mit aufgespanntem Regenschirm auf dem E-Roller, von früh morgens bis spät abends im Einsatz. Das Unternehmen wird im Film nicht explizit genannt, aber die gelbe Kleidung und der gelbe Helm erinnern unschwer an Meituan, den Branchenführer unter den Lieferdiensten.

Wer in China lebt, kommt an Meituan und seinen Konkurrenten kaum vorbei. Chinesen kaufen immer seltener persönlich im Supermarkt ein,

sondern lassen sich Lebensmittel oder Elektronikartikel liefern. Die führenden Lieferdienste Meituan und Ele.me, hinter denen die auch in Deutschland bekannten Tech-Giganten Tencent aus Shenzhen und Alibaba aus Hangzhou stehen, beschäftigen zusammen rund zehn Millionen Lieferanten in China. Nach Angaben des nationalen Statistikkamts arbeiteten Ende 2021 mehr als 13 Millionen Fahrer in der Branche – Tendenz seitdem steigend.

Und es ist so bequem, das muss ich als jemand, der in China lebt, zugeben. Wenn mir abends um 22.30 Uhr einfällt, dass mir für das Frühstück am nächsten Morgen Kiwis fehlen, reichen ein paar Klicks in einer App – und eine halbe Stunde später klopft der Bote an die Tür und bringt die Lieferung. Das Absurde daran: Auch wer eine Batterie für seinen Rasierer bestellt, bekommt sie kurze Zeit später geliefert. Einzeln, in einer Tüte verpackt. Versandkosten: keine. China ist in dieser Hinsicht zum (fragwürdigen) Service-Wunderland geworden.

Das Service-Wunderland baut diesen Ruf auf dem Rücken seiner Zulieferer auf, die wie die fiktive Figur Gao ihre Gesundheit für den Knochenjob opfern. Der Film blickt auch über den Tellerrand der Lieferbranche hinaus: Nach Angaben des chinesischen Gewerkschaftsbundes sollen inzwischen 84 Millionen Menschen in Niedriglohnjobs arbeiten, als Kurier, Essenslieferanten oder Autozusteller. Denn auch wer ein Auto mietet, bekommt es vor die Tür gestellt – und muss nicht zur nächsten Mietstation fahren.

Und es wird noch bequemer: Wer in Shanghai auf einer Party einen Drink nehmen will, kann per App einen Fahrer bestellen. Der kommt mit einem Elektroroller, klappt das Gefährt zusammen, verstaut es im Kofferraum – und bringt das Auto samt angeheitertem Besitzer sicher nach Hause.

Die schwierige Lage auf dem chinesischen Arbeitsmarkt zwingt selbst gut ausgebildete Hochschulabsolventen dazu, zumindest übergangsweise solche Jobs anzunehmen. Viele Immobilienmakler mussten in der Krise Personal abbauen, und seit die Verkäufe und damit die Provisionen ausbleiben, suchen sich viele Mitarbeiter andere Jobs. Zuletzt ist auch die Jugendarbeitslosigkeit wieder gestiegen – 17,1 Prozent der 16- bis 24-Jährigen waren im Juli ohne Job, ein deutlicher Anstieg gegenüber dem Vormonat. Gleichzeitig haben im Sommer 2024 rund zwölf Millionen Studierende an Chinas Hochschulen ihren Abschluss gemacht und drängen auf den Arbeitsmarkt.

„Upstream“ passt also in die Zeit, auch wenn die Debatte in China nicht neu ist. Bereits 2019 machte auf Chinas reichweitenstärker sozialer Plattform Weibo der Hashtag „Sollten wir dem Lieferanten dan-



Der Autor **Martin Benninghoff** ist Korrespondent in Bangkok. Sie erreichen ihn unter: benninghoff@handelsblatt.com

ken?“ die Runde. 2020 veröffentlichte ein chinesisches Magazin eine Studie zu den Arbeitsbedingungen in der Lieferindustrie. Ihr Tenor: Die Algorithmen der Unternehmen verleiten die Fahrer dazu, Verkehrsregeln zu missachten, um die Zeiten einzuhalten. Das führt immer wieder zu Zwischenfällen, die in Chatgruppen des Messenger-Dienstes Wechat heiß diskutiert werden.

Wie kürzlich: Erst vor wenigen Tagen beschädigte ein junger Meituan-Lieferant in Hangzhou bei Shanghai versehentlich einen Zaun, als er eine Essensbestellung ausliefern wollte. Der Wachmann hielt ihn an und verlangte angeblich 200 Yuan, etwa 25

Euro. Passanten filmten, wie der Lieferant vor dem Wachmann auf die Knie ging und um Nachsicht bat, weil er das Geld nicht hatte und das Essen schnell ausliefern musste.

Das Video rief wütende Reaktionen hervor, ebenso wie der Film „Upstream“, der im Internet diskutiert wird. „Können die Belohnungen, die wir für unsere Anstrengungen erhalten, unsere Würde bewahren?“, schreibt ein sichtlich betroffener Zuschauer auf Weibo. Andere kritisieren den Film als Trostpflaster fürs Gewissen, ohne dass sich in China etwas ändern werde. „Die Reichen filmen die Armen und lassen sich von den Armen dafür bezahlen“, schreibt ein anderer.

Anzeige

Wissenschaftlicher Partner:

IB **INSTITUT FÜR BESCHÄFTIGUNG UND EMPLOYABILITY**

Handelsblatt **FAIR COMPANY**

WERDEN SIE FAIR COMPANY

Unternehmenskultur, Raum für Individualität und Entwicklung, Nachhaltigkeit, soziale Verantwortung: Ein gutes Umfeld ist entscheidend für die Talente von morgen. Zeigen Sie, was Sie als attraktiven Arbeitgeber auszeichnet und gewinnen Sie die besten Nachwuchskräfte für sich.

Jetzt Fair Company werden: faircompany.handelsblatt.com

Robotik

Jeff Bezos und Amazon steigen bei Swiss-Mile ein

Das Start-up hat einen Roboterhund weiterentwickelt. Was ist das Geheimnis der Forscher aus Zürich?

Zürich. Die Idee erscheint auf den ersten Blick simpel – und doch erregt sie in diesen Tagen das Interesse zahlungskräftiger Investoren: Das Schweizer Robotik-Start-up Swiss-Mile hat das durch den Roboterhund „Spot“ von Boston Dynamics bekannte Konzept vierbeiniger Laufroboter weiterentwickelt, indem es eine Maschine mit elektrisch angetriebenen Rollen ausgestattet hat. Marko Bjelonic, Gründer und CEO von Swiss-Mile, sagt: „Die Hypothese war: Wenn wir bei einem Laufroboter Räder integrieren, erhalten wir das Beste aus zwei Welten.“

Der rollende Robohund bewegt sich zügig auf gerader Strecke, meistert aber auch Treppen und unebenes Gelände. Er kann zudem trotz der Rollen aufstehen und mit den vorderen Beinen Türklinken herunterdrücken oder Pakete greifen. Das Konzept überzeugt prominente Investoren: Wie das Handelsblatt am Mittwoch vorab erfuhr, sammelte Swiss-Mile 22 Millionen Dollar ein. Angeführt wurde die Finanzierungsrunde von Amazon-Gründer Jeff Bezos über seine Risikokapitalfirma Bezos Expeditions sowie den chinesischen Investor Hongshan. Ebenfalls dabei ist der von Bezos gegründete Logistikkriese mit dem Amazon Innovation Fund. Als einziger europäischer Investor hat sich Armada Investment des Schweizer Tech-Unternehmers Daniel Aegerter beteiligt.

Swiss-Mile wurde im April 2023 von Bjelonic sowie Giorgio Valsecchi, Lorenz Wellhausen und Alexander Reske gegründet. Das Start-up entstand als Ausgründung im Robotic Systems Lab der ETH Zürich von Professor Marco Hutter, der ebenfalls zum Gründerteam gehört. Die Millionenfinanzierung für Swiss-Mile ist bereits der dritte große Deal innerhalb von etwas mehr als einem Jahr für eine Ausgründung der ETH Zürich im Bereich autonome Roboter. Im Mai 2023 hatte Anybotics 50 Millionen Dollar Risikokapital eingesammelt, unter anderem von Walden Catalyst und NGP Capital. Anybotics hat mit dem vierbeinigen autonomen Laufroboter „Anymal“ einen direkten Konkurrenten zu „Spot“ von Boston Dynamics auf den Markt gebracht.



Team von Swiss-Mile mit dem Roboterhund „Spot“: „Ein in der Branche herausragendes Produkt.“

Laut Bjelonic hat Swiss-Mile nun einen Grad an Autonomie für seinen rollenden Roboterhund erreicht, der ähnlich hoch ist wie bei autonom fahrenden Autos. Im Gegensatz dazu ist der Roboter jedoch nicht auf Straßen beschränkt, sondern kann auch auf Bürgersteigen und in Gebäuden navigieren. Franziska Bossart, Chefin des Amazon Industrial Innovation Fund, unterstreicht: „Das Team von Swiss-Mile entwickelt innovative, an der realen Welt orientierte Lösungen unter Verwendung von KI und Robotik und bringt sein Fachwissen in verschiedene Branchen ein.“ Caroline Fu, Partnerin vom Risikokapitalgeber Hongshan, ergänzt: „Swiss-Mile hat mit seinen hochmodernen Algorithmen und der tiefen Forschungskompetenz ein Produkt entwickelt, das in der Branche herausragend ist.“ Jakob Blume



Immobilien

Gröner Group rutscht in die nächste Krise

Ein Gericht hat ein vorläufiges Insolvenzverfahren für eine zentrale Dachgesellschaft der Immobiliengruppe eingeleitet. Dabei fehlen offenbar nur 25.000 Euro.

René Bender, Lars-Marten Nagel, Michael Verfürden Düsseldorf, Berlin

Die Krise im Immobilienreich des prominenten Bauunternehmers Christoph Gröner hat nun offiziell auch die Spitze der Firmengruppe erfasst – und das offenbar wegen einer Miniforderung. Nach Handelsblatt-Informationen wartet eine Krankenkasse offenbar auf 25.000 Euro an Beiträgen und hat deshalb das Insolvenzverfahren beantragt. Sie hatte vor wenigen Tagen schon für drei Handwerksfirmen aus Gröners Gruppe Insolvenz beantragt. Sie schulden derselben Kasse rund 200.000 Euro.

Das Amtsgericht Leipzig folgte auch dem neuen Antrag und eröffnete am Mittwoch um 11.30 Uhr das vorläufige Insolvenzverfahren gegen die Gröner Group GmbH. Das geht aus einem Eintrag in dem Internetportal hervor, in dem die Insolvenzgerichte ihre Beschlüsse veröffentlichen. Die Gröner Group mit Sitz in Leipzig ist eine von zwei zentralen Dachgesellschaften im Firmengeflecht des Unternehmers.

Ein Anwalt Gröners teilte in einer ersten Stellungnahme am Nachmittag mit, die Gröner Group GmbH sei „uneingeschränkt zahlungsfähig und imstande, solche ihr gegenüber bestehenden berechtigten Forderungen zu befriedigen“. Es sei „sicher davon auszugehen“, dass das Verfahren „binnen der nächsten Tage wieder eingestellt werden wird“. Das Management der

Gröner Group braucht nun für jede Transaktion die Genehmigung des Berliner Anwalts Philipp Hackländer aus der Kanzlei White & Case. Ihn hat das Gericht zum vorläufigen Insolvenzverwalter bestimmt.

Im Beschluss heißt es, die Schuldnerin könne ihr Vermögen „nur noch mit Zustimmung des vorläufigen Insolvenzverwalters“ verfügen. Zugleich soll der Jurist prüfen „welche Aussichten für eine Fortführung des schuldnerischen Unternehmens bestehen“. Auf Anfrage bestätigte Hackländer: „Es stimmt, es gibt einen neuen Auftrag. Ich mache mich an die Arbeit, mehr kann ich im Moment nicht sagen.“ Auf dem Schreibtisch des Juristen häufen sich die Papiere, die sich um Gröners Firmen drehen.

Erst am Montag war Hackländer für die Handwerksfirmen CG Ausbau, CG Rohbau und CG Gebäudetechnik in Leipzig bestellt worden. „CG“ steht für Christoph Gröner. Dessen Anwalt gab sich dennoch gelassen: Auf das operative Geschäft der Gröner Group GmbH und deren verbundene Unternehmen bleibe auch das neue Verfahren ohne Auswirkungen.

Mitte Juli berief das Amtsgericht in Berlin-Charlottenburg Hackländer schon zum vorläufigen Insolvenzverwalter der Gröner Verwaltungs GmbH. Allerdings soll dieses Verfahren aller Voraussicht nach zurückgenommen werden, erfuhr das Handelsblatt aus mit den Vorgängen vertrauten Kreisen. Offenbar hat sich die

Gesellschaft mit ihrer Gläubigerin verständigt.

Ob die vorläufigen Insolvenzverfahren Bestand haben, lässt sich nicht vorhersagen. Das Management der Gröner Group könnte die Beträge kurzfristig zahlen und hoffen, dass die Kasse den Insolvenzantrag zurücknimmt. Gröners Anwalt kündigte an, dass es so kommen werde. In ähnlichen Fällen können Sozialversicherungen das Gericht bitten, die Finanzsituation trotzdem durch einen vorläufigen Insolvenzverwalter verbindlich aufzuklären. Diese Option kommt infrage, wenn sich Kassen sorgen müssen, dass ihre Beiträge im nächsten Monat erneut verspätet überwiesen werden oder wenn sie von zahlreichen anderen Großgläubigern wissen.

Christoph Gröner zählt zu den bekanntesten Immobilienunternehmern Deutschlands, auch weil er in Talkshows auftrat und sich für eine TV-Dokumentation von Kamerateams begleiten und im Privatflieger filmen ließ. Ab 1995 baute er sein Unternehmen auf, machte daraus eine milliarden-schwere Gruppe. Immer wieder beschäftigte Gröner einflussreiche Expoliker. SPD-Kanzler Gerhard Schröder war in der Vergangenheit sein Berater. Heute arbeiten für Gröners Firmen der Ex-Kanzleramtschef und Ex-Bahn-Vorstand Ronald Pofalla und der frühere Ministerpräsident und EU-Kommissar Günther Oettinger.

Vor wenigen Wochen ordnete Gröner seine Geschäftsbereiche neu



Christoph Gröner, Immobilienprojekt in Karlsruhe: Seit Monaten häufen sich die Probleme des Unternehmers.

und kündigte eine „schlanke“ Struktur an. Statt der bisherigen Aktiengesellschaft an der Spitze gibt es zukünftig zwei GmbHs, die nebeneinander angeordnet sind. Die Gröner Group soll sich dabei um das Management der Darlehen kümmern, welche an die Bauprojekte ausgereicht werden. Die CDU-Politprominenz hat mittlerweile die Führungsriege dieses Unternehmensbereichs verlassen.

Zahlreiche Gläubiger warten auf Geld

Einen Jahresabschluss für 2023 hatte die Gröner Group AG – die Vorgängerin der jetzigen GmbH – nicht veröffentlicht. Im Anhang des Jahresabschlusses 2022 wies die damalige Aktiengesellschaft Schulden von fast einer halben Milliarde Euro aus. Sie bürgte zudem für über 430 Millionen Euro für verbundene Unternehmen.

Das Handelsblatt hat in den vergangenen Monaten mehrfach über Schwierigkeiten in seiner Firmengruppe berichtet. Zahlreiche Gläubiger warteten auf Geld. Gröner zoffte sich deshalb mit dem Finanzamt, Handwerkern, Beratern und anderen Gläubigern wie etwa den Stadtwerken Leipzig. Mehrfach eskalierte die Situation, Tochterfirmen waren sogar mit Insolvenzanträgen konfrontiert.

Dabei hatte Gröner sich noch im April im Gespräch mit dem Handelsblatt gelassen gegeben und signalisiert, er habe alles im Griff. Er habe bereits mehrere Porsche aus seiner Sammlung und Villen in Südfrankreich verkauft, um sein Firmenreich zu unterstützen, sagte Gröner. Er kündigte damals an, dass er so viel Geld in sein Unternehmen investieren werde, „bis wir durch sind“. Mitte August bekräftigte er diese Aussage im Podcast „Handelsblatt Crime“. Auf die Frage, wie viel Geld er wohl noch investieren müsse, antwortete Gröner: „Ich glaube, dass wir – das hört sich vielleicht arrogant an – mit wenigen zehn Millionen, also zehn, 15, 20 Millionen Zuschüssen das Unternehmen so weit wieder voranbringen können, dass es selbstständig funktioniert.“

Getty Images Entertainment/Getty Images, Groener Group

Staffbase

Landtagswahl in Sachsen

Dieser Start-up-Unternehmer setzt sich für faire Wahlen ein

Der Chef des Chemnitzer Einhorn Staffbase wirbt mit „Fairplay Sachsen“ für Fairness im Wahlkampf. Viele Firmen haben sich angeschlossen.

Nadine Schimrozik Berlin

Martin Böhlinger ergeht es wie vielen anderen Unternehmern im Osten Deutschlands. Er ist Chef und Mitgründer der Softwarefirma Staffbase, deren Mitarbeiter allein am Hauptstandort Chemnitz aus mehr als zwei Dutzend Nationen kommen. Er ist auf diese internationale Besetzung angewiesen, weil er nicht alle Fachkräfte in Chemnitz findet.

„Wir werden immer wieder laut einfordern, dass wir eine vorwärtsgewandte Einwanderungspolitik benötigen, ein freies Europa und Toleranz“, sagte Böhlinger. Die politischen Forderungen der AfD halte er für rückwärtsgewandt und gefährlich.

Trotzdem will und kann sich Böhlinger nicht von den Chemnitzern abwenden. Böhlinger ist in der drittgrößten Stadt Sachsens aufgewachsen und hat hier mit Staffbase das bisher einzige mit mehr als einer Milliarde Dollar bewertete Start-up der Region aufgebaut. Und in Chemnitz wählen eben immer mehr Einwohner die AfD.

Bei der Europawahl im Juni wurde die Partei mit mehr als 28 Prozent stärkste Kraft, weit vor der CDU. Für die Landtagswahlen am Sonntag wird sogar mit einem noch höheren Ergebnis gerechnet.

Böhlinger hat am meisten Sorge, dass die Sachsen nicht mehr miteinander sprechen, dass die unterschiedlichen politischen Einstellungen die Einwohner noch weiter voneinander entfremden. Deswegen will er den respektvollen Dialog wiederbeleben und hat dafür bereits vor der Europawahl die Initiative „Fairplay Sachsen“ gegründet. „Unternehmen können Leute erreichen, die andere vielleicht nicht mehr erreichen“, erklärte Böhlinger.

Inzwischen haben sich mehr als 70 Firmen, Organisationen und Sportverbände der Initiative angeschlossen. Darunter sind viele Mittelständler, andere

Start-ups wie Sunfire, Wandelbots und Packwise aus Dresden, aber auch vor Ort angesiedelte Großkonzerne wie Thyssen-Krupp und T-Systems. Die Packwise-Chefin Gesche Weger begründete ihr Engagement bei „Fairplay Sachsen“ so: „Jedes sachliche und konstruktive Gespräch zu gesellschaftspolitischen Themen trägt dazu bei, dem Populismus Raum zu nehmen.“

Die Initiative „Fairplay Sachsen“ setzt sich für einen respektvollen und gewaltfreien Umgang miteinander sowie offene Diskussionen ein. Zugleich ruft sie dazu auf, wählen zu gehen. Ganz konkret wirbt sie nun in einer „Endspurt“-Mail bei Unternehmern dafür, für flexible Arbeitszeiten am

”

Wir werden immer wieder laut einfordern, dass wir eine vorwärtsgewandte Einwanderungspolitik benötigen, ein freies Europa und Toleranz.

Martin Böhlinger
Staffbase

Wahltag zu sorgen oder Fahrgemeinschaften zu Wahllokalen anzubieten. Gerade im ländlichen Raum sind die Wege zur nächsten Urne manchmal weit. Deswegen rät die Initiative auch zu Anreizen – etwa ein halber Tag Urlaub oder ein gemeinsames Frühstück für Mitarbeitende, die nachweislich wählen waren.

Damit ist „Fairplay Sachsen“ nicht allein. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat bereits im Februar die Wirtschaft dazu aufgerufen, sich am Schutz der Demokratie zu beteiligen. Böhlinger selbst konnte seine Ideen

und seine Initiative bei einem Abendessen im Schloss Bellevue dem Bundespräsidenten vorstellen. Böhlinger ist überzeugt, dass die größte Gefahr vom fehlenden Dialog ausgeht: „Wir können uns gar nicht mehr intellektuell mit den Ideen der anderen Seite auseinandersetzen.“ Das Sorge für eine Radikalisierung und das Gefühl, nicht verstanden zu werden.

AfD warnt vor „De-facto-Gesprächsverboten“

Er ist sich jedenfalls sicher: „Diese Dynamik schätze ich für gefährlicher ein als die inhaltlichen Positionen der AfD.“ Diese sei vor allem im Osten lokal seit Jahren fest etabliert: „Im Vergleich zu den Freien Sachsen sind sie hier ein Stabilitätsanker, der Kommunalpolitik macht. Die extreme Anfeindung sorgt dafür, dass viele Menschen inzwischen an eine Verschwörung glauben und der Meinung sind, dass sie nicht gehört werden.“

Da stimmt ihm der wirtschaftspolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, Leif-Erik Holm, zu: „Wir sind immer Gesprächsbereit und für jede Diskussion offen.“ Es dürften keine „De-facto-Gesprächsverbote“ erteilt und Meinungen ausgegrenzt werden. Zugleich widersprach Holm der Annahme, die AfD habe etwas gegen ausländische Fachkräfte. Allerdings erklärte er auch: „Wir müssen vor allem dafür sorgen, dass nicht immer mehr gut ausgebildete, heimische Fachkräfte ins Ausland ziehen.“

Schon jetzt beschäftigen die Jungfirmen in Ostdeutschland allerdings weniger ausländische Mitarbeiter als im Rest Deutschlands. Der Anteil liegt aktuell bei 13,4 Prozent, aus dem nicht europäischen Ausland kommen sogar nur sieben Prozent, wie aus einer bereits im Januar veröffentlichten exklusiven Auswertung des Start-up-Verbands für das Handelsblatt hervorgeht. Deutschlandweit sind es 28 Prozent beziehungsweise 15 Prozent.



Martin Böhlinger: „Unternehmen können Leute erreichen, die andere vielleicht nicht mehr erreichen.“

Anja Müller Düsseldorf

Familienunternehmen

Werhahn: Neue Köpfe, ungelöste Probleme

Der Familienkonzern baut seine Führung um. Aktuelle Zahlen zeigen, dass womöglich bald auch die Strategie infrage steht.

Erst im Januar 2025 ist das neue Führungsteam beim traditionsreichen Familienkonzern Werhahn komplett. Doch Zeit, um auf die neue Frau im Werhahn-Vorstand zu warten, haben die drei bereits amtierenden Vorstände nicht zu verlieren, entwickeln sich die betriebswirtschaftlichen Zahlen doch in eine Richtung, die die Gesellschafter kaum erfreuen dürfte.

Werhahn legte am Mittwoch Geschäftszahlen vor. Und die offenbaren, dass die aktuellen Herausforderungen auch mit einem breiten Firmenportfolio nur schwerlich zu meistern sein dürften. Der Umsatz ist zwar um fünf Prozent auf 4,5 Milliarden Euro gestiegen, allerdings wie bereits im vergangenen Jahr vor allem preis- und inflationsgetrieben. Der operative Gewinn hingegen reduzierte sich um mehr als 60 Prozent von 156 auf 59 Millionen Euro. Unter dem Strich nach Steuern sind es 26 Millionen Euro.

Erst vor drei Wochen hatte Werhahn für das kommende Jahr eine neue Chefin für die Konsumgütersparte präsentiert: Die aktuelle Bogner-Chefin Gerrit Schneider wechselt spätestens im Januar 2025 nach Neuss und zieht zugleich in den Werhahn-Vorstand ein. Damit ist nach sechs Jahren erstmals wieder eine Frau dabei.

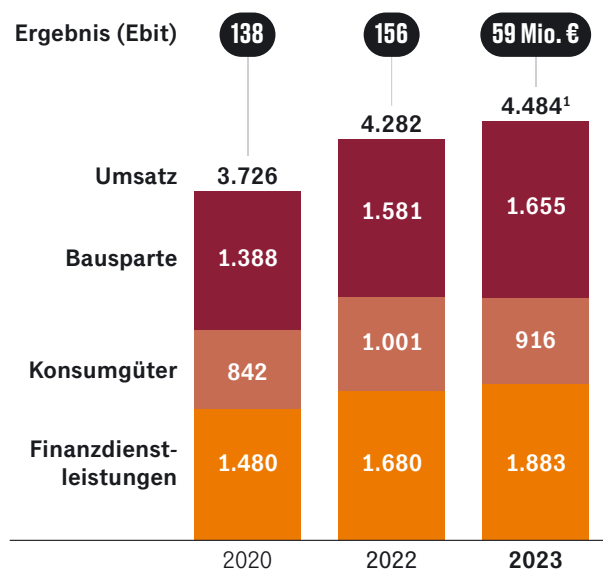
Werhahn hatte zuletzt mit mehreren Personalien auf sich aufmerksam gemacht: Im Herbst hatten erst Vorstandssprecher Paolo Dell'Antonio und dann Konsumgüterchef Erich Schiffers das Unternehmen verlassen. Neu verpflichtet wurden bereits Andreas König als Finanzchef und Stephan Kranz als Spartenchef Natursteine. Die neu bestellten Vorstandsmit-



Werhahn-Beteiligung
Zwilling: Der Umsatz des Geschäftsbereichs Konsumgüter schrumpfte deutlich.

Unternehmensgruppe Werhahn

Kennzahlen in Mio. Euro



HANDELSBLATT 1) Einschl. Sonstigem und Konsolidierung • Quelle: Unternehmen

glieder haben nun noch mehr Aufgaben als ihre Vorgänger: Sie führen über ihr Vorstandsamt hinaus alle ihre jeweiligen Sparten und werden zudem wechselseitig auch in den Aufsichtsräten sitzen. Ihre Aufgabe umschreibt Alexander Boldyreff, die Konstante im Vorstand und für Finanzdienstleistungen zuständig, so: Sie sollen für Wachstum, Resilienz und Nachhaltigkeit in herausfordernden Zeiten sorgen.

„Die Welt hat sich geändert, die Planbarkeit ist geringer“, ergänzt Finanzvorstand König. Es sei daher konsequent, eine schnellere Entscheidungsstruktur zu installieren: „Jetzt

sind superschnelle Entscheidungen gefordert.“ Der 1841 gegründete Familienkonzern, der seit Jahrzehnten als das Vorzeigeunternehmen für den in Familienunternehmerkreisen gern zitierten Spruch steht, dass man nicht alle Eier in einen Korb legen solle, hält weiter an der Strategie der Diversifikation mit drei Geschäftsbereichen fest.

Die Bausparte um die Basalt AG: Sie ist mit ihren zahlreichen Steinbrüchen und dem Schieferabbau vor allem an Infrastrukturprojekten beteiligt. Die Sparte wird von Kranz geführt und wuchs laut Geschäftsbericht vor allem in Polen und Tschechien, während hierzulande die großen Infrastrukturprojekte fehlten. Der Umsatz stieg auf rund 1,6 Milliarden Euro um fünf Prozent, das Spatergebnis dank eines strengen Kostenmanagements deutlich. Werhahn hält zudem nach wie vor am Geschäft in Russland fest.

Es trägt weniger als zwei Prozent zum Gesamtumsatz bei, mit sinkender Tendenz. Das dortige lokale Geschäft laufe eigenständig mit einem lokalen Management, das vom Konzern unabhängig agiere. Es flössen weder Geld noch Rohstoffe oder Waren nach Russland oder aus Russland heraus. Erst im Frühjahr hatte sich der GipsHersteller Knauf aus Russland zurückgezogen.

Die Konsumgütersparte ist für die Marke Zwilling sowie Kochgeschirr, Küchengeräte und Grills bekannt. Sie bietet aber auch im Beautybereich Scheren und Nagelpflege an. Der größere Teil – Zwilling Küche – verlor nach dem Coronaboom vor allem im Ausland deutlich. Das Problem: Man hatte viele Jahre erfolgreich auf chinesische Kunden daheim und unterwegs gesetzt, doch auch im zweiten Jahr in



Gerrit Schneider: Die Bogner-Chefin zieht 2025 in den Werhahn-Vorstand ein.

Folge springt das Geschäft nicht so recht an. Seit vergangem Jahr wurde bereits das Sortiment gestrafft und Lagerbestände wurden abgebaut. Ab 2025 ist Schneider dafür zuständig.

Finanzdienstleistungen, die Sparte, in der Werhahn schwerpunktmäßig im Bereich Kfz-Finanzierungen mit der Bank11 sowie im Leasing mit Abfinance tätig ist. Die Finanzdienstleistungssparte wird von Alexander Boldyreff geführt und konnte neue Kunden gewinnen. Im Vergleich zum Vorjahr wuchs das Geschäft vor allem bei der Bank11 deutlich.

Dividendenversprechen wird gehalten

Befragt nach den Plänen für die Zukunft des Familienkonzerns erklärt Vorstand Boldyreff: „Der aktuelle Fokus liegt darauf, die Resilienz der Geschäftsbereiche zu steigern. In den Bereichen, in denen wir tätig sind, wollen wir eine führende Rolle spielen.“ Und er fügt hinzu, dass der Generationsgedanke das Handeln des Vorstandsteam

prägen. Eine eigene Vision für Werhahn gebe es dagegen nicht, dies sei „kein Thema der Holding, sondern der Geschäftsbereiche“, sagt Boldyreff.

Inzwischen sind fast rund 500 Gesellschafter dividendenberechtigt. Finanzvorstand König betont: Eine Dividende werde es auch für das abgelaufene Jahr 2023 geben, allerdings ohne auf die Summe einzugehen. Laut Geschäftsbericht ist die jährliche Gesamtdividende in den vergangenen beiden Jahren von 41 auf 30 Millionen Euro geschrumpft.

Familienunternehmensforscher Tom Rüsen, Direktor der Wifu-Stiftung, sieht in diversifizierten Unternehmen einen Vorteil, weil man sich auch trennen könne, wenn ein Unternehmen nicht mehr ins Portfolio passe oder die Zahlen nicht stimmten. Manchmal falle es Unternehmerfamilien aber auch schwer, sich zu trennen. Der Forscher warnt aber davor, Diversifikation als Allheilmittel zu sehen. Familienunternehmen müssten genau austarieren, in welchen Branchen sie investierten, und „ein straffes Beteiligungsmanagement“ durchsetzen. Werhahn hatte sich zuletzt an weiterer Diversifizierung versucht und 2021 das Unternehmen Fiberlean Technologies (FLT) übernommen, das im britischen Cornwall ansässig ist. Werhahn-Vorstandssprecher Dell'Antonio sah damals in der Übernahme einen Schritt, den Fokus auf Nachhaltigkeit zu legen.

Das Geschäftsmodell von FLT ist keineswegs trivial. Einfach ausgedrückt geht es darum, mithilfe von aufbereiteter Cellulose aus Pflanzen zum Beispiel Verpackungen oder Baustoffe stabiler zu machen und damit ressourcenschonender einzusetzen. Es sollte für den Familienkonzern der Einstieg in die Kreislaufwirtschaft sein. Doch die potenziellen Kunden aus der Papierindustrie blieben aus, erklärt Finanzvorstand König. Nun werde das „Engagement nicht fortgesetzt.“

Unternehmenskenner glauben, dass die Technologie von FLT zukunftsfähig ist, doch Werhahn habe nicht genug Managementkapazität auf das Unternehmen verwendet. Solche Zukäufe mit Produktionsstandorten in Frankreich, den USA und Indien müsse man nah begleiten. FLT wurde von der Zentrale in Neuss aus geführt.

Bei FLT sei man nicht mehr der beste Eigentümer für das Unternehmen, sagt Werhahn-Finanzvorstand König. Die Zielkundschaft in der Papierindustrie sei auf das Angebot nicht ausreichend schnell eingestiegen. Was mit dem Unternehmen nun passiert, mögen die Vorstände von Werhahn nicht sagen. Klar ist aber: Allein 2023 verschlang FLT laut Geschäftsbericht 38 Millionen Euro. Der Auslandsanteil am Gesamtumsatz wird daher womöglich noch weiter sinken. Aufgrund des stark rückläufigen Konsumgütergeschäfts rund um Zwilling in China und den USA lag er 2023 nur noch bei 32 Prozent und damit drei Prozentpunkte niedriger als im Jahr zuvor. Zum Vergleich: Der fast ebenso große Familienkonzern Haniel hat eine Zwei-Säulen-Strategie entwickelt. Das Unternehmen mit 750 Gesellschaftern setzt künftig nicht nur auf das Portfolio an Tochterunternehmen und Mehrheitsbeteiligungen, die bei Haniel ähnlich wie bei Werhahn vorwiegend in Deutschland und Europa liegen, sondern künftig auf Investments im weiter entfernten Ausland. Die Idee: noch mehr geografische und technologische Diversifikation, aber nun als Investor und nicht als Unternehmer.



Oliver Behrens: Ein „Macher, der keine großen Reden schwingt“.

Morgan Stanley

Oliver Behrens

Ex-Morgan-Stanley-Manager wird neuer Chef bei Flatexdegiro

Oliver Behrens übernimmt den Chefposten beim Frankfurter SDax-Unternehmen. Er folgt damit auf Frank Niehage, der nach einem Streit mit Flatex-Großaktionär Förtsch zurücktrat.

Dennis Schwarz, Hannah Krolle, Anke Rezmer Frankfurt

Flatexdegiro hat einen neuen Vorstandsvorsitzenden. Oliver Behrens wird zum 1. Oktober den Chefposten beim Frankfurter S-Dax-Unternehmen übernehmen, wie der Onlinebroker am Mittwochmorgen mitteilte. Er erhält einen Vertrag über drei Jahre. „Mit Oliver Behrens ist es uns gelungen, ein echtes Schwergewicht der europäischen Finanzindustrie für diese Führungsrolle bei Flatexdegiro zu gewinnen“, wird Aufsichtsratschef Martin Korbmacher in der Mitteilung zitiert. Es spreche für das große Potenzial des Unternehmens, dass es Behrens anwerben konnte. Die Aktie legte nach Bekanntwerden der Personalie bis zum Vormittag fast drei Prozent zu.

Behrens war von 2015 bis Juni dieses Jahres Deutschlandchef der US-Großbank Morgan Stanley. Zuvor war er neun Jahre lang stellvertretender Chef der Dekabank. Dort wurde er nach dem Abgang von Ex-Chef Franz Waas im Jahr 2012 kurzzeitig Interims-Chef.

Von 1992 bis 2005 arbeitete Behrens für den Vermögensverwalter DWS, zuletzt als Sprecher der Geschäftsleitung. Als Nachfolger von Karl von Rohr wurde Behrens im Juni auf der Hauptversammlung mit großer Mehrheit der Aktionäre zum Aufsichtsratsvorsitzenden der DWS gewählt. Weggefährten bezeichnen Behrens als gut vernetzt, pragmatisch und zurückhaltend, als einen „Macher, der keine großen Reden schwingt“.

Die DWS erkennt keine Einschränkungen seiner Tätigkeit als Aufsichtsratschef durch den Jobwechsel. „Die Entscheidung hat keine Auswirkungen auf die DWS“, sagte ein Sprecher dem Handelsblatt. Behrens sei aufgrund seiner Qualifikation und

Erfahrung zum Aufsichtsratsvorsitzenden der DWS gewählt worden. Daran habe sich nichts geändert. Er werde seine Verpflichtungen wie zugesagt erfüllen. „Sein Commitment zur DWS ist unverändert.“

Das europäische Online-Brokerage-Geschäft berge enormes Potenzial für Wachstum und Wertsteigerung, wird Behrens in der Mitteilung zitiert. Er freue sich darauf, das Unternehmen in die nächste Phase seiner Entwicklung zu führen und als treibende Kraft auf dem europäischen Online-Brokerage-Markt zu etablieren.

”

Mit Oliver Behrens ist es uns gelungen, ein echtes Schwergewicht der europäischen Finanzindustrie für diese Führungsrolle bei Flatexdegiro zu gewinnen.

Martin Korbmacher
Flatexdegiro-Aufsichtsratschef

Bei Flatexdegiro tritt er die Nachfolge von Frank Niehage an. Dieser war nach einem öffentlichen Streit mit dem größten Einzelaktionär Bernd Förtsch, der mittlerweile in den Aufsichtsrat eingezogen ist, Ende April von seinem Amt zurückgetreten. Förtsch, der knapp 20 Prozent aller Aktien hält, hatte zuvor die „operative, strategische und auch aufsichtsrats-technische“ Entwicklung des Unternehmens bemängelt. Zu seinen Kritikpunkten zählen die schwache Entwicklung des Börsenkurses in den vergangenen Jahren sowie der Mangel an Initiativen, um das Kerngeschäft

des Brokers voranzubringen. Nachdem sich Niehage erst gegen die Kritik gewehrt hatte, trat er Ende April zurück.

Seitdem leiten der bisherige Finanzvorstand Benon Janos sowie Technologievorstand Stephan Simang als Co-CEOs interimistisch das Unternehmen. Beide werden künftig wieder in ihre bisherigen Positionen zurückkehren, wobei Janos zusätzlich stellvertretender CEO wird. Die Verträge von beiden wurden zudem bis 2029 verlängert.

Zahlentechnisch lief es für Flatexdegiro zuletzt gut. Der Nettogewinn stieg im ersten Halbjahr auf 61 Millionen Euro, nach 20 Millionen im Vorjahreszeitraum. Der Umsatz stieg um 28 Prozent auf 242 Millionen Euro. Für dieses Jahr erwartet das Unternehmen einen neuen Rekordgewinn. Allerdings herrscht weiterhin eine angespannte Atmosphäre im Aufsichtsrat. So hatte Flatex-Gründer und -Anteilseigner Förtsch auf dem Aktionärstreffen Anfang Juni einen Antrag auf die Abwahl Korbmachers gestellt – und war damit knapp gescheitert.

An seiner Kritik hielt Förtsch aber auch nach der Abstimmung fest: „Ich hatte erwartet, dass Herr Korbmacher zumindest das Amt des Vorsitzenden niederlegt“, sagte er Ende Juni im Gespräch mit dem Handelsblatt. Der Aufsichtsratsvorsitzende repräsentiere das Unternehmen, führe Investorengespräche. „Das gestaltet sich bei Herrn Korbmacher künftig schwierig, er hat durch das Ergebnis keinen Rückhalt mehr“, so der Investor. Anfang August hatte Förtsch beim Landgericht Frankfurt eine Feststellungs- und Anfechtungsklage gegen den Beschluss der Hauptversammlung eingereicht, mit dem der Antrag zur Abberufung Korbmachers abgelehnt worden war. Das Verfahren läuft derzeit noch. In diesem Umfeld startet nun auch der neue CEO Behrens.

Niels Christiansen

Lego hängt die Konkurrenz ab

Die Flaute beim weltgrößten Spielwarenhersteller ist vorbei. Lego erobert Marktanteile – und lässt Hasbro und Mattel hinter sich.

München. Stein auf Stein: Das Prinzip von Lego ist seit mehr als 70 Jahren unverändert. Trotzdem oder vielleicht gerade deshalb geht es dem dänischen Familienunternehmen sehr viel besser als der Konkurrenz. In den ersten sechs Monaten des Jahres ist der Umsatz des Spielwarenherstellers um 13 Prozent auf umgerechnet 4,15 Milliarden Euro in die Höhe geschneit. Der Gewinn stieg sogar um 16 Prozent auf 800 Millionen Euro, wie Lego am Mittwoch mitteilte.

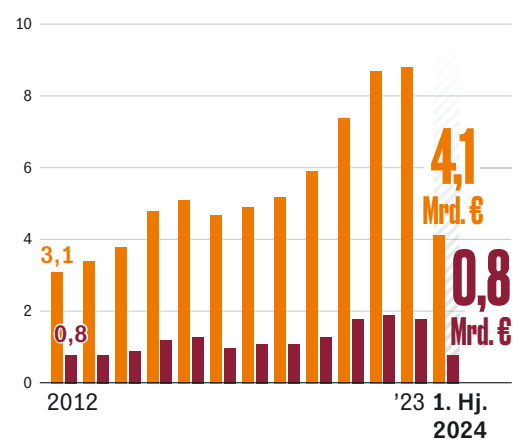
Lego-Chef Niels Christiansen: „Wir haben unser solides finanzielles Fundament genutzt, um die Ausgaben für strategische Initiativen weiter zu erhöhen.“ Lego sei nicht nur zweistellig gewachsen. Vielmehr habe der Konzern auch den Anteil an nachhaltigen Materialien in den Produkten deutlich gesteigert. Lego hat die Flaute des vergangenen Jahres damit überwunden. 2023 waren die Erlöse lediglich um zwei Prozent gestiegen. Doch auch damit standen die Skandinavier gut da, denn der weltweite Spielwarenmarkt ist um sieben Prozent eingebrochen. Christiansen erklärt den Erfolg so: „Unser Portfolio ist nach wie vor für alle Altersgruppen und Interessen relevant, und dies führt zu einer erheblichen Nachfrage in allen Märkten.“

Spielwarenhändler sehen das genauso. Das einfache Prinzip, Bauklötze aufeinanderzusteapeln, komme nach wie vor gut an, sagt etwa Tobias Schonebeck, geschäftsführender Gesellschafter des Spielwarenhändlers Schäffer aus Osnabrück: „Die Kernidee ist genauso aktuell wie eh und je.“ Lego steht damit deutlich besser da als die großen Rivalen. So ist der Umsatz von Hasbro im ersten Halbjahr um fast ein Fünftel auf rund 1,8 Milliarden Dollar eingebrochen. Zu Hasbro gehören Marken wie Monopoly, Nerf und Furby. Immerhin: Im selben Zeitraum des Vorjahrs hatte der Konzern noch tiefrote Zahlen ausgewiesen. Jetzt verbuchten die Amerikaner einen Gewinn von knapp 200 Millionen Dollar.

Bei Barbie-Produzent Mattel sind die Erlöse um ein Prozent auf etwa 1,9 Milliarden Dollar gesunken. Einen Verlust wie im Vorjahr konnte die US-Firma knapp vermeiden: Der Gewinn betrug rund 29 Millionen Dollar – ein Bruchteil des Profits von Lego. Lego hat eigenen Angaben zufolge allein im ersten Halbjahr 300 neue Sets mit den bunten Klötzchen in die Läden gebracht. Zu den Bestsellern gehörte demnach die Serie „Icons“ mit anspruchsvollen Modellen etwa klassischer Fahrzeuge. Im Gegensatz zu den Wettbewerbern investiert Lego massiv in eigene Läden. So habe der Konzern dieses Jahr bereits 41 neue Geschäfte eröffnet. Insgesamt betreibt die Firma 1090 Stores. Joachim Hofer

Lego wächst seit Jahren kräftig

■ Umsatz ■ Gewinn in Mrd. Euro



HANDELSBLATT

Quellen: Statista, Unternehmen

Geldanlage

Bei diesen vier Aktien steigen Kurse und Dividenden auf Dauer

Beständig höhere Ausschüttungen und Kurse: Das schaffen nur wenige Aktien. Zwei davon legten in zehn Jahren um über 1000 Prozent zu.

Ulf Sommer Düsseldorf

Ein knappes Dutzend der mehr als 600 deutschen börsennotierten Unternehmen schafft es, seit mindestens einem Jahrzehnt seine Dividenden jedes Jahr zu erhöhen. Doch bei etlichen dieser Unternehmen stehen Kursverluste den stetig steigenden Dividenden gegenüber.

Bei vier Unternehmen ist das anders, zeigt eine Handelsblatt-Analyse. Drei von ihnen überzeugen mit stetig steigenden Dividenden in mindestens zehn aufeinander folgenden Jahren – bei starken Kursgewinnen. Bei einer weiteren stark steigenden Aktie steht im Frühjahr die zehnte Dividendener-

höhung an. Das Handelsblatt porträtiert diese vier mit Blick auf die künftigen Dividenden, die Ertragsentwicklung und ihre Bewertung an der Börse. In dieser letzteren Kategorie eint alle vier Titel ein Problem, das Aktionäre langfristig im Blick behalten sollten.

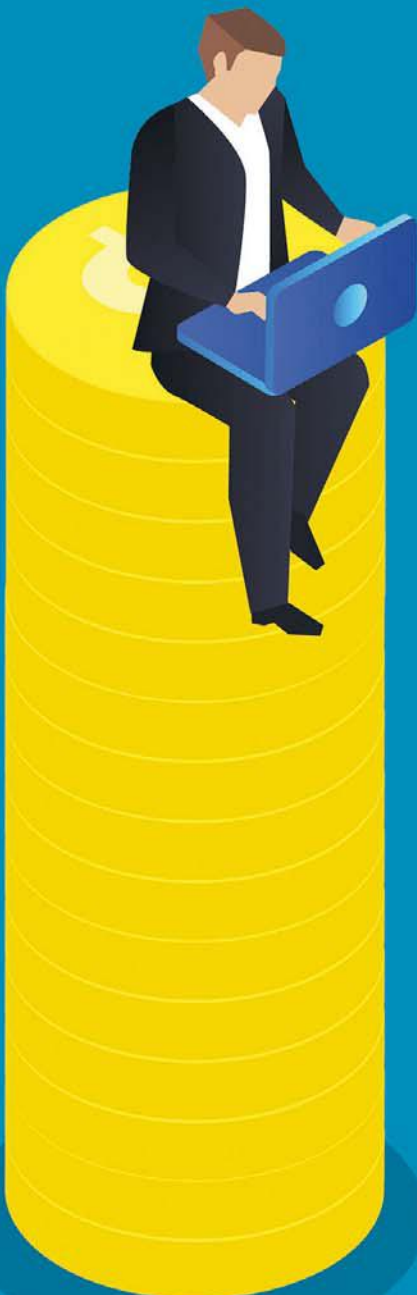
Dass steigende Dividenden kein Alleinstellungsmerkmal für die Qualität von Aktien sind, zeigen die Beispiele drei deutscher Konzerne: die beiden Dax-Werte Symrise und Brenntag sowie das MDax-Mitglied Bechtle. Allesamt kommen sie auf 14 Dividendenerhöhungen in Serie.

Allerdings liegt der Aktienkurs des Aromenspezialisten Symrise auf Sicht von drei Jahren sechs Prozent im Minus. Beim Chemikalienhändler Brenntag und IT-Dienstleister Bechtle überstiegen in den vergangenen Jahren die prozentual zweistelligen Kursverluste die Erträge aus den Dividenden deutlich.

Selbst der familiengeführte Schmierstoffspezialist Fuchs, mit 22 Erhöhungen in Folge Deutschlands Dividendenkönig, bescherte seinen Aktionären in den vergangenen drei Jahren einen Kursverlust von zehn Prozent.

Besser sieht es bei zwei Dax-Werten, einem MDax- sowie einem SDax-Mitglied aus. Alle vier Aktien überzeugen mittel- und langfristig mit prozentual mindestens zweistelligen Kursgewinnen: auf Sicht der vergangenen zwölf Monate sowie mit Blick auf drei, fünf und zehn Jahre.

Bemerkenswert: Zwei Aktien haben ihren Kurswert in den letzten zehn Jahren mehr als verzehnfacht, bei einer Aktie erhöhte sich zudem die Dividende Jahr für Jahr im Schnitt um 25 Prozent.



Dividende in Euro pro Aktie

Geschäftsjahr 2023	2,20 €
Geschäftsjahr 2024 Prognose	2,24 €

Dividenden-Rendite in Prozent

1,1%

Nettoergebnis in Mio. Euro

2023	6.139
2024 Prognose	3.235

Kursveränderung in Prozent

1 Jahr	3 Jahre	5 Jahre	10 Jahre
+53 %	+55 %	+80 %	+226 %

KGV

Aktuell **85,6** Forward **34,3**

KGV-Durchschnitt

10 Jahre	20,8
20 Jahre	19,5

Analystenempfehlungen

✓ 21 Kaufen − 7 Halten ✗ 3 Verkaufen

HANDELSBLATT

Quelle: Bloomberg

SAP-Aktie: 14 Erhöhungen und über 200 Prozent Kurszuwachs

Mit 14 Dividendenerhöhungen in Folge ist Europas größter Softwarekonzern die erfolgreichste Aktie in Deutschland, wenn es um die Kombination aus langjähriger Dividenden- und Kurssteigerung geht.

Pro Jahr stieg die Ausschüttung im Schnitt um gut elf Prozent. Hinzu kommen die Kursgewinne: jeweils mehr als 50 Prozent auf Sicht der letzten zwölf Monate, drei und fünf Jahre. In den letzten zehn Jahren hat sich der Aktienkurs mit einem Zugewinn von 226 Prozent mehr als verdreifacht.

Die Ausschüttungssumme in Höhe von 2,6 Milliarden Euro vergleicht sich mit einem Nettogewinn von 6,1 Milliarden Euro im abgelaufenen Geschäftsjahr. Daraus errechnet sich eine moderate Ausschüttungsquote von 42 Prozent. Das lässt genügend Puffer, um auch in schwächeren Jahren die Dividende zu erhöhen oder mindestens halten zu können.

Dies ist mit Blick auf das laufende Geschäftsjahr wichtig, denn SAP will weltweit 7000 Stellen abbauen, um gleichzeitig neue Arbeitsplätze mit anderen Qualifikationen im gleichen Umfang zu schaffen. Das kostet Geld. Entsprechende Rückstellungen in Höhe von 2,2 Milliarden Euro hat SAP im ersten Quartal verbucht. Sie werden das Gesamtjahresergebnis belasten.

Analysten rechnen deshalb für das laufende Jahr mit einem auf rund 3,3 Milliarden Euro sinkenden Nettogewinn. Angesichts des unverändert starken operativen Tagesgeschäfts steht ei-

ner 15. Dividendenerhöhung jedoch nichts im Wege. Analysten, die SAP regelmäßig analysieren, prognostizieren im Schnitt 2,24 Euro je Aktie. Das wären vier Cent mehr als in diesem Jahr.

Sorgen, dass SAP als größtes europäisches Softwareunternehmen den Anschluss an die rasante Entwicklung des Megatrends Künstliche Intelligenz (KI) verliert, haben sich verflüchtigt. Ziel ist es, KI-Grundlagentechnologien nicht selbst zu entwickeln.

Stattdessen integriert SAP bereits entwickelte KI-Lösungen von Unternehmen wie Microsoft, Google, Amazon, IBM oder der deutschen Aleph Alpha in eigene Anwendungen. Auf diese Weise können über 400.000 Firmenkunden die jeweils besten Technologien im Rechnungswesen oder im Controlling nutzen. Vorteil ist, dass SAP sich nicht darauf festlegen muss, welche KI-Techniken sich durchsetzen werden. Das ist ein Risiko: Mit einem Kurs-Gewinn-Verhältnis (KGV) von 34,3 auf Basis der in den nächsten vier Quartalen erwarteten Gewinne ist die Aktie branchenüblich hoch bewertet. Das KGV besagt, wie viele Jahre Unternehmen brauchen, um den aktuellen Börsenwert ihrer Aktien netto zu verdienen. Gegenüber ihrem eigenen 20-Jahres-Durchschnitt ist die Aktie um 75 Prozent höher bewertet. Weil Aktien gewöhnlich langfristig zu ihrer Durchschnittsbewertung zurückkehren, erwachsen daraus vor allem in schwächeren Marktphasen Kursrisiken.

Nemetschek-Aktie: Elf Erhöhungen und über 1000 Prozent Kurszuwachs

Der Spezialist für Software am Bau hat seine Dividende im Mai zum elften Mal in Folge angehoben. Auf jedes Jahr gerechnet ergibt sich im Schnitt eine Steigerung um rund 15 Prozent. Seit 2014 ist der Aktienkurs um über 1200 Prozent gestiegen: aus 6,50 Euro wurden 90 Euro. Auf Sicht der letzten zwölf Monate, drei und fünf Jahre ist die Aktie jeweils prozentual zweistellig gestiegen.

Mit 48 Cent je Aktie und 55 Millionen Euro hat Nemetschek im Mai ein Drittel seines 2023 erzielten Nettogewinns ausgeschüttet. Das ist moderat und lässt Spielraum für mindestens stabile Dividenden auch in schwierigeren Zeiten. Diese sind aber nicht absehbar.

Trotz der Flaute am Bau konnte der Konzern 2023 seinen Reingewinn mit 161 Millionen Euro nahezu stabil halten. Im laufenden Jahr rechnen Analysten durchschnittlich mit 178 Millionen Euro.

Das mit einem Börsenwert von 10,5 Milliarden Euro nach SAP zweitgrößte deutsche Softwareunterneh-

men hat sich auf Lösungen für Bau- und Infrastrukturprojekte spezialisiert. Kunden sind Ingenieure, Architekten, Projektentwickler und Baufirmen.

Das Potenzial ist groß: Nur rund zehn Prozent der Baufirmen nutzen bislang digitale Lösungen. Um seine Präsenz in der weltweit größten Volkswirtschaft zu stärken, hat Nemetschek für gut 700 Millionen Euro den amerikanischen Mitbewerber Gocanvas übernommen.

Das ist ein Risiko: Der stark gestiegene Aktienkurs spiegelt die herausragende Stellung und das Potenzial wider. Mit einem KGV von 59 auf Basis der in den letzten vier Quartalen erzielten Nettogewinne ist der Titel hoch bewertet. Die Bewertung sinkt auf den immer noch hohen Wert von 46,6, wenn die für die nächsten vier Quartale prognostizierten Gewinne als Basis genommen werden. Im Durchschnitt der vergangenen 20 Jahre war die Aktie deutlich niedriger mit einem KGV von 29 bewertet.

Dividende in Euro pro Aktie

Geschäftsjahr 2023	0,48 €
Geschäftsjahr 2024 Prognose	0,53 €

Dividenden-Rendite in Prozent

0,5%

Kursveränderung in Prozent

1 Jahr	3 Jahre	5 Jahre	10 Jahre
+44 %	+10 %	+87 %	+1.287 %

KGV

Aktuell 59,0 Forward 46,6

Nettoergebnis in Mio. Euro

2023	161
2024 Prognose	178

KGV-Durchschnitt

10 Jahre	44,7
20 Jahre	29,0

Analystenempfehlungen

5 Kaufen 15 Halten 4 Verkaufen

HANDELSBLATT

Quelle: Bloomberg

Dividende in Euro pro Aktie

Geschäftsjahr 2023	3,80 €
Geschäftsjahr 2024 Prognose	4,13 €

Dividenden-Rendite in Prozent

1,9%

Kursveränderung in Prozent

1 Jahr	3 Jahre	5 Jahre	10 Jahre
+20 %	+33 %	+53 %	+254 %

KGV

Aktuell 20,2 Forward 18,2

Nettoergebnis in Mio. Euro

2023	1.724
2024 Prognose	1.890

KGV-Durchschnitt

10 Jahre	18,7
20 Jahre	16,6

Analystenempfehlungen

13 Kaufen 13 Halten 0 Verkaufen

HANDELSBLATT

Quelle: Bloomberg

Deutsche-Börse-Aktie: Neun Erhöhungen und 250 Prozent Kurszuwachs

Neun Mal in Folge ist die Dividende beim Frankfurter Börsenbetreiber gestiegen, im kommenden Frühjahr steht die zehnte Erhöhung an. Nach 3,80 Euro je Aktie, die es in diesem Jahr nach der Hauptversammlung am 14. Mai gab, dürften es mindestens vier Euro werden. Analysten prognostizieren derzeit im Schnitt 4,13 Euro – Tendenz seit mehreren Monaten steigend.

Erträge und Gewinne legen seit Jahren verlässlich zu. Im ersten Halbjahr verdiente der Frankfurter Börsenbetreiber mit 996 Millionen Euro so viel wie noch nie und knapp zehn Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum. Ein Grund dafür war der höhere Absicherungsbedarf von Investoren gegen Kursschwankungen und gestiegene Zinseinnahmen aufgrund des höheren Zinsniveaus.

Für das Gesamtjahr rechnen Analysten im Schnitt mit einem Nettogewinn in Höhe von 1,9 Milliarden Euro. Es wäre der sechste Rekordgewinn in Folge. Daran gemessen liegt die Ausschüttungsquote bei moderaten 41 Prozent. Dividenden und Gewinne steigen seit Jahren im Einklang.

Die Deutsche Börse profitiert von immer neuen Markturbulzen, weil dadurch die Handelsvolumina steigen. Erst war es die Euphorie der Anleger in der Dotcom-Blase nach der Jahrtau-

sendwende, dann deren Platzen mit panikartigen Verkäufen. Anschließend stiegen die Erträge durch den neuerlichen Aktienboom, die Finanzkrise, den Coronacrash und die Turbulenzen rund um den Krieg in der Ukraine. Daran verdient die Deutsche Börse.

Um sich von diesen unvorhersehbaren Markturbulzen unabhängiger zu machen, erwarb der Konzern in den vergangenen Jahren Firmen, deren Produkte unabhängig von Krisen gefragt sind. Dazu zählen der Datenanbieter ISS und der Ausbau des Fondsservice-Angebots.

In diese Kategorie passt auch die teuerste Übernahme in der 439-jährigen Geschichte des Börsenbetreibers: Für knapp vier Milliarden Euro kaufte die Deutsche Börse im vergangenen Jahr den dänischen Finanzsoftware-spezialisten Simcorp. Große Fondsgesellschaften und professionelle Investoren arbeiten mit deren Software. Das ist ein (kleines) Risiko: Mit einem KGV von 18,2 auf Basis der erwarteten Gewinne in den nächsten vier Quartalen ist die Aktie um knapp zehn Prozent höher bewertet als im Durchschnitt der vergangenen 20 Jahre. Damit ist die Deutsche-Börse-Aktie allerdings deutlich näher an ihrem historischen Bewertungsschnitt als die übrigen drei porträtierten Titel.

Atoss-Software-Aktie: Zehn Erhöhungen, über 1000 Prozent Kurszuwachs

Seit zehn Jahren steigt die Ausschüttung ohne Unterbrechung: durchschnittlich um 25 Prozent pro Jahr. Das ist Spitze unter den hier porträtierten Titeln. Spitze ist auch der Kurszuwachs auf Sicht von zehn Jahren: Die Aktie legte von 7,30 Euro auf aktuell 142 Euro zu. Das ist ein Plus von gut 1800 Prozent. Mit 2,25 Milliarden Euro Börsenwert ist die Aktie des Spezialisten für Personalmanagement-Software zugleich der kleinste hier porträtierte Titel. Atoss Software notiert im Nebenwerte-Index SDax und wird von Gründer Andreas Obereder geführt.

Seit einem Jahrzehnt liegen die Margen jedes Jahr bei über 20 Prozent. Das heißt, mit jedem Euro Umsatz bleiben mehr als 20 Cent Gewinn vor Steuern und Zinsen übrig. Dauerhaft so profitabel ist keines der 40 Dax-Unternehmen.

Nach 36 Millionen Euro Nettogewinn im abgelaufenen Jahr, dem 18. Rekordergebnis in Folge, rechnen Analysten im Schnitt mit 40 Millionen

Euro in diesem Jahr. Parallel dazu dürfte die Dividende ebenfalls um rund zehn Prozent steigen: nach 1,69 Euro je Anteilsschein prognostizieren Analysten im Schnitt 1,84 Euro. Der Erfolg des Spezialisten für die Steuerung und Digitalisierung von Arbeitsprozessen blieb nicht verborgen: Im Juni vergangenen Jahres hat der Technologie-Investor General Atlantic 20 Prozent der Anteile an dem Münchener Unternehmen erworben. Ziel ist es, das internationale Geschäft vor allem in Europa auszubauen. Hilfreich ist in diesem Zusammenhang ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs, wonach die Wirtschaft verpflichtet ist, die Arbeitszeit der Beschäftigten zu erfassen. Atoss bietet die passende Software an.

Das ist ein Risiko: Mit einem KGV von 46,6 auf Basis der in den nächsten vier Quartalen erwarteten Gewinnen ist die Aktie hoch bewertet. Das gilt auch gemessen am aktieneigenen Durchschnitt, der bei 29 liegt.

Dividende in Euro pro Aktie

Geschäftsjahr 2023	1,69 €
Geschäftsjahr 2024 Prognose	1,84 €

Dividenden-Rendite in Prozent

1,2%

Kursveränderung in Prozent

1 Jahr	3 Jahre	5 Jahre	10 Jahre
+26 %	+55 %	+343 %	+1.824 %

KGV

Aktuell 54,3 Forward 52,0

Nettoergebnis in Mio. Euro

2023	36
2024 Prognose	40

KGV-Durchschnitt

10 Jahre	41,1
20 Jahre	30,1

Analystenempfehlungen

2 Kaufen 3 Halten 0 Verkaufen

HANDELSBLATT

Quelle: Bloomberg

Verleger: Dieter von Holtzbrinck

Redaktion

Chefredakteur: Sebastian Matthes
Stv. d. Chefredakteurs: Peter Brors, Kirsten Ludowig
Mitglied der Chefredaktion: Charlotte Haunhorst
 (Head of Digital)

Nachrichtenchef: Kevin Knitterscheidt

Textchef: Christian Rickens (Morning Briefing)

Kommentarchef: Thomas Sigmund

Wochenende & Report: Sven Prange

Chefautor: Dr. Jens Münchraht

Podcast, Live & Video: Solveig Gode

Chefökonom: Prof. Dr. Bert Rürup

Ressortleiter: Moritz Koch (Politik),
 Jürgen Flauger, Ina Karabasz (Unternehmen),
 Michael Maisch (Finanzen), Nicole Bastian (Ausland),
 Sönke Iwersen, Martin Murphy (Investigative Recherche),
 Tobias Böhnke (Performance Desk)

Chefs vom Dienst: Stefan Kaufmann (Leitung),
 Tobias Döring, Andreas Dörnfelder, Tom Körkemeier,
 Stefan Menzel, Marc Renner
 Claus Baumann, Claudia Panster (Redigatur),
 Daniel Klager (Ltg. News),
 Susanne Wesch (Ltg. Print), Anja Holtschneider

Art Direction: Michel Becker, Ralf Peter Paßmann

International Correspondents:

Torsten Riecke

Verantwortlich im Sinne des Presserechts sind die
 jeweiligen Leiter für ihren Bereich. Im Übrigen die
 Chefredaktion.

Handelsblatt Research Institute

Tel.: 0211 - 887-0, Telefax: 0211 - 887-97-0,
 E-Mail: info@handelsblatt-research.com
 Dr. Jan Kleibrink (Managing Director)

Verlag

Handelsblatt GmbH

(Verleger im Sinne des Presserechts).

Geschäftsführung: Andrea Wasmuth (Vorsitz),
 Sebastian Christensen

**Verantwortlich für Herstellung
 und Anzeigen:** Christian Wiele

Erfüllungsort und Gerichtsstand: Düsseldorf.
 Anschrift von Redaktion, Verlag und Anzeigenleitung:
 Toulouser Allee 27, D-40211 Düsseldorf, Tel. 0211 - 887-0
 Der Verlag haftet nicht für unverlangt eingesandte
 Manuskripte, Unterlagen und Fotos.

Axel Springer SE, Offsetdruckerei Kettwig,
 Im Teelbruch 100, 45219 Essen; Pressedruck Potsdam GmbH,
 Friedrich-Engels-Str. 24, 14473 Potsdam;
 Süddeutscher Verlag Zeitungsdruck GmbH,
 Zamdorfer St. 40, 81677 München

Vertrieb Einzelverkauf:

Verlag Der Tagesspiegel GmbH, www.tagesspiegel.de

Kundenservice:

Postfach 103345, 40024 Düsseldorf, Telefon: 0211 887 3602,
 Aus dem Ausland: 0049 211 887 3602
 E-Mail: kundenservice@handelsblatt.com
 Ihre Daten werden zum Zweck der Zeitungszustellung
 übermittelt an Zustellpartner und an die Medienservice GmbH
 & Co. KG, Hellerhofstraße 2-4, 60327 Frankfurt am Main.

Anzeigen:

Anzeigenverkauf Handelsblatt

Tel.: 0211 - 887-0, Fax: 0211 - 887-33 59

E-Mail: info@iqm.de; Internet: www.iqm.de

Anzeigenverkauf Handelsblatt.com

Tel.: 0211 - 887-26 26, Fax: 0211 - 887-97 26 56

E-Mail: info@iqdigital.de; Internet: www.iqdigital.de

Anzeigenverkauf Handelsblatt Personalanzeigen

Tel.: 040 - 3280-5800

E-Mail: angelika.brandenstein-wendt@zeit.de

Internet: https://talent.zeit.de/

Anzeigendisposition Handelsblatt

Tel.: 0211 - 887-26 60, Fax: 0211 - 887-97 26 60

E-Mail: dispo.hb@iqm.de

Redaktion:

Telefax: 0211 - 887-97 12 40

E-Mail: handelsblatt@vhb.de

Politik

Tel.: 030 - 61 68 61 92, Fax: 0211 - 887-97 80 27

E-Mail: hb.berlin@vhb.de

Unternehmen

Tel.: 0211 - 8 87 13 65, Fax: 0211 - 887-97 12 40

E-Mail: hb.um@vhb.de

Finanzen

Tel.: 069 - 2424 4002, Fax: 0211 - 887-97 41 90

E-Mail: hb.fz@vhb.de

Handelsblatt Veranstaltungen

Tel.: 0211 - 887 0, Fax: 0211 - 887 43 40 00

E-Mail: info@euroforum.com

www.handelsblatt.com/veranstaltungen

Das Handelsblatt wird ganz oder in Teilen im Print und digital
 vertrieben. Alle Rechte vorbehalten.
 Kein Teil dieser Zeitung darf ohne schriftliche Genehmigung
 des Verlages vervielfältigt oder verbreitet werden. Unter dieses
 Verbot fällt insbesondere auch die Vervielfältigung per Kopie,
 die Aufnahme in elektronische Datenbanken und die
 Vervielfältigung auf CD-ROM.

Nutzungsrechte:

Telefon: 0211 - 2054-4640 (Dieser Service steht Ihnen
 Mo-Fr zu den üblichen Bürozeiten zur Verfügung) E-Mail:
 nutzungsrechte@handelsblattgroup.com

Sonderdrucke:

Tel.: 0211 - 887-1748, Fax: 0211 - 887-97-1748

E-Mail: sonderdrucke@vhb.de

Bezugspreise Inland und EU:

Monatlich € 69,90 (Inland inkl. € 4,57 MwSt./EU zzgl. der
 jeweiligen MwSt.). Jahresvorzugspreis: € 839,- (Inland inkl. €
 54,89 MwSt./EU zzgl. der jeweiligen MwSt.).

Vorzugspreis für Studenten (gegen Vorlage einer gültigen
 Bescheinigung): Monatlich € 34,95 (Inland inkl. € 2,29 MwSt./
 EU zzgl. der jeweiligen MwSt.). Jahresvorzugspreis € 419,-
 (Inland inkl. € 27,41 MwSt./EU zzgl. der jeweiligen MwSt.).
 Lieferung jeweils frei Haus.

Bezugspreise übriges Ausland: auf Anfrage.

Abonnementskündigungen sind nur schriftlich mit einer Frist von 21
 Tagen zum Ende des berechneten Bezugszeitraumes möglich,
 solange keine andere Regelung vorgesehen ist. Im Falle höherer
 Gewalt (Streik oder Aussperrungen) besteht kein Belieferungs- oder
 Entschädigungsanspruch. Erfüllungsort und Gerichtsstand:
 Düsseldorf. Der Verlag haftet nicht für unverlangt eingesandte
 Manuskripte, Unterlagen und Fotos. Für die Übernahme von Artikeln
 in interne elektronische Pressespiegel erhalten Sie die erforderlichen
 Rechte über die PMG Presse-Monitor GmbH. Telefon:
 030/284930 oder www.presse-monitor.de.
 Die ISSN-Nummer für das Handelsblatt lautet: 0017-7296

Aktien

Börsen fehlt
wichtiger Treiber

Daten der EZB zeigen, dass die Geldmenge in Europa und
 den USA auffällig langsam wächst, teilweise sogar
 schrumpft. Kann so die Rekordjagd fortgesetzt werden?



Stefan Reccius Frankfurt

Der Trend zeichnet sich schon
 seit Monaten ab, aktuelle Daten
 der Europäischen Zentralbank
 (EZB) bestätigen ihn jetzt: Die
 Geldmenge im Euro-Raum
 nimmt längst nicht mehr so stark zu
 wie jahrelang üblich. Bankeinlagen,
 Schuldverschreibungen und Geld-
 marktfonds wuchsen im Juni und Juli
 im Vergleich zum Vorjahr in Summe
 um lediglich 2,3 Prozent. Das gab die
 EZB am Mittwoch bekannt.

Die Märkte sind Wachstumsraten
 von vier bis fünf Prozent gewohnt.
 Phasenweise waren sie zweistellig.
 Doch derzeit sind Bargeld und Gutha-
 ben auf Girokonten sogar rückläufig.
 Seit einem Dreivierteljahr schrumpft
 diese eng gefasste Geldmenge Monat
 für Monat, im Juli laut EZB um 3,1
 Prozent auf Jahressicht. Das Erstaun-
 liche: Der Rekordjagd an den Börsen
 hat dies keinen Abbruch getan. Das ist
 alles andere als selbstverständlich.
 Denn seit der Weltfinanzkrise
 2008/2009 ließ sich ein klares Muster
 ausmachen: Geldmenge und Aktien-
 kurse entwickelten sich weitgehend
 synchron. Stieg die Geldmenge, stie-
 gen die Aktienkurse – und umgekehrt.

Folgt man diesem Muster, er-
 scheint die diesjährige Rekordjagd der
 großen Aktienindizes – MSCI World
 und S&P 500, Dax und Euro Stoxx –
 rätselhaft. Hat die Geldmenge als Fak-
 tor für Anleger ausgedient? Und was
 bedeutet das für die Hoffnungen auf
 neue Höchststände? „Seit einem Jahr
 laufen die Aktienmärkte der Geldmen-
 ge der großen Zentralbanken davon“,
 beobachtet Johannes Müller, leitender
 Analyst des Vermögensverwalters
 DWS, der zur Deutschen Bank gehört.
 Geldmenge und Aktienperformance
 haben sich entkoppelt. „Noch deutli-
 cher wird dies“, ergänzt Thomas Mayer
 vom Vermögensverwalter Flossbach

von Storch, „wenn man die Entwick-
 lung des MSCI World mit der Bilanz-
 summe der Zentralbanken vergleicht.“

Die Notenbanken in den USA,
 Europa, Japan und Großbritannien ha-
 ben die Finanzmärkte über Jahre mit
 Zentralbankgeld geflutet. Konkret
 überwiesen sie Geschäftsbanken Un-
 mengen an Liquidität. Als Sicherheiten
 verlangten sie von den Banken Anlei-
 hen von Staaten und Unternehmen. So
 wollten die Notenbanker die Banken
 anregen, mehr Kredite zu vergeben.

In der Pandemie öffneten sie ihre
 Geldschleusen noch weiter, um eine
 schwerwiegende Wirtschafts- und Fi-
 nanzkrise zu verhindern. Billionen Euro
 und Dollar, Yen und Pfund Sterling ge-
 langten ins Finanzsystem. Auf ver-
 schlungenen Wegen flossen sie weiter:
 Auf die Immobilienmärkte, an Unter-
 nehmen und Verbraucher, in Aktien
 und Anleihen – wohin genau und in
 welchem Umfang, kann niemand sagen.

„Die aufgeblasene Geldmenge ist
 sicherlich ein wichtiger Treiber der Ak-
 tienmärkte gewesen“, sagt Carsten
 Brzeski, Chefvolkswirt der niederlän-
 dischen Bank ING. Neben dem Boom
 der Künstlichen Intelligenz sei dies eine
 wichtige Erklärung, dass die Aktien-
 kurse trotz umfangreicher Zinserhö-
 hungen weiter gestiegen sind. „Wenn
 jetzt Notenbanken Liquidität aus den
 Märkten ziehen, sorgt das in der Tat
 auch für weniger Unterstützung an
 den Börsen.“ Anlagestrategen sehen
 darin jedoch vorerst kein großes
 Problem. Stefan Hofrichter, leitender
 Strategie von Allianz Global Investors,
 sagt: Die schwindende Unterstützung
 durch Geldmenge und Liquidität wer-
 de „vermutlich durch den günstigeren
 Mix aus Wachstum und Inflation so-
 wie das robuste Gewinnumfeld kom-
 pensiert.“ Die Inflation ist gesunken.
 Die Wirtschaft erweist sich insbeson-
 dere in den USA als robust. Die meis-
 ten Unternehmen beglücken Analysen-

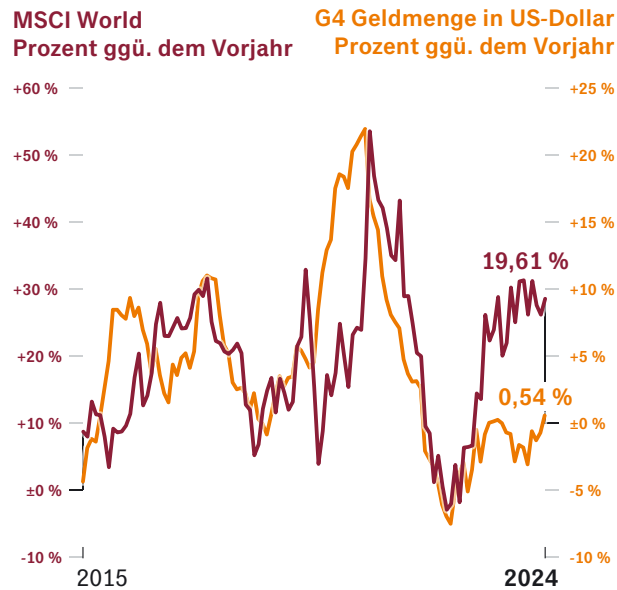
ten und Anleger mit guten Zahlen.
 Mayer mutmaßt darüber hinaus, dass
 Technologiekonzerne – maßgebliche
 Treiber der Börsenrally seit 2022 – ihre
 Kapitalkosten senken können, in-
 dem sie verstärkt Künstliche Intelli-
 genz einsetzen. Er geht deshalb davon
 aus, „dass für diese Aktien der Zins
 (und folglich auch die Geldmenge) von
 geringerer Bedeutung ist“.

Generell erkennt Jan Viebig, Chief
 Investment Officer der Privatbank Od-
 do BHF, im geringeren Wachstum der
 Geldmenge keine ernst zu nehmende
 Belastung für Aktien. „Liquidität ist
 nicht knapp“, nennt Viebig einen
 Grund. „Im Gegenteil, die Versorgung
 der Wirtschaft mit Liquidität ist wei-
 terhin zu hoch.“ Die Liquiditätsreser-
 ven der Banken seien üppig. Private
 Haushalte und Unternehmen säßen
 auf historisch hohen Geldbeständen.

Verbraucher hätten auf ihre Erspar-
 nisse zurückgegriffen, ergänzt Guy Stear,
 Strategie des Vermögensverwalters
 Amundi. Das habe geringeres Geldmen-
 genwachstum kompensiert sowie Kon-
 junktur und Vermögenswerte stabili-
 siert. Nun lockerten die Notenbanken
 ihre Geldpolitik. „Dadurch dürfte sich
 das Geldmengenwachstum erholen, was
 allen Anlageklassen, einschließlich Ak-
 tien, zugutekommen wird“, so Stear.

Geldmenge und Aktienkurse entkoppelt

G4 Geldmenge¹ und MSCI World Index im Vergleich



HANDELSBLATT • Stand: 20.08.2024, 1) Kumulierte Geldmenge M2 USA, Eurozone,
 Japan und Vereinigtes Königreich
 Quellen: Bloomberg Finance L.P., DWS Investment GmbH

“

Seit einem
 Jahr laufen
 die Aktien-
 märkte der
 Geldmenge
 der großen
 Zentralban-
 ken davon.

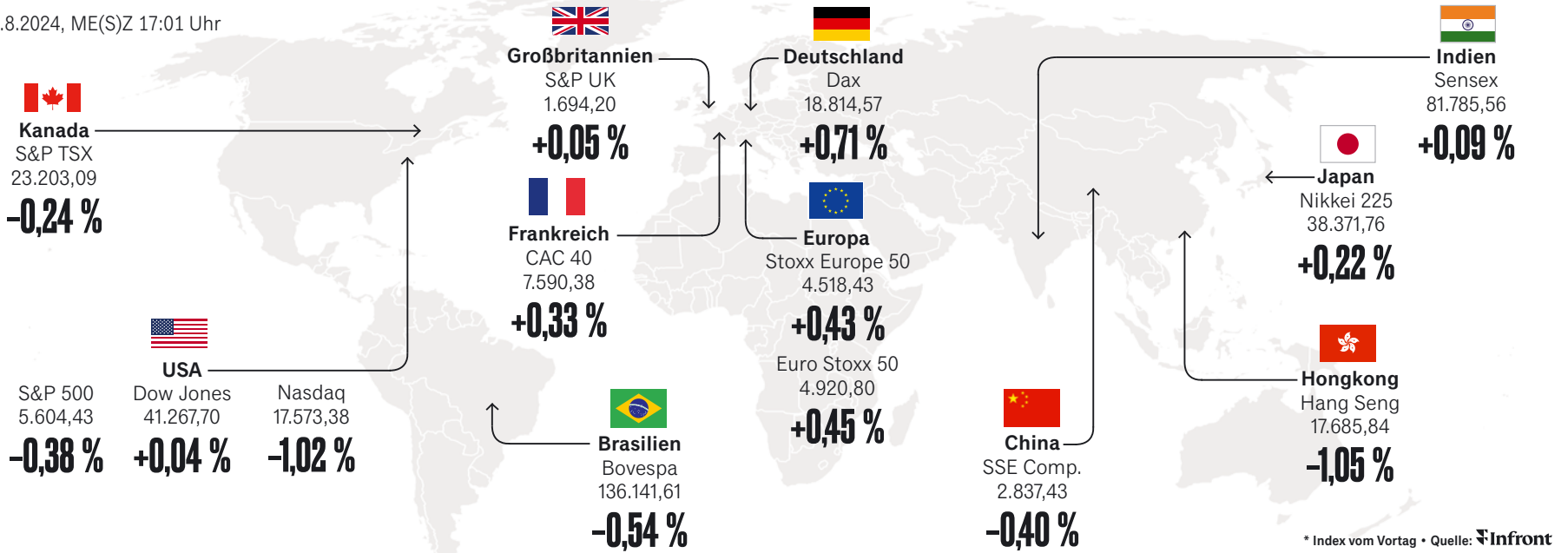
Johannes Müller
 DWS

Zweifelhaft ist allerdings, wie
 stark. Denn US-Notenbank Fed und
 Europäische Zentralbank (EZB) zie-
 hen Liquidität ab. Das geschieht in ho-
 möopathischen Dosen. DWS-Analyst
 Müller vermutet, dass die Zeiten ran-
 sant wachsender Geldmengen vorbei
 sind. Für ihn hat das eine gute und eine
 schlechte Seite. Einerseits „scheinen
 die Aktienmärkte nicht mehr so ab-
 hängig von günstigem und großzügig
 verteiltem Geld zu sein“. Andererseits
 hätten Aktien dadurch einen Impuls
 weniger. „Insofern bedarf es an den
 Aktienmärkten anderer Treiber für
 neue Höchststände“, meint Müller.

Für Konstantin Veit von der Alli-
 anz-Tochter Pimco ändert sich mit
 dem veränderten Zusammenspiel von
 Geldmenge und Aktienkursen die Sta-
 tik an den Börsen. Der Portfoliomana-
 ger macht sich auf stärkere Schwan-
 kungen gefasst. „Infolge der geringeren
 Unterstützung durch die Zentralban-
 ken wird die Volatilität zunehmen“,
 mahnt Veit. Das mache „regelmäßige
 Übertreibungen an den Finanzmärk-
 ten“ wahrscheinlicher.

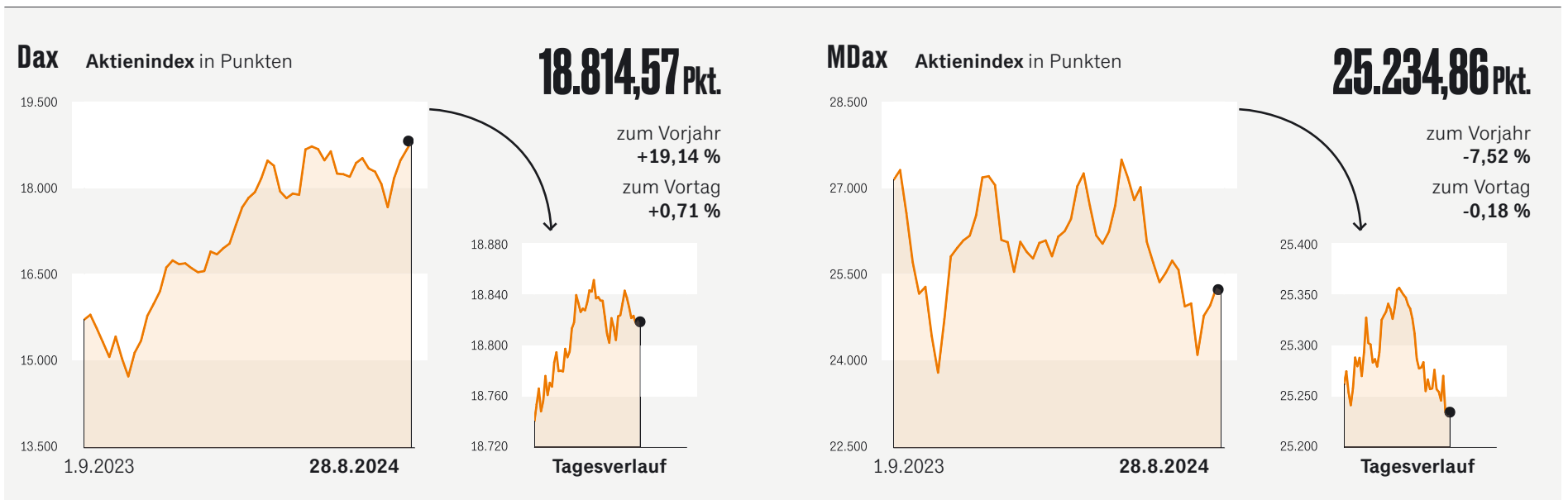
Leitbörsen im Überblick

28.8.2024, ME(S)Z 17:01 Uhr



* Index vom Vortag • Quelle: Infront

Deutsche Indizes



Dax (auch im 1 Euro Stoxx 50, 2 Stoxx 50, 3 TecDax) 18814,57 | +0,71 % | 52-Wochen-Hoch 18.892,92 | 52-Wochen-Tief 14.630,21

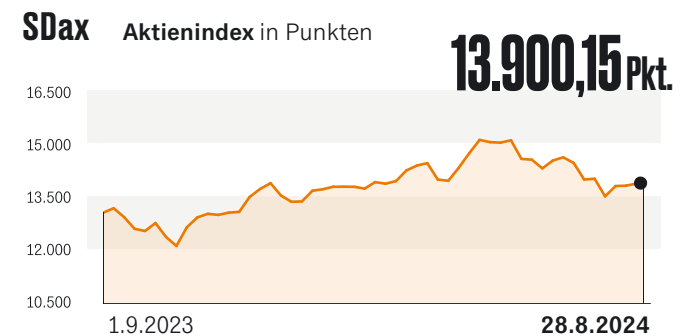
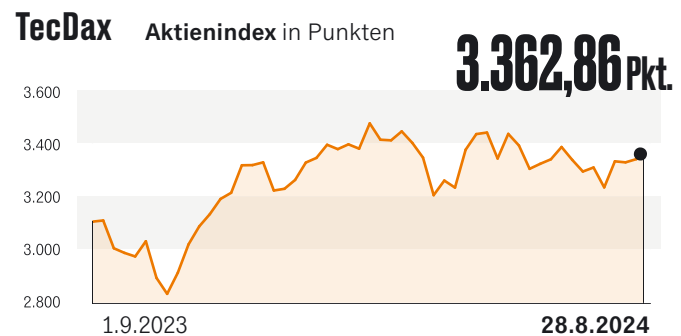
TOPS des Jahres	52-Wochen-Hoch	Dividendenrendite	Jahresdiv.	Ex-Tag	KGV	Ergebnis
Rheinmetall	+118,49 571,80 am 9.4.2024	Volkswagen Vz.	9,4 %	9,06 €	30.05.24	2,6 15,68
Siemens Energy	+93,06 27,91 am 11.7.2024	Mercedes-Benz	8,5 %	5,30 €	09.05.24	3,4 28,05
SAP	+53,36 199,20 am 20.8.2024	BASF NA	7,5 %	3,40 €	26.04.24	5,1 16,43
Vonovia NA	+53,14 31,78 am 27.8.2024	BMW St	7,1 %	6,00 €	16.05.24	5,4 5,13
Deutsche Bank NA	+45,01 17,01 am 26.4.2024	Porsche VA	6,3 %	2,56 €	12.06.24	5,4 11,52
Münch. Rück vNA	+38,01 491,60 am 28.8.2024	Daimler Truck	5,5 %	1,90 €	16.05.24	7,1 1,87
Hann. Rück NA	+31,52 259,10 am 28.8.2024	Allianz vNA	4,9 %	13,80 €	09.05.24	7,4 1,98

	Tages-Hoch	Tages-Tief	Verlauf	± % Vortag	± % 1 Jahr	52 Wochen Hoch	52 Wochen Tief	Umsatz Letzte Stück	Div. Div.	HV Termin	Div. Rend.	Div. 2024	Ergebnis 2024	Ergebnis 2025	KGV 2024	KGV 2025	MK in Mrd	Streu. in %
Adidas NA	229,80	223,40	226,80	+1,39	+27,56	242,00	154,64	257.332	0,70	16.05.24	0,3	1,41	3,39	7,23	66,90	31,37	40,8	86
Airbus	142,54	140,78	141,44	+0,38	+6,92	172,82	120,24	213.992	2,80	10.04.24	2,0	1,93	5,32	7,23	26,59	19,56	112,1	78
Allianz vNA	280,60	277,00	280,20	+1,41	+24,7	280,60	215,75	452.185	13,80	07.05.25	4,9	14,90	24,88	27,26	11,26	10,28	109,8	93
BASF NA	45,54	45,15	45,20	-0,01	-0,45	54,93	40,18	657.963	3,40	02.05.25	7,5	3,40	3,43	4,08	13,18	11,08	40,3	95
Bayer NA	27,70	27,32	27,64	+0,36	-45,14	51,32	24,96	1.007.412	0,11	25.04.25	0,4	0,11	5,13	5,36	5,39	5,16	27,2	94
Beiersdorf	130,05	128,75	129,80	+0,82	+7,32	147,80	118,00	80.207	1,00	18.04.24	0,8	1,00	4,30	4,80	30,19	27,04	32,3	48
BMW St	85,16	83,84	83,98	-0,94	-13,06	115,35	77,98	336.121	6,00	14.05.25	7,1	5,90	16,43	16,30	5,11	5,15	48,7	51
Brenntag NA	67,58	66,14	67,42	+1,72	-7,36	87,12	62,24	67.850	2,10	23.05.24	3,1	2,17	4,74	5,26	14,22	12,82	9,7	73
Commerzbank	13,35	13,17	13,32	+0,76	+30,73	15,83	9,12	1.647.172	0,35	30.04.24	2,6	0,50	1,87	2,24	7,12	5,94	15,8	84
Continental	61,72	61,02	61,20	-0,42	-10,32	78,40	51,48	124.814	2,20	25.04.25	3,6	2,28	7,56	9,97	8,10	6,14	12,2	54
Covestro	56,90	53,90	55,68	+3,42	+14,95	56,90	44,57	1.093.665	k.A.	17.04.24	k.A.	0,30	-0,05	2,42	0,00	23,01	10,5	94
Daimler Truck	34,47	34,10	34,32	+0,47	+5,02	47,64	27,97	291.735	1,90	15.05.24	5,5	1,90	4,19	4,84	8,19	7,09	28,2	65
Deutsche Bank NA	14,81	14,61	14,69	-0,04	+45,01	17,01	9,44	1.487.422	0,45	22.05.25	3,1	0,68	1,98	2,64	7,42	5,57	29,3	94
Deutsche Börse NA	202,20	199,30	202,20	+1,61	+23,14	202,20	152,60	117.491	3,80	14.05.24	1,9	4,02	10,35	10,89	19,54	18,57	38,4	93
Deutsche Post NA	38,73	38,39	38,55	+0,39	-9,7	47,03	35,82	490.213	1,85	02.05.25	4,8	1,85	2,94	3,43	13,11	11,24	46,3	83
Deutsche Telekom NA	25,58	25,35	25,54	+0,83	+31,23	25,58	19,52	2.371.150	0,77	10.04.24	3,0	0,85	1,82	2,05	14,03	12,46	127,4	72
E.ON NA	12,87	12,71	12,85	+1,14	+13,37	13,48	10,43	1.305.754	0,53	16.05.24	4,1	0,55	1,12	1,09	11,47	11,79	33,9	80
Fresenius Vz.	33,44	33,19	33,41	+0,54	+13,14	33,57	23,93	256.382	k.A.	17.05.24	k.A.	0,92	2,76	3,32	12,11	10,06	15,3	73
Hannover Rück SE NA	259,10	256,20	258,50	+1,25	+31,52	259,10	193,90	48.433	7,20	07.05.25	2,8	8,20	18,83	20,19	13,73	12,80	31,2	50
Heidelberg Materials	94,44	93,08	94,26	+0,28	+26,73	103,60	65,24	92.193	3,00	16.05.24	3,2	3,20	11,15	12,35	8,45	7,63	17,2	71
Henkel Vz.	82,50	81,84	82,38	+0,83	+14,48	85,74	65,88	87.661	1,85	22.04.24	2,2	1,92	5,23	5,62	15,75	14,66	14,7	100
Infineon NA	32,68	32,32	32,34	-0,17	-0,81	39,35	27,07	961.090	0,35	23.02.24	1,1	0,35	1,85	2,19	17,48	14,76	42,2	93
Mercedes-Benz Group	62,86	62,07	62,30	-0,42	-7,61	77,45	55,08	773.320	5,30	08.05.24	8,5	5,00	11,52	11,71	5,41	5,32	66,7	75
Merck	174,35	171,70	173,80	+1,16	+7,22	176,25	134,30	74.644	2,20	26.04.24	1,3	2,27	8,83	10,04	19,68	17,31	22,5	93
MTU Aero Engines NA	270,40	267,50	269,80	+0,97	+30,15	279,10	158,20	29.296	2,00	08.05.24	0,7	2,35	12,97	14,76	20,80	18,28	14,5	90
Münchener Rück vNA	491,60	482,80	491,30	+2,04	+38,01	491,60	351,80	122.513	15,00	30.04.25	3,1	16,13	45,37	45,76	10,83	10,74	65,7	93
Porsche AG Vz.	70,18	69,52	69,54	-0,46	-30,7	102,65	65,12	162.894	2,31	07.06.24	3,3	2,20	4,48	5,61	15,52	12,40	31,7	25
Porsche Vz.	40,89	40,39	40,54	-0,56	-17,06	52,32	37,99	143.724	2,56	11.06.24	6,3	2,56	15,68	18,03	2,59	2,25	6,2	100
Qiagen	41,72	41,19	41,59	+1,27	-3,01	43,85	33,75	139.779	1,32	21.06.24	k.A.	0,00	2,14	2,29	19,43	18,16	9,3	91
Rheinmetall	546,20	536,40	543,60	+1,49	+118,49	571,80	226,50	92.571	5,70	14.05.24	1,0	7,70	21,44	29,75	25,35	18,27	23,7	95
RWE St.	32,25	32,02	32,13	+0,03	-18,56	42,33	30,08	639.777	1,00	03.05.24	3,1	1,10	2,81	2,11	11,43	15,23	23,9	91
SAP	197,66	195,62	196,08	+0,42	+53,36	199,20	120,26	459.194	2,20	13.05.25	1,1	2,25	4,43	6,05	44,26	32,41	240,9	89
Sartorius Vz.	250,00	244,10	244,50	-0,33	-30,68	383,70	199,50	32.219	0,74	28.03.24	0,3	0,74	4,30	5,50	56,86	44,45	9,2	74
Siemens Energy	25,68	25,21	25,33	+0,16	+93,06	27,91	6,40	795.317	k.A.	26.02.24	k.A.	0,00	-0,07	0,89	0,00	28,46	20,2	77
Siemens Healthineers	52,54	51,56	52,20	+1,52	+14,1	58,14	44,39	171.209	0,95	18.04.24	1,8	1,00	2,19	2,58	23,84	20,23	58,9	25
Siemens NA	169,62	167,46	169,04	+1,15	+22,49	188,88	119,48	410.410	4,70	08.02.24	2,8	4,97	10,53	11,29	16,05	14,97	135,2	87
Symrise Inh.	117,30	113,95	117,00	+2,9	+24,92	117,30	87,38	103.277	1,10	15.05.24	0,9	1,16	3,40	3,90	34,41	30,00	16,4	84
Volkswagen Vz.	97,48	96,04	96,40	-0,43	-14,63	128,60	92,20	264.782	9,06	29.05.24	9,4	8,92	28,05	33,02	3,44	2,92	19,9	100
Vonovia NA	31,29	30,97	31,21	+0,06	+53,14	31,78	19,66	1.128.222	0,90	08.05.24	2,9	1,20	2,03	2,09	15,37	14,93	25,7	85
Zalando	24,82	23,93	24,00	-2,56	-11,41	29,62	15,95	364.825	k.A.	17.05.24	k.A.	0,00	0,81	1,09	29,63	22,02	6,3	84

Tops Flops

Dax	Flops
Covestro +3,42	Zalando -2,56
Symrise +2,90	BMW St. -0,94
Münch. R. vNA +2,04	Porsche Vz. -0,56

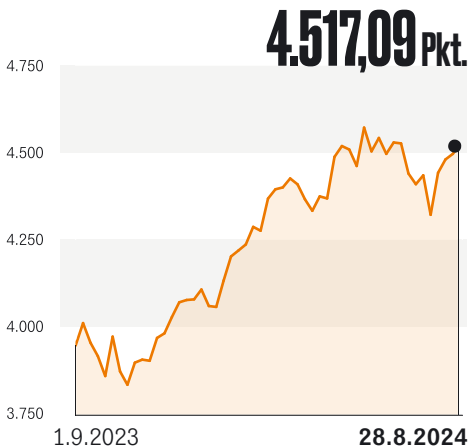
MDax	Flops
Hensoldt +4,18	Evotec -5,92
Aroundtown +3,70	Stabilus S.A -2,99
Hochtief +1,81	Hugo Boss NA -2,60



Europäische Indizes

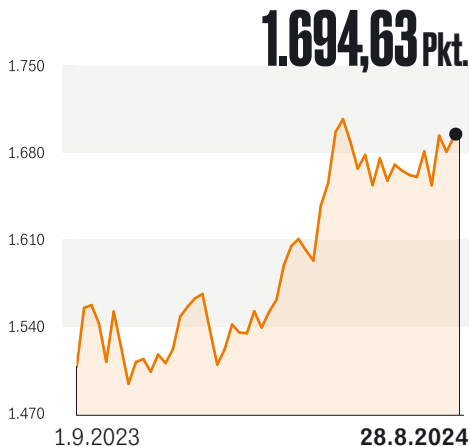
Stoxx Europe 50

Aktienindex Europa in Punkten



S&P Großbritannien

Aktienindex Großbritannien in Punkten



Währungen

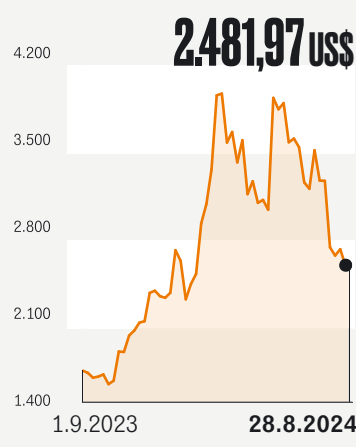
Bitcoin

Kurs in US-Dollar



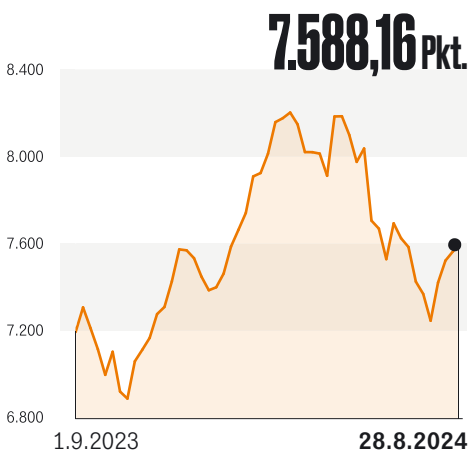
Ethereum

Kurs in US-Dollar



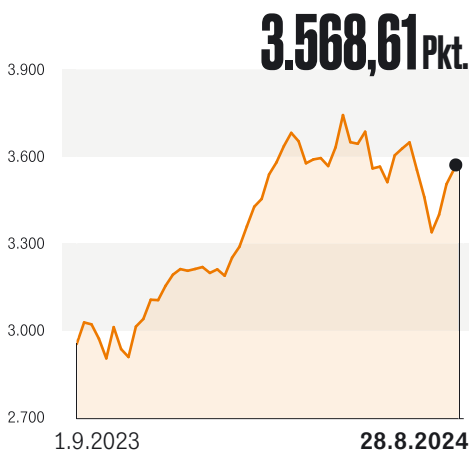
CAC 40

Aktienindex Frankreich in Punkten



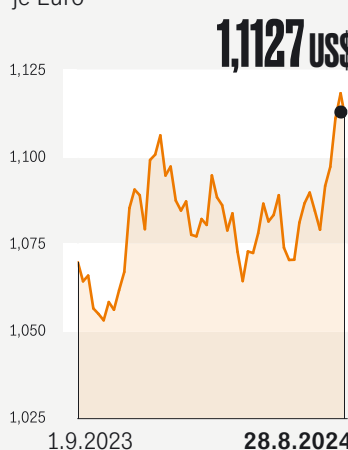
Dow Jones Italy Titans 30

Aktienindex Italien in Punkten



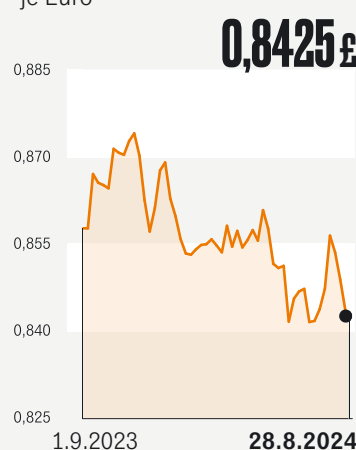
Euro/US-Dollar

Wechselkurs in US-Dollar je Euro



Euro/Britisches Pfund

Wechselkurs in brit. Pfund je Euro



Rohstoffe

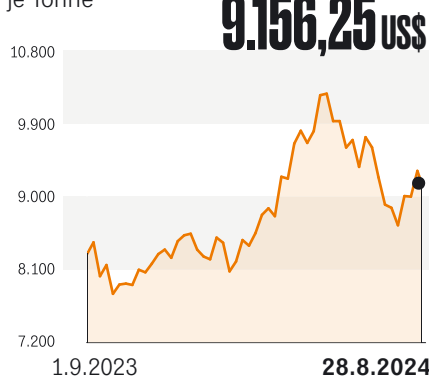
Gold

Preis in US-Dollar je Feinunze



Kupfer

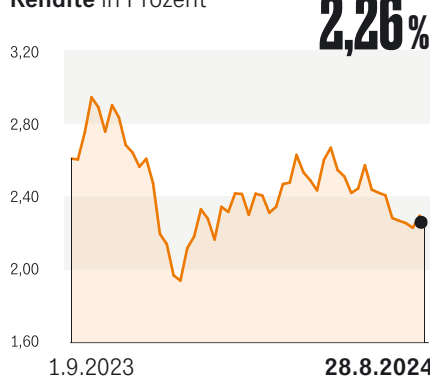
Preis in US-Dollar je Tonne



Staatsanleihen

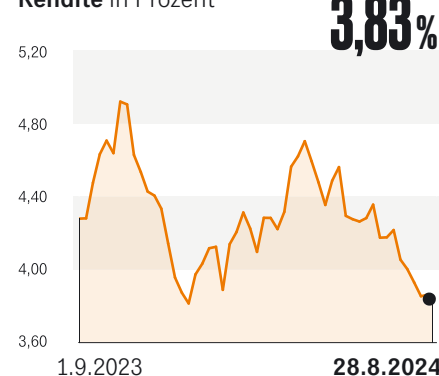
Bundesanleihe

Laufzeit 10 Jahre Rendite in Prozent



US-Staatsanleihe

Laufzeit 10 Jahre Rendite in Prozent



GSCI 3555,85 | -0,52%
52-W.-Hoch 3857,44 | Tief 3218,98



TOP-FLOP DER ROHSTOFFTITEL

28.8.2024	Kurs	± % Vortag
Erdgas (Cents/mmBtu)	2,09	+9,56
Rohöl OPEC (\$/Barrel)	80,17	+3,11
Hafer (Cents/Bushel)	323,50	+2,70
Weizen (Cents/Bushel)	541,50	+1,12
Lebendrücker (Cents/lb)	179,63	+0,13
Zink, spezial-hochgrädig (\$/t)	2812,0	-2,89
Palladium (\$/Unze)	934,00	-2,56
Zinn (\$/t)	32475,0	-2,35
Platin (\$/Unze)	940,90	-2,27
Blei (\$/t)	2045,0	-2,20

DEUTSCHE EDELMETALLE

	28.8.2024	27.8.
Silber	830,66 - 916,79	844,89 - 932,50
Silber verarb.	959,43	975,87
Platin Barren	29,73	30,01
Platin verarb.	30,84	31,13
Palladium Barren	29,89	30,05
Palladium verarb.	31,02	31,18
Gold	70,98 - 76,49	71,02 - 76,53
Gold verarb.	80,11	80,16

Silber Euro / kg; Platin, Palladium und Gold, Euro / g.
Die Preise gelten nur für industrielle Abnehmer (ohne MwSt.)
Quelle: Heraeus

DEUTSCHE METALLPREISE

Kassa Basis London (€/100 kg)	28.8.2024	27.8.
Aluminium, hochgrädig	222,9 - 223,0	225,6 - 225,8
Aluminium, Legierung	219,8 - 220,7	219,3 - 220,2
Blei	183,7 - 183,9	187,6 - 187,7
Kupfer (A)	821,4 - 821,5	828,5 - 828,6
Kobalt	2111,3 - 2156,3	2103,3 - 2148,1
Nickel	1494,9 - 1495,4	1507,9 - 1508,4
Zink, spezial-hochgrädig	252,9 - 252,9	258,3 - 258,5
Zinn	2915,7 - 2920,2	2962,5 - 2964,3

Heizöl (Ø 15 Städte) 99,29 | -3,98%
52-Wochen-Hoch 128,93 | Tief 96,67



HEIZÖLPREISE

eid HAMBURG. Ermittelte Angebotspreise des EID für Lieferungen von 3000 l (Premium-Qualität) frei Verwendertank in €/100 l einschl. 19% MwSt., EBV und IWO:

	21.8.2024	19.8.	21.8.2024	19.8.	
Berlin	99,50	105,13	Karlsruhe	96,67	103,50
Bremen	105,79	109,20	Kiel	99,91	103,25
Cottbus	102,15	104,43	Leipzig	98,80	101,77
Dresden	97,33	100,23	Lübeck	99,74	102,97
Düsseldorf	97,27	100,62	München	100,35	102,83
Frankfurt	97,03	104,73	Rostock	98,79	103,04
Hamburg	101,45	104,87	Hannover	97,68	102,28
			Stuttgart	96,85	102,12

Schalterkurse Edelmetalle

Goldbarren und -münzen in Euro (Mehrwertsteuerfrei)	Ankauf 28.8.2024	Verkauf 28.8.	Rendite in % 29.8.2023	52-Wochen Hoch	Tief
Gold (kg)	70 656,00	73 674,00	+19,93	72 877,50	55 592,00
500 g Goldbarren	34 762,00	37 189,00	+17,35	36 332,00	27 879,00
100 g Goldbarren	6 952,00	7 472,00	+16,67	7 283,50	5 592,75
1 oz Goldbarren	2 162,00	2 312,20	+16,02	2 259,35	1 744,50
10 g Goldbarren	695,00	769,00	+12,55	739,25	570,00
1/2 oz Krügerand	2 173,00	2 263,00	+15,10	2 245,75	1 760,75
1/4 oz Krügerand	1 086,50	1 228,50	+10,48	1 168,70	899,55
1/10 oz Krügerand	543,00	632,80	+6,51	593,65	458,70
1/2 oz Maple Leaf	2 170,00	2 260,00	+15,10	2 245,75	1 760,75
1 Österreichischer Dukat	238,60	253,00	+11,24	248,25	198,15
10 Österreichische Kronen	210,50	225,50	+14,40	220,25	169,75
20 Österreichische Kronen	421,30	446,50	+17,85	438,20	334,55
100 Österreichische Kronen	2 103,00	2 209,00	+10,48	2 175,50	1 658,00
20 Francs Leopold	402,50	428,00	+11,96	422,35	329,25
20 Francs Marianne	402,50	427,70	+13,89	419,30	329,95
1 DM Deutschland	846,80	953,00	-9,47	908,80	738,85
20 Mark Wilhelm I	503,80	605,00	+4,31	559,90	430,10
20 Mark Wilhelm II	503,80	535,10	+15,47	524,70	407,25
50 Chilienische Pesos	627,50	694,50	+13,47	667,50	512,25
2 Rand	506,80	532,00	+18,14	524,45	403,35
20 Kronen Dänemark	562,60	687,00	+2,48	631,05	481,50
20 Franken Vreneli	408,10	432,00	+9,26	422,05	339,95

Die Quelle der An- und Verkaufspreise (gültig für sehr gut erhaltene Stücke) ist die Degussa Goldhandel GmbH. Die Rendite entspricht dem Preis, den die Quelle dem Anleger bei einem Goldverkauf bezahlt, abzüglich der Anschaffungskosten, die ihm beim Kauf vor einem Jahr entstanden sind.

Ausgewählte Einzelwerte

MDax (auch im 1 Euro Stoxx 50, 2 Stoxx 50, 3 TecDax) 25236,38 | -0,18 % | 52-Wochen-Hoch 28.041,79 | 52-Wochen-Tief 23.476,10

Table with columns: TOPS des Jahres, 52-Wochen-Hoch, Dividendenrendite, Jahresdiv., Ex-Tag, KGV, Ergebnis. Rows include Airtown, Traton, Bilfinger, TAG Immobilien.

Table with columns: Tages-, Hoch, Tief, Verlauf, % Vortag, % 1 Jahr, 52 Wochen, Umsatz Letzte, HV Div., Divs., Ergebnis, KGV, MK Streu. Rows include Aixtron, Airtown, Aurubis, Bechtle, Bilfinger, Carl Zeiss Meditec, CTS Eventim, Delivery Hero, Encavis, Evonik Industries, Evotec, Fraport, freenet NA, Fresenius M. C. St., Fuchs Vz., GEA Group, Gerresheimer, Hella, HelloFresh, Hensoldt, HochTief, Hugo Boss NA, Jenoptik, Jungheinrich Vz., K+S NA, Kion Group, Knorr-Bremse, Kronos, Lanxess, LEG Immobilien, Lufthansa vNA, Nemetschek, Nordex, Puma, Rationale, Radacore Pharmacy, RTL Group, Scout24 NA, Siltron NA, Stabius S.A, Ströer & Co, TAG Immobilien, Talanx NA, TeamViewer SE, thyssenkrupp, Traton, TUI, United Internet NA, Wacker Chemie.

SDax (auch im 1 Euro Stoxx 50, 2 Stoxx 50, 3 TecDax) 13904,71 | -0,09 % | 52-Wochen-Hoch 15.337,24 | 52-Wochen-Tief 11.973,73

Table with columns: Tages-, Hoch, Tief, Verlauf, % Vortag, % 1 Jahr, 52 Wochen, Umsatz Letzte, HV Div., Divs., Ergebnis, KGV, MK Streu. Rows include 1&1, adesso, Adtran Hold, Adtran Networks, Amadeus Fire, Atoss Software, Auto1 Group, BayWa vNA, Borussia Dortmund, Cancom, Ceconomy St., CeWe Stiftung, CompuGroup Med., Dermapharm Holding, Deutz, Douglas, Drägerwerk Vz., Dt. Beteiligung, Dt. Pfandbriefbank, Dt. Wohnen Inh., Dürr, DWS Group, Eckert & Ziegler SE, Elmos Semicond., Energiekontor, Fielmann Grp., flatexDEGIR, GFT Technologies, Grand City Prop., Grenke NA, Hamborner Reit, Heidelb. Druck, Hornbach Hold., Hypoport SE, Indus Holding, Ionos Group, Jost Werke, Klöckner & Co. NA, Kontron, KSB VA, KWS Saat, Medios, Metro St., MLP, Mutares, Nagarro, Norma Group NA, Patrizia, PNE NA, ProSiebenSat.1, PVA TePla, RENK Group, SAF Holland, Salzitter, Schaeffler Vz., Schott Pharma, SFC Energy, SGL Carbon, Sixt St., SMA Solar Techn., Sto & Co. KGaA Vz, Stratec, Südzucker, Süss MicroTec NA, Takkt, thyssenkr. nucera, Verbio, Vitesco Techn. Grp., Vossloh, Wacker Neuson NA.

S&P500 5604,58 | -0,38 % | 52-W.-Hoch 5.669,67 | 52-W.-Tief 4.103,78

Table with columns: (Auswahl, ohne DJ-Indextitel), 28.8.2024, Verlauf, % Vortag, % 1 Jahr, 52 Wochen, Letzte, 2024, KGV, 2025. Rows include Abbott Laboratories, AbbVie Inc, Adobe, Adv. Micro Devices, AES Corp., AirBnB, Alphabet Inc. A, Alphabet Inc. C, Altria Group, Am. Intl. Group, Amer. Electr. Power, Amer. Tower Reit, American Airlines, American Water, Analog Devices, Ansys, Applied Materials, AT&T, Autodesk Inc., Automatic Data, Baker Hughes, Bank of America, Bank of New York, Berkshire Hath. B, Biogen Inc., Blackrock, Booking Hold., Bristol-Myers Squibb, Broadcom, C.H. Robinson Worldw., Cadence Design, Capital One, CDW Corp., Centerpoint Energy, Charles Schwab, Charter Comm., Cintas Corp., Citigroup, Cognizant Techn., Colgate-Palmolive, Comcast A, ConocoPhillips, Consolidated Edison, Const. Energy Corp., Copart Inc., Costar Group, Costco Wholesale Corp., Costco, CSX Corp., CVS Caremark, Danaheer Co., Deere & Co., Delta Airlines, DexCom, Diamondback Energy, Dollar Tree Stores, Dominion Energy, Duke Energy, Edison International, Electronic Arts Inc., Eli Lilly, Emerson Electric, Excelon Corp., Exxon Mobil, Fastenal Comp., FedEx Corp., FirstEnergy, Ford Motor, Fortinet, GE Aerospace, GE Healthcare, General Dynamics, General Motors, Genie Scanners, HUNT Transport, IDEX Laboratories, Intuit Inc., Intuitive Surgical Inc., Keurig Dr Pepper, KLA Corp., Kraft Heinz Co, Lam Research, Lockheed Martin, Lowe's, Lululemon Athlet., Marriott Intl., MasterCard, Meta Platforms, MetLife, Microchip Techn., Micron Techn., Moderna, Mondelez Intern., Monst Beverage, Morgan Stanley, Netflix, Nextera Energy, Nisource, Norfolk Southern, NVIDIA Corp., O'Reilly Automotive, Old Dominion Fr., ON Semiconductor, Occar Corporation, Pacar Inc., Palo Alto Networks, Paychex Inc., PayPal, Pepsico, Pfizer, PG & E Corp., Philip Morris, Pub Enterprise, Qualcomm Inc., Regeneron Pharma, Roper Technol., Ross Stores, Inc., RTX Corp., Simon, Southern Co., Southwest Airlines, Starbucks Corp., Super Micro Comp., Synopsys, Take-Two Inter. Softw., Target Corp., Tesla, Tesla Instruments, Thermo Fisher, T-Mobile US, U.S. Bancorp, Union Pacific, United Airlines Hold., UPS, Verisk Analytics, Vertex Pharm., Warner Bros. Disc., Wells Fargo, Xcel Energy.

Ausgewählte Einzelwerte

EuroStoxx50

4920,51 | +0,44 % | 52-Wochen-Hoch 5.121,71 | 52-Wochen-Tief 3.993,10

Table with columns: TOPS des Jahres, 52-Wochen-Hoch, Dividendenrendite, KGV. Lists companies like Adyen, UniCredit, Ferrari, etc.

Table with columns: (ohne deutsche Indextitel), Verlauf, % Vortag, % 1 Jahr, 52 Wochen, Umsatz, Letzte Div., Div. Rend., Ergebnis, KGV, MK Streu. Lists companies like AB Inbev, Adyen, Ahold Delhaize, etc.

Dow Jones

41306,70 | +0,14 % | 52-Wochen-Hoch 41.420,05 | 52-Wochen-Tief 32.327,20

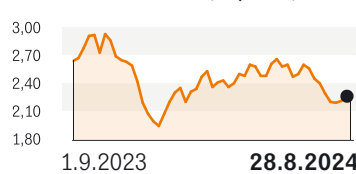
Table with columns: 28.8.2024 / 17:10 h, Verlauf, % Vortag, % 1 Jahr, 52 Wochen, Umsatz, Letzte Div., Div. Rend., Ergebnis, KGV, MK Streu. Lists companies like Amazon, American Express, Boeing, etc.

Aktuelle Kursinformationen finden Sie unter

http://finanzen.handelsblatt.com

Zinsen

Umlaufrendite



INTERNATIONALE RENDITEN

Table with columns: 10-j. Staatsanleihen, 28.8.2024, % in %, 27.8. Lists countries like Australien, Belgien, Dänemark, etc.

Devisenmärkte

US \$ je Euro



EURO-LEITZINSEN

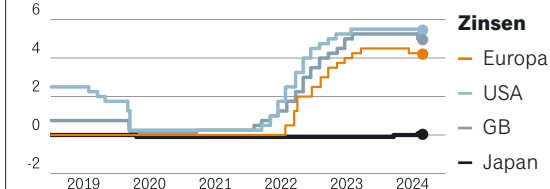
Table with columns: REFINANZIERUNG (REFI), ZINSKANAL FÜR TAGESGELD, MINDESTRESERVE Verzinsung, BASISZINS. Lists rates for various terms.

EURO-RENDITEN

Table with columns: 27.8.2024 Hypo. und Öffentl., 27.8.2024 Hypo. und Öffentl. Lists rates for different maturities.

AUSLÄNDISCHE LEITZINSEN

Table with columns: Dänemark, Großbritannien, Polen, Rumänien, Schweden, Tschechien, Ungarn. Lists rates for various countries.



Devisen- und Sortenkurse für 1 Euro

Table with columns: 28.8.2024, Devisen, Brief, 3 Monate, 6 Monate, Ref.kurse, Bankschalter. Lists exchange rates for various currencies.

Hinweis zum Kurstext: Telefon: 0800 0002053 oder Mail hb.aboservice@vhb.de. Aktien: Börseplatz Dax, MDax, SDax ist Xetra; Euro Stoxx, Dow Jones und S&P500 Heimatbörsen; Kurse und Dividenden von an deutschen Börsen gehandelten Werten verstehen sich in Euro pro Stück sofern es keine anderen Angaben gibt.

SUDOKU Zahlenspiele für Rätselfreunde

Sudoku (mittel) puzzle grid with numbers 1-9.

Sudoku (schwer) puzzle grid with numbers 1-9.

Lösungen vom 28.08.

Das Kulträtsel Sudoku auch unter: www.handelsblatt.com/sudoku

So funktioniert es: Füllen Sie die Matrix mit Zahlen von 1 - 9. Jede Ziffer darf nur einmal in jeder Spalte, Reihe und in den 3x3 Feldern vorkommen.

Sudoku (mittel) solution grid.

Sudoku (schwer) solution grid.

In Deutschland zugelassene Qualitätsfonds

Name Wshr. ISIN Rückn. Perf. 3J. in % Mittwoch, den 28.8.2024

INVESTMENTFONDS

Nachhaltigkeits-Fonds (ESG)



Telefon +49 69 7147-652 www.deka.de

Table listing various Deka investment funds with columns for fund name, ISIN, and performance metrics.

METZLER ASSET MANAGEMENT GMBH

Table listing Metzler Asset Management funds.

ODDO BHF ASSET MANAGEMENT

Table listing ODDO BHF Asset Management funds.



Telefon +49 2103 28410

Table listing ÖKOWORLD investment funds.



Telefon 069 58998-6060 www.union-investment.de

Table listing Union Investment funds.

ADEPT INVESTMENT MANAGEMENT PLC

Table listing ADEPT Investment Management funds.

Alpen Privatbank

alpenprivatbank.com Telefon +43 5517 202-01

Table listing Alpen Privatbank funds.

ALTE LEIPZIGER

Table listing Alte Leipziger funds.

AL TRUST EURO RELAX

Table listing AL Trust Euro Relax funds.



Table listing AXXION funds.



Table listing BNP Paribas Funds.

COMMERZ REAL

Table listing Commerz Real funds.

DAVIS FUNDS SICAV

Table listing Davis Funds SICAV funds.



Telefon +49 69 7147-652 www.deka.de

Table listing Deka investment funds.

Table listing Deka investment funds (continued).

Table listing Deka investment funds (continued).

DEKA INTERN.(LUX)(DEKA-GRUPPE)

Table listing Deka Intern. (Lux) funds.

DEKA IMMOBILIEN INVESTMENT

Table listing Deka Immobilien Investment funds.

DEKA-VERMÖGENSMANAGEMENT GMBH

Table listing Deka Vermögensmanagement funds.

DWS

Table listing DWS investment funds.



www.guinnessgi.com/de info@guinnessgi.com

Table listing Guinness investment funds.

GUTMANN KAPITALANLAGE

Table listing Gutmann Kapitalanlage funds.



www.hal-privatbank.com

Table listing Hauck Aufhäuser investment funds.



www.hwb-fonds.com | info@hwb-fonds.com Tel +49 651 1704 301 | +352 48 30 48 30

Table listing hwb investment funds.

IFM INDEPENDENT FD. MANAGEMENT AG

Table listing IFM Independent FD. Management funds.

INKA INTERN. KAPITALANLAGEGESELLSCHAFT

Table listing Inka Intern. Kapitalanlagegesellschaft funds.



Die Fonds-Designer www.ipconcept.com

Table listing IP Concept investment funds.

KANAM GRUND KAPITALANLAGEGES.MBH

Table listing Kanam Grund Kapitalanlagegesellschaft funds.

LILUX

Table listing Lilux investment funds.

LLB INVEST KAPITALANLAGEGES.MBH

Table listing LLB Invest Kapitalanlagegesellschaft funds.

LRI INVEST S.A.

Table listing LRI Invest S.A. funds.



Telefon +49 69 78808 137 fonda@mainfirst.com www.mainfirst.com

Table listing Mainfirst investment funds.



www.meag.com privat@meag.com

Table listing MEAG investment funds.

tägliche Anteilspreisveröffentlichungen - mitgeteilt von Infront Financial Technology GmbH

Table listing daily share price updates for various funds.

METZLER ASSET MANAGEMENT GMBH

Table listing Metzler Asset Management funds.

ODDO BHF ASSET MANAGEMENT

Table listing ODDO BHF Asset Management funds.

PAYDEN & RYDEL GLOBAL LTD.

Table listing Payden & Rydel Global Ltd. funds.

QUINT:ESSENCE CAPITAL S.A.

Table listing Quint:Essence Capital S.A. funds.



Telefon: 0800 1685555 www.sauren.de

Table listing Sauren investment funds.

SECURITY KAPITALANLAGE AG

Table listing Security Kapitalanlage AG funds.

SEMPER CONSTANTIA INVEST GMBH

Table listing Semper Constantia Invest GmbH funds.

STATE STREET

Table listing State Street investment funds.

UNIVERSAL-INVESTMENT-LUXEMBOURG S.A.

Table listing Universal-Investment-Luxembourg S.A. funds.

WARBURG INVEST

Table listing Warburg Invest funds.

W&W ASSET MANAGEMENT DUBLIN

Table listing W&W Asset Management Dublin funds.

Table listing various international investment funds.



Telefon 069 58998-6060 www.union-investment.de

Table listing Union Investment funds.

UNION INVESTMENT (LUXEMBURG)

Table listing Union Investment (Luxembourg) funds.

UNION INVESTMENT REAL ESTATE

Table listing Union Investment Real Estate funds.

UNIVERSAL-INVESTMENT-LUXEMBOURG S.A.

Table listing Universal-Investment-Luxembourg S.A. funds.

WARBURG INVEST

Table listing Warburg Invest funds.

W&W ASSET MANAGEMENT DUBLIN

Table listing W&W Asset Management Dublin funds.

* Fondspreise/ETF-Preise etc. vom Vortag oder letzt verfügbar
Investmentfonds nach Kapitalanlagegesetzbuch (KAGB)
NAV: Nettoinventarwert

WÄHRUNGEN: AU=Australischer Dollar, CH=Schweizer Franken, CA=Canadischer Dollar, DK=Dänische Krone, EU=Euro, GB=Brit. Pfund, JP=Japanische Yen, NO=Norwegische Krone, PL=Polnische Zloty, SE=Schwedische Krone, SG=Singapur-Dollar, US=Dollar

Bei der ausschüttenden Tranche ist die Währung gefestsetzt.

Weitere Fonds-Infos unter:
https://handelsblatt.com/boerse/fonds
Fondsinformationen für Profis im IPT
https://www.infrontfinance.com/products/infront-professional-terminal/

Alle Angaben ohne Gewähr, keine Anlageberatung oder -empfehlung.



+49 69 26095760 fundservice@infrontfinance.com
Infront publiziert die Fondsdaten im Auftrag der Fondsgesellschaften als besonderen Service für deren Anleger.



Immobilienkauf

Jung kauft Alt – für wen sich das Förderprogramm lohnt

Mit einem neuen Förderprogramm will die Bundesregierung Familien zur Sanierung alter Häuser animieren. Das Konzept birgt jedoch Risiken.

Christian Schnell München

Es klingt wie die Idealvorstellung für nachhaltige Immobiliennutzung: Eine junge Familie mit begrenztem Einkommen kauft für günstiges Geld ein in die Jahre gekommenes Haus und saniert es. Breite Kreise der Bevölkerung erhalten so Zugang zu Wohneigentum, zudem verschönern anschließend sanierte Häuser das Stadtbild. Am Ende wäre es ein Gewinn für alle Seiten.

So jedenfalls lauten die Vorstellungen hinter weit über hundert unterschiedlichen Programmen unter dem Titel „Jung kauft Alt“, die es auf regionaler Ebene bundesweit schon gibt. Anfang September stellt auch die Bundesregierung ihr Programm unter diesem Namen vor.

Bereits klar scheint, dass junge Familien darüber ein zinsverbilligtes Darlehen der Förderbank KfW erhalten können, wenn sie ein Haus der schlechten Energieeffizienzklassen F, G oder H erwerben und innerhalb von viereinhalb Jahren auf den hohen energetischen Standard „Effizienzhaus 70 EE“ umbauen. Das Darlehen soll bis zu 150.000 Euro umfassen, der günstigste Zinssatz

liegt bei 1,79 Prozent. Es erhalten aber nur Familien mit einem Kind, deren jährliches Haushaltseinkommen 90.000 Euro nicht überschreitet. Um 10.000 Euro steigt diese Einkommensgrenze mit jedem weiteren Kind.

Interessierte, die bereits darüber nachdenken, den heimischen Markt nach geeigneten Bestandsobjekten zu sondieren, sollten indes mit Bedacht agieren. Denn die Fördervorgaben sind strikt und gerade sanierungsbedürftige Immobilien bergen oftmals böse Überraschungen. „Ein solches Angebot ist für junge Familien interessant, die handwerklich geschickt sind und einen guten Teil der Sanierung mit Freunden und Verwandten in Eigenleistung stemmen können“, sagt Dieter Bialas, Makler bei Winkler und Brendel in Bayreuth.

Denn einige Risiken gibt es beim Kauf eines sanierungsbedürftigen Hauses im Rahmen der Förderprogramme.

1. Enger Zeitrahmen

Schon vor der Verkündigung durch das Wohnungsbauministerium scheint klar, dass das in den kommenden Tagen präsentierte KfW-Programm mit dem offiziellen Titel „Wohneigentum

“

Ein solches Angebot ist für junge Familien interessant, die handwerklich geschickt sind und einen guten Teil der Sanierung mit Freunden und Verwandten in Eigenleistung stemmen können.

Dieter Bialas
Makler bei Winkler und Brendel

für Familien – Bestandserwerb – 308“ den Käufern nur 54 Monate für eine umfassende Sanierung lässt.

Innerhalb dieses Zeitraums müssen die Käufer ein Haus mit einem überdurchschnittlich hohen Energieverbrauch auf einen Standard bringen, demzufolge es 30 Prozent weniger Energie benötigt als ein Referenzhaus nach Definition des Gebäudeenergiegesetzes (GEG). Denn so definieren es die Vorgaben des Standards „Effizienzhaus 70“. Um auch den geforderten Zusatz „EE“ zu erfüllen, müssen nach der Sanierung 65 Prozent der Wärme aus erneuerbaren Energien kommen.

2. Hohe Folgekosten

Wer alle Vorgaben erfüllen will, muss komplett sanieren. Nötig sind in der Regel die Dämmung der Gebäudehülle, um so den Wärmeverlust durch Wände, Dach und Fußboden zu verringern. In diesem Zusammenhang werden oft auch Fenster und Türen ausgetauscht.

Die Experten der Bausparkasse Schwäbisch Hall haben in einer Beispielrechnung für die Sanierung eines Einfamilienhauses aus den 1980er-

Jahren Kosten von bis zu 117.500 Euro errechnet. Noch nicht dabei ist die Erneuerung der Heizungsanlage, sodass am Ende eine Gesamtsumme von 150.000 Euro stehen kann, die ein Käufer zum Kaufpreis hinzurechnen muss.

3. Überhöhter Kaufpreis

Wer solch hohe Zusatzkosten vor der Brust hat, für den ist ein günstiger Kaufpreis der sanierungsbedürftigen Immobilie entscheidend. „Bei gebrauchten Häusern der Effizienzklasse F, G oder H ist der Preis für potenzielle Käufer maßgeblich. Ist er günstig, dann rechnet sich auch die Sanierung“, sagt Makler Dieter Bialas.

Für die Energieeffizienzklasse F bedeutet das laut dem Portal myplanenergy.de Preisabschläge von 30 bis 40 Prozent gegenüber einer Immobilie auf zeitgemäßem Niveau. Noch höher ist der Abschlag bei der schlechtesten Stufe H. Immobilien dieser Kategorie werden von der Bundesregierung auch als „Worst Performing Building“ (WPB) eingestuft. Ist ein solches Haus energetisch saniert, ist der Einspareffekt an Energie hoch. So verbraucht ein Effizienzhaus 70 EE lediglich 45 Kilowattstunden pro Quadratmeter (kWh/qm) im Vergleich zu einem WPB-Haus. Hier sind es mehr als 250 kWh/qm. Bei den Heizkosten stehen rund neun Euro je Quadratmeter im Jahr bei einem energetisch sanierten Haus mindestens 50 Euro bei einem unsanierten Haus gegenüber.

4. Begrenzter Kreditrahmen

Paare mit einem Kind können im Rahmen des neuen Förderprogramms für den Kauf einen vergünstigten Kredit von bis zu 100.000 Euro erhalten. Bei zwei Kindern erhöht sich der Rahmen auf 125.000 Euro, bei drei Kindern sind 150.000 Euro möglich. Auch für ein sanierungsbedürftiges Haus abseits der Metropolen dürfte diese Summe aber nur in seltenen Fällen ausreichen. Entweder ist ein zweites Darlehen nötig oder die Käufer verfügen über umfangreiche Eigenmittel.

5. Kombination mit anderen KfW-Programmen

Geht es nach dem Kauf an die Sanierung, ist die Kombination mit anderen Förderprogrammen der KfW möglich. Infrage kommt etwa das Kreditprogramm mit der Nummer 261. In dessen Rahmen können Käufer derzeit einen weiteren Kredit von bis zu 150.000 Euro ab einem effektiven Jahreszins von 1,79 Prozent erhalten. Diese Summe können sie dann für die Sanierung aufwenden.

Steht am Ende ein Effizienzhaus 70 der Erneuerbare-Energien-Klasse EE, müssen 15 Prozent der Darlehenssumme nicht zurückgezahlt werden. Von einem Kredit von 150.000 Euro bekämen Sanierer somit 22.500 Euro erlassen.

6. Kombination mit regionalen „Jung kauft Alt“-Programmen

Lange bevor der Bund nun jungen Familien den Einstieg in Wohneigentum über den Kauf älterer Häuser ermöglichen will, haben Städte und Gemeinden schon ähnliche regionale Programme aufgelegt. 119 von ihnen hat das Forschungsinstitut Empirica vor zwei Jahren bundesweit ausgemacht.

Im Einzelnen ergeben sich große Unterschiede – auch zum neuen KfW-Programm des Bundes. Statt über einen günstigen Kredit unterstützen viele Kommunen über einen Grundbetrag samt Kinderzuschüssen. Diese Zahlung wird entweder einmalig oder über Jahre ausgezahlt. Laut der Empirica-Auswertung trägt der örtliche Zuschuss oftmals fünf bis sieben Prozent zu den Modernisierungskosten bei.

Ebenfalls anders: Die meisten Kommunen machen die Sanierung des Altbaus nicht zur Bedingung für die Förderung. Stattdessen unterstützen zwei Drittel sogar den Abriss und einen anschließenden Neubau. Auch in der Definition eines Altbaus unterscheiden sich viele Kommunen. Sie reicht von einem Alter der Immobilie zwischen 25 und 80 Jahren. Auskünfte zur jeweiligen regionalen Förderung geben die Kommunen.

Immobilienfinanzierung

Für diese Objekte vergeben Banken wieder mehr Kredite

Die Immobilienkrise hat die Pfandbriefbanken getroffen. Nun gibt es Grund für Optimismus: Vor allem in einem Bereich steigen die Darlehenszusagen.

Carsten Herz Frankfurt

Hohe Baukosten, anhaltende Inflation, steigende Zinsen: Das schwierige Umfeld im deutschen Immobilienmarkt hat zuletzt zahlreiche Kaufinteressenten von ihrer Suche abgebracht – trotz sinkender Preise. Doch am Mittwoch veröffentlichte Finanzierungsdaten des Verbands deutscher Pfandbriefbanken (VDP) zeigen, dass das Neugeschäft in der Immobilienfinanzierung wieder deutlich zulegt. Demnach zieht das Volumen der Immobiliendarlehen der im Verband zusammengeschlossenen Kapitalgeber im zweiten Quartal dieses Jahres im Vergleich zum Vorjahresquartal um 15,6 Prozent auf 31,2 Milliarden Euro an.

Es ist der dritte Anstieg in Folge und das beste Quartalsergebnis seit dem dritten Quartal 2022, heißt es vom Verband, zu dessen Mitgliedern wichtige Kapitalgeber wie Deutsche Bank, Commerzbank, Landesbanken und große Sparkassen zählen. Für die Banken selbst ist die Immobilienfinanzierung ein bedeutendes Geschäftsfeld.

Doch die Verteilung der Darlehen in den Sektoren ist sehr unterschiedlich. Wo steigen die Kreditzusagen deutlich – und wo nicht? Lesen Sie hier, wie sich die Kreditvergabe im Detail entwickelt.

Treiber der positiven Entwicklung des Neugeschäftsvolumens sind die Finanzierungen von Wohnimmobilien. Die Kreditvergabe für den Bau und den Erwerb von Wohnungen und Häusern erhöhte sich laut VDP im zweiten Quartal 2024 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 33,1 Prozent auf 20,1 Milliarden Euro. Seit Jahresbeginn legte das Finanzierungsgeschäft in diesem Sektor mit einem Volumen von insgesamt 37,9 Milliarden Euro gegenüber dem ersten Halbjahr 2023 um 19,6 Prozent zu.

Die Zahlen verstärken den Eindruck, dass auf dem Kaufmarkt für Wohnimmobilien die Nachfrage wieder zunimmt. So ist auch der knapp zwei Jahre dauernde Verfall der Immobilienpreise in Deutschland nach den jüngst vorgelegten Daten des VDP vorerst gestoppt. Laut dem Immobilienindex des Verbands steigen die Wohnimmobilienpreise im zweiten Quartal leicht um 0,5 Prozent im Vergleich zum direkten Vorquartal in die Höhe.

„Erstmals seit Herbst 2022 liegt das Immobilienfinanzierungsvolumen in einem Quartal wieder oberhalb von 31 Milliarden Euro“, betonte VDP-Hauptgeschäftsführer Jens Tolckmitt zur Entwicklung des Gesamtmarkts. Die Belegung des Geschäfts verfestigte sich damit. Der Wohnimmobilienmarkt profitiere vom inzwischen sta-

bilieren Zins- und Preisumfeld und angepassten Renditen für Käufer.

Beim Kreditgeschäft legten dabei alle Wohnsegmente deutlich zu. Ein Bereich ragt jedoch heraus: Mehrfamilienhäuser. Hier stieg das Kreditvolumen im zweiten Quartal gegenüber dem Vorquartal um 57,6 Prozent. Die Darlehen für Ein- und Zweifamilienhäuser legten in diesem Zeitraum um 25 Prozent und für Eigentumswohnungen um 38,7 Prozent zu. Die Gesamtentwicklung im zweiten Quartal steht damit im Kontrast zum ersten, weshalb die Zuwächse im Halbjahresvergleich auch deutlich anders ausfallen: Demnach stieg das Kreditgeschäft von Eigentumswohnungen mit 37,9 Prozent am deutlichsten, gefolgt von Ein- und Zweifamilienhäusern (24,2 Prozent) und lediglich 2,2 Prozent bei Mehrfamilienhäusern.

Schwierig bleibt das Kreditgeschäft für Gewerbeimmobilien. So bewegte sich bei den Banken der Umfang der neuen Gewerbeimmobiliendarlehen mit 11,1 Milliarden Euro auf dem vergleichsweise schwachen Niveau des Vorjahresquartals. Wird in diesem Sektor investiert, dann vor allem in neue Büros. So dominieren im Gewerbesegment laut den VDP-Zahlen vor allem Kreditzusagen für Büroimmobilien. Ihr Anteil machte im zweiten Quartal mit fünf Milliarden Euro knapp die Hälfte des Finanzierungsgeschäfts im Gewerbebereich aus, gefolgt von Einzelhandelsimmobilien und Hotelgebäuden.

Aufwärtstrend in der Immobilienfinanzierung

Kreditvolumen für Wohnimmobiliendarlehen im 2. Quartal 2024 in Mrd. Euro

		Veränderung zum Vorjahr
Wohnimmobilien, davon:	20,1 Mrd. €	+33 %
1-/2-Familienhäuser	9,5	+25 %
Mehrfamilienhäuser	5,2	+58 %
Eigentumswohnungen	4,3	+39 %
Sonstige	1,1	±0 %
Gewerbeimmobilien	11,1 Mrd. €	-7%
Gesamt	31,2 Mrd. €	+16 %

HANDELSBLATT

Quelle: Darlehenszusagen der Vdp-Mitgliedsbanken



Getty Images

Wohngebiet: Besonders die Finanzierung von Wohnimmobilien treibt das Geschäft an.

Eine breite Erholung löst das aber bisher nicht aus. Denn der Verband schränkt ein: „Während die Kreditvergabe für Einzelhandelsobjekte und sonstige Gewerbegebäude sowohl auf Einzelquartals- als auch auf Halbjahresbasis deutliche Anstiege gegenüber den Vorjahreszeiträumen aufwies, ließ das Finanzierungsvolumen für Büroimmobilien und Hotels jeweils merklich nach.“

Zuletzt hatte es Anzeichen gegeben, dass sich die Lage bei Gewerbeimmobilien stabilisiert. So kletterten die Preise für deutsche Büroimmobilien im zweiten Quartal um 0,3 Prozent, verglichen mit den ersten drei Monaten des Jahres, wie jüngst veröffentlichte Daten des VDP zeigen. Es war der erste Anstieg auf Quartalsbasis seit dem Höhepunkt des Marktes vor zwei Jahren.

Vor wenigen Tagen sagte der Konzernchef des Landesbank Helaba, Thomas Groß: „Im Immobilienmarkt sehen wir erste Zeichen, durchaus auch belastbare Zeichen, einer gewissen Bodenbildung in der gewerblichen Immobilienfinanzierung.“



Handelsblatt Today



imago

Palästinensische Wirtschaft vor dem Kollaps

Mit dem jüngsten Großeinsatz der israelischen Armee im besetzten Westjordanland rückt auch Israels Siedlungspolitik wieder stärker in den Fokus der öffentlichen Debatte – auch im Hinblick auf wirtschaftliche Schäden Palästinas. Experten befürchten, dass das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) der Palästinensischen Gebiete infolge der Siedlungspolitik sowie des Gazakriegs um 16 Prozent sinken wird. Das geht aus einer Studie der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) und des palästinensischen Zentralamts für Statistik (PCBS) hervor.



Das Westjordanland ist die Werkbank Israels.

Inga Rogg

Israel-Korrespondentin

Israel-Korrespondentin Inga Rogg berichtet im Podcast, wie sie die Bedingungen für Unternehmer im Westjordanland vor Ort erlebt hat: „Alle Geschäftsleute, mit denen ich gesprochen habe, sagen, die Lage ist katastrophal.“ Die Konsequenzen für die heimische Wirtschaft reichten von der Schließung von UN-Hilfsprojekten bis hin zur Behinderung von deutschen Entwicklungsprojekten.

Außerdem erklärt Tech-Teamleiter Thomas Jahn, wieso Nvidia vor großen Herausforderungen steht.

Moderiert von Sandra Groeneveld



Handelsblatt Today ist der börsentägliche Podcast aus dem Newsroom des Handelsblatts und erscheint Montag bis Freitag um 17.30 Uhr.



Brent-Preis

Wie nachhaltig ist der jüngste Preisanstieg bei Öl?

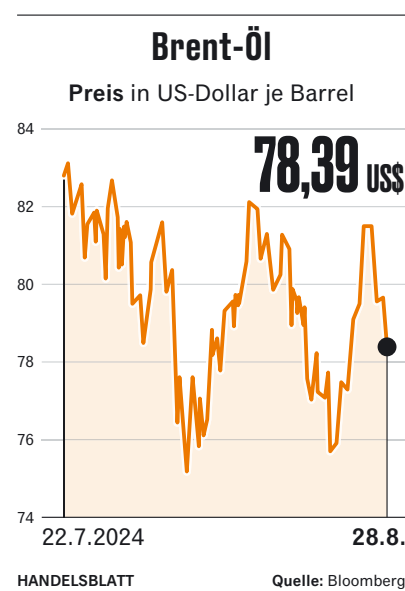
Nachfragesorgen auf der einen, geopolitische Risiken in Libyen und dem nahen Osten auf der anderen Seite: Anleger sollten beim Ölpreis auf drei Faktoren achten.

Judith Henke Frankfurt

Der Ölpreis pendelt seit Anfang der Woche wieder um die Marke von 80 US-Dollar pro Barrel. Noch in der vergangenen Woche kostete ein Barrel der Benchmark-Sorte Brent mit knapp über 75 US-Dollar so wenig wie zuletzt im Januar.

Dass sich der Ölpreis so schnell erholt hat, liegt an neuen geopolitischen Risiken: Libyen setzt seine Ölproduktion und -ausfuhr aus. Hintergrund sind Machtspiele der beiden Regierungen des Landes. Sie wollen jeweils die Kontrolle über die Zentralbank erlangen, die die Energieeinnahmen des Landes verwaltet.

Solange die libysche Rohölförderung unterbrochen ist, ist der Ölmarkt angespannt. Libyen trägt mit 1,18 Millionen Barrel pro Tag zu einem Prozent der globalen Ölförderung bei. Zum Vergleich: Die freiwilligen Kürzungen, mit denen acht Mitgliedsländer des erweiterten Ölkartells Opec plus seit Ende 2023 für stabile Preise sorgen wollen, belaufen sich derzeit auf 2,2 Millionen Barrel. Würde das gesamte Ölangebot aus Libyen für eine längere Zeit wegfallen, könnte das den Ölpreis also durchaus nach oben treiben. Laut



Commerzbank-Analystin Barbara Lambrecht ist die Gefahr eines langfristigen Ausfalls aber gering, da das Land stark von den Öleinnahmen abhängig ist.

Sollte Libyen die Ölproduktion wieder aufnehmen, dürften die Preise somit wieder fallen. Bereits am Dienstagabend kostete ein Barrel Brent wieder etwas weniger als 80 US-Dollar. Denn die schwache Nach-

frage, vor allem aus China, drückt die Stimmung auf dem Ölmarkt. An der Wall Street haben einige Analysten bereits ihre Preisprognosen für Rohöl für das kommende Jahr gesenkt. So rechnet Goldman Sachs im Jahr 2025 für Brent-Öl mit einem Durchschnittspreis von 77 US-Dollar pro Barrel. Morgan Stanley geht von 75 bis 78 US-Dollar aus. Die Banken erwarten ein Überangebot auf dem Ölmarkt.

Nachfragesorgen auf der einen, geopolitische Risiken auf der anderen Seite – seit etwa einem Monat zeigt sich der Ölpreis insgesamt unentschieden. Wie der Brent-Preis sich weiterentwickelt und ob er die psychologisch wichtige 80-US-Dollar-Marke nachhaltig überwindet, hängt von folgenden Faktoren ab.

1. Nachfrage aus China

Die Wirtschaft in China, weltweit größter Ölimporteur, zeigt weiterhin Schwächen. Im Juli blieb der Einkaufsmangerindex für das verarbeitende Gewerbe bei einem Wert unter 50, was auf eine Abschwächung des Wachstums hinweist.

Die dortige Industrie benötigt also für ihre Produktion weniger Öl als erwartet. So sank die Rohölverarbeitung in China zuletzt auf das niedrigste Niveau seit Herbst 2022. Chinas Nach-



Produktionsanlage in Libyen:
Neue geopolitische Risiken.

frage nach Öl lag im zweiten Quartal mit 110.000 Barrel pro Tag unter dem Vorjahresniveau. Die Internationale Energieagentur (IEA) revidierte unter anderem deswegen ihre Prognose für die weltweite Ölnachfrage in diesem Jahr leicht nach unten.

Für das Ölkartell Opec plus ist diese Prognose ein Dilemma. Ursprünglich wollten die acht Mitgliedstaaten, die ihre Ölproduktion derzeit freiwillig einschränken, ihre einseitigen Kürzungen ab Oktober bis Ende 2025 schrittweise zurücknehmen. Eine Klausel in ihrer Erklärung ermöglicht es, die Erhöhung der Produktion je nach Marktlage jederzeit zu stoppen oder rückgängig zu machen.

Analysten rechnen nicht damit, dass die Opec plus wie angekündigt die Produktion ab Oktober wieder erhöht. „Denn ansonsten würden aufgrund der verhaltenen Nachfrage im vierten Quartal ein Überangebot und ein nicht erwünschter Preisrückgang drohen“, schreibt etwa Carsten Fritsch von der Commerzbank. Dennoch habe er die Ölpreisprognose für das Jahresende wegen der schwachen Nachfrage aus China um fünf US-Dollar auf 85 US-Dollar pro Barrel gesenkt.

Doch auch wenn das erweiterte Ölkartell mit seiner Produktionserhöhung wartet: Das Ölangebot außerhalb der Opec plus wächst. Daten der US-Energiebehörde zeigen: Seit 2016 ist die Produktion der Opec-plus-Staaten um rund fünf Millionen Barrel pro Tag gesunken, während die Förderung außerhalb der Öllianz im gleichen Zeitraum um mehr als 10,5 Millionen Barrel pro Tag gestiegen ist.

So wächst etwa in Kanada und Guyana die Produktion. „Das Wachstum der Nicht-Opec-Angebote wird weitgehend mit dem Wachstum der Gesamtnachfrage übereinstimmen“, sagt Spencer Dale, Chefvolkswirt bei BP, gegenüber dem Finanzdienst Bloomberg. Der Spielraum der Opec

plus sei also auch künftig begrenzt. Ab 2025 rechnet die IEA mit deutlichen Angebotsüberschüssen auf dem Ölmarkt. „Um diese zu verhindern, müsste die Opec plus die Produktion bis 2029 kontinuierlich reduzieren“, so die Commerzbank-Analysten Fritsch und Lambrecht.

2. Krieg im Nahen Osten

Die politische Situation in Libyen und der damit zusammenhängende Produktionsausfall dort zeigen: Der Ölpreis könnte jederzeit wegen geopolitischer Risiken deutlich steigen. Vor allem auf Entwicklungen im Nahen Osten hat der Ölpreis in der Vergangenheit immer wieder reagiert. So stieg er beispielsweise im April auf über 90 US-Dollar pro Barrel, nachdem der Iran nach dem israelischen Angriff auf das iranische Botschaftsgelände in Syrien mit Vergeltung gedroht hatte.

Anfang dieser Woche legte der Ölpreis zu, nachdem am Sonntagmorgen die Hisbollah-Miliz zahlreiche Raketen und Drohnen auf israelische Ziele gelenkt hatte. Israels Armee reagierte daraufhin mit Gegenangriffen.

Der Konflikt im Nahen Osten droht somit weiter zu eskalieren. Die Region ist für rund ein Drittel des globalen Ölangebots verantwortlich. Allein der Iran produzierte im Juli knapp 3,3 Millionen Barrel pro Tag. Das sind mehr als drei Prozent des weltweiten Ölangebots, das laut der IEA bei 102,9 Millionen Barrel pro Tag liegt. Würden diese Fördermengen wegen verschärfter Sanktionen oder Angriffe auf die Infrastruktur wegfallen, dürfte der Ölpreis steigen.

Zu den größten Risiken zählt laut Commerzbank-Analyst Fritsch die Beeinträchtigung der Öltransporte durch die Straße von Hormus. Durch die Meerenge, die den Persischen Golf und den Golf von Oman verbindet, wird täglich rund ein Fünftel der weltweiten Ölproduktion transportiert. Eine Umleitung über andere Transportrouten sei nicht oder nur sehr begrenzt möglich, so Fritsch. Analysten halten eine Blockade grundsätzlich für sehr unwahrscheinlich, da der Iran die Straße von Hormus selbst für wichtige Exporte benötigt, durch die das Land auch seinen Krieg finanziert. Sollte dieses Extremszenario aber doch eintreffen, könnte der Ölpreis laut Prognosen der Weltbank bis auf 140 bis 157 US-Dollar steigen.

3. Automatisierte Handelsstrategien

Nicht alle Ölpreisbewegungen sind auf geopolitische Risiken oder Fundamentaldaten zurückzuführen. So beschleunigt sich eine Preisbewegung am Ölmarkt oft auch dann, wenn eine wichtige Marke nach oben oder unten durchbrochen wird – etwa 75 oder 80 US-Dollar.

Das liegt daran, dass immer größere Engagements am Ölmarkt von algorithmischen Handelssystemen gesteuert werden. Viele dieser Algorithmen tendieren dazu, Trends zu folgen: also zu verkaufen, wenn die Preise sinken, und zu kaufen, wenn sie steigen.

Etwa 70 Prozent des Volumens auf dem Ölderivatemarkt würden algorithmisch gehandelt, schätzt der Mathematiker Ilia Bouchouev, der unter dem Titel „Virtual Barrels“ ein Buch über Ölderivate geschrieben hat. Diese Algorithmen seien sehr schlecht darin, geopolitische Risikoprämien zu modellieren, so Bouchouev. Daher seien sie seit mehreren Monaten eher „short“, also in Erwartung fallender Preise, positioniert.

Chart des Tages

Aroundtown hebt Gewinnprognose an

Investoren hoffen auf eine Trendwende bei dem Gewerbeimmobilieninvestor.

Die Aktie des Gewerbeimmobilieninvestors Aroundtown ist am Mittwoch um bis zu fünf Prozent gestiegen und hat sich damit an die Spitze des Nebenwertsindex MDax gesetzt. Hauptgrund für den Kurssprung war, dass der Immobilienkonzern seine Prognose für das Betriebsergebnis um zehn Millionen Euro angehoben hat. Die für die Branche entscheidende Gewinngröße (FFO I) soll demnach in diesem Jahr 290 bis 320 Millionen Euro erreichen.

Das läge zwar unter den im vergangenen Jahr erreichten 332 Millionen Euro. Investoren interpretierten die Prognoseanhebung indes wohl als Zeichen für eine Trendwende nach oben. Im ersten Halbjahr ging das Betriebsergebnis um zwölf Prozent auf 154 Millionen Euro zurück. Netto verbuchte die Firma infolge von Wertberichtigungen ein Minus von 329,6 Millionen Euro. Vor Jahresfrist war wegen milliardenschwerer Wertberichtigungen ein Verlust von 1,3 Milliarden Euro angefallen. Die Aroundtown-Aktie hat seit Ende Februar rund 45 Prozent zugelegt. Seit Januar liegt sie noch fünf Prozent im Minus. HB

Aroundtown

Aktienkurs in Euro



ANZEIGE

HELLO PIONEERS

Von NRW in die Welt.
Scale-up.NRW verhilft erfolgreichen Start-ups zu internationalem Wachstum.







Erfahre mehr zu Scale-up.NRW und werde Teil der Community.

BEAUFTRAGT VON:



UMGESETZT VON:



MEDIEN- UND RESEARCHPARTNER:



MSCI World Aktien → 3.647,30 Pkt. +0,15 %	MSCI Emerging Markets ↘ 1.099,77 Pkt. -0,41 %	Yen/Euro → 160,84 Yen +0,11 %	CHF/Euro ↗ 0,9374 sfr +0,42 %	10-jährige Bundesanleihe → 2,263 % Rendite -0,02 PP	10-jährige US-Staatsanleihe → 3,829 % Rendite +0,01 PP	Silber (Feinunze) ↘ 29,39 US\$ -1,96 %	Bitcoin ↘ 58.878 US\$ -4,81 %
---	---	-------------------------------------	-------------------------------------	---	--	--	-------------------------------------

— Märkte-Insight —

Neue Stars - neue Rekorde

Der Aufschwung an den Weltbörsen geht weiter, allerdings mit neuen Favoriten. Dieser Wechsel hat auch Auswirkungen auf den deutschen Aktienmarkt.



Getty Images

Die Börsen sind wieder in Rekordstimmung: Der Dax erreichte am Mittwoch ein Tageshoch von 18.857 Zählern und lag damit nicht mehr weit von seinem Mitte Mai erreichten Hoch von 18.892 Punkten entfernt. Dem MSCI World, in dem die Aktien der weltweit 1650 wertvollsten Unternehmen notieren, war zu Wochenbeginn ein neuer Rekord bei knapp 3660 Punkten gelungen.

Dass die Börsen so schnell neue Bestmarken erreichen würden, ist bemerkenswert, denn von Mitte Juli bis Anfang August fiel das Weltaktienbarometer um elf Prozent. Hauptgrund für den Schwächeanfall waren im Wesentlichen Kursverluste der „Big Seven“: Microsoft, Apple, Alphabet, Amazon, Meta, Nvidia und Tesla. Diese sieben stehen für rund 20 Prozent des Börsenwerts des gesamten MSCI World. Viele Aktionäre bekamen im Juli Zweifel, die sich im Übrigen bis heute halten, ob die starken Kursanstiege der amerikanischen IT-Aktien noch gerechtfertigt sind.

Die Bedenken haben einen realen Hintergrund: Im ersten Quartal waren die Gewinne der „Glorreichen Sieben“ nur noch um 38 Prozent gegenüber dem Vorjahr gestiegen, nachdem es in den Dreimonatsperioden davor fast immer mehr als 50 Prozent waren. Im zweiten Quartal 2024 legten bislang sechs der sieben Unternehmen Zahlen vor und brachten es auf ein Plus von 29 Prozent. Der Chipdesigner Nvidia folgt mit seiner Bilanz als siebtes Unternehmen in der Nacht zum Donnerstag.

„Für die nächsten zwölf Monate wird nur noch mit einem Anstieg von 23 Prozent gerechnet“, sagt Ulrich Stephan von der Deutschen Bank. Der Chefanlagestrategie stützt sich dabei auf Durchschnittsberechnungen der Analysten. Der Gewinnrendenzweig weist also eindeutig nach unten. Das ist wohl auch der Grund dafür, warum diesmal nicht die „Big Seven“ den MSCI World nach oben treiben. Die meisten IT-Werte haben ihre seit Juli erlittenen Verluste noch nicht wieder wettgemacht.

Apple und Meta gewannen lediglich vier Prozent, seitdem die weltweite Aktienrally am 1. August gestartet ist. Microsoft verlor sogar ein Prozent an Wert, Alphabet und Tesla büßten vier Prozent ein, Amazon sogar sechs Prozent. Einzige Ausnahme ist Nvidia: Die Aktie legte seit dem Börsentief im August um weitere 18 Prozent zu.

Ulf Sommer ist Redakteur im Unternehmensressort. Sie erreichen ihn unter: sommer@handelsblatt.com



Frank Beer

Treiber des MSCI World sind diesmal andere Aktien. Der Pharmahersteller Eli Lilly verteuerte sich seit dem Tief um 15 Prozent, der Streamingdienst Netflix um zwölf Prozent und die Großhandelskette Costco um elf Prozent. Die Aktie von Coca-Cola ist am Dienstag sogar auf ein Rekordhoch gestiegen. Seit der zweiten Juli-Woche legte der Titel um 15 Prozent zu und zeigte auch während des zwischenzeitlichen weltweiten Börseneinbruchs keinerlei Schwächen. Ein Grund dafür sind starke Quartalszahlen: Dem Getränkehersteller gelingt es, höhere Preise durchzusetzen, ohne von den Handelsketten aus den Regalen verbannt zu werden.

Aktionäre erleben damit – abgesehen von Nvidia – eine typische Branchenrotation: weniger Technologie, mehr klassische Branchen wie Konsum, Pharma, aber auch die lange Zeit vernachlässigten Finanztitel. Die Aktie der von Starinvestor Warren Buffett geführten Berkshire-Hathaway-Holding ist mit 693.000 Dollar so teuer wie noch nie. Die Finanzholding erreichte am Mittwoch erstmals einen Börsenwert von einer Billion. Diese Sphären waren bislang Amerikas Technologieaktien vorbehalten. Der Dax spiegelt diese Rotation gut wider. Auf Monatssicht legten die Aktien von Hannover Rück (Versicherung), Vonovia (Immobilien) und Merck (Pharma) mit Zuwächsen von zehn bis zwölf Prozent am stärksten unter allen 40 Dax-Konzernen zu. Die Kurse der beiden Technologieaktien SAP und Infineon stagnierten dagegen nur.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 17.40 Uhr

Börse am Donnerstag

Vier Punkte, die für Anleger heute wichtig sind

1 Deutsche Inflation

Die deutsche Inflation ist nach Prognosen von Ökonomen im August auf den niedrigsten Stand seit fast dreieinhalb Jahren gesunken. Die Verbraucherpreise dürften um durchschnittlich 2,1 Prozent im Vergleich zum Vorjahresmonat steigen, erwarten Volkswirte. Das wäre die niedrigste Teuerungsrate seit April 2021. Im Juli war sie noch auf 2,3 Prozent gestiegen von 2,2 Prozent im Monat Juni. Das Statistische Bundesamt will am Donnerstag nachmittag seine erste Schätzung für August veröffentlichen.

2 US-Wirtschaft

Die zweite Schätzung zur Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) der USA im zweiten Quartal wird veröffentlicht. Ökonomen erwarten, dass die erste Schätzung aus dem Juli bestätigt wird und das BIP auf das Jahr hochgerechnet um 2,8 Prozent zugelegt hat. Damit hätte das Wachstum gegenüber dem ersten Jahresviertel deutlich an Fahrt gewonnen. Zum Jahresbeginn war das BIP annualisiert um 1,4 Prozent gewachsen.

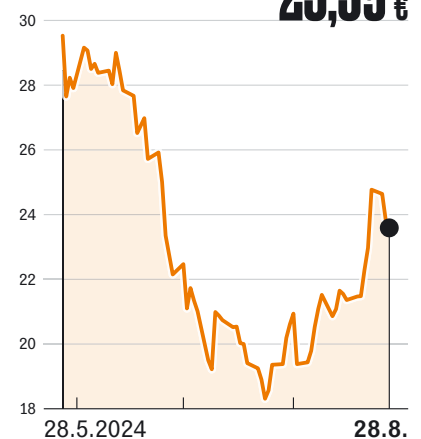
3 Delivery Hero

Der Essenslieferdienst Delivery Hero aus dem Nebenwerteindex MDax berichtet über sein Geschäft. Nach einem ermutigenden Jahresauftakt hoffen Anleger auch für das zweite Quartal auf eine positive Geschäftsentwicklung des Unternehmens. Gleichzeitig erwarten Investoren Hinweise auf den Einfluss der drohenden EU-Kartellstrafe auf die Bilanz. Delivery Hero hatte im Juli die Rückstellungen kräftig angehoben, weil die Buße mit mehr als 400 Millionen Euro wohl deutlich höher ausfallen wird als zunächst gedacht.

Delivery Hero

Aktienkurs in Euro

23,59 €



HANDELSBLATT

Quelle: Bloomberg

4 Fielmann

Die Optikerkette aus dem Kleinwertindex SDax legt Zahlen vor. Anfang Juli hat Fielmann nach einer Übernahme seine Umsatzprognose für 2024 angehoben.

WASSERSTOFF-HOCHLAUF
Zwischen Vision und Realität

NEUE TECHNOLOGIEN
Innovationskraft ist in
Deutschland vorhanden

MISSION ENERGIEWENDE
Rückschritt statt Fortschritt?

Handelsblatt **Journal**

Eine Sonderveröffentlichung von Euroforum Deutschland

AUGUST 2024 | WWW.HANDELSBLATT-JOURNAL.DE

ENERGIEWIRTSCHAFT

MOLEKÜLE FÜR DIE ENERGIEWENDE



euroforum

Medienpartner

Handelsblatt
Substanz entscheidet.

Die Themen dieser Ausgabe

GRUSSWORT

**Regulierung, Förderung, Infrastruktur –
Rahmen für einen erfolgreichen
Wasserstoff-Hochlauf** 3
von Dr. Philipp Steinberg

MISSION ENERGIEWENDE

Die Lösung der Wasserstoff-Gleichung 4
von Corinna Enders

Transformation in Richtung Zukunft? 6
von Prof. Dr. Claudia Kemfert

**Deutschland muss den Import
von Frackinggas stoppen!** 14
von Sascha Müller-Kraenner

Flensburg als Fernwärmehauptstadt 22
von Karsten Müller-Janßen

**Balkonkraftwerke & Co
in den Strommarkt integrieren** 26
von Dr. Marc-Fabian Körner und Prof. Jens Strüker

NACHHALTIGER ENERGIEEINKAUF

**Wettbewerbsfähigkeit durch intelligenten
Energieeinkauf maximieren(Adv.)** 9
von Dipl.-Ing. & Dipl.-Kfm. Norman Köhler

**So gelingt Unternehmen die strategische
grüne Energiebeschaffung (Adv.)** 15
von Folker Trepte



ZUKUNFT WASSERSTOFF

Wie kommt der Wasserstoff in die Fläche? 10
von Barbie Kornelia Haller

**Zukunft H2 – Essen als Motor der
Energiewende Europas (Adv.)** 12
von Thomas Kufen

Schlüsselement Wasserstoff (Adv.) 13
von Dr. Andreas Reichel

Forschung für grünen Wasserstoff 18
von Dr. Sylvia Schattauer und Prof. Turek

**Moleküle – Die Schlüsselfaktoren einer
bezahlbaren Energiewende** 20
von Dr. Gerhard Holtmeier

H2 und energieintensive Industrien 24
von Tim Hartmann

STADTWERKE AKTUELL

Finanzierungsdruck erfordert neue Wege 16
Sebastian Jurczyk

IMPRESSUM

Herausgeber
Euroforum Deutschland GmbH
Toulouser Allee 27
40211 Düsseldorf
Tel.: +49(0)211.88743-3829
handelsblatt-journal.de

Projektleitung (V.i.S.d.P.)
Christiane Daners,
Handelsblatt GmbH
c.daners@handelsblattgroup.com

Redaktionsleitung
Nicola Csepella,
Handelsblatt GmbH
n.csepella@handelsblattgroup.com

Art Direction
Aurelia Herrmann, Marcus Weyerke,
Solutions by Handelsblatt
Media Group GmbH
Toulouser Allee 27 | 40211 Düsseldorf
solutions-hmg.com

Titelbild
Getty

Medienpartner

Handelsblatt
Substanz entscheidet.

Regulierung, Förderung, Infrastruktur – Rahmen für einen erfolgreichen Wasserstoff-Hochlauf

von Dr. Philipp Steinberg

Bringen uns Moleküle oder Elektronen zur Klimaneutralität? Wir brauchen beides – Wasserstoff und Elektrifizierung – um Deutschland zu dekarbonisieren. Und als Drittes einen effizienten Umgang mit Energie. Was Moleküle und Elektronen verbindet, ist das Ziel, sie perspektivisch aus erneuerbaren Quellen und damit klimaneutral herzustellen. Die Bundesregierung verfolgt das klare Ziel einer zuverlässigen Versorgung Deutschlands mit grünem Wasserstoff. Gleichzeitig ist zu berücksichtigen, dass grüner Wasserstoff nicht früh genug in ausreichenden Mengen und zu wettbewerbsfähigen Preisen vorhanden sein wird. Daher setzen wir auch auf kohlenstoffarmen, d.h. blauen Wasserstoff.

Wasserstoff: Potenziale sachgerecht entwickeln

Wasserstoff hat viele Vorteile. Er ist leicht, hat eine hohe Energiedichte, lässt sich gut speichern und transportieren – und kann klimaneutral erzeugt werden. Aber Wasserstoff ist kein Wundermittel der Energiewende, sondern viel mehr eines, das es zunächst gezielt einzusetzen gilt. Wasserstoff kommt auf der Erde nicht in ausreichenden Quantitäten natürlich vor – er muss erzeugt werden, was viel erneuerbare Energie braucht. Die Erneuerbaren in Deutschland reichen dafür nicht aus. Wasserstoff muss in großem Maße importiert werden, bis 2030 schätzungsweise bis zu 50–70 Prozent, um den Bedarf hierzulande – 95–130 TWh H₂ in 2030, 360–500 TWh H₂ und 200 TWh H₂-Derivate in 2045 – zu decken. Wir sollten Wasserstoff daher nur dort einsetzen, wo es keine günstigere oder effizientere Alternative gibt. Das betrifft vor allem Industrien, in denen keine direkte Elektrifizierung möglich ist, wie Eisen- und Stahlwerke, oder Unternehmen, in denen Wasserstoff stofflich genutzt wird, beispielsweise in der Chemieindustrie oder Raffinerien. Wasserstoff hat auch großes Potenzial in ausgewählten Bereichen der Wärmeerzeugung und im Verkehrssektor. Und er kann mit seinen Transport- und Speichereigenschaften entscheidend dazu beitragen, die Versorgung mit Strom aus Erneuerbaren zu stabilisieren.

Rolle des Staates: (vorübergehendes) Marktversagen beheben

Wasserstoff ist nicht nur eine vielversprechende Zukunftstechnologie; er ist industriepolitisch entscheidend, um energieintensive Unternehmen für die fossilfreie Zukunft bereit zu machen. Der Wasserstoff-Markt ist vollkommen neu und entsteht gerade erst. Natürlich gibt es damit verbundene Unsicherheiten und großen Investitionsbedarf. Für einen erfolgreichen Wasserstoff-Hochlauf braucht es Dreierlei: einen verlässlichen Regulierungsrahmen, effektive Förderinstrumente und eine leistungsfähige Infrastruktur. Bei allen drei Bereichen ist der Staat zumindest anfangs gefragt – nicht allein, sondern als Partner der Wirtschaft. Ein geeigneter regulatorischer Rahmen, wie Quoten und CO₂-

Wasserstoff ist kein Wundermittel der Energiewende, sondern viel mehr eines, das es zunächst gezielt einzusetzen gilt. ”

Dr. Philipp Steinberg,

Leiter der Abteilung Wirtschaftsstabilisierung, Energiesicherheit, Gas, Wasserstoffinfrastruktur, Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz



Bepreisung, schafft für Unternehmen Planbarkeit und Anreize, in emissionsfreie Prozesse zu investieren. Mit gezielter Förderung – zu nennen sind hier insbesondere Klimaschutzverträge – können Transformationsprozesse angestoßen und Wasserstoff-Anwendungen marktfähig gemacht werden. Eine leistungsfähige Infrastruktur sorgt dafür, dass Wasserstoff dorthin kommt, wo er gebraucht wird. Das Finanzierungsmodell des Kernnetzes ist ein gutes Beispiel für eine kluge staatliche Regelung. Mit dem staatlich abgesicherten intertemporalen Kostenausgleich über ein Amortisationskonto gelingt es, notwendige privatwirtschaftliche Großinvestitionen und gleichzeitig gedeckelte Netzentgelte für die H₂-Nutzer zu ermöglichen. Damit ist auch der Aufbau der nötigen Infrastruktur gesichert.

Wohlgemerkt: staatliche Eingriffe sollen nur so lange erfolgen, wie es Marktversagen gibt – also nur, solange sie wirklich notwendig sind.

Segel für Wasserstoff-Hochlauf gesetzt

In den vergangenen zwei Jahren haben wir viel erreicht. Mit zwei Änderungen des Energiewirtschaftsgesetzes haben wir das Wasserstoff-Kernnetz entscheidend in Fahrt gebracht. Damit überwinden wir das Henne-Ei-Problem und verbinden Erzeuger, Importeure und Abnehmer. Nach Genehmigung des Kernnetzes durch die Bundesnetzagentur kann ab Herbst die Realisierung beginnen. Mit der nunmehr vorliegenden Importstrategie sorgen wir dafür, dass die Leitungen auch tatsächlich mit Wasserstoff gefüllt werden. Die Bandbreite der Förderinstrumente wird mit Klimaschutzverträgen, Auktionen von H₂ Global, IPCEI und der Kraftwerksstrategie gleichzeitig größer und noch passgenauer. Damit stimulieren wir gezielt den Hochlauf auf Angebots- und Nachfrageseite. Auch die Erneuerbare-Energien-Richtlinie RED-III mit verbindlichen Wasserstoff-Industriezielen, der Delegierte Rechtsakt für kohlenstoffarmen Wasserstoff und die CO₂-Bepreisung im ETS tragen dazu bei.

Noch einiges „in der Pipeline“

Richtig ist, dass dennoch einiges mehr getan werden muss, um den Hochlauf der H₂-Wirtschaft zu beschleunigen. Dabei ist eine enge Abstimmung mit den Marktakteuren zentral. Das im Mai im Kabinett beschlossene Wasserstoffbeschleunigungsgesetz wird weitere Dynamik in den Infrastrukturaufbau bringen. Außerdem arbeiten wir an der Umsetzung des EU Gas- und H₂-Binnenmarktpakets, einem neuen Ordnungsrahmen für die Gasverteilnetze sowie an einer Speicherstrategie. Die Umsetzung des Kernnetzes bis zum Zieljahr 2032 wird eine wichtige Basis schaffen, aber nicht die Endstufe der Wasserstoff-Infrastruktur sein. Mit der bereits begonnen integrierten Netzentwicklungsplanung Gas/Wasserstoff entwickeln wir das Wasserstoffnetz gezielt bedarfsorientiert weiter – weil im entstehenden Markt weitere Erzeuger und Abnehmer verbunden werden müssen. Zum Aufbau resilienter und diversifizierter Importkorridore kooperieren wir intensiv mit Partnerländern. Insgesamt schaffen wir so Sicherheit für Investitionen und entfachen Marktdynamik.

Die Lösung der Wasserstoff-Gleichung

Mehr Klarheit statt Technologieoffenheit

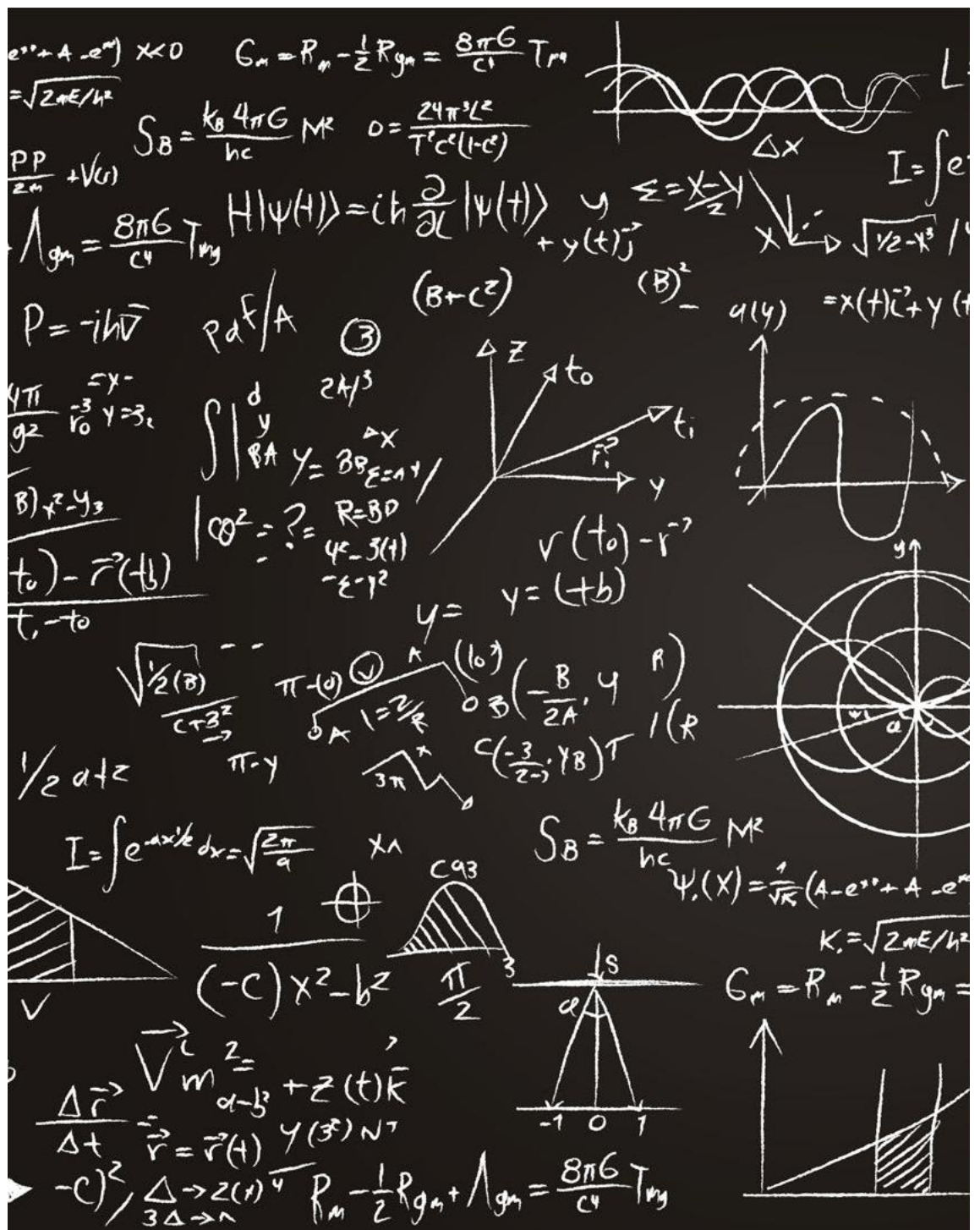


Foto: Getty

von Corinna Enders

Spätestens seit dem Pariser Klimaabkommen gilt die Umstellung auf grünen Wasserstoff und seine Derivate als eine zentrale Strategie, um das globale Energiesystem bis Mitte des Jahrhunderts zu dekarbonisieren. Heute, fast zehn Jahre später, ist dem anfänglichen Wasserstoff-Hype eine gewisse Ernüchterung gefolgt: Wasserstoffanwendungen sind bei aktuellen CO₂-, Wasserstoff- und Erdgaspreisen weit von der Wirtschaftlichkeit entfernt. Auch auf absehbare Zeit werden emissionsarmer Wasserstoff und seine Derivate knapp und teuer bleiben. Der globale Markt für klimaneutralen Wasserstoff existiert überwiegend auf dem Papier: Für lediglich vier bis fünf Prozent der Gesamtkapazität aller geplanten Projekte zur Produktion von grünem Wasserstoff in Deutschland haben Investoren grünes Licht gegeben.

Wer sich allerdings die Komplexität der Aufgabe vor Augen führt, kann nicht allzu überrascht sein: Beim globalen Hochlauf des Wasserstoffmarktes müssen Angebot, Nachfrage, Transport- und Speicherinfrastrukturen sowie die jeweiligen Marktmechanismen nahezu gleichzeitig geschaffen und in Einklang gebracht werden. Wie lässt sich so eine knifflige Gleichung auf- und einlösen?

Politischen Rahmen weiterentwickeln

Ein zentrales Handlungsfeld liegt in der Politik: Die Bundesregierung arbeitet mit Hochdruck an Lösungen, die Unsicherheiten für Investoren, die Energiewirtschaft und zentrale Nachfragebranchen wie die Industrie zu reduzieren. Mit dem Amortisationskonto für das Wasserstoffkernnetz und dem Programm H₂Global gibt es zielgerichtete Finanzierungsinstrumente, für die erhebliche Haushaltsmittel eingeplant sind. Das Ende Mai vorgelegte Wasserstoffbeschleunigungsgesetz soll Genehmigungsprozesse für Elektrolyseure, Speicher und Pipelines entscheidend verschlanken.

Allein: Die Maßnahmen reichen noch nicht aus. In der Wasserstoff-Gleichung stecken zu viele Variablen – die Risiken sind für die potenziellen Geldgeber nach wie vor größer als die Sicherheiten. Das gilt ebenso für die Produktion oder die Standortwahl von noch zu bauenden Elektrolyseuren, wie die Umstellung von Produktionsprozessen in der Industrie oder den Bau von Ammoniak- oder Methanol-Terminals. Eine finale Investitionsentscheidung wird in den meisten Fällen nicht getroffen, da zu große Unsicherheiten hinsichtlich des Abnahmezeitpunkts, des Preises oder der verfügbaren Transport-Infrastruktur bestehen.

Angesichts der angespannten Haushaltslage bleiben der Bundesregierung wenig Handlungsoptionen, um die Wirtschaftlichkeit von Wasserstoffprojekten wesentlich zu verbessern: Eine deutliche Ausweitung der Förderkulisse oder eine spürbare Anhebung des CO₂-Preises sind aktuell kaum vorstellbar. Gleichzeitig wird die Verpflichtung der Unternehmen über ordnungspolitische Instrumente wie Quoten bislang abgelehnt. So bleibt nur eine zielgerichtete Bündelung der vorhandenen Mittel.

Das kann jedoch erst erfolgen, nachdem die wichtigsten, derzeit offenen Variablen definiert sind. Damit der Wasserstoffmarkthochlauf trotz angespannter Haushaltslage in die nächste Phase treten kann, ist es an der Zeit, einige richtungsweisende Entscheidungen zu treffen. Nur so können sich alle Akteure auf die Zukunft einstellen und erhalten die notwendige Planungssicherheit. Dafür braucht es jedoch Mut: Noch ist nicht endgültig auszumachen, wie sich unsere Nachbarländer und globalen Wettbewerber strategisch aufstellen. Klar ist aber:



Corinna Enders, Vorsitzende der Geschäftsführung, Deutsche Energie-Agentur (dena)

Wasserstoffanwendungen sind bei aktuellen CO₂-, Wasserstoff- und Erdgaspreisen weit von der Wirtschaftlichkeit entfernt. „

Eine Strategie des Abwartens hilft uns nicht weiter. Der Staat muss mutig zeigen, wo es langgehen soll – Ausprobieren und Nachbessern als immanente Innovationsstrategie inklusive.

Mehr Klarheit für erfolgreiche Marktentwicklung nötig

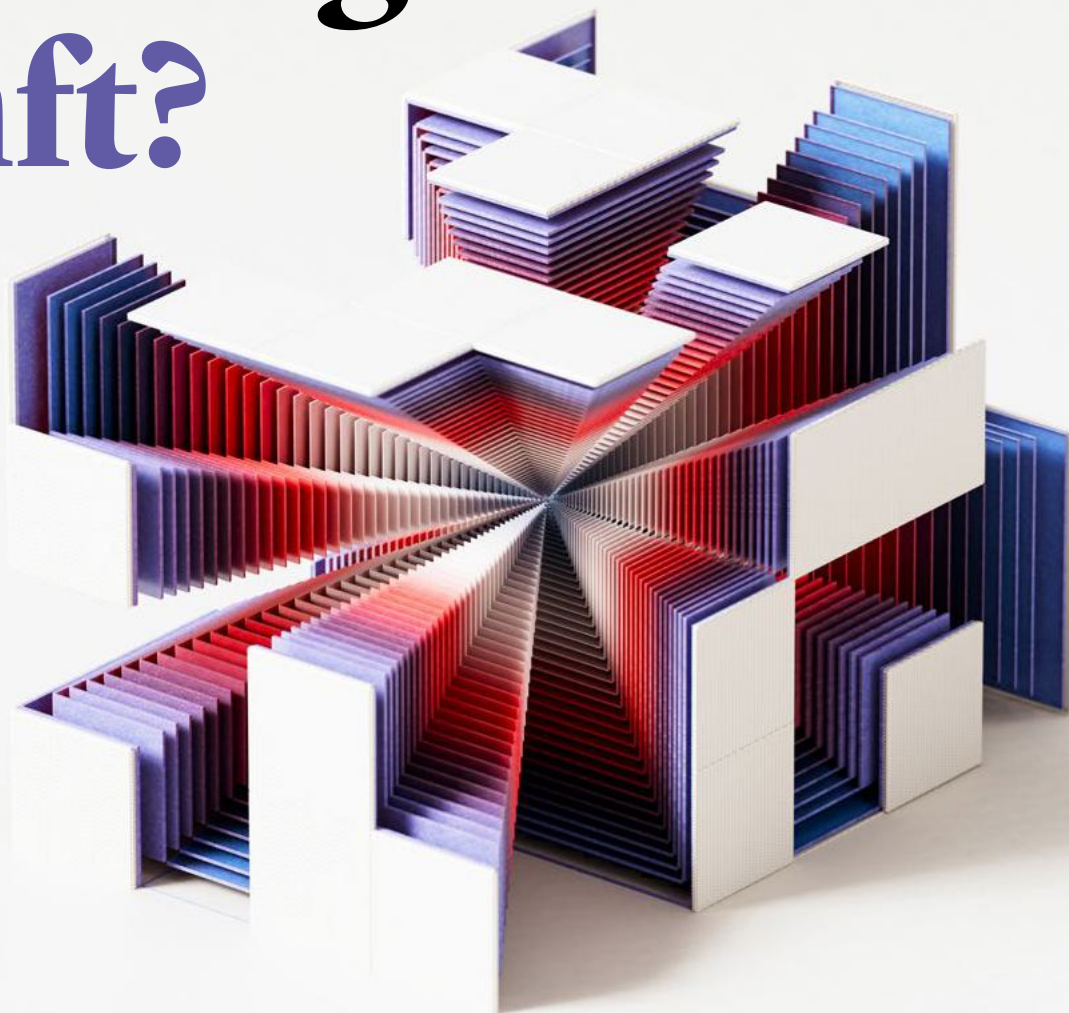
Erstens braucht es Klarheit über die Dekarbonisierungsstrategie der chemischen Industrie. Das ist aktuell die größte, ungelöste Variable für die Lösung der Wasserstoff-Gleichung. Denn während die Studienlage und die politische Diskussion mit Blick auf die Dekarbonisierung der Stahlindustrie, des Kraftwerksparks oder des Flugverkehrs vergleichsweise fortgeschritten ist, bestehen bei der Chemieindustrie aufgrund des hohen Integrationsgrades der Wertschöpfungsketten noch immense Unsicherheiten. Hier ist die Bundesregierung gefragt, gemeinsam mit der Industrie ein konkretes und tragfähiges Langfristkonzept zu entwickeln, das den Industriestandort Deutschland stärkt, den Wert zertifizierbarer nachhaltig und emissionsarm produzierter Produkte steigert und gleichzeitig die Kostenvorteile günstigerer Produktionsstandorte nutzt.

Und zweitens muss – darauf aufbauend – geklärt wer-

den, wie viel inländische Erzeugung und Import jeweils von Wasserstoff, Ammoniak, Methanol und grünem Naphtha in Deutschland in Summe und bis wann voraussichtlich benötigt wird. Die in der Nationalen Wasserstoffstrategie genannte Bandbreite zukünftiger Bedarfe von 90 bis 135 TWh für alle Derivate ist zu ungenau, um bei Marktakteuren und insbesondere deren Banken ausreichend Planungssicherheit für die notwendigen Investitionen herzustellen. Auch die kürzlich vorgestellte Wasserstoff-Importstrategie hat hier noch nicht die notwendige Klarheit geschaffen.

Die Bundesregierung ist mit ihrer Entscheidung für die Definition des Kernnetzes mutig vorangegangen. Jetzt gilt es, das Momentum zu nutzen, und zumindest einen Teil der verbleibenden Variablen in der Wasserstoff-Gleichung proaktiv zu lösen. Geschieht dies nicht, besteht das Risiko, dass der Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft auch in den kommenden Jahren nur mäßig vorankommt, da sich Investitionsentscheidungen aufgrund bestehender Unsicherheiten weiter verzögern. Ein rein technologieoffener Ansatz, der daraufsetzt, dass sich die besten technischen Lösungen schon durchsetzen werden, so lange der Markt und die dafür notwendige Infrastruktur noch gar nicht existiert, wird scheitern. ■

Transformation in Richtung Zukunft?



von Prof. Dr. Claudia Kemfert

Wenn ein Unternehmen heute eine Bestellung von 12,5 Tonnen Faxrollen in Auftrag geben würde, um für die Zukunft gewappnet zu sein, dann ginge das höchstens als Satire durch. Wenn die „neue Technik“ obendrein als „internet-ready“ bezeichnet würde, wäre das ein garantierter Lacher. Und die Begründung, es werde auf diese Weise Kommunikationssicherheit geschaffen und in Wachstum investiert, wären weitere Schenkelklopfer. Doch die Bundesregierung meint es leider ernst: Im Zuge ihres „Wachstumspakets“ ist vorgesehen, 12,5 GW neue Gaskraftwerke auszubauen. Die seien „Wasserstoffready“ und sollen „Energiesicherheit“ schaffen. Es wäre lustig, wenn es nicht so bitter wäre.

Denn das alles ist das Gegenteil von „zukunftsfähig“ und „wachstumsorientiert“. Auch der hastige und völlig überdimensionierte Ausbau der LNG-Terminals ist

Die aktuell massiven Investitionen in fossile Infrastruktur sind nichts als eine überteuerte Verlängerung der Energiepolitik des letzten Jahrhunderts.



ebenso unsinnig wie die CO₂-Speicherung mittels CCS in der Nordsee. Beides wäre höchstens als eine Art Notnagel für Krisensituationen und unvermeidbare Emissionsrestmengen sinnvoll. Aber die aktuell massiven Investitionen in fossile Infrastruktur sind nichts als eine überteuerte Verlängerung der Energiepolitik des letzten Jahrhunderts.

Das fossile Energiesystem ist definitiv ein Auslaufmodell

Dass die damit verbundenen Konzerne alles tun, um ihr Geschäftsmodell noch möglichst lange aufrecht zu erhalten, ist betriebswirtschaftlich nachvollziehbar. Doch die Marktentwicklung ist eine andere: Wind und Sonne sind bereits deutlich billiger als Kohle und Öl. Auch unsere Regierung dürfte also wissen, dass eine Vollversorgung aus erneuerbaren Energien deutlich preiswerter ist als

Foto: Getty

ein konventionelles Energiesystem. Wenn wir außerdem die immensen Folgekosten der fossilen Wirtschaft vermeiden wollen, dann mag eine entschlossene vollzogene Energiewende zwar für die fossilen Unternehmen den Todesstoß bedeuten; es ist aber volkswirtschaftlich vernünftig – und ein Turbo für die Zukunftsbetriebe der Clean-Tech-Industrie. Obendrein haben wir uns in den Paris-Verträgen längst dazu verpflichtet, entsprechende Maßnahmen einzuleiten.

In der politischen Kommunikation mag diese Wahrheit eine Herausforderung sein. Die Angst vor Dunkelflauten wird von interessierter Seite raffiniert und plakativ geschürt. Aber das reale Risiko ist gering. Die Versorgungssicherheit der europäischen Energiewirtschaft ist weniger durch Wind und Wetter, als durch die politische Großwetterlage und Marktabhängigkeiten gefährdet. Die launischen Herrscher in Moskau oder Peking sind gefährlicher als Wolken am Himmel und Flauten auf See. Wenn wir Wind- und Solaranlagen endlich in ausreichender Menge ausbauen, mit nachhaltiger Biomasse oder in geringen Mengen auch deutsche Wasserkraft sowie im Europäischen Verbund ergänzen und alles mittels Digitalisierung smart miteinander kombinieren und mit lokalen Speichern ergänzen, entwickeln wir ein dezentrales und flexibles System, das deutlich sicherer ist als noch so viele NordStream-Pipelines.

Hinzu kommen noch die erheblichen Einsparpotenziale beim Heizen. Durch die energetische Gebäudesanierung und Einsatz von Wärmepumpen lässt sich der Erdgas-Bedarf massiv senken. Der Anteil von Erdgas zur Stromerzeugung liegt derzeit bei gerade mal rund zehn Prozent. Unterm Strich wird der Primärenergiebedarf somit deutlich geringer sein als simple Hochrechnungen heute prophezeien. Die gezielte Panikmache, soll Laien erschrecken, aber doch bitte nicht gestandene Profis in Wirtschaft, Politik und Wissenschaft!

Wenn Banken heute zunehmend ihre Filialen schließen und nur noch Online-Banking anbieten, dann ist das nicht der Untergang des Abendlandes, sondern pragmatisches Gegenwartshandeln – und in besonnener Weise zukunftsgerichtet. Ebenso ist es an der Zeit, auf kommunaler Ebene nach und nach die Gas-Infrastruktur stillzulegen. Denn sonst müsste eine immer kleiner werdende Zahl an Endkund:innen die Kosten für das Gasnetz zahlen. Wenn wir die internationalen Verabredungen zur Einhaltung des 1,5 Grad Ziels einhalten wollen – und das wollen wir doch, oder? –, dann ist klar, dass nicht erst am 31. Dezember 2038 ein zentraler Hauptschalter umgelegt, sondern ab sofort jeden Tag irgendwo ein kleiner Schalter. Heißt: Bis 2038 wird es einen steilen Abfall in der Erdgasnutzung geben!

Und genau wie seit 15 Jahren jedes neue Smartphone ein Faxgerät beseitigte, bedeutet nunmehr jede neue Wärmepumpe eine Gasheizung weniger. Schon bis zum Jahr 2035 wird eine Reduktion des Erdgasverbrauchs zwischen 28 Prozent und 63 Prozent im Vergleich zum Jahr 2022 erreicht. Im Jahr 2045 werden nur noch geringe Restmengen an Erdgas verbraucht. Wer zukunfts-gestaltende Politik machen will, setzt für diesen Wandel eine Anreizstruktur. Aber unbedingt und zuvorderst brauchen wir einen deutlich schnelleren Ausbau der erneuerbaren Energien.

Stillstand statt Tempo bei der Transformation

Deswegen bleibt einem wirklich jedes Lachen im Halse stecken, wenn ausgerechnet diese Zukunftstechnologie durch die Haushaltsbeschlüsse Anfang Juli 2024 abgewürgt wird wie ein Motor an der Ampel. Statt Tempo für die dringend notwendige Transformation der Wirtschaft

Die Versorgungssicherheit der europäischen Energiewirtschaft ist weniger durch Wind und Wetter, als durch die politische Großwetterlage und Marktabhängigkeiten gefährdet.

”

Prof. Dr. Claudia Kemfert, Leiterin Abt. Energie, Verkehr, Umwelt, Deutsches Institut für Wirtschaft (DIW) und Professorin für Energiewirtschaft an der Leuphana Universität



und Industrie aufzunehmen, steht alles still. Deutschland spart sich buchstäblich kaputt und verspielt so seine Zukunft. Es fehlen Milliardenbeträge für wichtige Bereiche wie die Stärkung der Schiene, die Förderung der energetischen Gebäudesanierung und die Entwicklung von Energiespeichern.

Ausgerechnet im Verkehrssektor, einst die deutsche Bestdisziplin, wäre durch eine entschlossene Elektrifizierung mit wenig Einsatz viel möglich. Aber statt sich fit für eine zukunftstaugliche Transformation zu machen, bleiben die deutschen Automobilkonzerne lieber auf dem teuer bezahlten Ledersitz altbackener Limousinen sitzen und lassen sich von jungen Kreativen aus aufstrebenden Schwellenländern überholen. 57 Prozent aller weltweit verkauften E-Autos stammten 2023 aus chinesischer Produktion.

Wasserstoff: zwischen Vision und Realität

Da nützen auch vermeintlich visionäre Wasserstoff-Phantasien nichts. Denn wer mit dem einen Fuß beharrlich auf der Schuldenbremse steht, sollte mit dem anderen Fuß nicht das Pedal der Verschwendung treten. Zur Herstellung von grünem Wasserstoff (nur der ist wirklich emissionsfrei!) braucht man drei- bis fünfmal soviel Ökostrom, als wenn man diesen direkt nutzt. Niemand würde freiwillig drei oder fünf Liter Sprit bezahlen, wenn davon nur ein Liter im Motor landet. Wasserstoff ist der Champagner unter den Energieträgern. Jedes Kind versteht, dass man so wenig mit Champagner duscht, wie man damit sein Auto tankt oder seine Wohnung heizt. Wasserstoff kommt besser nur da zum Einsatz, wo er wirklich gebraucht wird – nämlich da, wo einer Elektrifizierung kompliziert bis unmöglich ist. Wasserstoff lohnt sich höchstens in der Schwerindustrie, im Bereich Schwerlast, im Schiffs- oder Flugverkehr oder als zeitweiliger Energiespeicher.

Natürlich können wir davon träumen, dass eines Tages Ökostrom im Übermaß produziert wird, so dass wir

mit Wasserstoff-Raketen Wettrennen zum Mond veranstalten können. Doch solange wir um jede Windanlage kämpfen, ist Ökostrom viel zu kostbar, um es für High-tech-Seifenblasen zu verschwenden. Zudem gehen solche Gas- und Wasserstoff-Träume zwangsläufig Hand in Hand mit einer weiteren Technologie, die ihren Zenit überschritten hat: Um in ausreichender Menge „klimafreundlichen“ roten oder violetten Wasserstoff herzustellen, bräuchte es eine Renaissance der Atomkraft, die vor allem Fans von „billigem“ (russischen) Gas und „billigem“ (russischen) Uran gern beschwören.

Doch entgegen allen Legenden finden sämtliche neueren Atomkraftprojekte lediglich entweder nur auf dem Papier statt oder kommen im Bau nicht voran. Sie entpuppen sich als viel zu teuer – und funktionieren ohnehin nur, wenn Staaten die Langzeit-Altlasten und Risiken übernehmen. Die wenigen neu errichteten Atomkraftwerke ersetzen höchstens ältere, die aus dem Betrieb genommen werden müssen.

Wie sehr die Atomfixierung in die Sackgasse führt, lässt sich in Frankreich nachvollziehen, wo die Dürre in der Sommerzeit dazu führte, dass die Kraftwerke aus Mangel an Kühlwasser runtergefahren werden musste. Zum Glück konnte Deutschland mit Überschüssen an Ökostrom aushelfen. Und welche politisch-militärischen Risiken mit der Nuklear-Technologie verbunden sind, erfahren wir täglich beim ängstlichen Blick auf die Nachrichten aus Saporischschja, wo mit sechs Reaktoren das größte Kernkraftwerk Europas inmitten des russischen Kriegstreibens steht.

Eine Bundesregierung, die all diese Realitäten ignoriert, sondern sich von populistischen Soffleuren einer fossilen Vergangenheit treiben lässt, handelt nicht besonnen, sondern verantwortungslos. Sie vergeudet Geld und vor allem wertvolle Zeit. Wann endlich beginnt die aktive und zukunftsorientierte Zeitenwende – nämlich die einer beschleunigten Erneuerbare-Energien-Politik?!

RWE

Egal wie groß oder klein. Bei uns zählt jeder Sonnenstrahl.

Wir sind Gestalter einer grünen Energiewelt.

Wir investieren 55 Milliarden Euro von 2024 bis 2030.

Und wir haben ein klares Ziel: klimaneutral bis 2040.



[rwe.com](https://www.rwe.com)

Advertorial

Wettbewerbsfähigkeit durch intelligenten Energieeinkauf maximieren

von Dipl.-Ing. & Dipl.-Kfm. Norman Köhler

Die Energiepreise in Deutschland sind ein heißes Thema, beeinflusst durch politische und geopolitische Faktoren. Doch während viele Unternehmen vor den Herausforderungen kapitulieren, zeigt die SGB Energie GmbH den Weg zu nachhaltigen Lösungen, die nicht nur die Kosten senken, sondern auch die Wettbewerbsfähigkeit steigern. Lassen Sie uns eintauchen in eine Zukunft voller Möglichkeiten und Chancen.

Die Macht der intelligenten Energieverträge

Stellen Sie sich eine Welt vor, in der Ihre Energiekosten nicht nur stabil, sondern optimiert sind. Intelligente Energieverträge bieten flexible Tarifmodelle, die genau auf die Bedürfnisse Ihres Unternehmens zugeschnitten sind. Mit Lastmanagement-Optionen und variablen Tarifen, die sich den Marktbedingungen anpassen, können Sie Ihre Energiekosten effizient steuern und signifikante Einsparungen erzielen. Dies ist nicht nur eine Vision, sondern Realität, die wir für Sie greifbar machen.

Spotmarkt-Produkte: Flexibilität und Kosteneffizienz

Warum sollten Sie sich langfristig binden, wenn Sie von den dynamischen Marktpreisen profitieren können? Die SGB Energie GmbH bietet Ihnen die Möglichkeit, Energie zu aktuellen Marktpreisen zu kaufen und zu verkaufen, oft weit unter den langfristigen Vertragspreisen. Für Unternehmen, die bereit sind, Preisvolatilität zu managen, eröffnet sich hier ein enormes Einsparpotenzial. Der Spotmarkt ermöglicht es Ihnen, flexibel auf Marktänderungen zu reagieren und so die besten Preise zu sichern.

Energieberatung: Der Schlüssel zur Effizienz

In der heutigen Geschäftswelt ist Effizienz alles. Eine professionelle Energieberatung identifiziert ineffiziente Prozesse und hilft Ihnen, energieeffiziente Technologien zu implementieren. Stellen Sie sich vor, Ihre Produktionsprozesse zu optimieren, energieeffiziente Maschinen einzusetzen und Energiemanagementsysteme zu implementieren. Diese Maßnahmen senken nicht nur den Energieverbrauch, sondern auch die Kosten. Die SGB Energie GmbH steht Ihnen zur Seite, um Ihre Stromfresser zu identifizieren und so aktiv zur Kostensenkung und Umweltschonung beizutragen.

Energieeinkauf ist kompliziert, aber mit der richtigen Unterstützung wird er zum Wettbewerbsvorteil.

”

Der perfekte Mix für den Erfolg

Energieeinkauf ist kompliziert, aber mit der richtigen Unterstützung wird er zum Wettbewerbsvorteil. Wir analysieren Ihren Bedarf und kaufen maßgeschneiderte Produkte wie Base oder Peak ein, um langfristig Preise zu fixieren. Der richtige Mix aus fixierten Preisen und den Chancen des täglichen Spotmarktes verschafft Ihnen den Vorteil, den Sie brauchen, um sich für die Zukunft zu rüsten.

Chancen und Risiken: Ein Balanceakt

Natürlich gibt es Risiken. Geopolitische Krisen und politische Entscheidungen können Preisschwankungen verursachen. Doch mit einer intelligenten Einkaufsstrategie und der Unterstützung durch SGB Energie GmbH sind Sie bestens vorbereitet. Durch eine Kombination aus festen Verträgen und flexiblen Spotmarkt-Produkten können Sie Risiken minimieren und Chancen maximieren.

Fazit: Die Zukunft beginnt jetzt

Unternehmen stehen vor der Herausforderung, ihre Energiekosten in einem volatilen Umfeld zu optimieren. Eine maßgeschneiderte Einkaufsstrategie, die intelligente Energieverträge, professionelle Energieberatung und die Nutzung der Chancen des Spotmarktes umfasst, bietet erhebliche Einsparpotenziale. Durch die Zusammenarbeit mit einem innovativen Energieversorger wie der SGB Energie GmbH sichern Sie sich nicht nur eine zuverlässige Energieversorgung, sondern auch einen



Dipl.-Ing & Dipl.-Kfm. Norman Köhler,
CEO der SGB Energie GmbH,
Mitglied des Bundeswirtschaftssenats

Partner auf Augenhöhe, der Ihnen hilft, Ihre Wettbewerbsfähigkeit nachhaltig zu steigern.

Lassen Sie uns gemeinsam die Zukunft gestalten. Die SGB Energie GmbH bietet Lösungen, die nicht nur den heutigen Anforderungen gerecht werden, sondern auch die Weichen für eine nachhaltige und erfolgreiche Zukunft stellen. Machen Sie den ersten Schritt und maximieren Sie Ihre Wettbewerbsfähigkeit durch intelligenten Energieeinkauf. Die Zeit ist jetzt – für eine bessere, effizientere und erfolgreichere Zukunft. ■

www.sgb-energie.de

SGB
SGB ENERGIE GMBH



Wie kommt der Wasserstoff in die Fläche?

von Barbie Kornelia Haller

Aktuell wird der Großteil des Wasserstoffs in Deutschland direkt am Verwendungsort erzeugt und verbraucht. Dies ist darauf zurückzuführen, dass er bisher nur in wenigen Bereichen Anwendung findet. So hat die Bundesnetzagentur schon im Juli 2020 in ihrer Bestandsaufnahme dargestellt, dass derzeit nur geringe Mengen an Wasserstoff gehandelt und transportiert werden. Es existieren nur einzelne Netzcluster in bestimmten geographischen Gebieten, wie z. B. dem Ruhrgebiet. Dabei handelt es sich meist um privatwirtschaftlich betriebene Wasserstoffleitungen, die für einen bestimmten Transportzweck gebaut worden sind.

Mit dem Zielbild der Bundesregierung für 2030 wird ein beschleunigter Markthochlauf für Wasserstoff angestrebt. Verschiedene Maßnahmen werden für den Aufbau einer leistungsfähigen Wasserstoffinfrastruktur in unterschiedlichen Sektoren umgesetzt. Dazu gehören zum Beispiel die Erzeugung von Wasserstoff, die Absicherung des Wasserstoff-Kernnetzes oder Förderungen bei der Etablierung von Wasserstoffanwendungen.

Gleichzeitig stellt dieser Markthochlauf Anforderungen und Fragen an alle Akteure der Wertschöpfungskette

sowie die zuständigen Behörden. Gewisse Unsicherheit in der Hochlaufphase sowie die mögliche Zahlungsbereitschaft der Letztverbraucher begleiten diese Fragen. Aktuell wird durch die Weiterentwicklung des regulatorischen Rahmens die Grundlage für ein Level Playing Field für die beteiligten Akteure geschaffen.

Aus Transportsicht zum Beispiel gilt es, die oft bemühte Henne-Ei-Problematik zu durchbrechen.

Wasserstoff-Kernnetz

Ein erster Schritt zum Hochlauf des Wasserstoffmarktes ist die Errichtung eines Wasserstoff-Kernnetzes mit dem Zieljahr 2032. Dies soll Erstnutzern beim Einstieg in die Wasserstoffwirtschaft zumindest die Sorgen um das Bestehen der nötigen Infrastruktur nehmen. Außerdem hat es zum Ziel, die Importrouten für Wasserstoff, den wir über unsere europäischen Nachbarstaaten beziehen müssen, anzubinden. Nachdem nun auch die vorgeschriebene Beihilfegenehmigung der Europäischen Kommission zur Finanzierung des Wasserstoff-Kernnetzes vorliegt, haben die Fernleitungsnetzbetreiber zum 22. Juli 2024 den Antrag eingereicht. An der Genehmigung des Kernnetzantrags arbeiten wir in

unserem Hause intensiv, sodass bis Ende September die Genehmigung erteilt werden kann. Die Fernleitungsnetzbetreiber können dann starten: Erste Leitungen sollen bereits 2025 in Betrieb genommen werden und das gesamte Kernnetz 2032 fertiggestellt sein. Als weiterer Schritt folgt aus planerischer Sicht die sogenannte zweite Stufe: die integrierte Netzentwicklungsplanung Gas und Wasserstoff.

Ein Plan für zwei Energieträger

Die bisherige auf Erdgas ausgerichtete Netzentwicklungsplanung wurde durch den Gesetzgeber um den Energieträger Wasserstoff erweitert. In diesem rollierenden Verfahren sollen die dynamischen Entwicklungen im Bereich Wasserstoff im Rahmen einer szenarienbasierten und bedarfsorientierten Planung Eingang finden. Dafür wurde Anfang des Jahres erstmals gemeinsam eine Marktabfrage der Übertragungs- und Fernleitungsnetzbetreiber zu Wasserstoffbedarfen durchgeführt. Sie soll in die Netzberechnung, aufbauend auf dem Kernnetz, einfließen. Den Szenariorahmen wird die Bundesnetzagentur im Herbst konsultieren. Der erste integrierte Netzentwicklungsplan soll dann 2025 vorgelegt werden.

Foto: Getty

Regionale Netze

Analog zum heutigen Erdgasfernleitungsnetz wird das Wasserstoffnetz auf Hochdruckebene vor allem die Aufgabe haben, den Transport signifikanter Mengen zu den Verbraucherschwerpunkten oder zumindest in deren Nähe zu ermöglichen. Es soll den Anschluss an ein europaweites Netz gewährleisten.

In der Fläche wird es nötig sein, potenzielle Wasserstoffkunden zu bündeln und mit den überregionalen Netzen zu verbinden. Das gilt insbesondere vor dem Hintergrund des sich konkretisierenden Kernnetzes. So stellt sich für viele Verteilnetzbetreiber die Frage nach der zukünftigen Entwicklung von Wasserstoff in der Fläche und damit nach ihrer zukünftigen Rolle.

Hierbei hängt die Entwicklung insbesondere davon ab, welche Mengen an Wasserstoff zukünftig zur Verfügung stehen werden, wie sich der Preis für dieses knappe Gut entwickeln wird und welche Letztverbraucher zu welchen Preisen Wasserstoff beziehen werden. Bestimmte Entwicklungen sind gleichwohl schon heute absehbar: Wasserstoff wird in der Wärmewende, wenn überhaupt, nur eine untergeordnete Rolle spielen. Hierfür sprechen gleich mehrere Gründe: Eine Umstellung von Erdgas auf Wasserstoff wird für viele Haushaltskunden weder aus technischer noch aus ökonomischer Sicht sinnvoll sein. Wasserstoff steht nur begrenzt zur Verfügung. In anderen Bereichen, die auf anderem Wege gar nicht oder nur sehr viel schwerer dekarbonisiert werden können, kann er effizienter eingesetzt werden.

Gleichwohl werden auch viele derzeit am Erdgasverteilnetz angeschlossene mittelständische Unternehmen einen Zugang zu Wasserstoff benötigen. Der Bedarf nach Wasserstoff wird sich allerdings über die Jahre hinweg konkretisieren. Dies muss der rollierende Prozess der Szenariorahmenerstellung im Netzentwicklungsprozess berücksichtigen.

Das kann Regulierung leisten

Die Regulierung von Wasserstoffnetzen wird insbesondere den Netzbetreibern Sicherheit bzgl. der rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen geben. So ist sie auch in dem jüngst von der europäischen Kommission verabschiedeten Gaspaket angelegt. Sie kann aber nicht



Aus Transportsicht gilt es, die oft bemühte Henne-Ei-Problematik zu durchbrechen.



Barbie Kornelia Haller,
Vizepräsidentin der Bundesnetzagentur
für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post
und Eisenbahnen (BNetzA)

die Frage beantworten, wo und in welchem Umfang Wasserstoff in die Fläche kommen kann und soll.

„Fläche“ im geographischen Sinn, in der Leitungslänge und letztlich auch in der Anwendung von Wasserstoff wird wohl nicht gleich mit der Erdgas-„Fläche“ sein – dies ist auf die begrenzte Verfügbarkeit von Wasserstoff sowie die Zahlungsbereitschaft der einzelnen Letztverbraucher zurückzuführen. Wasserstoff wird preislich nicht mit den aktuellen Erdgaspreisen vergleichbar sein.

Die Entscheidung, wo Wasserstoff in die Fläche kommt, obliegt den Produzenten, Netzbetreibern und Letztverbrauchern. Auf deren Investitionsentscheidungen kommt es an. Die Regulierung kann diese Investitionsentscheidungen nicht treffen oder Risiko von stranded investments abnehmen. Sie kann lediglich Rahmenbedingungen für diejenigen Netzbetreiber und deren Kunden schaffen, die sich entschließen, im Wasserstoffmarkt tätig zu werden.

Wir als Bundesnetzagentur haben im Rahmen unserer Kompetenzen bereits begonnen, den regulatorischen Rahmen fortzuentwickeln. Es wurden Einleitungsverfügungen für den Bereich von Wasserstofftransportkapazitäten sowie für das Ausgleichs- und Bilanzierungsmodell erlassen. Während der Konsultationen werden wir darüber mit der Branche diskutieren.

Ausblick

Wir als Bundesnetzagentur stellen uns den dynamischen Herausforderungen im Bereich des Markthochlaufs von Wasserstoff. Wir werden sie aktiv begleiten. Gemeinsam mit allen Akteuren stehen wir am Anfang eines Markthochlaufs, den es so in der Zeit der bisherigen Regulierung nicht gegeben hat. Es wird deshalb nicht zu verhindern sein, dass wir im Laufe der Zeit an bestimmten Stellen nachjustieren werden müssen. Wichtig ist dabei, dass wir einen funktionierenden Wasserstoffmarkt und ein deutschlandweites Wasserstoffnetz als Zielbild nicht aus den Augen verlieren. Damit tragen wir den Entwicklungen eines Hochlaufs Rechnung. Dies betrifft nicht nur den regulatorischen Rahmen an sich, sondern auch die Infrastrukturplanungen. Wir freuen uns, diesen spannenden und herausfordernden Prozess im Dialog mit den betroffenen Stakeholdern zu begleiten. ■

Foto: Presse BNetzA

Seminare für die Energiewirtschaft

Praxiswissen von Branchen-Expertinnen und -Experten für Ihren Wissensvorsprung

Alle Weiterbildungs-Formate
digital, in Präsenz und auf
Wunsch auch Inhouse



euroforum | Handelsblatt

Zukunft H₂ – Essen als Motor der Energiewende Europas



von Thomas Kufen

Essen hat sich in seiner Geschichte mehrfach gewandelt: vom industriellen Zentrum zur Grünen Hauptstadt Europas 2017 oder vom Zentrum der Kohle- und Stahlindustrie zur Energiehauptstadt Europas. Diese Transformation ist kein Zufall, sondern das Ergebnis einer strategischen Neuausrichtung, bei der Innovation stets im Mittelpunkt steht.

Seit ihren Anfängen hat die Stadt immer wieder bewiesen, dass sie Wandel als Chance begreift.

In Essen wird die Energiewende als Möglichkeit verstanden, neue Technologien, Produkte und Geschäftsmodelle zu entwickeln. Die Stadt Essen setzt dabei auch auf Wasserstoff als Schlüsseltechnologie, um die Energiewende aktiv mitzugestalten und nachhaltige Lösungen für die Zukunft zu entwickeln.

Im Rahmen unseres Klimaaktionsplans investieren wir in die Förderung und Unterstützung klimafreundlicher Unternehmen, um eine nachhaltige Entwicklung zu gewährleisten.

Essen: Führende Rolle im Energiesektor mit starker Energiewirtschaft

Als Energie- und Umweltstandort nimmt Essen im Energiesektor eine führende Rolle ein und die Zahlen sprechen für sich: Mit rund 250 Unternehmen und Institutionen sowie rund 14.300 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Bereich Ressourceneffizienz ist unsere Stadt ein bedeutendes Zentrum der Energiewirtschaft.

Von der Energieerzeugung und -versorgung über Energietechnik und Energiehandel bis hin zur Energieforschung – in Essen treiben große Konzerne, kleine und mittelständische Unternehmen sowie innovative Start-

ups die Entwicklung neuer Technologien voran. Diese bieten nachhaltige und klimaneutrale Lösungen für energie- und umweltwirtschaftliche Herausforderungen.

Nehmen wir ein Beispiel aus der Elektromobilität: Ein herausragendes Beispiel für die Innovationskraft Essens ist das E.ON Drive TestingLab für Elektromobilität. Das hochmoderne Zentrum bietet auf 10.000 m² mit mehr als 25 Prüfstationen und digitalen Testumgebungen eine einzigartige Plattform für Forschung und Entwicklung im Bereich der Elektromobilität. Hier werden umfassende Tests und Forschungsarbeiten zu Ladelösungen für Elektrofahrzeuge durchgeführt, wobei ein besonderer Schwerpunkt auf der intelligenten Integration in das Energie-Ökosystem liegt. Das Zentrum wird eine zentrale Rolle bei der Gestaltung der Mobilität der Zukunft spielen, indem es die Leistungsfähigkeit von Elektrofahrzeugen steigert und gleichzeitig die Integration erneuerbarer Energien vorantreibt.

Für eine effektive Umsetzung und Erreichung der Ziele der Energie- und Verkehrswende ist die aktive Beteiligung der gesamten Stadtgesellschaft notwendig. Nur durch innovative Projekte und die Vernetzung der ver-

schiedenen Akteurinnen und Akteure unserer Stadtgesellschaft können wir einen erfolgreichen und nachhaltigen Prozess umsetzen. Deshalb habe ich mich sehr gefreut, in diesem Jahr das E.ON TestingLab eröffnen zu können. Mit diesem Zentrum stärkt Essen nicht nur seine Position als Energiehauptstadt Europas, sondern auch seine Vorreiterrolle im Bereich nachhaltiger Technologien. In Essen ist Innovationskraft unsere DNA.

Essen als H₂-ThinkTank: Wasserstoff als Schlüssel zur Energiewende

Essen ist der Motor der Energiewende in Europa. An fast allen wegweisenden nationalen und europäischen H₂-Projekten ist mindestens ein Essener Unternehmen beteiligt.

Veranstaltungen wie der Handelsblatt Wasserstoff-Gipfel, die E-world energy & water und die Hydroverse Convention des H₂UB für H₂-Start-ups machen Essen zum Branchentreff und Debattenort der europäischen Energiewirtschaft. Der H₂UB fördert die Zusammenarbeit zwischen Start-ups und etablierten Unternehmen und treibt innovative Ideen voran.

Wasserstoff ist ein entscheidender Baustein für die Energiewende und damit wichtig für die Wirtschaft und die Städte. Er trägt zur Dekarbonisierung bei und schafft Arbeitsplätze, sodass Klima- und Wirtschaftsziele erreicht werden können.

Fazit: Essen als Vorreiter der Energiewende

Die Stadt Essen verfügt über alle notwendigen Voraussetzungen, um die Energiewende erfolgreich zu gestalten: kluge Köpfe, einen durchdachten Plan, politischen Willen und Umsetzungskraft. In Essen arbeiten Akteure aus allen Bereichen der H₂-Wertschöpfungskette zusammen, um die Energiewende voranzutreiben und die Klimaziele zu erreichen. Sie begreifen die Energiewende als Chance für neue Technologien, Produkte und Geschäftsmodelle und setzen diese in Projekten vor Ort und weltweit um.

Essen ist und bleibt die Energiehauptstadt Europas – ein Motor der Energiewende für eine nachhaltige Zukunft.

www.ewg.de

Wasserstoff ist ein entscheidender Baustein für die Energiewende und damit wichtig für die Wirtschaft und die Städte. ”

Thomas Kufen, Oberbürgermeister Stadt Essen



Fotos: Johannes Kassenberg; Ralf Schultheiß

ESSEN
WIRTSCHAFT

Advertorial

Schlüsselement Wasserstoff

H₂ gilt als die Antwort auf viele Fragen in Sachen Energiewende, Dekarbonisierung und Klimaschutz. Doch was muss (noch) passieren, damit die Wasserstoff-Wirtschaft in Deutschland (endlich) Fahrt aufnimmt?

von Dr. Andreas Reichel

Wasserstoff ist *das* Thema: Er soll Industrie dekarbonisieren, erneuerbare Energien speichern, die Wärmewende unterstützen und künftig Kraftwerke befeuern. Mal gilt er als Champagner, mal als Tafelwasser der Energiewende und es werden immer neue Einsatzmöglichkeiten für ihn erdacht, die alle gemeinsam haben: Man verteilt das Fell eines Bären, der noch lange nicht erlegt ist.

Denn obwohl alle um die theoretische Bedeutung von Wasserstoff wissen, sind in den vergangenen Jahren kaum echte Durchbrüche erzielt worden, um dem ersehnten Ziel einer funktionierenden Wasserstoffwirtschaft und eines liquiden Wasserstoffmarkts tatsächlich näherzukommen.

Wo muss sich etwas ändern, damit sich wirklich etwas ändert?

Erstens: Geschwindigkeit – zwischen Einreichung zahlreicher Wasserstoff-Projekte bei der EU-Kommission im Rahmen der „Important Projects of Common European Interest“ (IPCEI) und der Entscheidung der Brüsseler Behörde lagen rund 33 Monate. Daneben fühlten sich die fünf Monate, die die anschließende Ausgestaltung des nationalen Förderrahmens durch die Bundesregierung benötigte, tatsächlich wie die vielbeschworene „Deutschland-Geschwindigkeit“ an. Allein, im Vergleich mit dem Pragmatismus und der Geschwindigkeit des in den USA geltenden „Inflation Reduction Act“ (IRA) lässt sich so dennoch nicht Schritt halten.

Daraus ergeben sich – **zweitens** – perspektivisch Probleme beim Aufbau unverzichtbarer Lieferketten für einen künftigen Wasserstoff-Import. Denn auch wenn aktuell der inländische Bedarf noch gering ist, wird er mittelfristig weit schneller steigen, als er sich inländisch decken ließe. Insofern ist die deutsche Wirtschaft zwingend auf sichere Importe von Wasserstoff angewiesen, wenn sie klimaneutral werden und dabei wettbewerbsfähig bleiben will.

Zugleich braucht es – **drittens** – dringend eine hinreichend große inländische Erzeugungsleistung für grünen, klimaneutralen Wasserstoff. Denn klar ist, dass beim Umstieg auf ein im Wesentlichen auf Wasserstoff als Energieträger setzendes Wirtschaftsmodell nicht einfach eine geopolitische Energieabhängigkeit durch eine andere ersetzt werden darf. Daher braucht es den Auf-

bau einer inländischen Wasserstoff-Erzeugung, die auch in Krisenzeiten eine unverzichtbare Grundversorgung gewährleisten kann. Hinzu kommt: Wer mit verbrauchsnahe Erzeugung und Verwendung in der Industrie nicht startet, bevor Importkapazitäten für Wasserstoff aufgebaut sind, wird am Ende wettbewerbsfähig nicht (mehr) mithalten können.

Viertens braucht es eine in Breite und Tiefe wachsende Transport- und Speicherinfrastruktur. Dabei darf es nicht so bleiben, dass mit den leider immer noch nicht abgeschlossenen Konsultationen für das Wasserstoff-Kernnetz implizit Standortentscheidungen etwa für neue Gaskraftwerke, die mittelfristig auch mit Wasserstoff und damit klimaneutral betrieben werden sollen, präjudiziert werden. Im schlimmsten Fall würde man damit die Fehler und Versäumnisse des oft unzureichenden Stromnetzausbaus wiederholen: Anlagen, die eine sehr hohen Wasserstoffbedarf haben, könnten nur dort entstehen, wo schon heute das H₂-Kernnetz vorgesehen ist.

Deshalb hat die Bundesregierung für entsprechende Anlagen der Energiewirtschaft auch vorgesehen, dass das Kernnetz deren Standorte berücksichtigt. Dies muss allerdings bei der laufenden Wasserstoff-Kernnetzplanung auch so umgesetzt werden. Und auch, wenn sich mit den nun Anfang Juli bekanntgewordenen weiteren Details zur künftigen Kraftwerksstrategie die geplante Umrüstung von fünf Gigawatt neu zu bauender Gaskraftwerke auf Wasserstoff (noch) nicht verbindlich terminiert ist, sollte diese Frage im Rahmen der Netzplanung wie der

konkreten Ausgestaltung der Ausschreibungsrunden planungssicher beantwortet werden.

Schließlich bedarf es – **fünftens** – der politischen Flankierung des entstehenden Wasserstoff-Markts: Weil designierte Abnehmer wie potenzielle Erzeuger aus nachvollziehbaren Gründen darauf warten, dass die jeweils andere Seite den ersten Schritt macht, droht Nicht-handeln. Dieses Patt kann nur politisch aufgelöst werden. Hier muss auch klar sein, dass die Rahmenbedingungen und regulatorischen Auflagen über die gesamte Lieferkette hinweg stimmig und komplementär gestaltet sind: Wenn man auf der einen Seite bei der Wasserstoff-Erzeugung harte Kriterien in Sachen Klimaneutralität anlegt, um auf jeden Fall grünen Wasserstoff zu bekommen, macht es keinen Sinn, wenn dann auf der anderen Seite durch eigens geschaffene Ausnahmetatbestände und Übergangsfristen zugunsten andersfarbiger Moleküle die Wettbewerbsfähigkeit dieses grünen Wasserstoffs konterkariert würde.

Insofern lässt sich zusammenfassen: Die Aufgaben liegen klar zutage und auch der Worte sind genug gewechselt, man möchte endlich Taten sehen. ■

www.iqony.energy

iqony

Deutschland muss den Import von Fracking-Gas stoppen!

von Sascha Müller-Kraenner

So dramatisch sich die Situation nach dem russischen Angriff auf die Ukraine darstellte: Eine Gasmangellage haben wir in Deutschland nicht erlebt. Und auch in Zukunft ist unsere Gasversorgung ohne weitere Terminals für Flüssigerdgas (LNG) gesichert.

Viel dramatischer stellt sich die Lage beim Klimaschutz dar. Es gibt weiterhin eine große Klimaziel-Lücke. Die Maßnahmen in den Sektoren Verkehr und Gebäude – letzterer ist für den Großteil unseres Gasverbrauchs verantwortlich – reichen nicht annähernd aus, um diese Lücke zu schließen.

LNG-Überkapazitäten können wir uns nicht leisten

Wir sind unbeschadet durch mehrere Winter gekommen, die drei bereits aktiven LNG-Terminals sind nicht ansatzweise ausgelastet und die Gasspeicher waren auch nach Ende der Heizperiode noch voll. Dennoch sollen auf Basis des LNG-Beschleunigungsgesetzes bis 2030 bis zu neun Terminals mit einer Kapazität von 64 Milliarden Kubikmeter Erdgas errichtet werden. Von einem solchen Tatendrang kann man beim Klimaschutz nur träumen.

Mit Pipelines soll sich die Gas-Importkapazität Deutschlands 2030 auf 133 Milliarden Kubikmeter belaufen. Im gleichen Jahr erwartet das Wirtschaftsministerium einen Verbrauch von lediglich 74 Milliarden Kubikmeter. Das Bedürfnis nach einem Sicherheitspuffer ist verständlich. Eine derartige Überkapazität für fossile Energie aufzubauen, schießt aber weit über das Ziel hinaus.

Der Naturschutz wird für den LNG-Hype geopfert. Jeder der Terminalstandorte schädigt gleich mehrere Naturschutzgebiete, zum Beispiel durch die Einleitung von Chlor in unmittelbarer Nähe des Nationalparks Wattenmeer.

Zudem werden die Terminalanlagen trotz knapper Haushalte mit Steuergeldern in Höhe von mehreren Milliarden Euro subventioniert. Sie werden auch über langfristige Lieferverträge finanziert, die uns bis in die 2040er Jahre an den fossilen Energieträger binden. Ein derartiger fossiler Lock-In ist mit der Klimaneutralität 2045 nicht vereinbar. Wo ist der Sicherheitspuffer für das Klima?

Deutschland importiert das dreckigste Gas, das es kriegen kann

Der LNG-Boom ist nicht nur für Deutschland verheerend. Bei etwa 70 Prozent der deutschen LNG-Importe handelt es sich um US-Fracking-Gas. Der deutsche

LNG-Ausbau befeuert also auch die Fracking-Bonanza in den USA. Seit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine wurden die Fracking-Gebiete dort massiv ausgeweitet und die Exportkapazitäten verdoppelt.

Die Umweltschäden, die die Risikotechnologie mit sich bringt, umfassen die Verschmutzung von Wasser und Atemluft sowie extremen Wasserverbrauch in oft schon wasserarmen Gebieten. Deshalb hat sich das Umweltbundesamt 2022 auch klar gegen Schiefergas-Fracking in Deutschland ausgesprochen. Auch die gesundheitlichen Auswirkungen, wie Krebs, Atemwegserkrankungen und Fehlbildungen bei Neugeborenen sind durch zahlreiche Studien belegt. Überproportional häufig sind insbesondere in den USA bereits benachteiligte Bevölkerungsgruppen von der fossilen Verschmutzung betroffen.

Die Klimabilanz ist ebenso verheerend. Neue US-Studien belegen, dass die besonders klimaschädlichen Methanemissionen beim Fracken tatsächlich etwa dreimal so hoch sind wie offiziell angegeben. Teils werden in Fracking-Regionen Leckage-Raten von sechs Prozent erreicht. Bei drei Prozent Methanschleupf entlang der Lieferkette ist Erdgas bereits klimaschädlicher als Kohle. Mitnichten handelt es sich bei LNG also um „sauberes“

Gas, das eine Brücke in die klimaneutrale Zukunft bauen kann. Mit LNG richtet Deutschland seine Energiezukunft darauf aus, bis in die 2040er das gesundheits-, umwelt- und klimaschädlichste Gas zu importieren, das es auf dem Weltmarkt zu kaufen gibt.

Klimaschutz geht anders

Diese Politik ist kurzsichtig. Und sie ist unnötig: Der Gasverbrauch sinkt bereits. Wenn wir den Ausbau von Erneuerbaren und Wärmepumpen beschleunigen, sinkt er noch deutlich schneller. Das hat viele Vorteile, nicht zuletzt niedrigere Energiekosten, die Einhaltung der Klimaziele und eine größere geopolitische Unabhängigkeit. Denn wie Putin würde auch ein US-Präsident Trump nicht zögern, die Gasversorgung Deutschlands als politisches Druckmittel zu missbrauchen.

Wir brauchen ein Umdenken der Bundesregierung: Deutschland muss endlich Verantwortung für seine fossilen Lieferketten übernehmen und den Erdgasausstieg einleiten. Ein logischer erster Schritt wäre es, den Import von Fracking-LNG zu verbieten. In Deutschland ist Schiefergas-Fracking schon verboten – warum also feuern wir den Einsatz dieser schädlichen Technologie im Ausland an? ■

Der Naturschutz wird für den LNG-Hype geopfert.

”

Sascha Müller-Kraenner,
Bundesgeschäftsführer der
Deutschen Umwelthilfe e.V. (DUH)



Foto: Stefan Wieland

Advertorial

So gelingt Unternehmen die strategische grüne Energiebeschaffung



von Folker Trepte

Um die globale Energiewende umzusetzen, ist ein nachhaltiger Energieeinkauf für Unternehmen nicht optional, sondern zwingend notwendig. Sie stehen vor der Herausforderung, ihre Energie nicht nur kosteneffizient, sondern auch umweltfreundlich zu beziehen. Die Corporate Sustainability Reporting Directive (CSRD) setzt dafür neue Maßstäbe und hebt die Nachhaltigkeitsberichterstattung in der EU auf eine neue Stufe. Durch die ausgeweiteten Berichtspflichten sind Unternehmen mehr denn je gefragt, ihre Strategie zur Energiebeschaffung zu überdenken. Nicht nur, um gesetzliche Anforderungen zu erfüllen – sondern auch, um wettbewerbsfähig zu bleiben.

Die CSRD sieht vor, dass Unternehmen detaillierte Informationen über ihre Energiequellen und deren Umweltwirkung offenlegen. Dabei handelt es sich nicht nur um eine regulatorische Anforderung, vielmehr fördern relevante Stakeholdergruppen – wie Investoren, Kreditgeber und Kunden – die Einhaltung und das Reporting ein. Dazu braucht es im ersten Schritt eine umfassende Analyse: Wie sieht das Energieportfolio aus? Welche Energieeffizienzmaßnahmen gibt es bereits? Und wie steht es um die Risikoabsicherung? Insbesondere energieintensive Unternehmen, zum Beispiel aus der Metall- oder Chemiebranche, haben hier zwei Hebel: Sie können die Energieintensität ihrer Produktion sowie den sonstigen Energieverbrauch noch stärker reduzieren und ihre Energiebeschaffung dekarbonisieren. Dafür ist eine dezidierte Einkaufsstrategie unerlässlich, denn die bisherigen Beschaffungsstrategien sind den zunehmend komplexen Rahmenbedingungen nicht mehr gewachsen. Für das Thema Strom heißt das: Ein rein preisgetriebener Stromeinkauf unter der Annahme eines liquiden Marktes greift mittelfristig zu kurz und kann die neuen Anforderungen nicht mehr erfüllen.

Fest steht: Wer mit der Transformation noch nicht begonnen hat, sollte die CSRD als Startschuss verstehen. Zeit für Aufschub bieten die Dekarbonisierungsziele jedenfalls nicht.

Unternehmensziele sind Leitplanken beim Einkauf Grundlagen für eine gelingende Einkaufsstrategie für grünen Strom bleiben weiterhin Wirtschaftlichkeit und optimale Strommengen. Doch zusätzlich müssen nun

eine Vielzahl weiterer Aspekte in die Beschaffung einfließen. Durch die CSRD getrieben erhält die Dekarbonisierung im gesamten Unternehmen eine noch größere Relevanz, eine Schlüsselrolle nimmt dabei der Einkauf ein. Somit müssen Unternehmensstrategie, Nachhaltigkeitsstrategie und Einkaufsstrategie nahtlos ineinandergreifen und gesamthaft gedacht werden. In der Umsetzung bedeutet dies eine Diversifizierung der Beschaffungsmaßnahmen, dazu müssen neue Optionen bewertet und integriert werden. Welcher Bedarf wird über preisstabile PPAs, über Eigenversorgung mittels Brownfield- oder Greenfield-Investitionen oder möglicherweise Kooperationen gedeckt? In welchem Umfang reichen ausschließlich Herkunftsnachweise, um Dekar-

bonisierungsziele zu erreichen? Diese vielfältigen Fragestellungen sind dabei in eine Übereinstimmung mit dem kalkulierten Energieverbrauch zu bringen. Durch die Diversifizierung der Beschaffungsmaßnahmen nimmt auch die Komplexität zu und die Einkaufshorizonte verändern sich. Zum Beispiel liefert eine PV-Anlage für den Eigenverbrauch günstigen Strom, dies ist aber nicht automatisch kongruent zum Zeitpunkt des Strombedarfs. Langfristige Stromverträge liefern hingegen kalkulierbare und stetige Strommengen, haben aufgrund ihrer Langfristigkeit unter Umständen das Risiko von Preisnachteilen. Das aktive Management wird dadurch zu einer Kernaufgabe eines grünen Einkaufs.

Das Abwägen von Chancen und Risiken stellt die Weichen

Eine frühzeitige Transformation des Energieeinkaufs schafft Vorteile gegenüber dem Wettbewerb. Wer auf kohlenstofffreie Energiequellen setzt, kann dies in der Vermarktung seiner Produkte berücksichtigen und die Zahlungsbereitschaft seiner Kunden erhöhen. Zudem kann er sich perspektivisch wichtige Wettbewerbsvorteile sichern. Mit Blick auf die künftig EU-weit mandatierten CO₂-Preise von 200 Euro je Tonne ab 2027 werden nachhaltige Energiequellen schon mittelfristig zur finanziellen Existenzgrundlage.

Nachhaltigkeit und Versorgungssicherheit sind heute im Einkaufsprozess zentrale Anliegen, um angesichts geopolitischer Spannungen, regulatorischen Drucks und steigender Kundenanforderungen zu bestehen. Chancen und Risiken sind sorgfältig abzuwägen und alle Stakeholder und Unternehmensschnittstellen in die Ausarbeitung der Beschaffungsstrategie für grüne Energie mit einzubeziehen. So können Unternehmen jetzt ihren Einkauf resilient aufstellen und den Anforderungen der CSRD proaktiv begegnen. ■

www.pwc.de



Folker Trepte,
Leiter Energiewirtschaft,
PwC Deutschland

Das aktive
Management wird
zu einer Kernaufgabe
eines grünen Einkaufs.



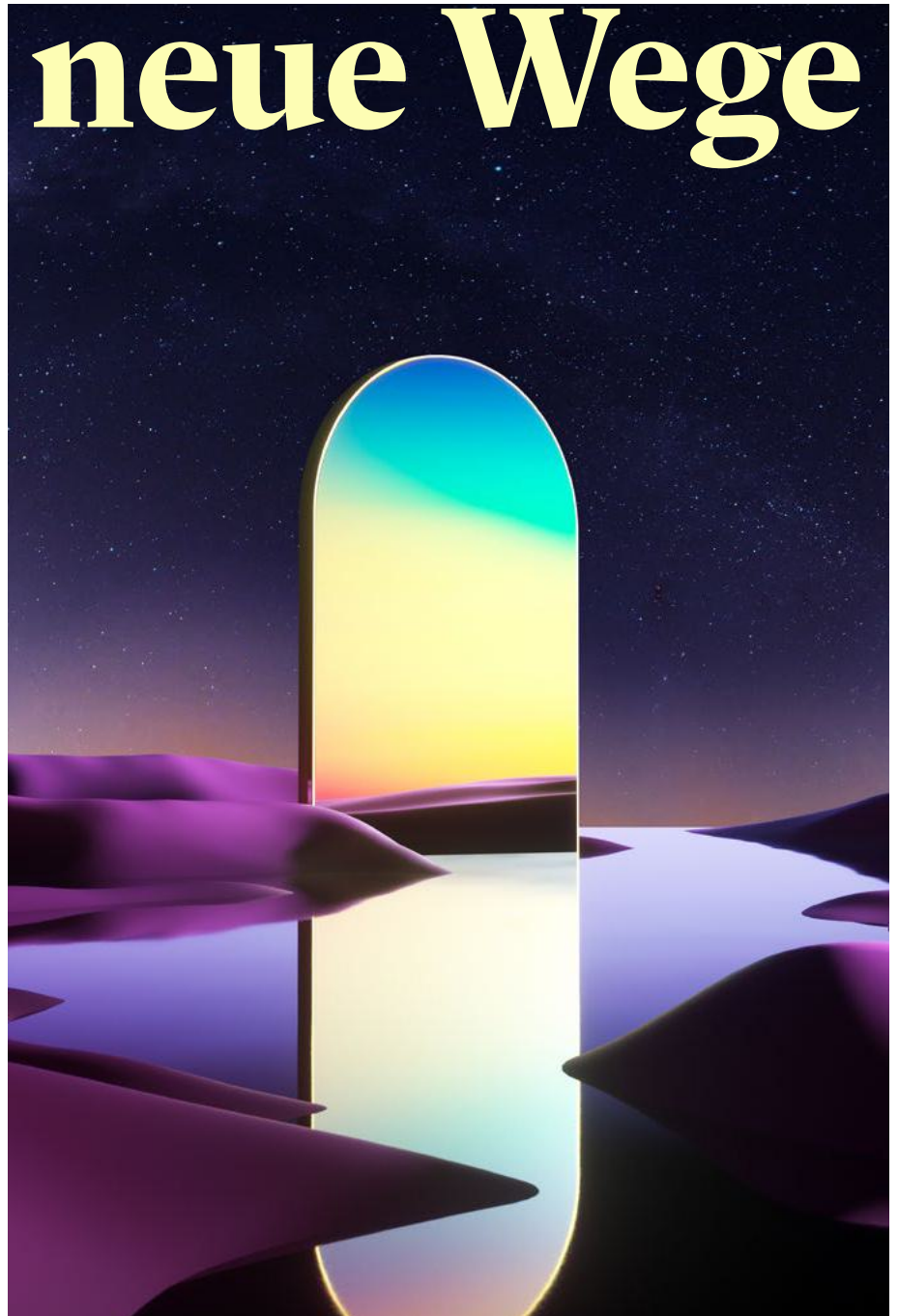
Finanzierungsdruck erfordert neue Wege

Wie Stadtwerke die Energiewende finanzieren können

von Sebastian Jurczyk

Als in diesem Sommer die deutschen Stadtwerke ihre Jahresbilanzen vorgelegt haben, waren die für die Zukunft notwendigen massiven Investitionen in die Energie- und Mobilitätswende ein beherrschendes Thema. Darüber, woher die Ressourcen für diesen nicht nur monetär gewaltigen Kraftakt kommen sollen, herrscht bei den rund 1.000 Playern teils noch Ratlosigkeit. Für kommunale Stadtwerke ist die Lage neu und kompliziert: Sie können angesichts der Summen – insgesamt 600 Milliarden Euro kostet die Energiewende allein bis 2030 – nicht mehr auf eine ausschließliche Fremdfinanzierung wie zum Beispiel Bankkredite setzen. Diese würde zentrale Finanzierungsgrößen wie Eigenkapitalquote und dynamischen Verschuldungsgrad schon in wenigen Jahren aushebeln. Wenn also die klassischen, stark bankenorientierten Finanzierungsinstrumentarien nicht mehr ausreichen – was tritt an ihre Stelle? Staatliche Investitionshilfen und -fonds sind hilfreich, aber angesichts der angespannten Haushaltslage bei weitem nicht üppig genug, um den immensen Bedarf zu decken.

Ein Beispiel aus Münster: Für die Dekarbonisierung der Fernwärme werden wir im kommenden Winter das Potenzial für Tiefengeothermie auf dem Stadtgebiet konkretisieren und eine 3-D-Seismik des Untergrunds durchführen. Für das Vorhaben stellt das Land NRW eine großzügige Förderung zur Verfügung und übernimmt mit 5,77 Millionen Euro etwa die Hälfte der Kosten. Doch wie sieht es mit der Absicherung der weiteren Risiken auf dem Weg zu einem Geothermie-Heizwerk für Münster aus? Hier lauern für Projektentwickler immense finanzielle Risiken, die das Land trotz großer Unterstützungsbereitschaft in der aktuellen Haushaltslage höchstens anteilig ausgleichen kann. Für das so genannte Fündigkeitsrisiko – also das Fehlschlagen einer Tiefenbohrung – sieht der Masterplan Geothermie NRW eine Maximalförderung von 45 Prozent der zuwendungsfähigen Ausgaben für die erste von zwei notwendigen Bohrungen und einen Höchstbetrag von 10 Mio. Euro vor. Für das münstersche Vorhaben könnte dies im Worst Case zu einem Schaden in Höhe von rund 10 Mio. Euro führen. Zur Einordnung: Etwa diese Summe erwirtschaften die Stadtwerke Münster jährlich. Ein Jahresergebnis wäre im schlimmsten Fall wortwörtlich im Boden versenkt – mit entsprechenden Konsequenzen für die Gewinnausschüttung und Eigenkapitalquote. Die Hoffnung von Projektentwicklern und Landesregierung ruhen deshalb auf einer ergänzenden Absicherung des Bundes.



In den Führungsetagen von Stadtwerken und Kommunen müssen zusätzliche, neue Wege der Strategiefinanzierung beschritten werden. ”

Foto: Getty

Stadtwerke sind gefragt, sich selbst zu helfen

Stadtwerke können sich also weder allein auf bewährte Finanzierungspraktiken verlassen noch ihre Hoffnungen auf eine alleinige Finanzierung der Energiewende durch staatliche Förderung setzen. Sicherlich sind verlässliche, unterstützende politische Rahmenbedingungen und Fördermaßnahmen wie der von Branchenverbänden vorgeschlagene Energiewende-Fonds mehr als nice to have. Doch auch in den Führungsetagen von Stadtwerken und Kommunen müssen zusätzliche, neue Wege der Strategiefinanzierung beschritten werden.

Angesichts dieser Lage sind Stadtwerke gefragt, sich selbst zu helfen und eigene Lösungen für Investitionsherausforderungen zu finden. Dabei können sie auf vorhandene Stärken und Erfahrungen aufbauen, die vor allem im Infrastrukturmanagement liegen. Gleichzeitig sind sie gefordert, über den Hausbankkredit hinaus vor allem Finanzierungs-Know-how aufzubauen. Bei allen Überlegungen gilt für uns Stadtwerke: Wir sind kommunale Unternehmen, wir gehören – zumindest in vielen Fällen – den Bürgerinnen und Bürgern und das prägt unsere Identität. Das Vertrauen unserer Stakeholder ist ein hohes Gut, das es zu bewahren gilt.

Private Investoren in der Stadtwerke-Welt?!

In Münster kombinieren wir bewährte Finanzierungsmodelle mit solchen, die für die Stadtwerke-Welt neu sind. Mit Palladio Partners haben wir zum Beispiel einen strategischen Finanzpartner mit einem signifikanten Eigenkapitalanteil am Ausbau des Glasfasernetzes beteiligt und hier gemeinsam Pionierarbeit geleistet. Die Partnerschaft ist deswegen so erfolgsversprechend, weil alle Beteiligten ihr spezifisches Know-how mitbringen. Als Stadtwerke mit einer Netzbetreibertochter „können“ wir Infrastruktur und kennen uns vor Ort aus. Palladio bringt das Kapital institutioneller Anleger aus Deutschland, Know-how im Glasfaserausbau und ein passendes Marktverständnis für Infrastruktur-Investments mit.

In Münster ist Palladio Partners über einen Infrastrukturfonds mit 30 Prozent an der Glasfaser-Projektgesellschaft der Stadtwerke Münster beteiligt. Unter den Investoren des Fonds befinden sich auch zwei Kapitalanleger aus Münster: die LVM-Versicherung und die Ärztersorgung Westfalen-Lippe. Da die Stadtwerke Münster die weiteren 70 Prozent an der gemeinsamen Glasfaseresellschaft selbst halten, ist garantiert, dass das Netz langfristig in kommunaler Hand bleibt.

Spezifische Erfolgskriterien für die Zusammenarbeit mit Investoren

Unsere Zusammenarbeit mit Palladio zeigt beispielhaft, dass für eine erfolgreiche Zusammenarbeit von Stadtwerken und privaten Investoren eigene Kriterien gelten, um einige zu nennen:

1. Die Zusammenarbeit trägt langfristig: Die Energiewende ist vor allem eine Infrastrukturwende. Deshalb ist es wichtig, Partner zu finden, die an langfristigen Investitionen interessiert sind. Mit einem Wechsel eines Investors wären ein hoher Aufwand und ein hohes Risiko verbunden. Das bedeutet auch, dass der Investor nicht auf „schnelle Renditen“ aus sein sollte, sondern sich committet, das Geschäft langfristig profitabel mitzugestalten.
2. Beteiligungen erfolgen in eigenen Gesellschaften mit einem klar definierten Unternehmenszweck, nicht auf der Konzern-Ebene. Dieses Konstrukt hilft dabei, die Sorgen vor Privatisierung kommunalen Tafelsilbers bei Stakeholdern und Öffentlichkeit zu zerstreuen.



Sebastian Jurczyk, Vorsitzender der Geschäftsführung, Stadtwerke Münster

3. Die kommunale Mutter behält ihren Einfluss: Dort, wo Städte und Kommunen alleinige Gesellschafter sind, haben sie den Anspruch, Entscheidungen weiterhin vorrangig in der Hand ihres Stadtwerks und damit im unmittelbaren kommunalen Einfluss zu belassen. In Münster wurden klare Festlegungen zur Corporate Governance vereinbart, die beispielsweise ein Vorkaufsrecht nach Ablauf der vertraglich festgelegten Dauer der Partnerschaft regeln.

4. Klarheit über den gemeinsamen Weg: Für Joint Ventures zwischen kommunalen Unternehmen und privaten Equity-Investoren kommt es darauf an, die Zusammenarbeit mit klaren gemeinsamen Zielen und Erwartungen zu gestalten, da das Geschäft üblicherweise über einen längeren Zeitraum gemeinsam entwickelt werden soll. Hierbei hilft ein leistungsfähiges, regelmäßiges Fortschrittsreporting zu den gemeinsam entwickelten strategischen Key Performance Indicators (KPI).

Finanzierung ganzheitlich gedacht

Damit eine ganzheitliche Finanzierungsstrategie nicht nur in der Theorie entsteht, sondern auch in der Praxis wirksam wird, braucht es einen langfristig orientierten Zeitplan, der bereits sämtliche Finanzierungskomponenten in ihrem Zusammenspiel vorausschauend abbildet. In Münster wird zur nachhaltigen Kapitalbeschaffung für ökologische und soziale Investitionen seit 2022 das Instrument des Green Bond genutzt. Über nachrangige Gesellschafterdarlehen können kommunale Mütter ihren Töchtern zu Kapital verhelfen, ohne den eigenen kommunalen Haushalt zu belasten, wie es bei einer direkten Eigenkapitalstärkung der Fall ist.

So hat die Stadt Münster im Rahmen ihrer Nachhaltigkeitsstrategie im Mai 2024 bereits einen zweiten Green Bond erfolgreich am Markt platziert. Die Mittel fließen in nachhaltige Vorhaben der kommunalen Tochter, unter anderem in Glasfaserausbau, Solarthermie und Elektrobusse. Weiteres Mezzanine-Kapital können private Anleger in die Kassen bringen, beispielsweise über Genusscheine und Bürgerbeteiligungen.

Für eigene Windenergie- und Photovoltaikprojekte haben wir Bürgerinnen und Bürgern die Gelegenheit gegeben, sich über Nachrangdarlehen an Erneuerbaren-Energie-Anlagen zu beteiligen. So konnten wir nicht nur erfolgreich Mittel einwerben, sondern auch die Akzeptanz für neue Anlagenvorhaben in der Öffentlichkeit erhöhen, weil sie von ihrem Erfolg unmittelbar finanziell profitieren. Solche vorhabenbezogen eingesetzten Instrumente können eine Stadtwerke-Finanzierungsstrategie jedoch allenfalls komplettieren, aber nicht allein tragen.

Für die Finanzierung der Herausforderungen braucht es von Stadtwerken also einen neuen, intelligenten Mix aus dem finanzwirtschaftlichen Instrumentenkoffer, eine langfristige Perspektive für die Gestaltung der strategischen Liquiditätsbedarfe und eine sorgfältig aufeinander abgestimmte Strukturierung der jeweiligen Finanzierungsbausteine. Doch schon jetzt zeigt sich, wenn die Branche auch in Fragen der Finanzierung Kreativität und eine Portion Mut zum Verlassen eingetretener Pfade beweist, werden wir in den Stadtwerke-Bilanzen der kommenden Jahre viele spannende neue Lösungswege für die Finanzierung der Energie- und Mobilitätswende kennenlernen. ■

Forschung für grünen Wasserstoff

Verbesserte
Wirtschaftlichkeit
und sicherer Umgang
stellen die Akzeptanz
von Wasserstoff als
alternative Energie-
form sicher. ”



von Dr.-Ing. Sylvia Schattauer und Prof. Dr.-Ing. Thomas Turek

Wasserstoff wird durch seine stofflichen und energetischen Einsatzmöglichkeiten einen Beitrag zur Energiewende leisten, sofern er durch Elektrolyse von Wasser mit Erneuerbaren Energien und folglich ohne CO₂-Emissionen hergestellt wird. Derzeit sind die Kosten für den Bau von systemrelevanten Elektrolyseanlagen im MW-Maßstab hoch und auch die Integration sowohl ins Strom- als auch in ein grüne Gase-Netzsystem bieten Herausforderungen. Um grünen Wasserstoff auch ohne staatliche Förderung konkurrenzfähig für alle Bereiche der Energieversorgung zu machen, sind weiterhin erhebliche Forschungs- und Entwicklungsanstrengungen nötig, um die Investitions- und Betriebskosten zu senken, aber auch die Systemintegration finanziell und technisch umzusetzen. Zudem müssen hochqualifizierte Fachkräfte ausgebildet werden, um die vielfältigen Herausforderungen der Energiewende personell meistern zu können. Umfangreiche Grundlagen- und anwendungsorientierte Forschungen ermöglichen Lebensdauererlängerung, das Scale-up der Herstellungskapazitäten und eine vollständige Systemintegration. Verbesserte Wirtschaftlichkeit und sicherer Umgang stellen die Akzeptanz von Wasserstoff als alternative Energieform sicher.

TU Clausthal – die Universität der Circular Economy

Die Forschung der TU Clausthal fokussiert sich auf systemische Ansätze zur Realisierung der Circular Economy, die neben der klassischen Kreislaufwirtschaft auch die erneuerbaren Energien und die digitale Steuerung des Gesamtsystems umfasst. Aufbauend auf der Tradition als Montanuniversität ist die Verknüpfung von Material- und Prozesswissen von der Gewinnung über die Herstellung bis zum Einsatz unterschiedlichster Materialklassen die Kernkompetenz der TU Clausthal. Wasserstoff hat sich in den letzten Jahren zu einem wichtigen Forschungsschwerpunkt entwickelt. Die Thematik umfasst die Erforschung von relevanten Materialien, die Entwicklung von leistungsfähigen Elektrolysezellen im m²-Maßstab, Konzepte zur untertägigen Speicherung von Wasserstoff, die Konversion von Wasserstoff in Derivate und systemische Fragestellungen wie der netzdienliche Betrieb von Elektrolyseanlagen oder die KI-basierte Steuerung im Zusammenspiel mit Erneuerbaren Energien. Im Forschungszentrum Energiespeichertechnologien bündelt die TU Clausthal ihr interdisziplinäres Wissen und verfügt u.a. über eine Pilotanlage zum Test von Elektrolysezellen in voller Baugröße, an der vielfältige Forschungsfragen untersucht und Fachkräfte ausgebildet werden.

Weiterer Forschungsbedarf bei Wasserstoff

Häufig wird die Wasserelektrolyse als etablierte Technologie betrachtet, da sie bereits seit Jahrzehnten bekannt ist. Die heutigen Randbedingungen erfordern jedoch völlig neue Technologien, weil Materialien und elektrische Energie knappe Güter sind. Daher liegt ein starker Fokus der Forschung und Entwicklung auf verbesserten, kostengünstigen Materialien, die eine hohe Lebensdauer aufweisen und den notwendigen Scale-up durch entsprechende Verfügbarkeit und Verarbeitung ermöglichen. Auch der sichere Umgang mit Wasserstoff ist eine große Herausforderung. Zwar wird Wasserstoff in der chemischen Industrie schon lange gehandhabt, zukünftig



Dr.-Ing. Sylvia Schattauer, Präsidentin TU Clausthal und Prof. Dr.-Ing. Thomas Turek, Institutsdirektor am Institut für Chemische und Elektrochemische Verfahrenstechnik, TU Clausthal

Um grünen Wasserstoff auch ohne staatliche Förderung konkurrenzfähig für alle Bereiche der Energieversorgung zu machen, sind weiterhin erhebliche Forschungs- und Entwicklungsanstrengungen nötig.

”

dringt Wasserstoff aber in viele neue Bereiche vor. Trotz des enormen Vorteils der Speicherbarkeit darf beispielsweise untertägig gespeicherter Wasserstoff nicht unkontrolliert in die Umgebung entweichen. Auch beim Betrieb von Elektrolyseanlagen mit Erneuerbaren Energien können im Teillastbereich gefährliche Zustände auftreten, da eine Anreicherung von Wasserstoff im Sauerstoff zu einer Abschaltung aus Sicherheitsgründen führt. Zudem belasten der dynamische Betrieb und das Abschalten der Elektrolyseanlage die Materialien und Komponenten sehr stark, was ihre Lebensdauer verringert.

Eine weitere Frage ist, wie Wasserstoff zukünftig importiert werden kann, da Deutschland voraussichtlich nicht die gesamten erforderlichen Mengen selbst produzieren wird. Für den Transport von Wasserstoff gibt es viele miteinander konkurrierende Optionen durch Pipelines oder per Schiff, dort entweder in verflüssigter Form oder als „grüne“ Moleküle wie Ammoniak, Methan oder Methanol. Allerdings muss Wasserstoff zumindest für den energetischen Einsatz aus diesen „Derivaten“ energieintensiv zurückgewonnen werden. Welche dieser Op-

tionen sich durchsetzt oder ob eine Kombination von verschiedenen Importpfaden günstiger ist, muss durch eine systematische Analyse der Rolle von Wasserstoff und Wasserstoffderivaten im Energie- und Industriesystem der Zukunft geklärt werden. Daraus ergibt sich Forschungsbedarf für die nächsten Jahrzehnte, zumal neben den technologischen und wirtschaftlichen Fragen zukünftig auch die Akzeptanzforschung eine wichtige Rolle einnehmen wird.

Forschung und Entwicklung kontinuierlich weiterführen

Die Bundesregierung unternimmt im Rahmen der Wasserstoff-Leitprojekte H₂GIGA, H₂MARE und TRANS-HYDE derzeit große Anstrengungen, um Forschung und Entwicklung im Wasserstoffbereich zu unterstützen. Angesichts der vielen ungelösten Fragen und des zunehmenden Konkurrenzdrucks aus China und den USA muss diese Förderung auch zukünftig weitergeführt und deutlich schneller werden, um den bisher erreichten Stand in deutschen Unternehmen und Forschungseinrichtungen nicht zu gefährden. ■

Moleküle – Die Schlüsselfaktoren einer bezahlbaren Energiewende

von Dr. Gerhard Holtmeier

Eine erfolgreiche Energiewende ist eine der größten Herausforderungen unserer Zeit. Um die Klimaziele zu erreichen und um eine nachhaltige, aber auch bezahlbare Energieversorgung zu gewährleisten, sind innovative und vielseitige Lösungen gefragt. Eine vielversprechende Rolle spielen hierbei Moleküle wie grüne Gase und Wasserstoff. Wie können sie also eingesetzt werden und welche Maßnahmen sehen wir als Energieversorger DEW21 als notwendig an, damit wir das Potenzial voll ausschöpfen können?

Gase sind nicht nur eine Brückentechnologie

Erdgas, das in Deutschland seit Jahrzehnten ein wichtiger Energieträger ist, wird auch in den kommenden Jahren eine wesentliche Primärenergie auf dem Weg zur

einer CO₂-freien Energiezukunft sein. Als fossiler Brennstoff ist es zwar nicht CO₂-neutral, doch es verbrennt wesentlich sauberer als Kohle oder Öl. Ein Best-Practice-Beispiel für den effizienten Einsatz von Erdgas ist das Fernwärmesystem von DEW21. Bereits heute wird es ganzjährig zu über 75 Prozent aus unvermeidbarer Abwärme von Industrieunternehmen, also klimaneutral, gespeist. Um die Versorgungssicherheit an besonders kalten Tagen oder zu Zeiten, an denen die Industrieabwärme nicht zur Verfügung steht, zu gewährleisten, brauchen wir moderne Back-Up-Systeme. Diese basieren heute auf Erdgas. Das Erdgassystem fungiert dabei als Energiespeicher zur Abdeckung hoher Lastspitzen.

zukünftig wird dies auch durch grüne Gase, insbesondere Biogas, oder Wasserstoff möglich sein. Die kontinuierliche Modernisierung und Erweiterung des dortmunder Fernwärmesystems ist ein zentraler Baustein der Unternehmensstrategie, um den CO₂-Ausstoß auch in der Wärmeversorgung weiter zu reduzieren.

Wasserstoff: Ein weiterer Energieträger für eine klimaneutrale Zukunft

Während konventionell gefördert Erdgas aufgrund seines CO₂-Anteils mittelfristig immer weiter an Bedeutung verlieren wird, stellt Wasserstoff neben anderen grünen Gasen eine langfristige Lösung für eine nachhaltige Energieversorgung dar. Hierfür bedarf es einer klimaneutralen Herstellung bzw.



Foto: Getty



Einer der größten Vorteile auf dem Weg in eine klimaneutrale Zukunft ist die Nutzung der bestehenden Gas-Infrastruktur. ”

Dr. Gerhard Holtmeier, Vorsitzender der Geschäftsführung der Dortmunder Energie- und Wasserversorgung GmbH (DEW21)

einer entsprechenden CO₂-Kompensation. Wasserstoff wie aber auch weitere grüne Gase ermöglichen die Speicherung und den Transport in großen Mengen und auch über lange Zeiträume. Besonders der sogenannte grüne Wasserstoff, der unter Einsatz von erneuerbaren Energien produziert wird. Hinzu kommt der netzdienliche Faktor zum Ausgleich der starken Schwankungen bei Stromversorgung. So wird im Sommer produzierter Grünstrom als Wasserstoff gespeichert im Winter nutzbar gemacht.

In Dortmund beteiligt sich DEW21 an Pilotprojekten, die die Erzeugung, Speicherung und Nutzung von grünem Wasserstoff untersuchen. Ein besonders spannendes Projekt ist die Integration von Wasserstoff in unser bestehendes Gasnetz, die die flexible Nutzung erneuerbarer Energien ermöglichen würde und auch die Speicherung großer Energiemengen, die bei Bedarf schnell abrufbar sind.

Um den Bedarf in den verschiedenen Sektoren zu decken, ist neben der heimischen Erzeugung auch der Import von Wasserstoff notwendig. Wasserstoff kann sowohl in Reinform als auch in gebundener Form, den sogenannten Derivaten, transportiert werden. Der leitungsgebundene Transport von reinem Wasserstoff ist sowohl lokal als auch über weite Distanzen an Land am effizientesten, während der Transport über den Seeweg per Schiff auf Derivate wie Ammoniak angewiesen ist, um praktikabel zu sein. Hier ist wichtig, dass die benötigten Mengen auch nach Deutschland und letztendlich zu Kunden gebracht werden. Eine Importstrategie ist daher essenziell.

Notwendige Schritte für die Transport- und Verteilinfrastruktur

Für eine ausreichende Transport- und Verteilinfrastruktur für grüne Gase und Wasserstoff sind klare wirtschaftliche Rahmenbedingungen erforderlich, wie sie auch in der Strom- oder Wärmeinfrastruktur vorliegen. Dazu gehören eine ganzheitliche Infrastrukturplanung, die Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren

ren und die Stärkung der Investitionssicherheit. Prohibitiv hohe Netzentgelte in der Hochlaufphase sind zu vermeiden und regulatorische Regelungen zur zeitlichen Verteilung von Hochlaufkosten und Ausfallrisiken müssen etabliert werden. Dies ist speziell für die bisher weniger beachtete Verteilnetzebene notwendig. Bestehende Gasinfrastrukturen sollten als Basis für den Aufbau der Wasserstoff- und grüne Gase-Infrastruktur genutzt werden. Sinnvoll wäre hier eine ganzheitliche Betrachtung der Infrastrukturen soweit sie Moleküle betreffen. Es sollte daher keine Trennung von Erdgas- und Wasserstoffnetzen geben.

Finanzierung der Netzentwicklung

Eine der zentralen Herausforderungen bei der klimaneutralen Transformation des Energiesektors ist die Weiterentwicklung der notwendigen Infrastrukturen, um die Anwendung von Wasserstoff zu integrieren. Insbesondere muss die Finanzierung dafür geklärt werden. Dazu gehört neben dem Wasserstoffkernnetz auch die „letzte Meile“ bis zum Kunden, die noch unzureichend betrachtet wird.

Verzögerungen bei der Verteilung dieser Kosten könnten den Weg zur Klimaneutralität gefährden. Hier ist vor allem entscheidend, dass die Kosten der zukünftigen Infrastruktur weiterhin in größtmöglichem Maße sozialisiert werden.

Prioritäre Maßnahmen und Handlungsfelder

Um die Transformation des Energiesektors erfolgreich umzusetzen, ist ein wesentlicher Baustein die Beschleunigung des Ausbaus der erneuerbaren Stromerzeugung in Deutschland. Dieser bildet die Grundlage sowohl für die Elektrifizierung als auch für die Erzeugung von grünem Wasserstoff und seinen Derivaten. Parallel dazu sollte die Förderung der dezentralen Erzeugung erneuerbarer Gase neben dem Import vorangetrieben werden, um den Übergang zur Klimaneutralität zu erleichtern. Hierzu gehört auch die Einbeziehung kleinerer, dezentraler Elektrolyseure in Förderprogramme.

Beitrag zentraler und dezentraler Energiespeicher

Ein resilientes Energiesystem wird auch zukünftig auf Gasspeicher angewiesen sein, um bei der volatilen Energieerzeugung die Netzstabilität zu gewährleisten. Die aktuelle energiepolitische Lage hat die Bedeutung der Gasspeicher für die Versorgungssicherheit unterstrichen. Bestehende Gasspeicher können umgerüstet wer-

den, und zusätzlich ist der Ausbau weiterer Gas- und Wasserstoffspeicher notwendig.

Entwicklung der Strom-, Gas- und Wasserstoffnetze in NRW

Einer der größten Vorteile auf dem Weg in eine klimaneutrale Zukunft ist die Nutzung der bestehenden Gas-Infrastruktur. Viele dieser Leitungsinfrastrukturen sind bereits jetzt H₂-tauglich und können durch die Ertüchtigung einzelner Komponenten vollständig wasserstoffverträglich gemacht werden. Hierdurch können zukünftig sowohl grüne Gase wie auch Wasserstoff kostengünstig transportiert und gespeichert werden. Entscheidend ist, dass es zu einer ganzheitlichen Entwicklung der Strom-, Wärme- und Gasnetze im Sinne einer Sektorenkopplung kommt. Eine erfolgreiche Energiewende bedarf der Akzeptanz der Mehrheit der Bevölkerung. Diese ist nur erreichbar, wenn sie für den Einzelnen bezahlbar bleibt.

Fazit

Grüne Gase und Wasserstoff sind zentrale Bausteine für eine erfolgreiche Umsetzung der Energiewende. Wasserstoff bietet dabei eine weitere langfristige, molekülgebundene Option für eine nachhaltige und CO₂-freie Energieversorgung. Aus der Sicht eines Energieversorgers wie DEW21 sind gezielte Anreize für Investitionen in die Weiterentwicklung der bestehenden Gas-Infrastruktur seitens der Politik, Forschung und internationale Kooperationen entscheidend, um das volle Potenzial aller Moleküle auszuschöpfen.

Dortmund zeigt bereits heute, wie die Integration von Gas und Wasserstoff in die städtische Energieversorgung gelingen kann und kann damit als Vorbild für andere Städte und Regionen dienen. Die Energiewende ist eine Gemeinschaftsaufgabe, die Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zusammen bewältigen müssen. Mit einer klaren Strategie und dem gezielten Einsatz von grünen Gasen und Wasserstoff können wir die Herausforderungen meistern und eine nachhaltige Energiezukunft gestalten. Als kommunaler Energieversorger benötigen wir von der Politik klare und stabile, d.h. längerfristig wirkende Rahmenbedingungen sowie finanzielle Unterstützung für den Infrastrukturaus- und -umbau. Kurzfristig ist ein integrativer Ansatz in der Regulierung erforderlich, der Gas- und Wasserstoffnetze, als das was sie sind, als eine Einheit behandelt. Nur dann ist eine kostengünstige, sozialverträgliche Weiterentwicklung der bestehenden Infrastruktur möglich. ■

Stadtwerke Flensburg – klimaneutral 2035 – mehr als Erzeugung

Die Stadtwerke Flensburg GmbH stellen sich ihrer gesellschaftlichen Verantwortung insbesondere zukünftigen Generationen gegenüber. Mit einem umfassenden Transformationsplan zur Dekarbonisierung der Fernwärmeversorgung, also dem Ersatz fossiler Brennstoffe durch erneuerbare Energiequellen, werden wir dieser Verantwortung gerecht. Der Plan zeigt den Weg dahin mit konkreten technischen und kaufmännischen Maßnahmen in Erzeugung und Wärmenetz. Laut Ratsbeschluss der Stadt Flensburg vom Dezember 2022 sollen die Stadtwerke Flensburg 10 Jahre früher als vom Klimaschutzgesetz gefordert 100% CO₂-neutrale Fernwärme liefern, sofern es die Rahmenbedingungen zulassen.

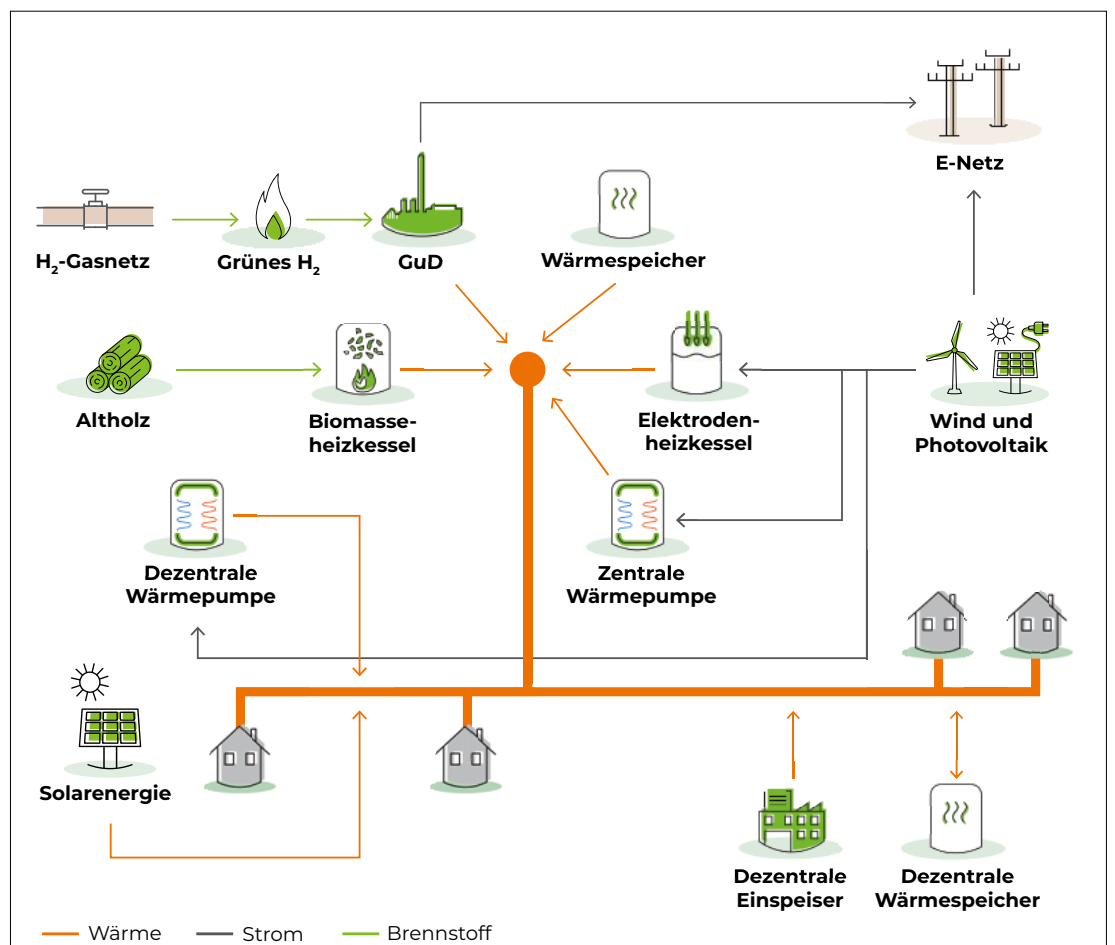
von Karsten Müller-Janßen

Die Voraussetzungen dafür sind in Flensburg optimal. Zum einen versorgen die Stadtwerke Flensburg mehr als 90 Prozent aller Haushalte mit Fernwärme und verfügen über den größten Stellhebel der Stadt zur Umstellung auf grüne Wärme. Zum anderen bieten unsere aktuellen Erzeugungsanlagen eine gute Basis, um später erfolgreich in den Trafoplan eingebunden werden zu können.

Allerdings ist es mit der Umstellung der Erzeugung nicht getan. Auch das umfangreiche über 700 km lange Flensburger Fernwärmenetz muss angepasst werden und auch die Kunden sollen mitmachen.

Die Grundlagen

Als Basis für den Trafoplan und die weitere Planung haben wir die Entwicklung des Fernwärmebedarfs in Flensburg genauestens analysiert. Faktoren wie Bevölkerungsentwicklung, Zusammensetzung der Haushalte, energetischer Zustand des Gebäudebestands, Wirtschaftsentwicklung, Energiepreisentwicklung und Klimaveränderung sind hier eingeflossen. Bis ins Jahr 2045 rechnen wir mit einer Einsparung des Heizenergiebedarfs von rund 13 Prozent. Parallel werden aber in diesem Zeitraum auch regelmäßig neue Gebäude an die Fernwärme angeschlossen. Vereinfachend gehen wir von einer gegenseitigen Kompensation der Entwicklungen bis zum Jahr 2035 aus. Damit bleibt der Fernwärmebedarf gleich.



Energiesystem der Zukunft der Stadtwerke Flensburg

Foto: Stadtwerke Flensburg

Der Pfad zur Klimaneutralität

Mit dieser Grundlage konnten wir in die Planung der konkreten Maßnahmen für den Pfad zur Treibhausgasneutralität 2035 einsteigen. Er beinhaltet vier Phasen mit einer Dauer von jeweils vier Jahren.

Erste Phase Transformationsplan

Umfangreichstes Projekt ist der Bau einer Großwärmepumpe mit einer thermischen Leistung von 60 Megawatt (MW) am Standort des zentralen Heizkraftwerks an der Flensburger Förde. Als Wärmequelle dient Flensburger Fördewasser. Es wird um 4°C abgekühlt und die darin enthaltene Wärme für die Wärmeproduktion genutzt.

Auch dezentral tut sich etwas. Die Stadtwerke Flensburg setzen hier auf eine weitere Wärmepumpe mit einer thermischen Leistung von 1,5 MW am Flensburger Klärwerk mit Klärwerk-Abwasser für das neue Quartier „Hafen Ost“. Ebenfalls dezentral ist eine erste Solarthermieanlage am Flensburger Stadtrand geplant.

Aber auch die Netze sind in der Pflicht. Neben der Wärmeerzeugung müssen wir auch das Fernwärmenetz anpassen und optimieren. Um die regenerative Wärme aus der Großwärmepumpe möglichst effizient in das Fernwärmesystem einzubinden, wäre für uns eine maximale Vorlauftemperatur im Fernwärmenetz von 95°C optimal. Um die Wärmeversorgung weiter sicherzustellen, müssen wir zum Ausgleich der geringeren Temperatur parallel die Volumenströme, also die Wassermengen im Fernwärmenetz, erhöhen. Die Reduktion der Vorlauftemperaturen auf 95°C bzw. die Erhöhung des Wärmeanteils, der mit einer Temperatur von maximal 95°C geliefert wird, ist für den gesamten Transformationsprozess der Erzeugung von zentraler Bedeutung. Denn jede weitere zusätzliche Erwärmung darüber hinaus muss zunächst weiter konventionell durch Kessel- oder Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen erbracht werden, da die Großwärmepumpe diese hohen Temperaturen nicht liefert.

Ziel der 1. Phase ist die Absenkung der maximalen Vorlauftemperatur auf 122°C.

Dafür müssen Teile des Fernwärmenetzes optimiert und die Dimensionen vergrößert werden. Das betrifft auch Hauptleitungen mit bis zu 60 cm Durchmesser. Daraus folgt die Anpassung der Pumpstationen auf höhere Volumenströme und die energetische Sanierung einiger Pumpstationen. Darüber hinaus wird das Fernwärmenetz umfangreich digitalisiert, um es optimal steuern zu können.

Auch der Kunde ist gefragt

Bei den Heizungsanlagen der Kunden ist eine Reduzierung der Rücklauftemperaturen notwendig. Wir planen eine Ergänzung unseres Fernwärme-Tarifmodells. Ziel ist, unsere Kunden zu einem Verhalten zu motivieren, das für eine möglichst hohe Ausnutzung der zur Verfügung gestellten Wärme und damit eine niedrigere Rücklauftemperatur sorgt. Der von uns geplante Motivations-tarif, den es im benachbarten Dänemark schon gibt, belohnt dieses Verhalten.

Zweite Phase Transformationsplan

Eine zweite Fördewasser-Großwärmepumpe, die ebenfalls über eine thermische Leistung von 60 MW verfügt, ergänzt die erste Anlage. Daneben sind die Erweiterung der dezentralen Wärmepumpenkapazität am Flensburger Klärwerk und der Bau einer weiteren dezentralen Solarthermieanlage vorgesehen.



Karsten Müller-Janßen,
technischer Geschäftsführer, Stadtwerke Flensburg

Eine Option für extrem kalte Jahre wäre ein mit Altholz befeuerter Biomassekessel. Dieser kann zusätzlich die Versorgungssicherheit gewährleisten, wenn die Fördewassertemperatur unter 4°C fällt und ein Betrieb der Großwärmepumpe nicht mehr möglich ist.

Die Hochtemperaturgroßwärmepumpe als Alternative zum Biomassekessel kann als Booster ebenfalls hohe Vorlauftemperaturen über 95°C erzeugen. Aktuell liegen noch zu viele technische Unsicherheiten vor, so dass die Entscheidung für eine der beiden Varianten erst später erfolgt.

Falls die Rahmenbedingungen es zulassen, ist eine stufenweise Steigerung des H₂-Einsatzes in Zwischenschritten auf 100 Vol.-% denkbar. Die Gasturbinen können grundsätzlich dafür umgerüstet werden.

Zusätzlich ist ein dritter Wärmespeicher in Planung. Er ergänzt die bereits existierenden Wärmespeicher 1 und 2, die jetzt schon über 60 Mio. Liter heißes Wasser speichern und bei Bedarf zur Verfügung stellen.

In der dritten Phase ist die Flensburger Energieerzeugung vollständig dekarbonisiert, es kommen keine fossilen Brennstoffe mehr zum Einsatz und die Stadtwerke versorgen alle Kunden mit grüner, CO₂-neutraler Wärme.

Vierte Phase Transformationsplan

Die vierte Phase wird ab 2035 und damit nach Erreichen der Treibhausgasneutralität in der regulären Erzeugung der Stadtwerke Flensburg umgesetzt. In diesem Zeitraum erfolgt die Umstellung der Reserveheizwerke auf einen CO₂-neutralen Betrieb. Damit ist die Dekarbonisierung der Flensburger Fernwärme komplett abgeschlossen.

Und wie finanzieren wir dieses Großprojekt?

Die Gesamtinvestitionen des Transformationsplans belaufen sich auf rund 400 Mio. Euro. Unser Finanzie-

Ziel ist es die Energieerzeugung vollständig zu dekarbonisieren und alle Kunden mit grüner CO₂-neutraler Wärme zu versorgen.



Die bestehenden Gas- und Dampfturbinenanlagen K12 und K13 wollen wir bis zur CO₂-Neutralität mit einem sukzessiv steigenden Anteil von H₂ im Brennstoff weiter betreiben. Zunächst wollen wir in dieser Phase maximal 15 Vol.-% H₂ beimischen.

Die Optimierung des Fernwärmenetzes setzt sich in der zweiten Phase mit ähnlichen Maßnahmen wie in Phase 1 fort. Die Zielwerte für den Netzbetrieb liegen nun bei einem maximalen Volumenstrom von 6.400 m³/h und einer weiter abgesenkten maximalen Vorlauftemperatur auf 115°C.

Dritte Phase Transformationsplan

Der Fokus wechselt auf die Produktion von Wärme mit Temperaturen über 95°C, die dann noch benötigt wird.

rungskonzept beruht auf drei Pfeilern: Fördermittel, Eigenkapital und Kredite. 40 Prozent der förderfähigen Ausgaben möchten wir durch den BEW-Investitions-kostenzuschuss finanzieren. Der Rest kommt aus dem Cash flow und der Aufnahme von Krediten. Da sind wir mit einer gestärkten Eigenkapitalquote in einer guten Verhandlungsposition.

Wie ist der aktuelle Stand?

Insgesamt konnten wir den Transformationsplan sehr früh fertig stellen und zählten bei den Förderanträgen mit zu den ersten Einreichern. Mit den Planungen für die erste Großwärmepumpe liegen wir ebenfalls gut in der Zeit und werden wohl 2027 die erste grüne Wärme an mehr als 90 Prozent aller Haushalte liefern. ■



Tim Hartmann im Dampfkraftwerk des Chempark Leverkusen

Der (Wasser-)Stoff, aus dem die Träume sind

Wasserstoff wird oft als das Allheilmittel der industriellen Produktion angepriesen.

Er soll Stahlöfen, Chemieproduktion und Mobilität gleichermaßen grün stellen. Für die Industrie ist wichtig, dass wir im Rahmen der Umsetzung möglichst schnell zu realistischen und verbindlichen Rahmenbedingungen und Zeitplänen kommen.

von Tim Hartmann

Für uns als Betreiber und Manager eines der größten Chemieareale Europas ist klar: Nur eine langfristig klimaneutrale Industrie hat in Deutschland echte Zukunftsaussichten. Das ist der Grund dafür, dass wir als Currenta den nachhaltigen Chempark der Zukunft proaktiv gestalten wollen. Auch unsere Kunden wie etwa Bayer (2030), Covestro (2035) und Lanxess (2040) verfolgen eigene, ambitionierte Klimaneutralitätsziele. Auch deshalb müssen wir als Lieferant für Energie und Dienstleistungen eine belastbare Roadmap entwickeln, die auf diese Ziele einzahlt.

Dazu gehört für uns auch Wasserstoff als ein wichtiges strategisches Element. Bereits heute fällt Wasserstoff bei den Kunden an unseren Verbundstandorten in den Produktionsverfahren an. Wir fangen also nicht bei null an. Aber: Für Currenta ist Wasserstoff vor allem als Energieträger und weniger als Rohstoff für die Produktion von Belang.

Bei allem notwendigen Streben nach Nachhaltigkeit dürfen wir die Wirtschaftlichkeit nicht aus dem Blick verlieren.

”

Der Schlüssel für eine erfolgreiche Transformation liegt für uns bei der Prozesswärme. Dampf ist das wichtigste Produkt, mit dem wir unsere Kunden versorgen. Heute erzeugen wir diesen Dampf vor allem mit fossilen Energieträgern. Eine Elektrifizierung ist hier technisch vor allem mit Blick auf das zum Teil hohe Temperaturniveau nicht vollumfänglich durch Wärmepumpen oder Elektrodenkesseln möglich. Auch die hohen Netzkosten spielen hier eine Rolle.

Grüne Prozesswärme als wichtigster Teilschritt der Transformation

In Niedrigtemperaturbereichen sind Wärmepumpen eine wichtige Technologie, die wir in verschiedenen Projekten auch bereits umsetzen. Für die höheren Temperaturen allerdings sieht das derzeit anders aus. Und gerade hier geht es um Produktionsverfahren der besonders energieintensiven Grundstoffchemie. Mit anderen

Fotos: Currenta/Jonas Dankert

Worten: Das ist der richtig große Hebel in unserer Industrie.

Die Stimmen derer, die vorschlagen, diese besonders energieintensiven Verfahrensschritte ins Ausland oder an die Küste zu verlegen, werden lauter. Also genau dorthin, so die Überlegung, wo erneuerbare Energien bereits in einem industriellen Maßstab bereitgestellt werden können. Diesen Stimmen möchte ich hier in aller Deutlichkeit widersprechen, denn es wäre der Anfang vom Ende des Produktionsstandorts Deutschland.

Es ist von grundlegendem volkswirtschaftlichem Interesse, dass wichtige Teile der globalen Wertschöpfungsketten hier in Deutschland bleiben. Wir haben – insbesondere seit dem Beginn des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine – gelernt, dass eine Wirtschafts- und Exportnation wie Deutschland sich resilient gegenüber geopolitischen Umwälzungen aufstellen muss. Wir sprechen hier also über weit mehr als das Schicksal einiger Unternehmen aus einer besonders energieintensiven Branche.

Oft wird die chemische Industrie als sehr konservativ und risikoavers wahrgenommen. Und das mag an der ein oder anderen Stelle auch berechtigt sein. So sind etwa einige Anlagen der Grundstoffchemie an unseren Standorten die letzten ihrer Art in Europa. Und genau daraus folgt die Notwendigkeit, jetzt bei der Transformation in die Umsetzung zu kommen und mit Innovationen und Investments dafür zu sorgen, dass das auch so bleibt. Wie teuer es uns alle zu stehen kommt, wenn diese Teile der Wertschöpfungsketten sich verlagern – zum Beispiel in die USA oder nach Asien – das haben wir am Fallbeispiel Mikrochipindustrie sehr eindrucksvoll beobachten können.

Innovationen, Investments, Umsetzung

Innovationen, Investments, Umsetzung – was tun wir denn heute, damit diese Begriffe keine bloßen Worthülsen bleiben? Lassen Sie mich an dieser Stelle einige konkrete Ansätze erwähnen: In einer gemeinsamen Absichtserklärung mit Thyssengas haben wir 2023 den Grundstein für die überregionale Wasserstoff-Versorgung des Chemieparks der Zukunft gelegt. Ab 2030 sollen unsere drei Chempark-Standorte Leverkusen, Dormagen und Krefeld-Uerdingen über drei Netzkopplungspunkte an das künftige Wasserstoffnetz angebunden werden. Dabei spielen sowohl die Umwandlung von bestehenden Erdgasleitungen auf Wasserstoff für Dormagen und Leverkusen eine Rolle als auch die Anbindung durch neue Trassen an das neue Wasserstoff-Kernnetz im Fall unseres Standorts Krefeld-Uerdingen.

Parallel dazu prüfen wir insbesondere auch den Import von Ammoniak und die lokale Umwandlung in H₂ an unseren Standorten. Zu diesem Zweck haben wir mit dem Land NRW und der Abu Dhabi National Oil Company (ADNOC) eine gemeinsame Absichtserklärung unterzeichnet. Kern davon ist insbesondere die Prüfung von Bedarfen und der Aufbau einer Importinfrastruktur zur Versorgung der Industrie im Rheinland. Wir legen uns also nicht im Vorhinein auf einen Versorgungsweg fest, sondern sind für die verschiedenen technologischen Ansätze offen.

Es bleibt ein ziemlich großes „Aber“ – der Preis

Was bleibt, ist ein ziemlich großes „Aber“: Die Wirtschaftlichkeit. Wir haben bislang noch kein Szenario gefunden, in dem Wasserstoff als Energiequelle unserer Dampfherzeugung im kommenden Jahrzehnt kos-



Tim Hartmann,
CEO, Currenta

Nur eine langfristig klimaneutrale Industrie hat in Deutschland echte Zukunftsaussichten.



tendeckend und gegenüber fossilen Brennstoffen wettbewerbsfähig wäre. Im Gegenteil: Alle H₂-basierten Versorgungsszenarien (On Site Elektrolyse, Ammoniakbasierte Erzeugung, Pipeline-Anbindung) liegen preislich um ein Mehrfaches über einem wirtschaftlich noch annehmbaren Dampfpfeis.

Dementsprechend besteht bei unseren Kunden nachvollziehbar keine Bereitschaft, für mit Wasserstoff erzeugten grünen Dampf in der aktuellen Situation deutlich mehr zu bezahlen. Kurzum: Bei allem notwendigen Streben nach Nachhaltigkeit dürfen wir die Wirtschaftlichkeit nicht aus dem Blick verlieren.

Für uns liegt deshalb der Fokus kurz- bis mittelfristig auf einem möglichst raschen Einstieg in die CO₂-Abscheidung – gewissermaßen als Brückentechnologie. CCS hilft uns vor allem dort, wo es zu sogenannten unvermeidbaren Emissionen kommt, z.B. im Bereich der Müllverbrennung. Aber nicht nur: Auch bei der Dampfproduktion könnte diese Technik zum Einsatz kommen. Sie ist technisch ausgereift und wird international bereits angewendet. Und sie stellt im Hinblick auf die zu erwartende CO₂-Preisentwicklung eine echte Handlungsoption bis 2030 dar.

Kurzum: Wer dem Argument, dass wir schnell Perspektiven für die Chemieindustrie in Deutschland brauchen, folgt, dürfte auch davon überzeugt sein, dass das langfristig nicht ohne eine wettbewerbsfähige Wasserstoffwirtschaft geht. Seitens Currenta werben wir vor allem deshalb so leidenschaftlich dafür, andere Technologien wie insbesondere CCS voranzutreiben, weil wir das Erfordernis nach kurzfristigen Schritten sehr ernst nehmen. Und zwar schon deshalb, weil wir die Nöte unserer Kunden verstehen und konkrete, tragfähige und umsetzbare Lösungen brauchen. ■

**12/13
Sep
2024
BERLIN**

Handelsblatt Tagung

Energizing Real Estate

Der Runde Tisch für die Energie- und Immobilienwirtschaft zur erfolgreichen Gestaltung der Energiewende

Sabine Nallinger
Vorständin, Stiftung
KlimaWirtschaft



Christian Heine
Geschäftsführer,
Sprecher der Geschäfts-
führung,
Hamburger
Energiewerke

**Thorsten
Schönenberger**
Mitglied des
Vorstands, LBBW



Dr. Stefanie von Andrian
Leiterin Corporate
Real Estate Management,
EnBW

Jetzt anmelden:
[live.handelsblatt.com/event/
energizing-real-estate/](https://live.handelsblatt.com/event/energizing-real-estate/)



Premium-Partner

LBBW

Handelsblatt

Substanz entscheidet.

Balkonkraftwerke & Co in den Strommarkt integrieren

von Dr. Marc-Fabian Körner und Prof. Jens Strüker

Mit dem Solarpaket I sind die Regelungen für die Nutzung von Photovoltaik-Anlagen erheblich vereinfacht worden – für Gewerbe und Handel ebenso wie für Wohngebäude. Seit Mai ist es für Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen damit deutlich leichter und unbürokratischer, entsprechende Anlagen zu installieren und zu nutzen.

Anfang Juni konnte die Bundesnetzagentur bereits über 500.000 registrierte Balkonkraftwerke verkünden – Tendenz steigend. Auch die Anzahl elektrischer Wärmepumpen, Stromspeicher und Elektrofahrzeuge nimmt weiter stark zu. Wie kann es technisch gelingen, diese dezentralen Kleinstanlagen netzdienlich ins Stromsystem zu integrieren, zu steuern und abzurechnen? Insbesondere die Automatisierung eines sicheren, zuverlässigen und schnellen Datenaustausches stellt eine erhebliche Herausforderung dar. Hier setzt das Forschungsprojekt Dezentraler Redispatch (DEER) an, das

Die Integration von Kleinstanlagen, die im derzeit geltenden Redispatch 2.0 noch nicht erfasst werden, kann zur Modernisierung des Systems beitragen.

”

im Rahmen des Technologieprogramms Edge Datenwirtschaft vom Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz gefördert wird. Seit Oktober 2022 entwickeln und erproben acht Partner aus Forschung und Wirtschaft ein Konzept zur netzdienlichen Einbindung von Kleinstanlagen in das Energiesystem.

Versorgungssicherheit und Netzstabilität durch Redispatch

In Deutschland sind Betreiber von Kraftwerken verpflichtet, jeweils am Vortag einen Fahrplan – Dispatch genannt – zu erstellen, welche Kraftwerke sie mit welcher Auslastung und über welche Zeiträume einsetzen. Diesen Fahrplan übermitteln sie an den zuständigen Übertragungsnetzbetreiber (ÜNB). Auf Basis aller Fahrpläne wird dann für das gesamte Bundesgebiet die Netzbelastung des kommenden Tages berechnet und identifiziert, in welchen Teilen des Stromnetzes gegebenen-

falls Engpässe drohen. Um diese zu vermeiden, werden die Kraftwerksbetreiber angewiesen, ihre Stromproduktion in netzstabilisierender Weise zu verschieben. Diese Einsatzplanung, auch Redispatch genannt, ist von essenzieller Bedeutung für die Sicherheit unserer Stromversorgung.

Heute zählen wir bereits Millionen von dezentralen Kleinanlagen im Stromsystem. Der Redispatch-Prozess wurde aber ursprünglich entwickelt für eine Welt, in der man mit Hunderten von Großkraftwerken plante. Vor dem Hintergrund von mittlerweile mehreren Milliarden Euro jährlicher Kosten für den Redispatch ist eine Modernisierung dringend geboten. Ein vielversprechender Ansatz ist die aktive Nutzung von stromerzeugenden wie stromverbrauchenden Kleinanlagen für das Management von Netzengpässen.

Die Integration von Kleinanlagen, die im derzeit geltenden Redispatch 2.0 noch nicht erfasst werden, kann zur Modernisierung des Systems beitragen. Gleichzeitig entsteht ein weiterer Anreiz für Privathaushalte, in ebendiese Kleinanlagen zu investieren, wenn sie für netzdienliche Anpassungen im Stromverbrauch bzw. der -erzeugung – man spricht hier von Flexibilität – vergütet werden. Das wiederum beschleunigt die Kopplung der Sektoren Energiewirtschaft, Mobilität und Industrie und trägt dadurch zur Dekarbonisierung der Wirtschaft bei.

Digitale Technologien führen ins Energienetz der Zukunft

Im Kern geht es darum, Millionen verteilter Erzeugungs-, Verbrauchs- und Speichereinheiten digital in das Energienetz einzubinden. Vier große Herausforderungen werden damit konkret verbunden sein. Erstens: den Datenfluss von Kleinanlagen zu den Netzbetreibern zu managen. Zweitens: die zwischen den Parteien ausgetauschten Daten zu verifizieren, um einen sicheren Ablauf des Redispatches und dessen Abrechnung zu gewährleisten. Drittens: einen automatisierten Ablauf des Geschäftsprozesses sicherzustellen. Viertens: den Schutz der personenbezogenen Daten zu garantieren. Diese Aufgaben zu lösen und gleichzeitig die komplexe Berechnung von Flexibilitätspotenzialen zu entwerfen, ist die Kernaufgabe von DEER. Dabei wird erprobt, wie sich Anlagen authentifizieren können, damit Netzbetreiber in der Lage sind, sie als effizient und vertrauenswürdig einzustufen und nachzuvollziehen, ob angebotene Leistung auch erbracht wird. Dabei setzt das Konsortium auf digitale Technologien der Künstlichen Intelligenz und des Edge-Computings, die es ermöglichen, die erforderlichen Daten dezentral an den einzelnen Anlagen zu erheben und zu verarbeiten.

Puzzleteil in der Transformation des Energiesystems

Zum Einsatz kommen dabei Software- und Hardwarekomponenten, die an der Anlage installiert werden. Im Anschluss werden die Angebote mehrerer Anlagen zur gemeinsamen Vermarktung gebündelt. Das hat zwei Vorteile: Erstens sind Einzelflexibilitäten zu klein, um sinnvoll am Markt angeboten werden zu können. Zweitens können die Effekte des Pools genutzt werden, um zum Beispiel Prognoseabweichungen einzelner Anlagen auszugleichen.

Von diesem Handel, der über eine Marktplattform stattfinden wird, sollen beide Seiten profitieren, da Übertragungsnetzbetreiber den Anlagenpool nicht direkt verwalten müssen und die Anlagenbetreiber den aufwändigen Integrationsprozess an Unternehmen auslagern können. Damit das funktionieren kann, müssen



Dr. Marc-Fabian Körner,
Habilitation der Wirtschaftsinformatik an der Universität Bayreuth und Forschungsbereichsleiter am FIM Forschungsinstitut für Informationsmanagement und Fraunhofer FIT

Kleinanlagen digital in das Energienetz einzubinden und gleichzeitig die komplexe Berechnung von Flexibilitätspotenzialen zu entwerfen, ist die Kernaufgabe, die es zu lösen gilt.



Prof. Jens Strüker,
Professor für Wirtschaftsinformatik und Digitales Energiemanagement an der Universität Bayreuth und Stellvertretender Leiter des Institutsteils Wirtschaftsinformatik des Fraunhofer FIT

die Betreiber allerdings ihre eigene Flexibilität definieren, wobei zur Festlegung des Eigenbedarfs auch eine geschätzte zeitliche Angabe gehört: Wann bin ich zuhause, möchte ich heizen, die Wasch- oder Spülmaschine anstellen etc. Erforderlich ist auch die Installation von standardisierter Kommunikations- und Steuerungs- hard- und software.

Privatsphäre der Anbieter wird geschützt

Durch das Anlegen einer digitalen Identität (Self-Sovereign-Identities/SSI), wie man sie auch vom Online-Ausweis kennt, wird die Privatsphäre des Kleinanbieters geschützt: Die Anlage bekommt eine digitale Ausweisfunktion, wodurch der Dateneigentümer die Weitergabe von Daten und den dahinterliegenden Informationen selektiv selbst bestimmen kann. Das ist möglich durch den Einsatz von Zero-Knowledge-Proofs: Bildlich gesprochen, kann jemand mit diesem Verfahren beweisen, dass er ein Rätsel richtig gelöst hat, ohne zum Beweis dafür das Ergebnis präsentieren zu müssen. So lassen sich Anlagen verifizierbar kategorisieren und ihre Eignung für den Einsatz im Redispatch automatisiert prüfen, ohne dass dabei Spezifika preisgegeben werden, die Rückschlüsse auf personenbezogene Daten der Eigentümer zulassen.

Dezentrale Dateninfrastrukturen zunehmend wichtig

Bis September 2025 wird das Projektkonsortium sein Vorhaben finalisieren, dazu gehören vor allem die Entwicklung eines Prototypen und dessen Erprobung im Rahmen eines Feldtests. DEER ist nicht das einzige Projekt im Technologieprogramm Edge Datenwirtschaft, das sich mit dem Zukunftsthema Energie beschäftigt. Allerdings setzt das Smart-Living-Projekt SECAI an anderer Stelle an: Auf der Basis eines Edge-/Cloud-Systems entwickelt es nachhaltige Smart-Living-Lösungen für das effizientere Heizen von Privatwohnungen, um den Energiebedarf von Gebäuden zu optimieren. Aus Wetterdaten und -vorhersagen sowie dem Nutzungsverhalten werden KI-gesteuert Handlungsempfehlungen für Mieterinnen und Mieter abgeleitet und Betreiber erhalten Heizpläne für Gebäudekomplexe. Das System kann auch in Bestandsgebäuden eingesetzt werden, so dass sich der Bedarf an fossilen Brennstoffen und damit verbunden die Menge an CO₂-Emissionen nicht nur in Neubauten reduzieren lässt.

Beide Beispiele zeigen: Dezentrale Dateninfrastrukturen werden zunehmend wichtig, um die Datensouveränität zu wahren und damit auch die weitere Entwicklung von Datenökosystemen zu ermöglichen. Eine Anforderung, die in vielen Bereichen der Wirtschaft zutrifft, weswegen es gilt, die Vorteile von Edge- und Cloud-Technologien zu kombinieren. Um Edge-Computing für die Datenwirtschaft zu entwickeln, hat das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz das Technologieprogramm Edge Datenwirtschaft aufgelegt. In zehn Projekten werden Nutzen und Vorteile von Edge-Computing-Lösungen in den Anwendungsdomänen Produktion, Energie, Lebensmittel, Smart Living und Pflege aufgezeigt. Die Anwendungen zeichnen sich durch eine gut ausbalancierte Aufteilung der Verarbeitungsschritte zwischen Edge-Geräten und Cloud-Diensten aus und bilden so die Grundlage für die souveräne Sammlung und Verarbeitung von Daten in Datenräumen und damit für innovative und sichere Geschäftsmodelle. Ein besonderer Schwerpunkt des mit 30 Mio. EUR geförderten Technologieprogramms liegt auf der Entwicklung nachhaltiger Lösungen. ■

**01/02
OKT
2024**

Berlin

Handelsblatt

Gas 2024

Moleküle für eine nachhaltige Zukunft

- // Gaspolitik im Wandel: Geopolitik und Innovationen
- // Netto-Null-Emissionen: Einfluss auf den Gassektor
- // Gasmarkt: Preisschwankungen und Handelsstrategien
- // Zukunft der Gasinfrastruktur: Transformationsherausforderungen
- // Von Erdgas zu Alternativen: Wasserstoff und Grüne Gase



Hamead Ahrary
Geschäftsführer,
SEFE Energy GmbH

Michael Class
Leiter der Geschäfts-
einheit Erzeugung
Portfolioentwicklung,
EnBW

Barbara Fischer
Geschäftsführerin,
Vereinigung der Fern-
leitungsnetzbetreiber Gas
e.V.

Philip Kessler
CEO & Co-Founder,
Turn2X

Jetzt anmelden:
handelsblatt-gas.de



Handelsblatt

Substanz entscheidet.